

GESCHÄFTSBERICHT 2020

DATEN & FAKTEN

Ausgewählte Kennziffern	2020	2019	Veränderung	Q4 '20	Q4 '19	Veränderung	Q3 '20	Q2 '20	Q1 '20
ERGEBNIS (IN MIO. €)									
Umsatz	3.786,8	3.674,9	3,0%	973,1	945,3	2,9%	932,6	940,4	940,7
Service-Umsatz	3.020,0	2.943,0	2,6%	762,0	742,7	2,6%	761,0	749,2	747,8
Hardware- und Sonstiger Umsatz	766,8	731,9	4,8%	211,1	202,6	4,2%	171,6	191,2	192,9
EBITDA	468,5	683,5	-31,5%	11,9	174,8	-93,2%	127,0	165,6	164,0
EBITDA-Marge in % vom Umsatz	12,4%	18,6%		1,2%	18,5%		13,6%	17,6%	17,4%
EBIT ohne PPA-Abschreibungen	411,2	641,8	-35,9%	-6,9	165,0	-104,2%	108,4	155,5	154,2
EBIT-Marge in % vom Umsatz ohne PPA-Abschreibungen	10,9%	17,5%		-0,7%	17,5%		11,6%	16,5%	16,4%
EBIT	313,1	528,5	-40,8%	-28,0	137,2	-120,4%	87,0	127,7	126,4
EBIT-Marge in % vom Umsatz	8,3%	14,4%		-2,9%	14,5%		9,3%	13,6%	13,4%
EBT	312,6	522,4	-40,2%	-28,3	139,3	-120,3%	87,0	127,7	126,2
EBT-Marge in % vom Umsatz	8,3%	14,2%		-2,9%	14,7%		9,3%	13,6%	13,4%
Ergebnis je Aktie in EUR ohne PPA-Abschreibungen	1,64	2,57	-36,4%	-0,03	0,72	-104,7%	0,40	0,66	0,61
Ergebnis je Aktie (in Euro)	1,25	2,12	-41,2%	-0,12	0,60	-119,6%	0,32	0,55	0,50
CASHFLOW (IN MIO. €)									
Nettoeinzahlungen der betrieblichen Tätigkeit	450,7	375,7	20,0%	60,2	148,2	-59,4%	192,8	92,7	105,0
Nettoauszahlungen im Investitionsbereich	-397,4	-230,5	-72,4%	2,8	-221,7	101,3%	-190,6	-86,0	-123,6
Free Cashflow	243,7	355,4	-31,4%	46,2	136,5	-66,2%	18,1	81,9	97,5
	31.12.20	31.12.19	Veränderung	31.12.20	31.12.19	Veränderung	30.09.20	30.06.20	31.03.20
MITARBEITER (INKL. VORSTAND)									
Gesamt per Ende Dezember	3.191	3.163	0,9%	3.191	3.163	0,9%	3.154	3.191	3.159
KUNDENVERTRÄGE (IN MIO.)									
Access, Verträge	14,83	14,33	3,5%	14,83	14,33	3,5%	14,68	14,57	14,43
davon Mobile Internet	10,52	9,99	5,3%	10,52	9,99	5,3%	10,36	10,24	10,10
davon Breitband (ADSL, VDSL, FTTH)	4,31	4,34	-0,7%	4,31	4,34	-0,7%	4,32	4,33	4,33
BILANZ (IN MIO. €)									
Kurzfristige Vermögenswerte	1.553,3	1.309,2	18,6%	1.553,3	1.309,2	18,6%	1.549,2	1.578,1	1.454,4
Langfristige Vermögenswerte	5.137,0	5.152,7	-0,3%	5.137,0	5.152,7	-0,3%	5.229,8	5.086,8	5.089,9
Eigenkapital	4.853,8	4.640,8	4,6%	4.853,8	4.640,8	4,6%	4.873,8	4.817,5	4.729,3
Bilanzsumme	6.690,3	6.461,9	3,5%	6.690,3	6.461,9	3,5%	6.778,9	6.664,9	6.544,2
Eigenkapitalquote	72,5%	71,8%		72,5%	71,8%		71,9%	72,3%	72,3%

INHALT

2	DATEN & FAKTEN
4	AN DIE AKTIONÄRE
4	Brief des Vorstands
8	Die Vorstände
9	Bericht des Aufsichtsrats
15	Erklärung zur Unternehmensführung
29	BERICHT ÜBER DIE LAGE DER GESELLSCHAFT SOWIE DES KONZERNS
30	Grundlagen der Gesellschaft und des Konzerns
37	Wirtschaftsbericht
57	Nachtragsbericht
58	Risikobericht
72	Chancenbericht
76	Prognosebericht
79	Vergütungsbericht
82	Ergänzende Angaben
87	Abhängigkeitsbericht
89	KONZERNABSCHLUSS
91	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
92	Konzernbilanz
94	Konzern-Kapitalflussrechnung
96	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
97	Konzernanhang zum 31. Dezember 2020
182	Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen
185	VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER (BILANZEID)
187	BESTÄTIGUNGSVERMERK
201	INVESTOR RELATIONS CORNER
202	Investor Relations, Kursentwicklung
203	Aktuelle Analysen, Aktionärsstruktur
205	SONSTIGES
206	Glossar
210	Veröffentlichungen, Informations- und Bestellservice
210	Finanzkalender
210	Ansprechpartner
211	Impressum
212	Marken der 1&1 Drillisch AG

BRIEF DES VORSTANDS

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Geschäftsjahr 2020 war ein außergewöhnliches Jahr, sowohl für unser Unternehmen, wie auch für die gesamte deutsche Wirtschaft. Die Coronavirus-Pandemie hat viele Branchen vor ungeahnte Herausforderungen gestellt. In diesem Umfeld konnte sich 1&1 Drillisch gut behaupten und die Zahl der Kundenverträge um 500.000 auf 14,83 Millionen Verträge (31.12.2019: 14,33 Millionen) steigern. Während die Breitband-Anschlüsse mit 4,31 Millionen Verträgen leicht rückläufig waren, stiegen die Kundenverträge im Mobile-Internet-Geschäft um 5,3 Prozent bzw. 530.000 auf 10,52 Millionen Verträge an (31.12.2019: 9,99 Millionen).

Der Umsatz legte im Geschäftsjahr 2020 insgesamt um 3,0 Prozent bzw. 111,9 Millionen Euro auf 3,787 Milliarden Euro (2019: 3,675 Milliarden Euro) zu. Dabei erhöhten sich die margenstarken Service-Umsätze um 2,6 Prozent bzw. 77,0 Millionen Euro auf 3,020 Milliarden Euro (2019: 2,943 Milliarden Euro). Bereinigt um negative Effekte in Höhe von 24,1 Millionen Euro infolge der Coronavirus-Pandemie (insbesondere durch weniger International Roaming), hätte der vergleichbare Gesamtumsatz um 3,7 Prozent zugelegt, der Service-Umsatz um 3,4 Prozent. Diese Erlöse stehen für uns im Fokus, da sie nachhaltig sind und das Ergebnis bestimmen.

Die margenschwachen sonstigen Umsatzerlöse, die im Wesentlichen aus der vorgezogenen Realisierung von Hardware-Umsätzen (insbesondere aus Investitionen in Smartphones, die von den Kunden über die vertragliche Mindestlaufzeit in Form von höheren Paketpreisen zurückgezahlt werden) resultieren, erhöhten sich um 4,8 Prozent bzw. 34,9 Millionen Euro auf 766,8 Millionen Euro (Vorjahr: 731,9 Millionen Euro). Der Absatz schwankt saisonal und die Entwicklung hängt stark von der Attraktivität neuer Geräte und den Modellzyklen der Hersteller ab.

Die Ergebniskennzahlen wurden im Geschäftsjahr 2020 durch eine einmalige, nicht-cashwirksame Ausbuchung des Rechnungsabgrenzungspostens für vorhandene VDSL-Kontingente in Höhe von 129,9 Millionen Euro belastet. Auch ohne Berücksichtigung dieses Sondereffekts blieb das Konzern-EBITDA mit knapp 600 Millionen Euro hinter dem Vorjahreswert (683,5 Millionen Euro) zurück.

Ursächlich hierfür waren insbesondere die von Telefónica ab dem 1. Juli 2020 abgerechneten Vorleistungspreise für die Nutzung ihrer Netzkapazität. Durch unsere Annahme des nachgebesserten Angebots von Telefónica für National Roaming im Februar 2021 werden sich die Aufwendungen für das 2. Halbjahr 2020 rückwirkend um rund 34,4 Millionen Euro reduzieren. Dieser Betrag kann allerdings erst in 2021 als periodenfremder Ertrag vereinnahmt werden, da hierfür der Abschluss einer National Roaming-Vereinbarung Voraussetzung ist. Die Verhandlungen hierzu sind zwischen März und Mai 2021 geplant. Darüber hinaus wurden die Ergebniszahlen aus den Regulierungsentscheidungen der EU zur SMS-Tarifierung (seit 15. Mai 2019) sowie der Bundesnetzagentur zum

TAL-Entgelt (seit 1. Juli 2019) in Höhe von insgesamt -13,7 Millionen Euro belastet. Einmalaufwendungen / One-Offs aus Integrationsprojekten reduzierten sich hingegen auf -1,1 Millionen Euro (Vorjahr: -3,2 Millionen Euro). Zusätzlich gab es Ergebnisbelastungen wegen des temporär veränderten Nutzungsverhaltens unserer Kunden infolge der Coronavirus-Pandemie insbesondere in den Bereichen Telefonie und International-Roaming (u. a. durch Home-Office-Regelungen und Kontaktverbote sowie die stark eingeschränkten Reisetätigkeiten) in Höhe von -25,2 Millionen Euro. Die Ergebnisbelastung in 2020 aus den vorgenannten Sonderfaktoren lag bei rund 204,3 Millionen Euro.

Im Zusammenhang mit Planungen und Vorbereitungen für unser 5G-Mobilfunknetz fielen Kosten von -13,9 Millionen Euro (Vorjahr: -5,7 Millionen Euro) an.

Das Ergebnis je Aktie betrug im Geschäftsjahr 2020 1,25 Euro (Vorjahr: 2,12 Euro). Ohne die Auswirkungen aus PPA-Abschreibungen betrug das Ergebnis je Aktie 1,64 Euro (Vorjahr: 2,57 Euro).

Der Free Cashflow betrug 2020 243,7 Millionen Euro (Vorjahr: 355,4 Millionen Euro). Für die seit dem 1. Juli 2020 laufende erste fünfjährige Verlängerungsphase des MBA MVNO-Vertrags war im dritten Quartal 2020 eine vertraglich vereinbarte Einmalzahlung in Höhe von 165,0 Millionen Euro an Telefónica zu leisten. Ohne diese Zahlung ergibt sich ein Free Cashflow in Höhe von ca. 409 Millionen Euro, mithin eine Steigerung um ca. 15 Prozent. Zum 31. Dezember 2020 standen uns ca. 404 Millionen Euro an frei verfügbarer Liquidität zur Verfügung.

Neben dem operativen Geschäft war das Jahr 2020 geprägt von den Vorbereitungen für den Bau unseres eigenen Mobilfunknetzes sowie den laufenden Verhandlungen über eine während des Übergangszeitraums, in dem wir unser Netz sukzessive errichten, notwendigen National Roaming Vereinbarung. Diese Vorbereitungen haben wir erfolgreich abgeschlossen. Wir haben mit Ad-hoc vom 15. Februar 2021 darüber berichtet, dass wir das – nach Prüfung durch die EU-Kommission – verbesserte Angebot von Telefónica Deutschland für National-Roaming und damit verbunden auch für MBA MVNO-Vorleistungen annehmen. Die von Telefónica rückwirkend ab Juli 2020 angebotenen Konditionen bauen damit zukünftig wieder auf den Preismechanismen der ersten fünf Jahre des MBA MVNO-Vertrags auf. Insbesondere sind erneut jährlich sinkende Datenpreise vorgesehen, die niedriger sind als die im zweiten Halbjahr 2020 von Telefónica abgerechneten Festpreise.

Mit dem Vertragsschluss, den das Telefónica Angebot bis ca. Mitte Mai 2021 vorsieht, würde eine weitere wesentliche Voraussetzung für den geplanten Aufbau eines leistungsfähigen 5G-Netzes umgesetzt. Durch die Mitnutzung des Telefónica-Netzes werden unsere Kunden schon während der Aufbauphase unseres 5G-Netzes eine flächendeckende Mobilfunkversorgung erhalten.

Mit der gleichen Ad-hoc-Mitteilung haben wir am 15. Februar 2021 über die Ausweitung unseres Glasfaserangebots berichtet. Unser Ziel ist es, immer mehr Haushalte mit garantierten Gigabit-Geschwindigkeiten zu versorgen, denn Glasfaser wird auch in Privathaushalten zunehmend zum Standard für schnelle Kommunikation. FTTH-Anschlüsse

für Privathaushalte ermöglichen Bandbreiten von bis zu 1 Gbit/s. Noch nicht mit FTTH ausgestattete Haushalte werden mit VDSL-Anschlüssen (bis zu 250 Mbit/s) versorgt.

Neben dem bereits vorhandenen Zugriff auf FTTH-Anschlüsse namhafter City-Carrier wird sich die Zahl der vermarktbareren FTTH-Anschlüsse der Deutschen Telekom in den nächsten Jahren um durchschnittlich 2 Millionen Haushalte jährlich erhöhen. Zu diesem Zweck haben wir mit unserer Schwestergesellschaft 1&1 Versatel den langfristigen Bezug von FTTH- und VDSL-Komplettpaketen inklusive Voice und IPTV vereinbart, da das bundesweite Transportnetz von 1&1 Versatel weitgehend mit den regionalen Breitband-Netzen der Deutschen Telekom verbunden ist. Der bisher zwischen 1&1 Drillisch und der Deutschen Telekom bestehende reine VDSL-Vorleistungsvertrag wurde angesichts der Vorteile der neuen kombinierten VDSL-/FTTH-Vereinbarung im Einvernehmen der Parteien vorzeitig aufgehoben. Die neue Vereinbarung zwischen 1&1 Versatel und Deutsche Telekom steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Bundesnetzagentur als zuständige Regulierungsbehörde.

Mit der Positionierung unserer Marken und Produkte beim Mobile Internet und im Festnetz zählen wir in Deutschland zu den führenden Anbietern mit umfassenden Serviceleistungen und einem hervorragenden Preis-Leistungs-Verhältnis. Im renommierten Festnetztest der Fachzeitschrift connect hat unsere Premium-Marke 1&1 2020 zum dritten Mal seit 2015 den ersten Platz belegt und insbesondere bei den Faktoren Stabilität, Zuverlässigkeit, schnelles Internet und gute Zusatzdienste überzeugt. Auch bei der Kundenzufriedenheit ist 1&1 führend. Laut „connect Kundenbarometer 2020“ haben wir zum fünften Mal seit 2015 die zufriedensten Kunden aller Mobilfunkanbieter.

Für das Geschäftsjahr 2021 erwarten wir weiteres Kundenwachstum. Beim margenstarken Service-Umsatz erwarten wir einen Anstieg auf ca. 3,100 Milliarden Euro (2020: 3,020 Milliarden Euro). Das EBITDA soll (ohne Berücksichtigung des möglichen periodenfremden Ertrags von ca. 34,4 Millionen Euro im Zusammenhang mit der geplanten Unterzeichnung des National Roaming-Vertrags) auf ca. 650 Millionen Euro steigen (2020: 468,5 Millionen Euro). In dieser Prognose sind erwartete negative Umsatz- und Ergebniseffekte aus der Coronavirus-Pandemie in Höhe von ca. 25 Millionen Euro (2020: 25 Millionen Euro) sowie initiale Kosten für den 5G-Netzaufbau von ca. 30 Millionen Euro (2020: ca. 14 Millionen Euro) enthalten. Diese Prognosen sind mit Unsicherheiten behaftet, da eine genaue Einschätzung von Dauer und weiterer Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie derzeit nicht möglich ist.

Mit Blick auf die anstehenden Investitionen für den 5G-Netzausbau werden Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung eine unveränderte Dividende in Höhe von 0,05 Euro je stimmberechtigter Aktie vorschlagen. Unser Unternehmen ist für die nächsten Schritte unserer Unternehmensentwicklung gut aufgestellt und wir blicken optimistisch in die Zukunft. Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz sowie unseren Aktionären und Geschäftspartnern für das der 1&1 Drillisch entgegengebrachte Vertrauen.

Beste Grüße aus Maintal

Der Vorstand



Ralph Dommermuth



Markus Huhn



Alessandro Nava

Maintal, im März 2021

DIE VORSTÄNDE

RALPH DOMMERMUTH

Vorstandsvorsitzender

Ralph Dommermuth, Jahrgang 1963, legte 1988 mit der Gründung der 1&1 EDV Marketing GmbH das Fundament der heutigen United Internet AG. Zum Start bot er kleinen Software-Anbietern systematisierte Marketing-Dienstleistungen. Später entwickelte er zusätzlich Marketing-Services für Großkunden wie IBM, Compaq und die Deutsche Telekom. Im Zuge des Aufkommens des Internets fuhr Ralph Dommermuth diese Marketing-Services für Dritte sukzessive zurück und baute eigene Internet-Dienste und direkte Kundenverhältnisse auf. 1998 führte der gelernte Bankkaufmann 1&1 als erstes Internet-Unternehmen an die Frankfurter Wertpapierbörse. 2000 baute Ralph Dommermuth 1&1 zur United Internet AG um und entwickelte das Unternehmen zu einem führenden europäischen Internet-Spezialisten. Seit dem 1. Januar 2018 ist Herr Dommermuth auch Vorstandsvorsitzender der 1&1 Drillisch AG.



MARKUS HUHN

Vorstand

Markus Huhn hat seine berufliche Karriere 1990 im Controlling eines Unternehmens innerhalb des DLW Konzerns begonnen, wo er sich berufsbegleitend zum Betriebswirt VWA weiterbildete. Im Juli 1994 kam er dann als Controller zur 1&1 Holding GmbH. Von 1998 bis 2007 begleitete er als Kaufmännischer Leiter der 1&1 Internet AG die Wachstumsstrategie des Unternehmens. Das Amt des CFO der 1&1 Internet AG bekleidete Markus Huhn in den Jahren 2008 bis 2012 und betreute aus dieser Rolle die Geschäftsfelder Access, Business- und Consumer-Applications. Daneben verantwortete er die zentralen Finanzbereiche, die als Shared Services innerhalb der United Internet Gruppe agieren. Seit 2013 ist er Vorstandsmitglied der 1&1 Telecommunication SE und verantwortet das Ressort Finanzen für das Geschäftsfeld Access. Seit dem 1. Juli 2019 ist er außerdem Vorstandsmitglied der 1&1 Drillisch AG.

ALESSANDRO NAVA

Vorstand

Alessandro Nava hat das Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich Heine-Universität Düsseldorf mit den Schwerpunkten Marketing und Controlling im Jahr 1997 als Dipl. Kaufmann abgeschlossen. Seine berufliche Karriere hat Herr Nava als Berater bei der KPMG Consulting GmbH begonnen. Seit dem Jahr 2000 war er bei der Vodafone Deutschland (Vodafone GmbH) als Hauptabteilungsleiter zunächst im Festnetz- und später im kombinierten Festnetz-/Mobilfunk-Geschäft tätig. Er durchlief verschiedene Funktionsbereiche des Unternehmens: So verantwortete er IT-Anforderungsmanagement & Business Analyse, Kundenbetreuung sowie Produktentwicklung und trug Verantwortung für die Online Plattformen. Nach der Zusammenführung des Festnetz- und Mobilfunkgeschäfts verantwortete Herr Nava u.a. die IT-Entwicklung des Unternehmens. Seit März 2014 ist Herr Nava Vorstand »Technik und Entwicklung« (CIO) bei der 1&1 Telecommunications SE. Seit September 2018 verantwortet er das Ressort »Produktmanagement«. Seit dem 1. Juli 2019 ist er Vorstandsmitglied (COO) der 1&1 Drillisch AG.



BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2020

- » **Michael Scheeren (seit dem 16. Oktober 2017),**
Vorsitzender des Aufsichtsrats
(seit dem 13. November 2017 und bis zum 23. Februar 2021)
- » **Kai-Uwe Ricke (seit dem 16. Oktober 2017),**
stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
(seit dem 13. November 2017)
- » **Dr. Claudia Borgas-Herold**
(seit dem 12. Januar 2018)
- » **Vlasios Choulidis**
(seit dem 12. Januar 2018)
- » **Kurt Dobitsch**
(seit dem 16. Oktober 2017, seit dem 16. März 2021 Vorsitzender des Aufsichtsrats)
- » **Norbert Lang**
(seit dem 12. November 2015)

Der Aufsichtsrat der 1&1 Drillisch AG hat im Geschäftsjahr 2020 die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und seine Geschäftsführung überwacht. Der Aufsichtsrat konnte sich dabei stets von der Recht-, Zweck- und Ordnungsmäßigkeit der Vorstandsarbeit überzeugen. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig sowohl schriftlich als auch mündlich zeitnah und umfassend auch zwischen den Sitzungen über alle relevanten Fragen der Strategie und den damit verbundenen Chancen und Risiken, der Unternehmensplanung, über die Entwicklung und den Gang der Geschäfte, geplante und laufende Investitionen, die Lage des Konzerns einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements sowie die Compliance. Die strategische Ausrichtung des Unternehmens stimmte der Vorstand mit dem Aufsichtsrat ab. Der Vorstand legte dem Aufsichtsrat vierteljährlich einen umfassenden Bericht über den Gang der Geschäfte einschließlich der Umsatzentwicklung und Rentabilität sowie der Lage der Gesellschaft und der Geschäftspolitik vor. Dies beinhaltete auch Informationen über eine Abweichung des Geschäftsverlaufs von der Planung. Die Berichte des Vorstands wurden sowohl hinsichtlich ihrer Gegenstände als auch hinsichtlich ihres Umfangs den vom Gesetz, von guter Corporate Governance und vom Aufsichtsrat an sie gestellten Anforderungen gerecht. Die Berichte

lagen jeweils allen Aufsichtsratsmitgliedern vor.

Die vom Vorstand erteilten Berichte und sonstigen Informationen hat der Aufsichtsrat auf ihre Plausibilität hin überprüft, intensiv behandelt sowie kritisch gewürdigt und hinterfragt. Zu einzelnen Geschäftsvorgängen hat der Aufsichtsrat seine Zustimmung erteilt, soweit dies nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung für den Vorstand erforderlich war.

Der Aufsichtsrat hat sich regelmäßig vom Vorstand über das vom Vorstand eingerichtete interne Kontrollsystem und das konzernweite Risikomanagement berichten lassen. Der Aufsichtsrat ist aufgrund seiner Prüfungen zu der Einschätzung gelangt, dass das interne Kontrollsystem, das konzernweite Risikomanagement und das interne Revisionssystem wirksam und funktionsfähig sind.

Tätigkeit des Aufsichtsrats, Sitzungen

Insgesamt fanden im Berichtsjahr 2020 fünf Sitzungen des Gesamtaufichtsrats statt, davon allerdings nur eine Präsenzsitzung am 18. Juni 2020, bedingt durch die Coronavirus-Pandemie.

Neben der gesetzlichen Regelberichterstattung sind insbesondere folgende Themen intensiv beraten und geprüft worden:

- » Der Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2019
- » Die Umsatz- und Ergebnisplanung 2020 der Gesellschaft
- » Die Planung der Investitionsvorhaben der Unternehmensgruppe für das Geschäftsjahr 2020
- » Die Überlegungen und die Planungen für ein 5G-Mobilfunknetz sowie der Status der Verhandlungen zu einer National Roaming Vereinbarung
- » Der Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2019, die Aktualisierung der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex, die Erklärung zur Unternehmensführung bzw. der Corporate Governance Bericht
- » Die Beschlussfassung über die Umsatz- und Ergebnisplanung 2021 der Gesellschaft sowie die Planung der Aufwendungen und Investitionen für das 5G-Mobilfunknetz
- » Die Einladung und die Tagesordnung sowie die Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung 2020 mit den Beschlussvorschlägen
- » Die Beschlussfassung über den Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands
- » Der Dividendenvorschlag an die Hauptversammlung

- » Die Prüfungsplanung und die Quartalsberichte
- » Überwachung der Wirksamkeit des eingerichteten Compliance-Systems
- » Die Quartalsberichte zum Risikomanagement und die Risikomanagementstrategie
- » Der Abhängigkeitsbericht 2019, Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts 2019
- » Die unterjährige Unternehmensentwicklung
- » Die Prüfung der Unabhängigkeit der Ernst & Young GmbH und der handelnden Personen auch unter Einbeziehung der zusätzlich erbrachten Leistungen sowie die Abstimmung mit den gewählten Wirtschaftsprüfer Ernst & Young über die Schwerpunkte der Prüfung
- » Beschlussfassung über den Nachhaltigkeitsbericht

Personelle Veränderungen im Vorstand und Aufsichtsratsrat

Im Geschäftsjahr 2020 hat es in der Zusammensetzung des Vorstands keine Veränderungen gegeben. Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Herren Ralph Dommermuth (Vorstandsvorsitzender), Markus Huhn und Alessandro Nava.

In der Zusammensetzung des Aufsichtsrats kam es im Geschäftsjahr 2020 zu keinen Veränderungen.

Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2020 in Übereinstimmung mit § 96 Abs. 1, § 101 Abs. 1 AktG und § 10 Abs. 1 der Satzung der Gesellschaft aus sechs Mitgliedern und entspricht im Kompetenzprofil seiner bisherigen und aktuellen Zielsetzung; insbesondere sind mit Frau Dr. Claudia Borgas-Herold und Herrn Norbert Lang mindestens zwei unabhängige Mitglieder im Aufsichtsrat vertreten. Der Frauenanteil im Aufsichtsrat betrug im Geschäftsjahr 2020 16,66 Prozent. Der Aufsichtsratsvorsitz wurde im Berichtsjahr 2020 von Herrn Michael Scheeren wahrgenommen, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitz von Herrn Kai-Uwe Ricke.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 21. März 2018 entschieden, künftig keine Ausschüsse mehr zu bilden, sondern sämtliche Aufgaben in seiner Gesamtheit wahrzunehmen. Dadurch sollen alle Aufsichtsratsmitglieder die Möglichkeit bekommen, gleichrangig bei sämtlichen Aufsichtsrats Themen mitzuwirken.

Corporate Governance

An den insgesamt fünf Sitzungen des Gesamtaufichtsrats haben alle Mitglieder teilgenommen.

Im Einklang mit der Empfehlung D.13 des DCGK beurteilt der Aufsichtsrat regelmäßig, wie wirksam sie jeweils als Gremium ihre Aufgaben erfüllen. Der Aufsichtsrat nimmt zu

diesem Zweck in einem Turnus von ungefähr zwei Jahren eine Selbstbeurteilung mittels Fragebögen vor. Die Ergebnisse der Befragung werden anonymisiert ausgewertet und anschließend in einer Plenumssitzung diskutiert. Der dabei zutage tretende Verbesserungsbedarf wird aufgegriffen. Die nächste Selbstbeurteilung ist für Frühjahr/Sommer 2021 geplant.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr keine Investorengespräche geführt.

Die Aufsichtsratsmitglieder Michael Scheeren, Kurt Dobitsch und Dr. Claudia Borgas-Herold sind gleichzeitig Mitglieder des Aufsichtsrats der United Internet AG. Bei keinem der Aufsichtsratsmitglieder ist tatsächlich ein zu behandelnder Interessenkonflikt aufgetreten. Bei Bedarf stimmen sich die Aufsichtsratsmitglieder mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden über die Behandlung eines etwaig auftretenden Interessenkonflikts ab.

Über die Corporate Governance berichten Vorstand und Aufsichtsrat gemäß C.22 des Deutschen Corporate Governance Kodex im Zusammenhang mit der Erklärung zur Unternehmensführung. Vorstand und Aufsichtsrat haben im Berichtsjahr zuletzt am 16. Dezember 2020 eine gemeinsame Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben, wonach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex weitgehend Rechnung getragen wird. Die Erklärungen nebst dazu veranlassten Erläuterungen werden den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht. Im Übrigen wird auf die Ausführungen im Corporate Governance Bericht im Geschäftsbericht 2020 verwiesen.

Erörterung des Jahres- und Konzernjahresabschlusses 2020

Der vom Vorstand aufgestellte, fristgerecht vorgelegte Jahresabschluss und der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2020, die Lageberichte für die Aktiengesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2020 (die jeweils den erläuternden Bericht zu den Angaben nach § 289a Abs. 1 bzw. § 315 Abs. 2a HGB umfassen) sowie die Buchführung und das Risikomanagementsystem wurden durch die von der Hauptversammlung am 19. Mai 2020 zum Abschlussprüfer gewählte Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen.

Der Jahres- und der Konzernabschluss, der Bericht über die Lage der Gesellschaft sowie des Konzerns sowie die entsprechenden Prüfungsberichte des Abschlussprüfers sind allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegt worden. Prüfungsschwerpunkte bei der Auftragserteilung an den Wirtschaftsprüfer waren insbesondere die bedeutsamen Prüfungsschwerpunkte (KAM=key audit matters), die u.a. die folgenden Punkte umfassen: Für den Konzernabschluss die Umsatzrealisierung, die Erfassung von Vertragsanbahnungs- und Vertragserfüllungskosten sowie die Werthaltigkeit der Firmenwerte und für den Jahresabschluss der 1&1 Drillisch AG die Werthaltigkeit der Finanzanlagen.

Die Abschlussunterlagen wurden schließlich im Rahmen einer Sitzung des Aufsichtsrats am 24. März 2021 in Anwesenheit des Abschlussprüfers durchgesprochen und erörtert. Dabei berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prü-

fungen, erläuterte diese und beantwortete die Fragen der Mitglieder des Aufsichtsrats eingehend. Gegenstand dieser Besprechung waren insbesondere die Ergebnisse der Prüfung im Hinblick auf die festgelegten Prüfungsschwerpunkte und der Rechnungslegungsprozess. Das interne Kontrollsystem, der Risikobericht und das Risikomanagementsystem wurden in der Sitzung des Aufsichtsrats am 24. März 2021 mit dem Wirtschaftsprüfer eingehend diskutiert. Zum bestehenden Risikofrüherkennungssystem stellte der Abschlussprüfer fest, dass der Vorstand die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen, insbesondere zur Einrichtung eines Überwachungssystems, in geeigneter Weise getroffen hat und das Überwachungssystem zur frühzeitigen Erkennung von Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, geeignet ist. Der Aufsichtsrat schloss sich nach eigener Prüfung dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer an und erhebt nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss 2020 durch Beschluss vom 24. März 2021 im Rahmen seiner Sitzung gebilligt. Der Jahresabschluss ist somit gemäß § 172 AktG festgestellt worden. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 24. März 2021 auch die nichtfinanzielle Erklärung („Nachhaltigkeitsbericht 2020“) geprüft und verabschiedet.

Prüfung des Berichts des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand hat den von ihm aufgestellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) für das Geschäftsjahr 2020 dem Aufsichtsrat rechtzeitig vorgelegt.

Der Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen war Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Es wurde diesbezüglich folgender Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Den Prüfungsbericht hat der Abschlussprüfer dem Aufsichtsrat vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat den Abhängigkeitsbericht des Vorstands und den Prüfungsbericht geprüft. Die abschließende Prüfung durch den Aufsichtsrat erfolgte in der Aufsichtsratssitzung am 24. März 2021. An der Sitzung nahm der Abschlussprüfer teil und berichtete über seine Prüfung des Abhängigkeitsberichts und seine wesentlichen Prüfungsergebnisse, erläuterte seinen Prüfungsbericht und beantwortete die Fragen der Aufsichtsratsmitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung stimmt der Aufsichtsrat dem Abhän-

gigkeitsbericht des Vorstands und dem Prüfungsbericht zu und hat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren erneut erfolgreichen Einsatz für die 1&1 Drillisch Gruppe im abgelaufenen Geschäftsjahr. Den Kunden und Aktionären gilt unser herzlicher Dank für das der Gesellschaft entgegengebrachte Vertrauen.

Maintal, den 24. März 2021



Für den Aufsichtsrat
Kurt Dobitsch

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Grundlagen der Corporate Governance

Die Unternehmensführung der 1&1 Drillisch AG als börsennotierte deutsche Aktiengesellschaft wird in erster Linie durch das Aktiengesetz und durch die Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) bestimmt.

Der Begriff Corporate Governance steht für eine verantwortungsbewusste und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle von Unternehmen. Effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat, Achtung der Aktionärsinteressen sowie Offenheit und Transparenz der Unternehmenskommunikation sind wesentliche Aspekte guter Corporate Governance.

Vorstand und Aufsichtsrat der 1&1 Drillisch AG sehen sich in der Verpflichtung, durch eine verantwortungsbewusste und langfristig ausgerichtete Unternehmensführung für den Bestand des Unternehmens und eine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen.

Der nachfolgende Bericht enthält die „Erklärung zur Unternehmensführung“ gemäß § 289f HGB für die Einzelgesellschaft und gemäß § 315d HGB für den Konzern sowie gemäß Grundsatz 22 des Deutschen Corporate Governance Kodex von Vorstand und Aufsichtsrat.

Erklärung nach § 161 AktG zur Beachtung der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die aktuelle Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat, welche am 16. Dezember 2020 abgegeben wurde und seitdem im Internet unter www.1und1-drillisch.de (dort unter „Corporate Governance“ unter dem Unterpunkt „Entsprechenserklärung“) dauerhaft zugänglich ist, hat folgenden Wortlaut:

1&1 Drillisch Aktiengesellschaft

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der 1&1 Drillisch AG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gemäß § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der 1&1 Drillisch Aktiengesellschaft erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz am 24. April 2017 im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate

Governance Kodex“ (Kodex) in der Fassung vom 7. Februar 2017 seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2019 mit den genannten Ausnahmen entsprochen hat. Die 1&1 Drillisch AG entspricht den Empfehlungen des Kodex in der geltenden Fassung vom 16. Dezember 2019, die mit Veröffentlichung im Bundesanzeiger am 20. März 2020 wirksam geworden sind, mit den nachfolgenden Ausnahmen und wird diesen auch zukünftig entsprechen:

Ziffer A.2 Satz 2**Möglichkeit des Whistleblowings für die Beschäftigten des Unternehmens**

Die Gesellschaft hat für die Beschäftigten kein spezielles Whistleblowing-System eingerichtet. Aufgrund der gesetzlichen Regelung des § 612a BGB zum arbeitsrechtlichen Maßregelungsverbot sieht die Gesellschaft keine Veranlassung, für Hinweisgeber weitere Schutzmechanismen einzurichten. Das gesetzliche Maßregelungsverbot verbietet es, einen Arbeitnehmer wegen der angemessenen und zulässigen Wahrnehmung seiner Rechte zu benachteiligen. In Anbetracht der offenen lösungsorientierten Kommunikationskultur im Unternehmen besteht aus Sicht der Gesellschaft für ein kompliziertes Whistleblowing-System zudem kein praktisches Bedürfnis.

Ziffer D.2/ D.3**Bildung von Ausschüssen**

Der Aufsichtsrat bildet keine Ausschüsse, sondern nimmt sämtliche Aufgaben in seiner Gesamtheit wahr. Der Aufsichtsrat erachtet es für sachgerecht, dass alle Aufsichtsratsmitglieder die Möglichkeit haben, gleichrangig bei sämtlichen Aufsichtsratsthemen mitzuwirken. Auch bei einem sechsköpfigen Aufsichtsrat sind im Plenum effiziente Diskussionen und ein intensiver Meinungsaustausch möglich. Der Aufsichtsrat sieht demnach keine Notwendigkeit zur Einrichtung von Ausschüssen, um die Effizienz seiner Arbeit zu steigern.

Ziffer G.1 bis G.5**Vergütung des Vorstands - Vergütungssystem**

Die Empfehlungen in G.1 bis einschließlich G.5 des Kodex beziehen sich auf ein System der Vergütung der Vorstandsmitglieder i.S.d. § 87a AktG („Vergütungssystem“), das nach der Novelle des AktG durch das ARUG II nunmehr durch den Aufsichtsrat zu beschließen und der Hauptversammlung zur Billigung vorzulegen ist. Erstmalig der Hauptversammlung der 1&1 Drillisch AG zur Billigung vorzulegen ist das Vergütungssystem in der Hauptversammlung 2021.

Ein Vergütungssystem wird derzeit durch den Aufsichtsrat erarbeitet und der Hauptversammlung 2021 zur Billigung vorgelegt. Erst nach Vorlage an die Hauptversammlung wird das Vergütungssystem dann zukünftig die Grundlage für die Vergütung der Vorstandsmitglieder sein. Da die Empfehlungen in G.1 bis einschließlich G.5 des Kodex das Vorhandensein eines Vergütungssystems voraussetzen, wird insoweit eine Abweichung erklärt. Das derzeit in Vorbereitung befindliche Vergütungssystem soll die Empfehlungen in G.1 bis einschließlich G.5 des Kodex ohne Einschränkungen berücksichtigen.

Ziffer G.10**Vergütung des Vorstands – Langfristige variable Vergütung**

Nach G.10 des Kodex sollen die Vorstandsmitgliedern gewährten variablen Vergütungsbeträge überwiegend in Aktien der Gesellschaft angelegt oder entsprechend aktienbasiert gewährt werden. Daneben soll das jeweilige Vorstandsmitglied über derartige Beträge erst nach vier Jahren verfügen können. Im Rahmen des Stock Appreciation Rights (SARs)-Programms als langfristigem Vergütungsprogramm für den Vorstand wird eine aktienbasierte Vergütung ausgelobt. Die Laufzeit dieses Programms beträgt jeweils insgesamt 6 Jahre. Innerhalb dieser 6 Jahre kann das jeweilige Vorstandsmitglied zu bestimmten Zeitpunkten bereits jeweils einen Teil (25 Prozent) zugeteilter SARs – frühestens allerdings nach 2 Jahren – ausüben. Damit kann ein Vorstandsmitglied bereits nach 2 Jahren über einen Teil der langfristigen variablen Vergütung verfügen.

Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass sich dieses System der Langfristvergütung bewährt hat und sieht keinen Grund dafür, die Verfügungsmöglichkeit über im Rahmen des Programms verdiente Vergütung weiter hinauszuschieben. Durch die Anknüpfung an den Aktienkurs der 1&1 Drillisch AG und deren Möglichkeit, zur Erfüllung der Ansprüche aus dem Programm deren Aktien hinzugeben, findet bereits eine aus Sicht des Aufsichtsrats angemessene Teilhabe des Vorstandsmitglieds an Risiken und Chancen des Unternehmens der 1&1 Drillisch AG statt. Weil das Programm mit einer Laufzeit von 6 Jahren konzipiert ist und die ausgelobten SARs über diese Dauer und frühestens nach 2 Jahren entsprechend anteilig zugeteilt werden, ist aus Sicht des Aufsichtsrats eine optimale Bindungswirkung und Anreizsteuerung im Interesse der 1&1 Drillisch AG erreicht, die keine Änderungen erforderlich machen.

Ziffer G.11**Vergütung des Vorstands – Einbehalt/Rückforderung variabler Vergütung**

Nach G.11 des Kodex soll der Aufsichtsrat die Möglichkeit haben, in begründeten Fällen eine variable Vergütung einbehalten oder zurückfordern zu können. Derartige Regelungen beinhalten die aktuellen Dienstverträge der Vorstandsmitglieder nicht. Es ist allerdings beabsichtigt, eine sog. „Claw Back-Klausel“ zur Rückforderung variabler Vergütung im Vergütungssystem und zukünftig dann auch in den Dienstverträgen der Vorstandsmitglieder vorzusehen.

Ziffer G.13**Vergütung des Vorstands – Leistungen bei Vertragsbeendigung**

Gemäß G.13 des Kodex sollen Zahlungen an ein Vorstandsmitglied bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags vergüten. Im Fall eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots soll eine solche Abfindungszahlung zudem auf die Karenzentschädigung angerechnet werden. Die Anstellungsverträge für die Vorstandsmitglieder enthalten derzeit eine solche Anrechnungsmöglichkeit nicht. Es ist allerdings beabsichtigt, diese im Vergütungssystem und zukünftig dann auch in den Dienstverträgen der Vorstandsmitglieder (und etwaig hieran anknüpfenden Aufhebungsverträgen) vorzusehen.

Ziffer G.17**Berücksichtigung des stellvertretenden Vorsitzes bei der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder**

Bei der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat nicht berücksichtigt, da der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende derzeit keine zusätzlichen Aufgaben wahrnimmt, die ihn gegenüber einem einfachen Mitglied des Aufsichtsrats stärker beanspruchen würden.

Maintal, den 16. Dezember 2020

Für den Aufsichtsrat

Der Vorstand

Michael Scheeren

Ralph Dommermuth

Markus Huhn

Alessandro Nava

Führungs- und Unternehmensstruktur

Entsprechend ihrer Rechtsform verfügt die 1&1 Drillisch AG mit ihren Organen Vorstand und Aufsichtsrat über eine zweigeteilte Leitungs- und Überwachungsstruktur. Das dritte Organ bildet die Hauptversammlung. Die Organe sind dem Wohl des Unternehmens verpflichtet.

Vorstand

Arbeitsweise des Vorstands

Der Vorstand ist das Leitungsorgan des Konzerns. Er bestand im Geschäftsjahr 2020 aus 3 Personen (namentlich Ralph Dommermuth, Markus Huhn und Alessandro Nava). Der Vorstand führt die Geschäfte nach Gesetz und Satzung, der vom Aufsichtsrat genehmigten Geschäftsordnung sowie den jeweiligen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, soweit nicht nach Maßgabe von § 161 AktG Abweichungen erklärt sind.

Bei der Bestellung von Vorstandsmitgliedern strebt der Aufsichtsrat eine für die Gesellschaft bestmögliche, vielfältige und sich gegenseitig ergänzende Zusammensetzung an und achtet auf eine langfristige Nachfolgeplanung. Dabei spielen vor allem Erfahrung und Branchenkenntnisse sowie fachliche und persönliche Qualifikation eine wichtige Rolle. Die Altersgrenze für Vorstände ist auf 70 Jahre festgelegt.

Im Rahmen der langfristigen Nachfolgeplanung befasst sich der Aufsichtsrat unter Einbeziehung des Vorstands regelmäßig mit hoch qualifizierten Führungskräften, die als potenzielle Kandidaten für Vorstandspositionen in Betracht kommen.

Der Vorstand ist zuständig für die Aufstellung der Zwischen- und Jahresabschlüsse sowie für die Besetzung von personellen Schlüsselpositionen im Unternehmen.

Entscheidungen von grundlegender Bedeutung bedürfen der Zustimmung durch den Aufsichtsrat. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen des § 90 AktG und gibt dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats mindestens einmal pro Monat mündlich und auf Anforderung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats auch schriftlich einen Überblick über den aktuellen Stand der nach § 90 AktG relevanten Berichtsgegenstände. Der Aufsichtsratsvorsitzende wird demnach über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch den Vorsitzenden bzw. Sprecher des Vorstands oder den Finanzvorstand informiert. Als wichtiger Anlass ist auch jede wesentliche Abweichung von der Planung oder sonstigen Prognosen der Gesellschaft anzusehen. Der Vorsitzende bzw. Sprecher des Vorstands oder der Finanzvorstand informiert den Vorsitzenden des Aufsichtsrats ferner nach Möglichkeit vorab, sonst unverzüglich danach über jede Ad-hoc-Mitteilung der Gesellschaft nach Art. 17 MAR.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft gesamtverantwortlich nach einheitlichen Zielsetzungen, Plänen und Richtlinien. Unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstands handelt jedes Vorstandsmitglied in dem ihm zugewiesenen Ressort eigenverantwortlich, ist aber gehalten, die auf das ihm zugewiesene Ressort bezogenen Interessen dem Gesamtwohl des Unternehmens unterzuordnen.

Der Vorstand hat im Geschäftsjahr 2017 gemäß § 76 Abs. 4 S. 1 AktG für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands Zielgrößen von jeweils 5,3 Prozent und für die Erreichung der Zielgrößen eine Frist bis zum 30. Juni 2022 festgelegt. Die festgelegten Zielgrößen wurden und werden derzeit erreicht.

Die Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstands regelt der Aufsichtsrat auf Vorschlag des Vorstands in einem Geschäftsverteilungsplan.

Die Vorstandsmitglieder unterrichten sich gegenseitig über wichtige Vorgänge innerhalb ihrer Geschäftsbereiche.

Unbeschadet ihrer Ressortzuständigkeit verfolgen alle Vorstandsmitglieder ständig die für den Geschäftsverlauf der Gesellschaft entscheidenden Ereignisse und Daten, um jederzeit auf die Abwendung drohender Nachteile, die Durchführung wünschenswerter Verbesserungen oder zweckmäßiger Änderungen durch Anrufung des Gesamtvorstandes oder sonst auf geeignete Weise hinwirken zu können.

Der Gesamtvorstand beschließt über alle Angelegenheiten, die von besonderer Bedeutung und Tragweite für die Gesellschaft oder ihre Tochter- und Beteiligungsgesellschaften sind.

Der Gesamtvorstand entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorstandsvorsitzenden den Ausschlag. Die Beschlüsse des Vorstandes werden in einer Niederschrift festgehalten.

Der Gesamtvorstand kommt in der Regel alle zwei Wochen und sonst bei Bedarf zu einer Vorstandssitzung zusammen.

Jedes Vorstandsmitglied legt Interessenkonflikte unverzüglich gegenüber dem Aufsichtsrat offen.

Aktuelle Zusammensetzung des Vorstands

Der Vorstand der 1&1 Drillisch AG bestand im Geschäftsjahr 2020 aus folgenden 3 Mitgliedern:

- » Ralph Dommermuth, Vorstandsvorsitzender
- » Markus Huhn, Finanzvorstand
- » Alessandro Nava, Chief Operations Officer

Aufsichtsrat

Arbeitsweise des Aufsichtsrats

Der von der Hauptversammlung gewählte Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2020 aus 6 Mitgliedern. Die Amtsperiode der Aufsichtsratsmitglieder beträgt in der Regel 5 Jahre.

Der Aufsichtsrat hält mit dem Vorstand regelmäßig Kontakt und überwacht und berät – gemäß Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung sowie den jeweiligen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, soweit nicht nach Maßgabe von § 161 AktG eine Abweichung erklärt ist – den Vorstand bei der Führung der Geschäfte und dem Risiko- und Chancenmanagement des Unternehmens.

In regelmäßigen Abständen erörtert der Aufsichtsrat mit dem Vorstand alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Strategie und deren Umsetzung, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements sowie der Compliance. Er diskutiert mit dem Vorstand die Quartals- und Halbjahresberichte vor ihrer Veröffentlichung und verabschiedet die Jahresplanung. Er prüft den Jahres- und Konzernabschluss und billigt die Abschlüsse, wenn keine Einwände zu erheben sind. Dabei berücksichtigt er die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers.

In den Aufgabenbereich des Aufsichtsrats fallen auch die Bestellung der Vorstandsmitglieder sowie die Festlegung der Vorstandsvergütung und deren regelmäßige Überprüfung unter Beachtung der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen sowie der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, soweit nicht nach § 161 AktG eine Abweichung erklärt wird.

Im Einklang mit der Empfehlung D.13 des Deutschen Corporate Governance Kodex beurteilt der Aufsichtsrat regelmäßig, wie wirksam er jeweils als Gremium seine Aufgaben erfüllt. Der Aufsichtsrat nimmt zu diesem Zweck in einem Turnus von ungefähr zwei Jahren eine Selbstbeurteilung mittels Fragebögen vor. Die Ergebnisse der Befragung werden anonymisiert ausgewertet und anschließend in einer Plenumsitzung diskutiert. Der dabei zutage tretende Verbesserungsbedarf wird aufgegriffen. Die nächste Selbstbeurteilung ist für Frühjahr/ Sommer 2021 geplant.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr und werden dabei von der Gesellschaft angemessen unterstützt.

Die Sitzungen des Aufsichtsrates werden durch seinen Vorsitzenden in der Regel mindestens 14 Tage vorher schriftlich einberufen.

Mit der Einberufung sind die Gegenstände der Tagesordnung mitzuteilen. Ist eine Tagesordnung nicht ordnungsgemäß angekündigt worden, darf hierüber nur beschlossen werden, wenn vor der Beschlussfassung kein Aufsichtsratsmitglied widerspricht.

Beschlüsse des Aufsichtsrates werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Sitzungen werden vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats geleitet. Außerhalb von Sitzungen können auf Anordnung des Vorsitzenden Beschlussfassungen auch auf anderem Wege, zum Beispiel per Telefon oder per E-Mail erfolgen, wenn kein Mitglied diesem Verfahren widerspricht.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und mindestens 3 Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Ein Mitglied nimmt auch dann an einer Beschlussfassung teil, wenn es sich in der Abstimmung der Stimme enthält.

Beschlüsse des Aufsichtsrates werden, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes bestimmt, mit einer einfachen Mehrheit gefasst.

Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates werden Niederschriften angefertigt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates ist ermächtigt, im Namen des Aufsichtsrates die zur Durchführung der Beschlüsse des Aufsichtsrates erforderlichen Willenserklärungen abzugeben.

Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats / Kompetenzprofil für das Gesamtgremium

Nach der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wird bei Vorschlägen zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern darauf geachtet, dass dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Dabei sollen die internationale Tätigkeit des Unternehmens, potenzielle Interessenkonflikte und eine Altersgrenze von 70 Jahren für Aufsichtsratsmitglieder berücksichtigt werden.

Gemäß C.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft darüber hinaus folgende Ziele für seine Zusammensetzung – einschließlich bestimmter Kompetenzanforderungen für das Gesamtgremium – festgelegt, die seit Festlegung der Zielsetzungen bei Wahlen von Aufsichtsratsmitgliedern durchgehend und zuletzt bei der Wahl der aktuellen Aufsichtsratsmitglieder durch die ordentliche Hauptversammlung am 17. Mai 2018 beachtet wurden:

- » Der Aufsichtsrat soll sich aus mindestens zwei Branchenvertretern aus den Bereichen Telekommunikation, Medien und/oder IT zusammensetzen. Derzeit verfügen alle Aufsichtsratsmitglieder über einschlägige Branchenkenntnis und die damit geforderte Kompetenz.
- » Der Aufsichtsrat soll mindestens ein Mitglied mit internationaler Erfahrung haben (z.B. im Bereich Financial Engineering, Telekommunikation, M&A). Alle Mitglieder des Aufsichtsrats verfügen über entsprechende Erfahrung und Kompetenzen und erfüllen daher diese Zielvorgabe.

- » Dem Aufsichtsrat sollen nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands angehören. Auch diese Zielvorgabe ist erfüllt, da nur Herr Vlasios Choulidis vor seiner Wahl in den Aufsichtsrat als Mitglied des Vorstands und Vorstandssprecher tätig war. Des Weiteren sollen die Aufsichtsratsmitglieder aktuell auftretende Interessenskonflikte unverzüglich dem Aufsichtsrat offen legen und bei dauerhaften Interessenkonflikten das Aufsichtsratsmandat niederlegen. Derartige Interessenkonflikte sind im Berichtsjahr nicht aufgetreten.
- » Dem Aufsichtsrat sollen mindestens zwei Mitglieder angehören, die nicht in einer persönlichen oder einer geschäftlichen Beziehung zu der Gesellschaft, deren Organen, einem kontrollierenden Aktionär oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen stehen, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenskonflikt begründen kann. Nach Einschätzung des Aufsichtsrats sind mit Frau Dr. Claudia Borgas-Herold und Herrn Norbert Lang mindestens zwei Mitglieder unabhängig.
- » Mitglieder des Aufsichtsrates sollen nach Vollendung des 75. Lebensjahres mit Ablauf der darauf folgenden Hauptversammlung aus dem Aufsichtsrat ausscheiden. Auch diese Zielvorgabe wird eingehalten.
- » Dem Aufsichtsrat soll mindestens eine Frau angehören. Diese Zielvorgabe ist durch die Mitgliedschaft von Frau Dr. Claudia Borgas-Herold im Aufsichtsrat erfüllt.

Der Aufsichtsrat der 1&1 Drillisch AG bestand im Geschäftsjahr 2020 aus folgenden Mitgliedern:

- » Michael Scheeren, Aufsichtsratsvorsitzender
(seit Oktober 2017)
- » Kai-Uwe Ricke, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
(seit Oktober 2017)
- » Dr. Claudia Borgas-Herold
(seit Januar 2018)
- » Vlasios Choulidis
(seit Januar 2018)
- » Kurt Dobitsch
(seit Oktober 2017)
- » Norbert Lang
(seit November 2015)

Der Aufsichtsrat hat sich auch im Berichtsjahr mit vorstehenden Zielen für seine Zusammensetzung befasst, sie insbesondere mit Blick auf das Kompetenzprofil für das Gesamtgremium thematisiert und an ihnen festgehalten. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats entspricht den festgelegten Zielen sowie dem Kompetenzprofil.

Die Wahlvorschläge des Aufsichtsrats zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern sollen sich auch unter Berücksichtigung dieser Ziele und dem Bestreben zur Ausfüllung des Kompetenzprofils für das Gesamtgremium weiterhin am Wohl des Unternehmens orientieren.

Auch bei der Festlegung der Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand gemäß § 111 Abs. 5 S. 1 AktG im Geschäftsjahr 2018 hat der Aufsichtsrat daran festgehalten, dass der Frauenanteil im Aufsichtsrat 16,66 Prozent und der Frauenanteil im Vorstand 0 Prozent betragen soll. Als Frist zur Erreichung der vorgenannten Zielgrößen wurde der 30. Juni 2022 festgelegt. Unabhängig davon soll die Auswahl stets nach dem individuellen Kompetenzprofil der potentiellen Organmitglieder erfolgen, wobei der Aufsichtsrat bemüht ist, bei gleicher Qualifikation Frauen den Vorzug zu geben. Die festgelegten Zielgrößen wurden und werden derzeit erreicht.

Vorbehaltlich der Bildung von Rumpfgeschäftsjahren endet das jeweilige Amt der Aufsichtsratsmitglieder mit dem Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2022 beschließt.

Angaben zu relevanten Unternehmensführungspraktiken i.S.d. § 289f Abs. 2 Nr. 2 HGB – Risikomanagement / Compliance – Diversitätskonzept

Um den Unternehmenserfolg langfristig zu sichern, ist es unerlässlich, Risiken unternehmerischen Handelns effektiv zu identifizieren, zu analysieren und durch geeignete Steuerungsmaßnahmen zu beseitigen oder zu begrenzen. Das Risikomanagementsystem bei der Gesellschaft sichert einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen Risiken. Insbesondere ist es darauf ausgelegt, Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und zu steuern. Das System wird permanent weiterentwickelt und den sich wandelnden Gegebenheiten angepasst. Der Aufsichtsrat wird, soweit erforderlich, durch den Vorstand regelmäßig über bestehende Risiken und deren Behandlung informiert. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems wurde durch den Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit wahrgenommen.

Die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind gemäß § 289 Abs. 4 HGB detailliert im Lagebericht sowie gemäß § 315 Abs. 4 HGB im Bericht über die Lage der Gesellschaft sowie des Konzerns beschrieben. Dort berichtet der Vorstand auch ausführlich über bestehende Risiken und deren Entwicklung.

Compliance ist ein wichtiger Bestandteil der Führungs- und Unternehmenskultur des 1&1 Drillisch-Konzerns. Für die Gesellschaft umschreibt Compliance die Gesamtheit aller Maßnahmen zur Einhaltung von Recht und Gesetz sowie eigenen internen Standards, Grundsätzen und Regeln. Rechtlich und ethisch einwandfreies Verhalten ist aus Sicht

der Gesellschaft die Basis jedes nachhaltigen unternehmerischen Erfolges. Der Vorstand hat daher ein Compliance-Managementsystem implementiert, das im Ausgangspunkt auf einer zentralen Compliance-Richtlinie aufbaut. Die Compliance-Richtlinie gilt für alle Organmitglieder und Mitarbeiter der Unternehmens-Gruppe und stellt sicher, dass das Wertesystem auf breiter Ebene konsequent und kontinuierlich gelebt wird.

Zentrale Bereiche der Compliance-Richtlinie betreffen etwa den fairen, respektvollen und vertrauenswürdigen Umgang mit Kollegen und Geschäftspartnern sowie das Verhalten gegenüber Wettbewerbern. Bestechung und Korruption werden bei der Gesellschaft nicht toleriert; die Compliance-Richtlinie flankiert diese Haltung mit entsprechenden Verboten und Hinweisen unmissverständlich. Verstöße gegen Compliance-Vorgaben sind für uns nicht akzeptabel. Hinweisen auf Verstöße gehen wir konsequent nach und klären den zugrunde liegenden Sachverhalt auf. Soweit Verstöße festgestellt werden, werden diese sofort abgestellt und sofern erforderlich im angemessenen Rahmen konsequent sanktioniert.

Diversitätsaspekte finden bei der Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats stets Beachtung. Die Gesellschaft erachtet Diversität dabei nicht nur als wünschenswert, sondern als ganz entscheidend für den Erfolg des Unternehmens. Dementsprechend verfolgt die Gesellschaft insgesamt eine wertschätzende Unternehmenskultur, bei der die individuelle Verschiedenheit hinsichtlich Kultur, Nationalität, Geschlecht, Altersgruppe und Religion gewünscht und entsprechend Chancengerechtigkeit – unabhängig von Alter, Behinderung, ethnisch-kultureller Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung oder sexueller Identität – gefördert wird.

Individuelle Stärken – also alles, was die einzelnen Mitarbeiter/-innen innerhalb des Unternehmens einzigartig und unverwechselbar macht – ermöglichen es der Gesellschaft erst, zu dem zu werden, was sie heute ist. Eine Belegschaft, die sich aus verschiedensten Persönlichkeiten zusammensetzt, bietet optimale Rahmenbedingungen für Kreativität und Produktivität – und damit auch Mitarbeiterzufriedenheit. Das daraus resultierende Ideen- und Innovationspotenzial stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft und steigert die Chancen in Zukunftsmärkten. Diesem Gedanken folgend soll nicht nur für jeden Mitarbeiter das Tätigkeitsfeld und die Funktion gefunden werden, in der die jeweiligen individuellen Potenziale und Talente bestmöglich ausgeschöpft werden können; auch bei der Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats soll – bereits im eigenen Interesse des Unternehmens – auf Diversität mit Blick beispielsweise auf Alter, Geschlecht oder Berufserfahrung geachtet werden.

Aufgrund der Mitarbeiterzahl und des offenen sowie vertrauensvollen Umgangs verfolgt die Gesellschaft ein darüber hinausgehendes konkreteres Diversitätskonzept jedoch nicht. Die Förderung von Vielfältigkeit kann nämlich gerade keiner Einheitslösung folgen, die durch ein solches Konzept vorgegeben wäre. Auch die Auswahl für und Besetzung von Organpositionen soll aufgrund objektiver Faktoren wie Qualifikation, fachlicher Eignung und nach dem individuellen Kompetenzprofil der potentiellen Führungskräfte erfolgen, wobei die Gesellschaft bemüht ist, bei gleicher Qualifikation Frauen den Vorzug zu geben.

Finanzpublizität / Transparenz

Es ist das erklärte Ziel von 1&1 Drillisch, institutionelle Investoren, Privataktionäre, Finanzanalysten, Mitarbeiter sowie die interessierte Öffentlichkeit durch regelmäßige, offene und aktuelle Kommunikation gleichzeitig und gleichberechtigt über die Lage des Unternehmens zu informieren.

Dazu werden alle wesentlichen Informationen, wie z. B. Presse- und Ad-hoc-Mitteilungen und andere Pflichtmitteilungen (wie z. B. Directors' Dealings oder Stimmrechtsmitteilungen) sowie sämtliche Finanzberichte, entsprechend den gesetzlichen Vorgaben veröffentlicht. Ferner informiert 1&1 Drillisch auch umfangreich über die Internetseite der Gesellschaft (www.1und1-drillisch.de). Dort finden sich auch Dokumente und Informationen zu den Hauptversammlungen der Gesellschaft sowie weitere wirtschaftlich relevante Informationen.

1&1 Drillisch berichtet Aktionären, Analysten und Pressevertretern nach einem festen Finanzkalender viermal im Geschäftsjahr über die Geschäftsentwicklung sowie über die Finanz- und Ertragslage. Der Finanzkalender wird auf der Internetseite der Gesellschaft und gemäß den Vorgaben des Gesetzgebers veröffentlicht und regelmäßig aktualisiert.

Darüber hinaus informiert der Vorstand durch Ad-hoc-Mitteilungen unverzüglich über nicht öffentlich bekannte Umstände, die dazu geeignet sind, den Aktienkurs erheblich zu beeinflussen.

Im Rahmen der Investor Relations trifft sich das Management regelmäßig mit Analysten und institutionellen Anlegern. Zudem finden zur Vorstellung der Halbjahres- und Jahreszahlen Analystenkonferenzen statt, zu denen Investoren und Analysten auch telefonisch Zugang erhalten.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des Konzerns erfolgt nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards (IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind) unter Berücksichtigung von § 315e HGB. Der für Ausschüttungs- und Steuerbelange relevante Jahresabschluss wird dagegen nach den Regeln des Deutschen Handelsgesetzbuchs (HGB) erstellt. Jahres- und Konzernabschluss werden durch unabhängige Abschlussprüfer geprüft. Die Wahl des Abschlussprüfers erfolgt durch die Hauptversammlung. Für das Geschäftsjahr 2020 wurde die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Eschborn / Frankfurt am Main, zum Abschlussprüfer bestellt. Der Aufsichtsrat erteilt den Prüfungsauftrag, legt die Prüfungsschwerpunkte und das Prüfungshonorar fest und überprüft die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers.

Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist seit dem Geschäftsjahr 2018 Abschlussprüfer für die 1&1 Drillisch AG und den Konzern. Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist seit dem Geschäftsjahr 2018 Herr Jens Kemmerich.

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Grundzüge des Vergütungssystems von Vorstand und Aufsichtsrat werden im Vergütungsbericht auf den Seiten 79 bis 81 (Punkt 5) des Berichts über die Lage der Gesellschaft sowie des Konzerns dargestellt. Die Offenlegung der Vergütung der Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat, individualisiert und aufgegliedert nach Bestandteilen (gemäß der Vorgaben des Gesetzgebers sowie des Deutschen Corporate Governance Kodex) findet sich im Vergütungsbericht bzw. auch im Konzernanhang auf Seite 168.

Aktienoptionsprogramme

Die Grundzüge des Mitarbeiterbeteiligungsprogrammes der 1&1 Drillisch AG werden im Vergütungsbericht auf den Seiten 79 bis 81 (Punkt 5) des Berichts über die Lage der Gesellschaft sowie des Konzerns beschrieben. Weitere Einzelheiten dazu enthält der Konzernanhang auf Seite 152 ff (Punkt 38).

BERICHT ÜBER DIE LAGE DER GESELLSCHAFT SOWIE DES KONZERNS

30	Grundlagen der Gesellschaft und des Konzerns
37	Wirtschaftsbericht
57	Nachtragsbericht
58	Risikobericht
72	Chancenbericht
76	Prognosebericht
79	Vergütungsbericht
82	Ergänzende Angaben
87	Abhängigkeitsbericht

GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT UND DES KONZERNS

1. Grundlagen der Gesellschaft und des Konzerns

1.1. Geschäftsmodell

Der 1&1 Drillisch Konzern

Die 1&1 Drillisch Gruppe mit der 1&1 Drillisch Aktiengesellschaft, Maintal, als börsennotiertem Mutterunternehmen (im Folgenden „1&1 Drillisch AG“ oder zusammen mit ihren Tochterunternehmen „1&1 Drillisch“ bzw. „1&1 Drillisch Konzern“) ist ein ausschließlich in Deutschland tätiger Telekommunikationsanbieter. Mit mehr als 14,8 Millionen Verträgen ist 1&1 Drillisch ein führender Internet-Spezialist und kann über die zum Konzernverbund der United Internet AG zugehörige Schwestergesellschaft 1&1 Versatel GmbH, Düsseldorf, (im Folgenden „1&1 Versatel GmbH“) eines der größten Glasfasernetze Deutschlands nutzen. Als virtueller Mobilfunk-Netzbetreiber hat 1&1 Drillisch garantierten Zugriff auf bis zu 30 Prozent der Kapazität des Mobilfunknetzes von Telefónica in Deutschland (sogenannter Mobile Bitstream Access Mobile Virtual Network Operator = MBA MVNO). Außerdem nutzt 1&1 Drillisch Kapazitäten im Mobilfunknetz von Vodafone. Der Konzern bietet im Geschäftsfeld Access festnetz- und mobilfunkbasierte Internetzugangszugangsprodukte an. Hierzu zählen unter anderem kostenpflichtige Festnetz- und Mobile-Access-Produkte inklusive der damit verbundenen Anwendungen wie zum Beispiel Heimvernetzung, Online-Storage, Telefonie, Video-on-Demand oder IPTV. Daneben plant 1&1 Drillisch derzeit den Aufbau eines eigenen Mobilfunknetzes über die im Jahr 2019 ersteigerten 5G-Mobilfunkfrequenzen.

1&1 Drillisch – einziger MBA MVNO im deutschen Mobilfunkmarkt

Auf Basis des im Juni 2014 mit Telefónica geschlossenen MBA MVNO-Vertrages erhält 1&1 Drillisch über die hundertprozentige Tochtergesellschaft Drillisch Online GmbH, Maintal, als einziger Wettbewerber am deutschen Mobilfunkmarkt den Zugang zu bis zu 30 Prozent der genutzten Netzkapazität von Telefónica, die nach dem Zusammenschluss im kontrollierten Mobilfunknetz der Telefónica und E-Plus zur Verfügung steht. Dieses Recht erstreckt sich nicht nur auf die heutigen, sondern auch auf alle zukünftigen Technologien inklusive 5G. Gleichzeitig erhält 1&1 Drillisch das Zugangsrecht zu dem durch den Zusammenschluss entstehenden sog. „Golden Grid Network“ der Telefónica. Dies bedeutet, Zugang zu dem erweiterten Footprint des Mobilfunknetzes der Telefónica einschließlich aller erforderlichen technischen Spezifikationen und der Befähigung zur technischen Geschwindigkeitsdrosselung und Transportbeschränkung bei übermäßig anfallender Datennutzung durch den Endkunden.

In 2019 hat 1&1 Drillisch plangemäß die erste Option zur Verlängerung des MBA MVNO-Vertrags ausgeübt, sodass der Vertrag nun eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2025 hat. Der MBA MVNO-Vertrag sieht eine Option vor, ein lizenzierter Mobilfunknetzbetreiber zu werden, wofür unter anderem der Abschluss einer National Roaming – Vereinbarung unabdingbar ist.

Durch diese Vereinbarungen sichert 1&1 Drillisch den Zugang zum Mobilfunknetz von Telefónica langfristig ab und gewährleistet eine lückenlose Versorgung während der Aufbauphase des eigenen bundesweiten Netzes.

Vorbereitung des eigenen 5G-Mobilfunknetzes

Mit den im Jahr 2019 erworbenen 5G – Frequenzen wurden die Weichen zum Bau eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes gestellt.

Im Jahr 2019 hat die 1&1 Drillisch Frequenzblöcke in den Bereichen 2 GHz und 3,6 GHz erworben. Während die Frequenzblöcke im Bereich 3,6 GHz bereits zur Verfügung stehen, besteht die Verfügbarkeit der Frequenzblöcke im Bereich 2 GHz ab dem 1. Januar 2026. Zur Überbrückung dieses Zeitraums hat die 1&1 Drillisch bis zur Verfügbarkeit dieser Frequenzen weitere Frequenzen im Bereich 2,6 GHz von Telefónica angemietet.

Am 5. September 2019 hat 1&1 Drillisch eine Vereinbarung mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) sowie dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) über den Bau von hunderten Mobilfunkstandorten in sogenannten „weißen Flecken“ geschlossen. Damit hilft 1&1 Drillisch bestehende Versorgungslücken zu schließen und leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung in ländlichen Regionen. Im Gegenzug darf 1&1 Drillisch die Kosten der erworbenen 5G-Frequenzen in zwölf jährlichen Raten zahlen. Damit können die ursprünglich in den Jahren 2019 und 2024 zu zahlenden Lizenzkosten nun in Raten bis 2030 an den Bund gezahlt werden. Diese Vereinbarung passt zur langfristigen Finanzierungsstrategie von 1&1 Drillisch, die vorsieht, den Großteil der Aufwendungen für den Bau eines modernen 5G-Netzes aus laufenden Einnahmen zu leisten.

Eine weitere Voraussetzung ist der Abschluss einer National Roaming-Vereinbarung zur lückenlosen Versorgung während der Aufbauphase des eigenen Netzes. Die 1&1 Drillisch hat am 15. Februar 2021 kommuniziert, das durch die Telefónica vorgelegte und nach der Prüfung durch die EU-Kommission noch einmal verbesserte Angebot zum National Roaming anzunehmen. Mit dem Vertragsschluss, den das Telefónica Angebot bis ca. Mitte Mai 2021 vorsieht, würde eine weitere wesentliche Voraussetzung für den geplanten Aufbau eines leistungsfähigen 5G-Netzes umgesetzt.

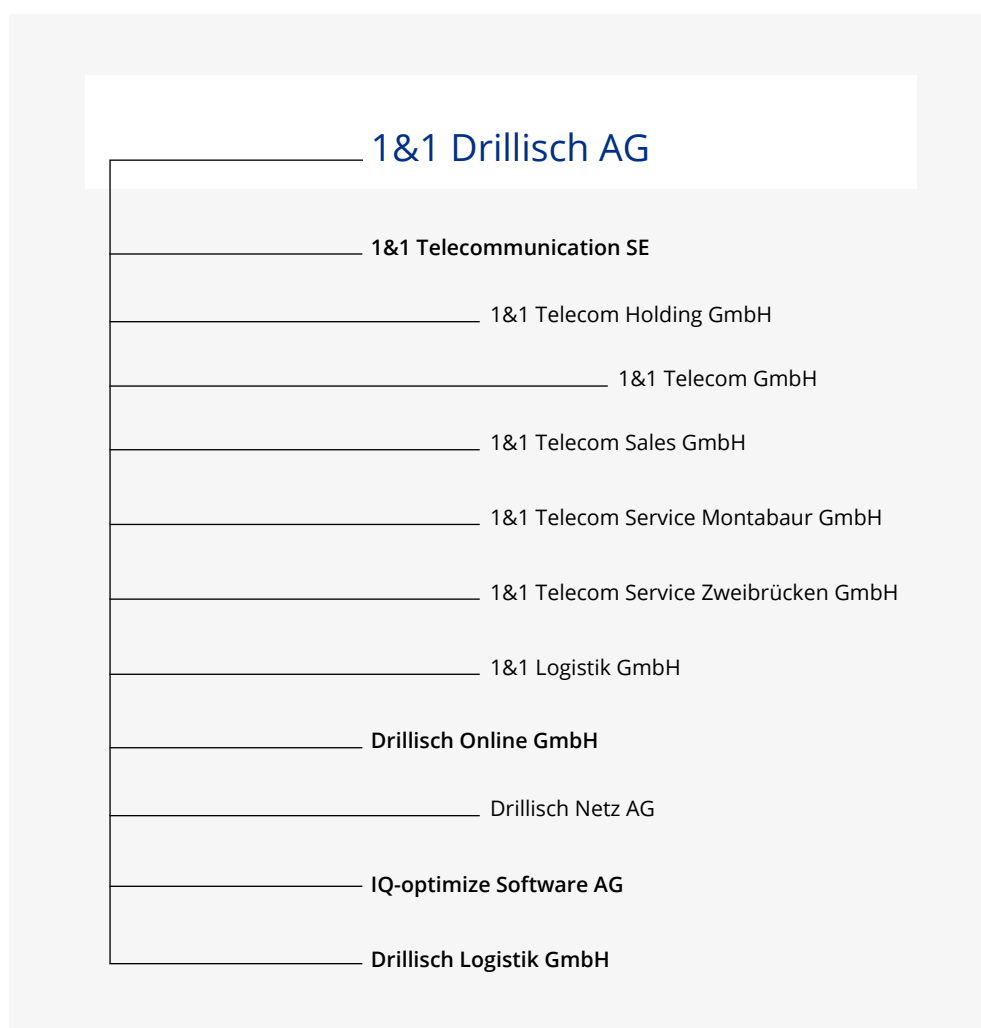
Zudem wurden im Geschäftsjahr die Planungsaktivitäten und Vorbereitungen für die Errichtung der erforderlichen Infrastruktur intensiv fortgesetzt. Insbesondere wurden Verhandlungen mit potentiellen Mobilfunk-Netzausrüstern geführt, die bis Mitte 2021 abgeschlossen werden können. Durch die Annahme des Angebots zum National Roaming sind nun die Grundlagen für eine erfolgreiche und dauerhafte Positionierung als vierter Mobilfunknetzbetreiber in Deutschland gelegt, nach Abschluss der National Roaming-Vereinbarung kann der Aufbau eines leistungsfähigen 5G-Mobilfunknetzes erfolgen.

Die 1&1 Drillisch AG ist die Holding-Gesellschaft des Konzerns

Im 1&1 Drillisch-Konzern konzentriert sich die 1&1 Drillisch AG als Mutterunternehmen auf Holding-Aufgaben wie Geschäftsführung, Finanz- und Rechnungswesen, Controlling, Cash-Management, Personalwesen, Risikomanagement, Unternehmenskommunikation und Investor Relations sowie auf die Festlegung, Steuerung und Überwachung der Konzernstrategie.

Das operative Geschäft wird im Wesentlichen von der 1&1 Telecom GmbH sowie von der Drillisch Online GmbH betrieben.

Die 1&1 Drillisch AG ist eine börsennotierte Tochtergesellschaft der ebenfalls börsennotierten United Internet AG, Montabaur.



Geschäftstätigkeit

1&1 Drillisch ist mit 14,83 Millionen kostenpflichtigen Kundenverträgen ein in Deutschland führender Anbieter von Breitband- und Mobilfunkprodukten.

Die Unternehmenssteuerung und Konzernberichterstattung erfolgt über die Segmente „Access“ und „5G“ (bisher drei Berichtssegmente: „Access“, „5G“ und „Sonstiges“).

Das Berichtssegment „Sonstiges“ wurde im Berichtsjahr in das Segment „Access“ integriert, um die Aussagekraft und die Darstellung diesbezüglicher Geschäftsaktivitäten zu optimieren. Die Angaben für das Vorjahr wurden entsprechend angepasst.

Segment „Access“

Im Segment „Access“ sind die kostenpflichtigen Mobile-Access- und Festnetz-Produkte des Konzerns inklusive der damit verbundenen Anwendungen (wie Heimvernetzung, Online-Storage, Telefonie, Video-on-Demand oder IPTV) zusammengefasst. 1&1 Drillisch ist ausschließlich in Deutschland tätig. Die Gesellschaft nutzt das Festnetz der zum Konzernverbund der United Internet AG gehörigen Schwestergesellschaft 1&1 Versatel GmbH sowie ihr Zugangsrecht zum Telefónica-Netz und kauft zusätzlich von verschiedenen Vorleistungsanbietern standardisierte Netzleistungen ein. Die Netzzugänge werden mit Endgeräten, selbstentwickelten Applikationen und Services erweitert, um sich so vom Wettbewerb zu differenzieren.

Vermarktet werden die Access-Produkte über die bekannte Marke 1&1 sowie über Discount-Marken wie yourfone oder smartmobil.de, mit denen der Markt zielgruppenspezifisch adressiert wird.

Segment „5G“

Im Segment „5G“ werden die im Zusammenhang mit der Vorbereitung des zukünftigen Auf- und Ausbaus sowie dem Betrieb eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes resultierenden Aufwendungen und Erträge ausgewiesen.

Wesentliche Standorte

STANDORT	TÄTIGKEITSSCHWERPUNKT	GESELLSCHAFT
Maintal	Zentrale, Beteiligungen, IR, PR, Finanzen, Buchhaltung, Controlling, Risikomanagement, Recht, Compliance, Personal	1&1 Drillisch AG
	IT	IQ-optimize Software AG
	Buchhaltung, Marketing, Vertrieb, Kundenservice	Drillisch Online GmbH
Krefeld	Marketing, Vertrieb, Logistik, Kundenservice, Controlling, Forderungs- und Risikomanagement	Drillisch Online GmbH
Düsseldorf	Netzplanung	Drillisch Netz AG
München	Marketing, Vertrieb, Logistik, Vertriebscontrolling	Drillisch Online GmbH
Montabaur	Finanzen, PR, Marketing, Vertrieb, Logistik, Kundenservice	1&1 Telecom GmbH, 1&1 Telecom Sales GmbH
Karlsruhe	Entwicklung, Produktmanagement, Rechnungszentrum-Betrieb, Marketing, Vertrieb, Einkauf, Kundenservice	1&1 Telecom GmbH, 1&1 Telecom Sales GmbH
Zweibrücken	Kundenservice	1&1 Telecom Service Zweibrücken GmbH

Im Geschäftsjahr 2020 waren im 1&1 Drillisch-Konzern im Durchschnitt 3.177 (Vorjahr: 3.119) Mitarbeiter beschäftigt.

1.2 Strategie

Das Geschäftsmodell von 1&1 Drillisch basiert überwiegend auf Kundenverträgen mit festen monatlichen Beträgen sowie festen Laufzeiten. Zu einem kleineren Teil werden auch Verträge ohne Laufzeit vermarktet. Ein solches Geschäftsmodell sichert stabile und planbare Umsätze und Cashflows, bietet Schutz gegen kurzfristige konjunkturelle Einflüsse und eröffnet finanzielle Spielräume, um Wachstumschancen in neuen Geschäftsfeldern und neuen Märkten zu nutzen.

Eine große Zahl an Kundenbeziehungen hilft der Gesellschaft Skaleneffekte zu nutzen: Je mehr Kunden Produkte nachfragen, desto besser lassen sich Fixkosten decken und desto höher ist der Gewinn. Diese Gewinne können anschließend in die Gewinnung neuer Kunden, die Entwicklung neuer Produkte und Geschäftsfelder investiert werden.

Aus heutiger Sicht sind Mobile-Internet und leistungsfähige Breitband-Anschlüsse sowie die damit einhergehenden Anwendungen die Wachstumsmärkte der nächsten Jahre. Mit ihrer klaren Positionierung in diesen Märkten ist 1&1 Drillisch unter dem Dach der United Internet Gruppe strategisch gut aufgestellt, um das erwartete Marktpotenzial zu nutzen.

Dank der langjährigen Erfahrung als Telekommunikationsanbieter, den Kompetenzen bei Software-Entwicklung und Rechenzentrumsbetrieb, Marketing, Vertrieb und Kundenbetreuung, den Marken (wie z. B. 1&1, smartmobil.de und yourfone) sowie den bestehenden Vertragsbeziehungen zu über 14,83 Millionen Kunden in Deutschland ist die Gesellschaft dazu gut positioniert.

Die 1&1 Drillisch wird auch künftig stark in neue Kunden und neue Produkte investieren, um auf Basis dieses erwarteten Wachstums ihre Marktpositionierung weiter auszubauen.

Mit der erfolgreichen Teilnahme an der 5G-Frequenzauktion in 2019, eröffnet sich für die 1&1 Drillisch ein weiteres strategisches Potential zur Festigung und zum Ausbau der Positionierung im deutschen Mobilfunkmarkt.

Neben dem organischen Wachstum prüft 1&1 Drillisch kontinuierlich auch mögliche Firmenübernahmen, Beteiligungen und Kooperationen, um Marktpositionen, Kompetenzen und Produktportfolios weiter auszubauen.

Dank der planbaren und hohen Free Cashflows verfügt 1&1 Drillisch über eine hohe Eigenfinanzierungskraft und einen guten Zugang zu den Fremdfinanzierungsmärkten.

Weitere Informationen zu Chancen und Zielen enthält der „Risiko-, Chancen- und Prognosebericht“ unter Punkt 4.

1.3 Steuerungssysteme

Die internen Steuerungssysteme unterstützen das Management bei der Steuerung und Überwachung des Konzerns. Die Systeme bestehen u.a. aus Planungs- und Ist-Rechnungen und basieren auf der jährlich überarbeiteten strategischen Planung des Konzerns. Dabei werden insbesondere Marktentwicklungen, technologische Entwicklungen und Trends, deren Einfluss auf die eigenen Produkte und Services sowie die finanziellen Möglichkeiten des Konzerns berücksichtigt. Die Unternehmenssteuerung hat das Ziel, die 1&1 Drillisch AG und ihre Tochterunternehmen kontinuierlich und nachhaltig weiter zu entwickeln.

Das Konzern-Berichtswesen umfasst monatliche Ergebnisrechnungen sowie quartalsweise erstellte IFRS-Reportings aller konsolidierten Tochtergesellschaften und stellt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowie der Unternehmensbereiche dar. Die Finanzberichterstattung wird durch weitere Detailinformationen ergänzt, die für die Beurteilung und Steuerung des operativen Geschäfts notwendig sind.

Die zentralen Steuerungsgrößen sind in der „Segmentberichterstattung“ des Konzernanhangs dargestellt.

Ein weiterer Bestandteil der Steuerungssysteme sind die quartalsweise erstellten Berichte zu den wesentlichen Risiken des Unternehmens.

Die genannten Berichte werden in den Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen diskutiert und stellen wesentliche Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlagen dar.

Zentrale Steuerungskennzahlen sind der Umsatz, der Rohertrag sowie das bereinigte Konzern-EBITDA auf IFRS-Basis (das um außerordentliche und einmalige Faktoren bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen). Darüber hinaus wird die Ge-

sellschaft über nicht-finanzielle Kennzahlen, insbesondere über Anzahl und Wachstum der kostenpflichtigen Kundenverträge gesteuert. Verwendung und Definition relevanter finanzieller Kennzahlen finden sich unter Punkt 2.2. Die 1&1 Drillisch AG (Einzelgesellschaft) fokussiert sich als Holding auf die operativen Wertgrößen im Konzern.

Der bestehende Firmenwert ist wie im Vorjahr dem Berichtssegment „Access“ zugeordnet und wird auf dieser Ebene durch die verantwortlichen Unternehmensinstanzen überwacht.

Ein Vergleich zwischen den in der Prognose benannten Steuerungskennzahlen und den Ist-Werten dieser Steuerungskennzahlen findet sich in unter Punkt 2.2 „Geschäftsverlauf“ im Bereich „Tatsächlicher und prognostizierter Geschäftsverlauf“ sowie unter Punkt 2.3 „Lage des Konzerns“ im Bereich Gesamtaussage zur Geschäftsentwicklung.

1.4. Schwerpunkte Produkte und Innovationen

Die Schwerpunkte in der Produktentwicklung im Geschäftsjahr 2020 lagen in den folgenden Bereichen:

- » Launch eines Glasfaser-Gigabit-Tarifs für Privatkunden
- » Entwicklung einer neuen „IPTV-Applikation“ für Smart TVs auf Basis von Tizen/Samsung
- » Erweiterung der Streaming-Möglichkeiten für IPTV User von 3 auf 4 parallele Streams
- » Einführung eines Prozesses für die Vermarktung und Installation von Apple Smart Watches mit LTE und eSIM in Zusammenarbeit mit Apple und Telefónica
- » Vermarktungsstart von 5G Tarifen

WIRTSCHAFTSBERICHT

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Infolge der Coronavirus-Pandemie erwartet der Internationale Währungsfonds (IWF) für das Jahr 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland von -5,4 Prozent. Die Berechnungen des IWF für Deutschland bleiben dabei unter den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis), das einen Rückgang des (preisbereinigten) Bruttoinlandsprodukts (BIP) von -5,0 Prozent (Vorjahr: +0,6 Prozent) festgestellt hat. Die deutsche Wirtschaft ist damit nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten, ähnlich wie zuletzt während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Der konjunkturelle Einbruch fiel aber weniger stark aus als 2009 mit damals -5,7 Prozent.

Unterjährige Veränderungen der Wachstumsprognosen 2020 für wesentliche Zielländer und -regionen von 1&1 Drillisch

	Januar-Prognose	April-Prognose	Juni-Prognose	Oktober-Prognose	Ist 2020	Abweichung zur Januar-Prognose
Welt	3,3 %	-3,0 %	-4,9 %	-4,4 %	-3,5 %	-6,8 Prozentpunkte
Deutschland	1,1 %	-7,0 %	-7,8 %	-6,0 %	-5,4 %	-6,5 Prozentpunkte

Quelle: Internationaler Währungsfonds, World Economic outlook (Update), Januar 2021

Mehrperiodenübersicht: Entwicklung des BIP in wesentlichen Zielländern und -regionen von 1&1 Drillisch

	2016	2017	2018	2019	2020	Veränderung zum Vorjahr
Welt	3,2 %	3,7 %	3,6 %	2,8 %	-3,5 %	-6,3 Prozentpunkte
Deutschland	1,9 %	2,5 %	1,5 %	0,6 %	-5,4 %	-6,0 Prozentpunkte

Quelle: Internationaler Währungsfonds, World Economic outlook (Update), Januar 2021

Mehrperiodenübersicht: Entwicklung des preis- und kalenderbereinigten BIP in Deutschland

	2016	2017	2018	2019	2020	Veränderung zum Vorjahr
BIP	2,1 %	2,8 %	1,5 %	0,6 %	-5,0 %	- 5,6 Prozentpunkte

Quelle: Statistisches Bundesamt, Januar 2021

Entwicklung der Branche / Kernmärkte

Für den deutschen ITK-Markt hat der Branchenverband Bitkom im Rahmen seiner Jahrespressekonferenz (13. Januar 2021) für 2020 einen Rückgang um -0,6 Prozent (Vorjahr: +1,9 Prozent) auf 169,8 Milliarden Euro unterstellt. Zu Jahresanfang 2020 und somit im Vorfeld der Coronavirus-Pandemie war der Verband noch von einem Umsatzwachstum von +1,5 Prozent ausgegangen. Trotz des Rückgangs ist die deutsche ITK-Branche damit bislang vergleichsweise gut durch die Coronavirus-Krise gekommen.

Der Telekommunikationsmarkt in Deutschland verweilt wie bereits im Vorjahr in einer Seitwärtsbewegung. Nachdem die Umsatzerlöse in 2019 um 0,1 Prozent gestiegen sind, prognostiziert der Verband für 2020 einen Umsatzrückgang von -0,1 Prozent. Während Endgeräte (+0,3 Prozent) und Telekommunikationsdienste (+0,1 Prozent) leicht zulegen konnten, ergab sich in der Telekommunikationsinfrastruktur ein Umsatzrückgang von -2,4 Prozent.

Der Rückgang des Gesamtmarktes ITK resultiert insbesondere aus rückläufigen Umsätzen in der Informationstechnik. Die Umsätze in diesem größten Teilmarkt sanken laut BITKOM-Prognose 2020 um -0,7 Prozent (Vorjahr: +4,0 Prozent) auf 94,6 Milliarden Euro – nachdem zu Jahresbeginn noch ein Wachstum von +2,7 Prozent erwartet wurde. Dabei entwickelten sich die einzelnen Bereiche sehr unterschiedlich: +3,2 Prozent bei IT-Hardware (Vorjahr: +3,2 Prozent), -1,0 Prozent bei Software (Vorjahr: +7,3 Prozent), -3,2 Prozent bei IT-Services (Vorjahr: +2,4 Prozent).

Der für die 1&1 Drillisch wichtigste ITK-Markt ist der deutsche Telekommunikationsmarkt (Breitband-Anschlüsse und Mobile-Internet) im überwiegend abonnementfinanzierten Geschäftsbereich „Access“.

(Stationärer) Breitband-Markt in Deutschland

Die Nachfrage nach neuen festnetzbasierten Breitband-Anschlüssen in Deutschland hat sich in den letzten Jahren infolge der bereits breiten Haushaltsabdeckung sowie des starken Trends zur mobilen Internetnutzung verlangsamt. Mit einem erwarteten Plus von 1,0 Millionen bzw. 2,8 Prozent neuen Anschlüssen in 2020 auf 36,2 Millionen blieb die Anzahl der Neuschaltungen deutlich hinter früheren Rekordjahren zurück. Zu diesem Ergebnis kamen der Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM) und Dialog Consult in ihrer gemeinsamen „22. TK-Marktanalyse Deutschland 2020“ (Oktober 2020). Bei vorgenanntem Zuwachs legten die für 1&1 Drillisch relevanten Anschlüsse in den beiden Technologiebereichen DSL und FTTB / FTTH um 0,3 Millionen auf 25,6 Millionen bzw. um 0,4 Millionen auf 1,9 Millionen zu. Die Anzahl der Kabelanschlüsse stieg um 0,3 Millionen auf 8,7 Millionen. Weitere 0,05 Millionen Anschlüsse werden in Deutschland unverändert über Satellit / Powerline betrieben.

Die im Festnetzgeschäft erzielten Umsätze lagen mit 33,0 Milliarden Euro in 2020 leicht um +0,6 Prozent über dem Vorjahresniveau (32,8 Milliarden Euro). In diesen Umsatzzahlen enthalten sind – neben den Endkundenumsätzen – u. a. auch Vorleistungs-, Interconnection- und Endgeräteumsätze.

Weitaus stärker als die Anzahl der neu geschalteten Anschlüsse und die im Festnetz realisierten Umsätze hat sich gemäß einer Hochrechnung von Dialog Consult / VATM das durchschnittlich verbrauchte Datenvolumen – als Indikator für die weiter steigende Nutzung von z. B. IPTV oder Cloud-Anwendungen – mit einem Anstieg um 25,0 Prozent auf 168,1 GB (pro Anschluss und Monat) entwickelt. Entsprechend stark entwickelte sich auch die Nachfrage nach leistungsstärkeren Breitband-Anschlüssen. So stieg etwa der Anteil von geschalteten Breitband-Anschlüssen mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 MBit/s von 40,3 Prozent im Vorjahr um 6,4 Prozentpunkte auf 46,7 Prozent in 2020.

Die Gesamtzahl der aktiven Breitbandanschlüsse im Deutschland ist in 2020, wie auch im Vorjahr, um 1,0 Millionen (+2,8 Prozent) auf jetzt 36,2 Millionen Anschlüsse gewachsen. Ende 2020 soll es sich bei 70,8 Prozent um (V)DSL/Vectoring-Anschlüsse (25,6 Millionen) handeln, bei 24,0 Prozent um Kabelnetzanschlüsse (8,7 Millionen) und bei 5,2 Prozent um FTTB/FTTH-Anschlüsse (1,9 Millionen). Gigabit-Anschlüsse nehmen weiter um 700.000 zu, während es 300.000 mehr DSL-Anschlüsse gibt.

Markt-Kennzahlen: Festnetz in Deutschland

	2020	2019	Veränderung
Festnetz-Umsätze (in Mrd. €)	33,0	32,8	0,6 Prozent

Quelle: Dialog Consult / VATM, TK-Marktanalyse Deutschland 2020, Oktober 2020

Mobile-Internet-Markt in Deutschland

Im deutschen Mobilfunk-Markt hat sich die Anzahl der aktiven SIM-Karten nach Schätzungen von Dialog Consult / VATM im Rahmen ihrer gemeinsamen „22. TK-Marktanalyse Deutschland 2020“ in 2020 um 8,6 Millionen bzw. 6,1 Prozent auf 148,7 Millionen erhöht. Der Zuwachs resultiert dabei aus den sogenannten M2M-SIM-Karten (Machine-to-Machine-SIM-Karten), die z. B. für den automatisierten Informationsaustausch zwischen Maschinen, Automaten, Fahrzeugen etc. untereinander und / oder mit einer zentralen Leitstelle eingesetzt werden, die um 9,5 Millionen auf 39,1 Millionen zulegten. Die Zahl der persönlichen SIM ging hingegen um 0,9 Millionen auf 109,6 Millionen zurück.

Die Mobilfunkumsätze stiegen gleichzeitig um +1,6 Prozent auf 25,9 Milliarden Euro. Auch in diesen Umsatzzahlen sind – neben den Endkundenumsätzen – Interconnection-, Wholesale- und Endgeräteumsätze enthalten.

Weitaus stärker als die SIM-Karten-Anzahl und die Mobilfunkumsätze nahm dabei nach Prognosen von Dialog Consult / VATM das durchschnittlich verbrauchte Datenvolumen (pro Anschluss und Monat) – als Zeichen für die zunehmende Nutzung mobiler Datendienste – um 45,4 Prozent auf 3,0 GB zu. Gleichzeitig legte auch die Anzahl der für die schnelleren 4G / 5G Netze geeigneten SIM-Karten um 12,9 Millionen auf 75,4 Millionen zu, während 2G / 3G SIM-Karten um 13,8 Millionen auf 34,2 Millionen zurückgingen.

Markt-Kennzahlen: Mobilfunk in Deutschland

	2020	2019	Veränderung
Mobile-Internet-Umsätze (in Mrd. €)	25,9	25,5	+ 1,6 Prozent

Quelle: Dialog Consult / VATM, TK-Marktanalyse Deutschland 2020, Oktober 2020

Rechtliche Rahmenbedingungen / wesentliche Ereignisse

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit von 1&1 Drillisch blieben im Geschäftsjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert.

Abschluss eines Vertrags über Breitband-Vorleistungen mit 1&1 Versatel

Die 1&1 Drillisch AG hat mit ihrer Schwestergesellschaft 1&1 Versatel den langfristigen Bezug von FTTH- und VDSL-Komplettpaketen inkl. Voice und IPTV ab dem 1. April 2021 vereinbart. Parallel dazu hat 1&1 Versatel mit der Deutschen Telekom einen Vertrag über die Nutzung derer FTTH-/VDSL-Haushaltsanschlüsse geschlossen. Damit weitet die 1&1 Drillisch ihr Glasfaser-Angebot aus und wird zukünftig sämtliche FTTH-/VDSL-Vorleistungen von der 1&1 Versatel erhalten. Die FTTH-/VDSL-Vereinbarung läuft 10 Jahre und soll die Zahl der für 1&1 Drillisch zugänglichen FTTH-Anschlüsse kurzfristig um ca. 750.000 erhöhen. Die Zahl der insgesamt vermarktbareren FTTH-Anschlüsse soll sich nach Ausführungen der Deutschen Telekom in den nächsten Jahren um durchschnittlich 2 Millionen Haushalte jährlich erhöhen.

Der bisher zwischen 1&1 Drillisch und der Deutschen Telekom bestehende reine VDSL-Vorleistungsvertrag mit einer Laufzeit bis zum 31. März 2024 wird angesichts der Vorteile der neuen kombinierten FTTH-/VDSL-Vereinbarung im Einvernehmen der Parteien vorzeitig aufgehoben. Infolge der Neueinschätzung der Laufzeit des Vertrages wurde der aktive Rechnungsabgrenzungsposten für noch zur Verfügung stehende VDSL-Bestandskunden-Kontingente in Höhe von 129,9 Millionen Euro aufgelöst. Die einmalige Ausbuchung ist nicht zahlungswirksam und wird durch positive Effekte in den Folgejahren aus der erweiterten Zusammenarbeit mit 1&1 Versatel und Deutsche Telekom langfristig deutlich übertroffen werden.

Die neue FTTH-/VDSL-Vereinbarung zwischen 1&1 Versatel und Deutsche Telekom steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Bundesnetzagentur als zuständige Regulierungsbehörde.

Status der Verhandlungen über eine National Roaming-Vereinbarung

Neben dem operativen Geschäft war das Geschäftsjahr 2020 geprägt von den Vorbereitungen für den Bau unseres eigenen Mobilfunknetzes sowie den laufenden Verhandlungen einer während des Übergangszeitraums, in dem 1&1 Drillisch das Netz sukzessive errichtet, notwendigen National Roaming-Vereinbarung. Die 1&1 Drillisch hat mit Ad-hoc vom 15. Februar 2021 darüber berichtet, dass sie das nach Prüfung durch die EU-Kom-

mission verbesserte Angebot von Telefónica Deutschland für National Roaming und damit verbunden auch für MBA MVNO-Vorleistungen annimmt. Mit dem Vertragsschluss, den das Telefónica Angebot bis ca. Mitte Mai 2021 vorsieht, würde eine weitere wesentliche Voraussetzung für den geplanten Aufbau eines leistungsfähigen 5G-Mobilfunknetzes umgesetzt.

Die im National Roaming angebotenen Preise sollen rückwirkend ab Juli 2020 auch für den laufenden MBA MVNO-Vertrag gelten. Telefónica stellt im MBA MVNO-Vertrag seit Juli 2020 gleichbleibend hohe Vorleistungspreise in Rechnung, während die Vorleistungspreise bislang stets gesunken sind. Hierdurch ist das Ergebnis des Geschäftsjahres 2020 belastet. Das Telefónica-Angebot zu National Roaming setzt wieder auf den Preismechanismen der ersten fünf Jahre des MBA MVNO-Vertrags auf. Insbesondere sind wieder jährlich sinkende Datenpreise vorgesehen, die niedriger sind als die derzeit unter dem MBA MVNO-Vertrag abgerechneten Preise. Ein Vertragsschluss hätte für 1&1 Drillisch bezogen auf den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 einen positiven Ergebniseffekt von ca. 34,4 Millionen Euro zur Folge, welcher im Geschäftsjahr 2021 als Ertrag zu erfassen wäre.

Status der Preisanpassungsverfahren

1&1 Drillisch hat im Rahmen ihrer Finanzberichterstattungen darüber informiert, dass gewisse Vorleistungspreise Gegenstand mehrerer von 1&1 Drillisch eingeleiteter schiedsgutachterlicher Verfahren sind, in deren Rahmen 1&1 Drillisch verbindliche Entscheidungen über die Art und Höhe dauerhafter Preisanpassungen in Form rückwirkend niedrigerer Vorleistungspreise erwartet. Im Schiedsgutachterverfahren zur Überprüfung einer von Telefónica im Dezember 2018 unter Bezugnahme auf die Frequenzauktion 2015 vorgenommenen Preiserhöhung um einmalig rund 64 Millionen Euro hat der Gutachter am 17. Dezember 2020 das finale Gutachten vorgelegt. Der Schiedsgutachter kommt zu dem Ergebnis, dass diese Preiserhöhung im geprüften Zeitraum (2016 bis 2020) in voller Höhe unberechtigt ist. Dementsprechend führt sie auch zu keiner Zahlungsverpflichtung von 1&1 Drillisch. Ansonsten sind keine von Telefónica initiierten Schiedsgutachterverfahren mehr anhängig.

Umgekehrt fordert 1&1 Drillisch in seinen Preisanpassungsverfahren 2, 5 und 6 rückwirkend von Telefónica erhebliche Reduktionen der Vorleistungspreise des MBA MVNO-Vertrags.

Coronavirus-Pandemie

Trotz des stabilen und weitgehend konjunkturunabhängigen Geschäftsmodells wurde auch die Geschäftstätigkeit von 1&1 Drillisch in 2020 von den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie beeinflusst.

Während sich im 1. Quartal 2020 noch positive Umsatzeffekte aus dem temporär veränderten Nutzungsverhalten der Kunden infolge der Coronavirus-Pandemie ergaben (insbesondere im Bereich der Telefonie, u. a. durch Home-Office-Regelungen und Kontaktverbote), wurden diese im restlichen Verlauf des Jahres durch Umsatzeinbußen (ins-

besondere fehlende International-Roaming-Umsätze) überlagert, die sich vor allem aus den temporär sehr eingeschränkten Reisemöglichkeiten der Kunden ergeben haben. Insgesamt entstand so ein negativer Umsatzeffekt in Höhe von -24,1 Millionen Euro. Gleichzeitig wirkte sich das vorgenannte temporär veränderte Nutzungsverhalten der Kunden (insbesondere in den Bereichen Telefonie und International-Roaming) mit -25,2 Millionen Euro (im Vergleich zur Planung 2020) belastend auf die Ergebniskennzahlen des Segments aus. Negative Effekte in Form von erhöhten Zahlungsausfällen ergaben sich nicht.

Darüber hinaus fanden im Geschäftsjahr 2020 keine wesentlichen Ereignisse statt, die einen maßgeblichen Einfluss auf den Geschäftsverlauf hatten.

2.2. Geschäftsverlauf

Verwendung und Definition relevanter finanzieller Kennzahlen

Für eine klare und transparente Darstellung der Geschäftsentwicklung von 1&1 Drillisch werden in den Jahres- und Zwischenabschlüssen des Konzerns – neben den nach International Financial Reporting Standards (IFRS) geforderten Angaben – weitere finanzielle Kennzahlen wie z. B. Rohertrag, Rohertragsmarge, EBITDA, EBITDA-Marge, EBIT, EBIT-Marge oder Free Cashflow angegeben.

Diese Kennzahlen sind bei 1&1 Drillisch wie folgt definiert:

- » Rohertrag: Der Rohertrag ermittelt sich als Differenz zwischen Umsatzerlösen und den Aufwendungen für bezogene Leistungen sowie Waren.
- » Rohertragsmarge: Die Rohertragsmarge stellt das Verhältnis von Rohertrag zu Umsatz dar.
- » EBIT: Das EBIT (Earnings before Interest and Taxes; Ergebnis vor Zinsen und Steuern) stellt das in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesene Ergebnis der betrieblichen Tätigkeiten dar.
- » EBIT-Marge: Die EBIT-Marge stellt das Verhältnis von EBIT zu Umsatz dar.
- » EBITDA: Das EBITDA (Earnings before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization; Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) errechnet sich aus dem EBIT zuzüglich den (in der Kapitalflussrechnung ausgewiesenen Posten) Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen sowie den Abschreibungen auf im Rahmen von Unternehmenserwerben aktivierte Vermögenswerte.
- » EBITDA-Marge: Die EBITDA-Marge stellt das Verhältnis von EBITDA zu Umsatz dar.
- » Free Cashflow: Der Free Cashflow errechnet sich aus den (in der Kapitalflussrechnung ausgewiesenen Posten) Nettoeinzahlungen der betrieblichen Tätigkeit verringert um Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen zuzüglich Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen.

Die vorgenannten Kennzahlen werden, soweit es für eine klare und transparente Darstellung notwendig ist, um Sonderfaktoren / Sondereffekte bereinigt. Die Sondereffekte betreffen in der Regel nur solche Effekte, die aufgrund ihrer Art, ihrer Häufigkeit und / oder ihres Umfangs geeignet sind, die Aussagekraft der finanziellen Kennzahlen für die Finanz- und Ertragsentwicklung des Konzerns zu beeinträchtigen. Alle Sondereffekte werden zum Zwecke der Überleitung zu den unbereinigten finanziellen Kennzahlen im jeweiligen Abschnitt des Abschlusses aufgezeigt und erläutert.

Tatsächlicher und prognostizierter Geschäftsverlauf

Prognostizierter Geschäftsverlauf – 1&1 Drillisch

1&1 Drillisch hat im Rahmen ihres Jahresabschlusses 2019 die Prognose für das Geschäftsjahr 2020 veröffentlicht und unterjährig wie folgt korrigiert bzw. konkretisiert:

	Ist 2019	Prognose 2020 (März 2020)	Konkretisierung ¹ (Aug. 2020)	Korrektur ² (Sep. 2020)	Konkretisierung ³ (Nov. 2020)	Korrektur ⁴ (Feb. 2021)	Ist 2020
Umsatz	3.674,9 Mio. €	Unverändert	Ca. + 4,0 %		ca. + 3,0%	ca. + 3,0%	3,0%
Service-Umsatz	2.943,0 Mio. €		Ca. + 2 % – 3 %		ca. + 2,5 %	ca. + 2,6 %	2,6%
EBITDA	683,5 Mio. €	Unverändert		Ca. 600 Mio. €		Ca. 470 Mio. €	468,5 Mio. €

(1) Konkretisierung auf Basis des bisherigen Geschäftsverlaufes.

(2) Korrektur der EBITDA-Prognose infolge der veränderten Preise durch Telefónica für Vorleistungen seit Juli 2020.

(3) Konkretisierung auf Basis des bisherigen Geschäftsverlaufes.

(4) Kommunikation der vorläufigen Zahlen für das Geschäftsjahr 2020. In diesem Zusammenhang erfolgte eine Korrektur der EBITDA-Prognose aufgrund der durch die Vereinbarung zu Breitband-Vorleistungen mit der 1&1 Versatel erforderlichen bilanziellen Ausbuchung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens für bestehende Kontingente.

Tatsächlicher Geschäftsverlauf – 1&1 Drillisch

Im Geschäftsjahr 2020 konnte die 1&1 Drillisch die Zahl kostenpflichtiger Kundenverträge von 14,33 Millionen auf 14,83 Millionen steigern. Der Anstieg entfällt mit 0,53 Millionen Verträgen auf den Bereich Mobile Internet, in dem der Vertragsbestand so auf 10,52 Millionen Verträge gesteigert werden konnte. Bei den Breitband-Anschlüssen blieb die Anzahl der Verträge mit 4,31 Millionen Kundenverträgen im Wesentlichen konstant im Vergleich zum Geschäftsjahresende 2019.

Die Umsatzerlöse betrugen im Geschäftsjahr 2020 3.786,8 Millionen Euro (Vorjahr: 3.674,9 Millionen Euro). Der margenstarke Service-Umsatz ist gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Prozent gewachsen und liegt im Geschäftsjahr 2020 bei 3.020,0 Millionen Euro. Die Prognose des Vorjahres (weitestgehend gleichbleibende Umsatzerlöse) konnte somit deutlich übertroffen werden.

Das EBITDA im Konzern ist gegenüber dem Vorjahr von 683,5 Millionen Euro auf 468,5 Millionen Euro gesunken. Die im Vorjahr geäußerte Prognose eines gegenüber dem Vorjahr konstanten EBITDA wurde damit verfehlt. Der Rückgang resultiert insbesondere aus

der Ausbuchung des Rechnungsabgrenzungspostens im Zusammenhang mit der vorzeitigen Auflösung des VDSL-Vorleistungsvertrags (129,9 Millionen Euro). Gleichzeitig wirkte sich das oben erwähnte temporär veränderte Nutzungsverhalten der Kunden aufgrund der Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie mit -25,2 Millionen Euro im Vergleich zur Prognose für 2020 belastend auf die Ergebniskennzahlen des Konzerns aus. Darüber hinaus ergeben sich negative Effekte aus den seit Jahresmitte gestiegenen Kosten für bezogene Mobilfunk-Vorleistungen. Der für Mitte Mai geplante Vertragsschluss für National Roaming hätte für 1&1 Drillisch bezogen auf den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 einen positiven Ergebniseffekt von ca. 34,4 Millionen Euro zur Folge, welcher im Geschäftsjahr 2021 als Ertrag zu erfassen wäre.

Prognostizierter Geschäftsverlauf – 1&1 Drillisch AG

Für 2020 rechnete der Vorstand mit Umsatzerlösen für die 1&1 Drillisch AG auf Ebene des Einzelabschlusses in etwa auf Basis des Niveaus des Geschäftsjahres 2019 und einer leichten Verbesserung des Jahresergebnisses.

Tatsächlicher Geschäftsverlauf – 1&1 Drillisch AG

Als Holding innerhalb des 1&1 Drillisch – Konzerns ist das Ergebnis der 1&1 Drillisch AG in hohem Maße von der operativen Ergebnisentwicklung der Tochtergesellschaften abhängig. Die Umsatzerlöse aus konzerninternen Dienstleistungen betragen 2,3 Millionen Euro (Vorjahr: 2,1 Millionen Euro). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind von 6,9 Millionen Euro auf 13,8 Millionen Euro angestiegen. Ursächlich sind insbesondere höhere Kosten im Zusammenhang mit der Planung des 5G-Mobilfunknetzes. Die Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen betragen 256,7 Millionen Euro (Vorjahr: 544,3 Millionen Euro). Hintergrund für die geringeren Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen sind insbesondere die oben genannten einmaligen Effekte (Ausbuchung eines Rechnungsabgrenzungspostens und gestiegene Kosten für bezogene Mobilfunk-Vorleistungen) bei den operativen Tochtergesellschaften 1&1 Telecommunication SE und Drillisch Online GmbH. Die Entwicklung des Jahresergebnisses lag somit unter den Erwartungen des Vorstands.

Segmententwicklung

Segment „Access“

Im Segment „Access“ sind die kostenpflichtigen Mobile- und Breitband-Access-Produkte des Konzerns inklusive der damit verbundenen Anwendungen (wie Heimvernetzung, Online-Storage, Telefonie, Video-on-Demand oder IPTV) zusammengefasst.

1&1 Drillisch ist ausschließlich in Deutschland tätig und zählt dort mit 14,83 Millionen Verträgen zu den führenden Anbietern im Telekommunikationssektor. Die Gesellschaft nutzt das Festnetz der zum Konzernverbund der United Internet AG gehörigen Schwes-tergesellschaft 1&1 Versatel GmbH sowie das Zugangsrecht zum Telefónica-Netz und kauft zusätzlich von verschiedenen Vorleistungsanbietern standardisierte Netzleistun-

gen ein. Die mobilen oder festnetzgebundenen Netzzugänge werden mit Endgeräten, selbstentwickelten Applikationen und Services erweitert, um sich so vom Wettbewerb zu differenzieren.

Vermarktet werden die Access-Produkte zum Beispiel über die bekannten Marken 1&1, smartmobil.de oder yourfone, mit denen der Markt zielgruppenspezifisch adressiert wird.

Auch im Geschäftsjahr 2020 hat 1&1 Drillisch wieder in die Gewinnung neuer Kunden sowie in den Erhalt bestehender Kundenbeziehungen investiert. Der Fokus lag dabei auf der Vermarktung von Mobile-Internet-Verträgen.

Die Zahl der kostenpflichtigen Verträge im Segment „Access“ stieg im Geschäftsjahr 2020 in den aktuellen Produktlinien um 0,50 Millionen Verträge auf 14,83 Millionen. Dabei konnten im Mobile-Internet-Geschäft 0,53 Millionen Kundenverträge hinzugewonnen und damit die Vertragszahl auf 10,52 Millionen gesteigert werden. Bei den Breitband-Anschlüssen blieb die Anzahl der Verträge mit 4,31 Millionen Kundenverträgen im Wesentlichen konstant im Vergleich zum Geschäftsjahresende 2019.

Entwicklung der Access-Verträge im Geschäftsjahr 2020 (in Millionen)

	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung
Access, Verträge gesamt	14,83	14,33	+ 0,50
davon Mobile Internet	10,52	9,99	+ 0,53
davon Breitband-Anschlüsse	4,31	4,34	- 0,03

Entwicklung der Access-Verträge im 4. Quartal 2020 (in Millionen)

	31.12.2020	30.09.2020	Veränderung
Access, Verträge gesamt	14,83	14,68	+ 0,15
davon Mobile Internet	10,52	10,36	+ 0,16
davon Breitband-Anschlüsse	4,31	4,32	- 0,01

Die operative Geschäftstätigkeit des Konzerns erfolgt im Wesentlichen im Berichtssegment „Access“. Die Segmentberichterstattung orientiert sich dabei an der internen Organisations- und Berichtsstruktur.

Der Umsatz im Segment „Access“ erhöhte sich um 111,9 Millionen Euro bzw. 3,0 Prozent auf 3.786,8 Millionen Euro (Vorjahr: 3.674,9 Millionen Euro).

Der Materialaufwand im Segment „Access“ erhöhte sich um 307,0 Millionen Euro auf 2.787,8 Millionen Euro (Vorjahr: 2.480,8 Millionen Euro).

Das Segment-EBITDA beträgt 482,4 Millionen Euro und liegt damit unter dem Vorjahreswert von 689,2 Millionen Euro. Der Rückgang resultiert insbesondere aus der Ausbuchung des Rechnungsabgrenzungspostens im Zusammenhang mit der vorzeitigen Auf-

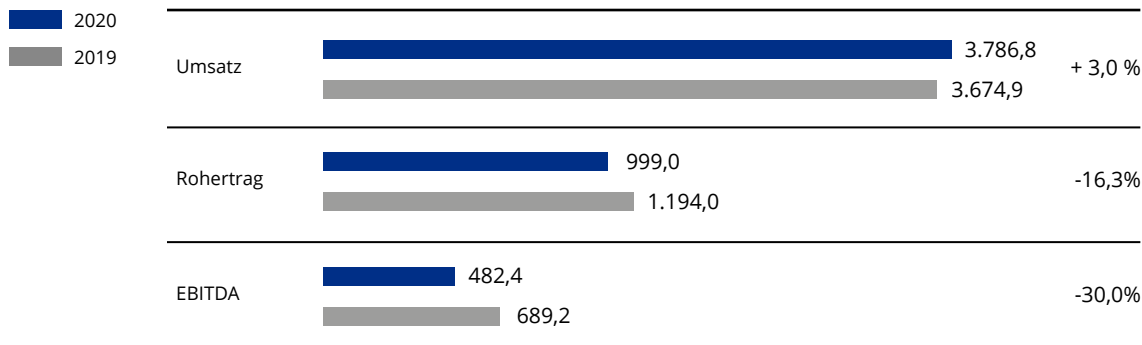
lösung des VDSL-Vorleistungsvertrags (129,9 Millionen Euro) sowie den seit Jahresmitte gestiegenen Kosten für bezogene Mobilfunk-Vorleistungen. Eine rückwirkende Reduzierung der Aufwendungen für das 2. Halbjahr 2020 durch die Annahme des Angebotes von Telefónica für National Roaming in Höhe von rund 34,4 Millionen Euro wird erst nach Vertragsabschluss in 2021 vereinnahmt werden können.

Neben diesen Effekten sind im EBITDA weitere außerordentliche bzw. einmalige Effekte enthalten. Aus den Regulierungsentscheidungen der EU zur SMS-Tarifierung (seit 15. Mai 2019) sowie der Bundesnetzagentur zum TAL-Entgelt (seit 1. Juli 2019) ergeben sich negative Effekte auf das EBITDA in Höhe von insgesamt -13,7 Millionen Euro. Die Einmal-aufwendungen / One-Offs aus den laufenden Integrationsprojekten betrugen -1,1 Millionen Euro (2019: -3,2 Millionen Euro). Neben diesen erwarteten negativen Effekten wirkte sich auch das temporär veränderte Nutzungsverhalten der Kunden infolge der Coronavirus-Pandemie, insbesondere in den Bereichen Telefonie und International-Roaming, mit -25,2 Millionen Euro gegenüber der Planung belastend auf die Ergebniskennzahlen des Segments aus.

Die vorgenannten Effekte belasten das Geschäftsjahr 2020 mit rund -204,3 Millionen Euro.

Wesentliche Umsatz- und Ergebniskennzahlen im Segment „Access“

(in Millionen Euro)



Segment „5G“

Im Segment „5G“ werden die im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der 5G-Frequenzauktion sowie die zukünftig aus dem Auf- und Ausbau sowie dem Betrieb eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes resultierenden Aufwendungen und Erträge ausgewiesen.

Das Geschäftsjahr 2020 war geprägt durch vorbereitende und planerische Maßnahmen zum Aufbau der erforderlichen Infrastruktur sowie dem Abschluss einer National Roaming-Vereinbarung. Das Segment-EBITDA beläuft sich auf -13,9 Millionen Euro (Vorjahr: -5,7 Millionen Euro) und resultiert aus den Kosten im Rahmen unserer Planungsaktivitäten.

2.3. Lage des Konzerns

Ertragslage im Konzern

Auch im Geschäftsjahr 2020 konnte der 1&1 Drillisch – Konzern in einem hochkompetitiven Marktumfeld weiter wachsen. Getragen wurde dieses Wachstum vor allem durch das Vertragskundengeschäft. So konnte die Zahl der kostenpflichtigen Kundenverträge gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent auf 14,83 Millionen Verträge gesteigert werden.

Die Umsatzerlöse stiegen im Geschäftsjahr 2020 von 3.674,9 Millionen Euro im Vorjahr um 3,0 Prozent auf 3.786,8 Millionen Euro. Der Anstieg der Umsatzerlöse entfällt mit 77,0 Millionen Euro auf Service-Umsätze sowie mit 34,9 Millionen Euro auf sonstige Umsätze.

Die Service-Umsätze, welche im Wesentlichen aus den Abrechnungen bestehender Kundenverhältnisse resultieren, sind um 2,6 Prozent auf 3.020,0 Millionen Euro gestiegen. Die positive Entwicklung der Service-Umsätze resultiert aus der weiterhin steigenden Zahl an Vertragskunden und den damit verbundenen monatlichen Entgelten. Diese Erlöse sind nachhaltig und bestimmen das Ergebnis. Die sonstigen Umsätze, welche im Wesentlichen aus Umsätzen aus der Realisierung von Hardware-Umsätzen (insbesondere aus Investitionen in Smartphones, die von den Kunden über die vertragliche Mindestlaufzeit in Form von höheren Paketpreisen zurückgezahlt werden) bestehen, sind aufgrund des wachsenden Vertragsbestands sowie infolge gegenüber dem Vorjahr gestiegener Verkaufspreise der veräußerten Hardware um 4,8 Prozent gestiegen. Dieses Geschäft schwankt jedoch saisonal und hängt von der Attraktivität neuer Geräte und den Modellzyklen der Hersteller ab. Diese Umsatzschwankungen haben jedoch keine nennenswerten Auswirkungen auf die EBITDA-Entwicklung.

Die Folgen der Corona-Pandemie wirken sich mit 24,1 Millionen Euro negativ auf die Umsatzentwicklung aus. Während das geänderte Nutzungsverhalten im Bereich der Telefonie (bedingt u.a. durch Home-Office-Regelungen und Kontaktverbote) anfangs noch positiv auf den Umsatz wirkte, hat sich im weiteren Verlauf des Jahres insbesondere das deutlich eingeschränkte Reiseverhalten der Kunden in Form fehlender International Roaming-Umsätze negativ auf die Umsatzentwicklung ausgewirkt.

Die Umsatzkosten erhöhten sich in 2020 um 307,1 Millionen Euro bzw. 11,9 Prozent auf 2.881,8 Millionen Euro (Vorjahr: 2.574,7 Millionen Euro). Die Bruttomarge liegt somit bei 23,9 Prozent nach 29,9 Prozent im Vorjahr. Das Bruttoergebnis reduzierte sich von 1.100,2 Millionen Euro im Vorjahr um 195,2 Millionen Euro auf 905,0 Millionen Euro. Die Verringerung der Bruttomarge resultiert insbesondere aus der Ausbuchung des Rechnungsabgrenzungspostens im Zusammenhang mit der vorzeitigen Auflösung des VDSL-Vorleistungsvertrags (129,9 Millionen Euro) sowie den seit Jahresmitte gestiegenen Kosten für bezogene Mobilfunk-Vorleistungen. Eine rückwirkende Reduzierung der Aufwendungen für das 2. Halbjahr 2020 durch die Annahme des Angebotes von Telefónica für National Roaming in Höhe von rund 34,4 Millionen Euro wird erst nach Vertragsabschluss in 2021 vereinnahmt werden können.

Weiterhin sind in den Umsatzkosten im Vergleich zu 2019 Mehraufwendungen aus den Regulierungsentscheidungen von -13,7 Millionen Euro, sowie höhere Vorleistungskosten im Zusammenhang mit dem temporär veränderten Nutzungsverhalten der Kunden infolge der Coronavirus-Pandemie von -1,1 Millionen Euro enthalten. Ohne Berücksichtigung dieser im Vergleich zum Vorjahr zusätzlich entstandenen Mehraufwendungen wären die Umsatzkosten um 5,0 Prozent bzw. 128,0 Millionen Euro angestiegen. Bereinigt um diese Sondereffekte ergibt sich eine Bruttomarge von 28,6 Prozent (Vorjahr: 30,0 Prozent). Die Veränderung resultiert insbesondere aus einem stärkeren Anstieg margenschwacher sonstiger Umsätze (4,8 Prozent) gegenüber den margenstarken Service-Umsätzen (2,6 Prozent).

Die Vertriebskosten sind insbesondere infolge gestiegener Marketing-Aktivitäten sowie im Zusammenhang mit dem Sponsoring-Vertrag mit Borussia Dortmund von 426,5 Millionen Euro im Vorjahr auf 442,4 Millionen Euro in 2020 gestiegen. Bezogen auf den Umsatz betrugen die Vertriebskosten in 2020 11,7 Prozent (Vorjahr: 11,6 Prozent). Die Verwaltungskosten stiegen von 92,2 Millionen Euro im Vorjahr (2,5 Prozent vom Umsatz) auf 99,4 Millionen Euro (2,6 Prozent vom Umsatz).

Das sonstige Ergebnis aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 1,7 Millionen Euro (Vorjahr: 3,3 Millionen Euro) und sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 33,9 Millionen Euro (Vorjahr: 33,6 Millionen Euro) zeigt sich gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Wertminderungsaufwendungen aus finanziellen Vermögenswerten sind von 83,3 Millionen Euro im Vorjahr auf 82,3 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2020 gesunken.

Das EBITDA betrug in 2020 468,5 Millionen Euro (Vorjahr: 683,5 Millionen Euro). Ursächlich für den Rückgang sind insbesondere die Ausbuchung des Rechnungsabgrenzungspostens infolge der vorzeitigen Auflösung des VDSL-Vorleistungsvertrags (129,9 Millionen Euro) sowie die seit Mitte des Jahres gestiegenen Kosten für bezogene Mobilfunk-Vorleistungen infolge der Preiserhöhungen (ohne rückwirkende Preisanpassung in Höhe von 34,4 Millionen Euro für das zweite Halbjahr 2020). Weiterhin ist das EBITDA durch die Regulierungsentscheidungen der EU zur SMS-Tarifierung (seit 15. Mai 2019) sowie der Bundesnetzagentur zum TAL-Entgelt (seit 1. Juli 2019) in Höhe von insgesamt -13,7 Millionen Euro sowie Einmalaufwendungen / One-Offs aus Integrationsprojekten von -1,1 Millionen Euro (Vorjahr: -3,2 Millionen Euro) belastet. Zusätzlich gab es gegenüber der Planung Ergebnisbelastungen wegen des temporär veränderten Nutzungsverhaltens unserer Kunden infolge der Coronavirus-Pandemie in Höhe von -25,2 Millionen Euro. Die vorgenannten Effekte wirkten sich im Geschäftsjahr 2020 negativ mit 204,3 Millionen Euro auf das Ergebnis aus. Das bereinigte EBITDA beträgt somit 672,8 Millionen Euro (Vorjahr: 686,7 Millionen Euro).

Im EBITDA sind die Kosten im Zusammenhang mit Planungen und Vorbereitungen für unser 5G-Mobilfunknetz von -13,9 Millionen Euro (Vorjahr: -5,7 Millionen Euro) enthalten.

Die EBITDA-Marge betrug 12,4 Prozent (Vorjahr: 18,6 Prozent).

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) betrug in 2020 313,1 Millionen Euro (Vorjahr: 528,5 Millionen Euro). Die EBIT-Marge betrug 8,3 Prozent (Vorjahr: 14,4 Prozent). Unverändert belasten die Auswirkungen aus PPA-Abschreibungen das Ergebnis. Korrigiert um diese Abschreibungen betrug das EBIT 411,2 Millionen Euro und die EBIT-Marge 10,9 Prozent (Vorjahr: 641,8 Millionen Euro bzw. 17,5 Prozent).

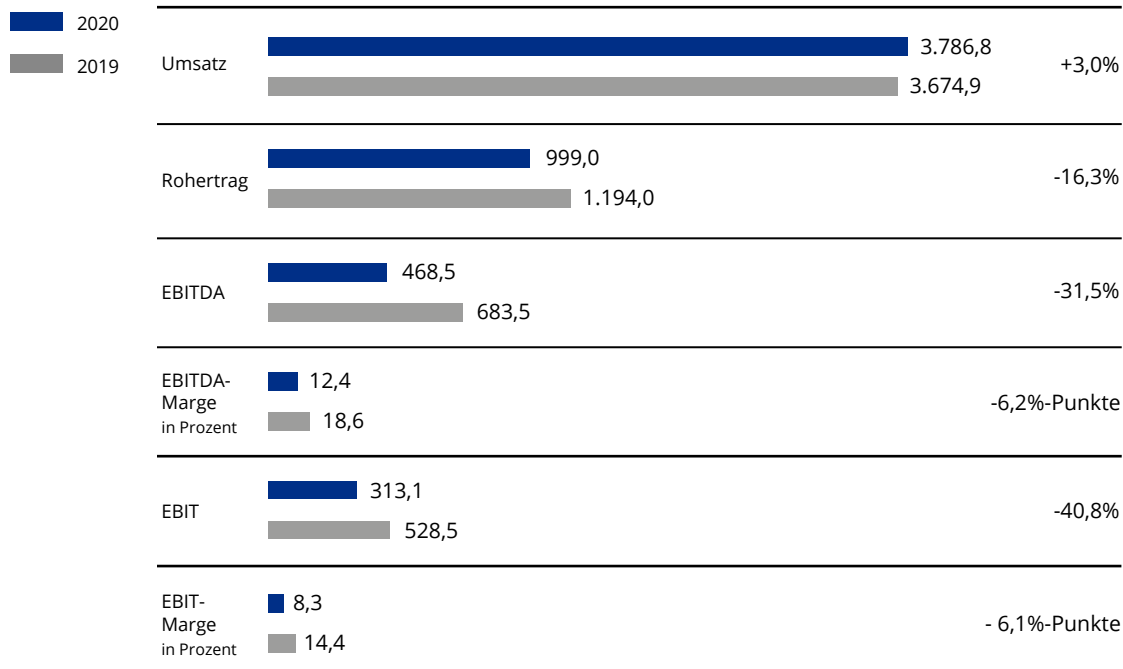
Die Finanzierungsaufwendungen betrugen in 2020 1,6 Millionen Euro (Vorjahr: 7,3 Millionen Euro). Die Veränderung zum Vorjahreszeitraum resultiert im Wesentlichen aus dem Abschluss einer Kreditlinie mit einem europäischen Bankenkonsortium im Januar 2019 und den damit in Zusammenhang stehenden einmaligen Gebühren sowie Aufwendungen aus der Bereitstellung dieser Kreditlinie. Diese Kreditlinie wurde im Geschäftsjahr 2019 unterjährig bereits wieder gekündigt. Die Finanzerträge betrugen in 2020 1,1 Millionen Euro (Vorjahr: 1,2 Millionen Euro).

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) betrug in 2020 312,6 Millionen Euro (Vorjahr: 522,4 Millionen Euro). Die Steueraufwendungen betrugen 93,0 Millionen Euro (Vorjahr: 148,8 Millionen Euro). Die Steuerquote beträgt somit 29,7 Prozent (Vorjahr: 28,5 Prozent).

Das Konzernergebnis betrug 219,6 Millionen Euro (Vorjahr: 373,6 Millionen Euro).

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie betrug in 2020 1,25 Euro (Vorjahr: 2,12 Euro). Ohne die Auswirkungen aus PPA-Abschreibungen betrug das unverwässerte Ergebnis je Aktie in 2020 1,64 Euro (Vorjahr: 2,57 Euro).

Wesentliche Umsatz- und Ergebniskennzahlen (in Millionen Euro)



Finanzlage im Konzern

Der Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit lag in 2020 mit 511,3 Millionen Euro (Vorjahr: 510,5 Millionen Euro) leicht über dem Vorjahreswert. Die Nettoeinzahlungen der betrieblichen Tätigkeit erhöhten sich von 375,7 Millionen Euro im Vorjahr auf 450,7 Millionen Euro in 2020 deutlich. Ursächlich hierfür sind vor allem das weiterhin erfolgreiche operative Geschäft der 1&1 Drillisch sowie eine geringere Mittelbindung im Working Capital. Gegenläufig wirkt die gestiegene Mittelbindung in den Vertragsvermögenswerten aufgrund eines gegenüber dem Vorjahr angestiegenen Hardware-Umsatzes, für welchen eine Rückzahlung in der Regel über die Vertragslaufzeiten erfolgt.

Der Cashflow aus Investitionen weist im Berichtszeitraum insgesamt Nettoauszahlungen in Höhe von 397,4 Millionen Euro aus (Vorjahr: Auszahlungen in Höhe von 230,5 Millionen Euro). Aus Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen resultierten Auszahlungen in Höhe von 207,2 Millionen Euro und Einzahlungen in Höhe von 0,2 Millionen Euro (Vorjahr: Auszahlungen in Höhe von 20,5 Millionen Euro und Einzahlungen in Höhe von 0,2 Millionen Euro). Die Investitionen betreffen mit 165,0 Millionen Euro insbesondere eine Einmalzahlung im Zusammenhang mit der Verlängerung des MBA MVNO-Vertrags. Die Verlängerung des MBA MVNO-Vertrags stellte die Grundlage für die weiteren Verhandlungen um National Roaming dar. Aus der Anlage freier liquider Mittel resultierten Auszahlungen in Höhe von 190,0 Millionen Euro (Vorjahr: 210,0 Millionen Euro). Diese betreffen die kurzfristige Anlage freier liquider Mittel bei der United Internet AG.

Der Free Cashflow, definiert als Nettoeinzahlungen der betrieblichen Tätigkeit verringert um Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen zuzüglich Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen, betrug 2020 243,7 Millionen Euro (Vorjahr: 355,4 Millionen Euro). Bereinigt um die Einmalzahlung im Zusammenhang mit der Verlängerung des MBA MVNO-Vertrags ergibt sich ein bereinigter Free Cashflow von 408,7 Millionen Euro, der somit um 15,0 Prozent über dem Vorjahreswert liegt.

Die Zahlungsmittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit resultieren mit 61,3 Millionen Euro wie im Vorjahr aus der Tilgung der Verbindlichkeiten im Rahmen des Erwerbs der 5G-Frequenzen. Daneben bestehen im Geschäftsjahr Auszahlungen im Zusammenhang mit der Dividendenzahlung sowie der Tilgung von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beliefen sich zum 31. Dezember 2020 auf 4,4 Millionen Euro (Vorjahr: 31,8 Millionen Euro).

Vermögenslage im Konzern

Die Bilanzsumme erhöhte sich von 6.461,9 Millionen Euro per 31. Dezember 2019 auf 6.690,3 Millionen Euro zum 31. Dezember 2020. Der Anstieg entfällt auf der Aktivseite mit 244,1 Millionen Euro auf das kurzfristige Vermögen, während die langfristigen Vermögenswerte um 15,7 Millionen Euro rückläufig sind.

Der Anstieg der kurzfristigen Vermögenswerte entfällt mit 185,6 Millionen Euro auf die Forderungen gegen nahestehende Unternehmen. Die Entwicklung resultiert aus der Anlage freier Liquidität bei der United Internet AG. Die kurzfristigen Vertragsvermögenswerte beinhalten insbesondere Forderungen aus dem Hardware-Verkauf. Der Anstieg von 67,7 Millionen Euro ergibt sich vor allem aus dem gestiegenen Hardware-Umsatz, welcher bereits zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses erfasst wird, während die Rückzahlung in der Regel über die Vertragslaufzeit erfolgt. Die abgegrenzten Aufwendungen reduzierten sich von 211,7 Millionen Euro auf 187,1 Millionen Euro und betreffen im Wesentlichen Vertragskosten sowie vorausbezahlte Nutzungsentgelte, die erst in den Folgeperioden aufwandswirksam erfasst werden. Der Rückgang betrifft vor allem den kurzfristigen Anteil der Rechnungsabgrenzung für den vorzeitig beendeten VDSL-Vorleistungsvertrag. Unter den Vertragskosten, welche mit 143,5 Millionen Euro (Vorjahr: 149,7 Millionen Euro) in den abgegrenzten Aufwendungen enthalten sind, werden über die Vertragslaufzeit abgegrenzte Kosten der Vertragsanbahnung und der Vertragserfüllung ausgewiesen.

Die langfristigen Vermögenswerte sind um 15,7 Millionen auf 5.137,0 Millionen Euro zurückgegangen. Der Anstieg der Sachanlagen um 58,3 Millionen Euro ergibt sich insbesondere aus den Abschlüssen neuer langfristiger Mietverträge. Die Erhöhung der immateriellen Vermögenswerte um 54,6 Millionen Euro resultiert vor allem aus der Zahlung im Zusammenhang mit der Verlängerung des MBA MVNO-Vertrags in Höhe von 165,0 Millionen Euro. Die im Rahmen der 1&1 Drillisch-Kaufpreisallokation ermittelten Vermögenswerte reduzierten sich um die hierauf entfallenden planmäßigen Abschreibungen. Der Firmenwert beträgt unverändert zum Vorjahr 2.932,9 Millionen Euro. Die langfristigen Vertragsvermögenswerte haben sich entsprechend der Umsatzentwicklung um 22,3 Millionen Euro erhöht.

Die langfristigen abgegrenzten Aufwendungen reduzierten sich um 151,2 Millionen Euro. Die Veränderung steht vor allem im Zusammenhang mit der vorzeitigen Beendigung des VDSL-Vorleistungsvertrags.

Auf der Passivseite entfällt der Anstieg der Bilanzsumme mit 25,7 Millionen Euro auf die kurzfristigen Schulden sowie mit 212,9 Millionen Euro auf das Eigenkapital. Die langfristigen Schulden haben sich gegenüber dem Vorjahr von 1.272,2 Millionen Euro auf 1.262,0 Millionen Euro reduziert.

Der Anstieg der kurzfristigen Schulden resultiert insbesondere aus einem Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen infolge eines gegenüber dem Vorjahr erhöhten Hardware-Geschäfts zum Jahresende. Gegenläufig sind vor allem die Verbindlichkeiten gegen nahestehende Personen stichtagsbedingt um 23,5 Millionen Euro rückläufig und betreffen Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen der United Internet Gruppe aus Vorleistungsbezug und sonstiger Leistungsverrechnung. Die kurzfristigen sonstigen nicht-finanziellen Verbindlichkeiten reduzierten sich um 12,0 Millionen Euro auf 17,3 Millionen Euro und betreffen insbesondere Umsatzsteuer.

Die Vertragsverbindlichkeiten beinhalten kurzfristige Verbindlichkeiten aus Rückerstattungsverpflichtungen von Einmalgebühren für widerrufenen Verträge sowie abzugrenzende Erträge aus Einmalgebühren im Rahmen der Anwendung von IFRS 15.

In den langfristigen Verbindlichkeiten sind die sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten um 17,2 Millionen Euro gesunken. Die Tilgung der Frequenzverbindlichkeit in Höhe von 61,3 Millionen Euro wird durch gestiegene Leasing-Verbindlichkeiten infolge der Bilanzierung nach IFRS 16 teilweise kompensiert.

Die latenten Steuerschulden erhöhten sich von 229,7 Millionen Euro zum 31. Dezember 2019 um 4,3 Millionen auf 234,0 Millionen Euro zum 31. Dezember 2020. Die Vertragsverbindlichkeiten in Höhe von 6,9 Millionen Euro (Vorjahr: 5,0 Millionen Euro) beinhalten abzugrenzende langfristige Erträge aus Einmalgebühren im Rahmen der Anwendung von IFRS 15.

Das Eigenkapital des Konzerns stieg von 4.640,8 Millionen Euro per 31. Dezember 2019 auf 4.853,8 Millionen Euro zum 31. Dezember 2020. Bei Dividendenausschüttungen in Höhe von 8,8 Millionen Euro ergibt sich die Erhöhung des Eigenkapitals insbesondere aus dem Konzernergebnis in Höhe von 219,6 Millionen Euro. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich dadurch von 71,8 Prozent im Vorjahr auf 72,5 Prozent zum 31. Dezember 2020.

Das Grundkapital ist eingeteilt in 176.764.649 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 1,10 Euro und entspricht dem Grundkapital der 1&1 Drillisch AG. Bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 wurden insgesamt 500.000 1&1 Drillisch AG Aktien im Rahmen des Aktienrückkaufprogramms erworben. Im Geschäftsjahr 2020 wurden keine eigenen Aktien zurück erworben.

Gesamtaussage des Vorstands zur wirtschaftlichen Lage des Konzerns

Der Vorstand der 1&1 Drillisch blickt auf ein herausforderndes Jahr zurück. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich infolge der Coronavirus-Pandemie anders entwickelt als ursprünglich erhofft. Auch wenn die Gesamtumsätze im deutschen Telekommunikationsmarkt mit einem Rückgang von lediglich 0,1 Prozent vergleichsweise stabil geblieben sind, gab es aus dem Markt nicht die erhofften Impulse auf das Geschäft.

Unter diesen herausfordernden Bedingungen hat sich die 1&1 Drillisch mit einem Zuwachs von 0,5 Millionen Kundenverträgen auf 14,83 Millionen dennoch positiv entwickelt und damit ihre gute Position in einem hochkompetitiven Marktumfeld weiter ausgebaut. Die Service-Umsätze konnten über die Erwartungen hinaus um 2,6 Prozent auf 3.020,0 Millionen Euro gesteigert werden. Der Rückgang beim EBITDA um 215,0 Millionen Euro auf 468,5 Millionen Euro ist insbesondere bedingt durch negative Sonderfaktoren in Höhe von 204,3 Millionen Euro.

Auch die Finanzlage der 1&1 Drillisch AG hat sich im Geschäftsjahr 2020 positiv dargestellt. Mit einem um die Einmalzahlung im Rahmen der Verlängerung des MBA

MVNO-Vertrags bereinigten Free Cashflow in Höhe von 408,7 Millionen Euro konnte der vergleichbare Wert des Vorjahres ebenso übertriffen werden wie die Prognose. Gleichzeitig wurden durch gezielte Investments in die Vorbereitungen für den Aufbau unseres 5G-Mobilfunknetzes sowie in unsere Kunden- und Vertragsstruktur die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum geschaffen.

Insgesamt sieht der Vorstand die 1&1 Drillisch Gruppe – zum Abschlussstichtag des Geschäftsjahres 2020 wie auch zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Berichts – für die weitere Unternehmensentwicklung sehr gut aufgestellt. Er schätzt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage – vorbehaltlich eventueller Sondereffekte – positiv ein und blickt optimistisch in die Zukunft.

2.4. Lage der Gesellschaft

Ertragslage der 1&1 Drillisch AG

Auf Ebene des Jahresabschlusses der 1&1 Drillisch AG sind die Umsatzerlöse leicht auf 2,3 Millionen Euro gestiegen (Vorjahr: 2,1 Millionen Euro). Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus konzerninternen Dienstleistungen. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind insbesondere aufgrund von höheren konzerninternen Weiterbelastungen von 0,5 Millionen Euro auf 1,0 Millionen Euro angestiegen.

Der Anstieg des Personalaufwands von 3,1 Millionen Euro auf 3,5 Millionen Euro ergibt sich insbesondere aus der um 17 Prozent gestiegenen durchschnittlichen Mitarbeiterzahl. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind von 6,9 Millionen Euro auf 13,8 Millionen Euro angestiegen. Hintergrund sind insbesondere höhere Kosten im Zusammenhang mit der Planung des 5G-Mobilfunknetzes.

Der Saldo aus Erträgen und Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen liegt mit 256,7 Millionen Euro um 287,6 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert. Ursächlich für die Veränderung sind insbesondere die Ausbuchung des Rechnungsabgrenzungspostens im Zusammenhang mit der vorzeitigen Auflösung des VDSL-Vorleistungsvertrags (129,9 Millionen Euro) sowie die seit Jahresmitte gestiegenen Kosten für bezogene Mobilfunk-Vorleistungen bei zwei Tochtergesellschaften.

Die Zinserträge betragen 5,8 Millionen Euro (Vorjahr: 3,6 Millionen Euro) und resultieren vor allem aus Zinserträgen im Rahmen des konzernweiten Cash-Managements. Der Zinsaufwand beträgt 0,4 Millionen Euro (Vorjahr: 7,3 Millionen Euro). Im Vorjahr waren Zinsaufwendungen aus Gebühren für die Bereitstellung einer Kreditlinie enthalten, die im selben Jahr wieder gekündigt wurde.

Nach Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 88,4 Millionen Euro (Vorjahr: 172,6 Millionen Euro) verbleibt somit ein Jahresüberschuss in Höhe von 159,7 Millionen Euro (Vorjahr: 360,6 Millionen Euro).

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der 1&1 Drillisch AG hat sich im Geschäftsjahr 2020 um 247,7 Millionen auf 7.259,2 Millionen Euro erhöht (Vorjahr: 7.011,5 Millionen Euro). Mit einem Anstieg von 1,5 Millionen Euro hat sich das Anlagevermögen gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert.

Somit entfällt der Anstieg der Bilanzsumme auf der Aktivseite mit 246,1 Millionen Euro insbesondere auf das Umlaufvermögen und hier mit 238,4 Millionen Euro insbesondere auf die Forderungen gegen verbundene Unternehmen, welche sich auf 709,8 Millionen Euro (Vorjahr: 471,4 Millionen Euro) erhöht haben. Hintergrund ist vor allem die kurzfristige Anlage freier liquider Mittel bei der United Internet.

Die Liquidität der 1&1 Drillisch AG wird durch die positiven Cashflows aus der operativen Tätigkeit ihrer Tochterunternehmen sowie der jederzeit fälligen Forderung gegen die United Internet AG sichergestellt. Darüber hinaus kann im Rahmen der im Geschäftsjahr 2018 zwischen der 1&1 Drillisch AG und der United Internet AG abgeschlossenen Cash Management Vereinbarung die 1&1 Drillisch AG auf bis zu maximal 200,0 Millionen Euro an Liquidität der United Internet AG zurückgreifen und sichert damit die Finanzierung von 1&1 Drillisch.

Die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich von 12,7 Millionen Euro zum 31. Dezember 2019 auf 48,1 Millionen Euro zum 31. Dezember 2020 und betreffen im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche.

Die liquiden Mittel betragen 3,4 Millionen Euro nach 31,1 Millionen Euro im Vorjahr.

Das Eigenkapital erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 150,9 Millionen auf 7.091,2 Millionen Euro (Vorjahr: 6.940,3 Millionen Euro). Die Veränderung ergibt sich aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 159,7 Millionen Euro bei Dividendenzahlungen in Höhe von 8,8 Millionen Euro. Mit einer Eigenkapitalquote von 97,7 Prozent (Vorjahr: 99,0 Prozent) sind unverändert nahezu die gesamten Aktiva durch Eigenkapital finanziert.

Die Steuerrückstellungen betragen zum 31. Dezember 2020 25,3 Millionen Euro (Vorjahr: 26,9 Millionen Euro). Die sonstigen Rückstellungen liegen mit 2,0 Millionen Euro (Vorjahr: 1,4 Millionen Euro) leicht über dem Vorjahreswert.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten von 42,9 Millionen Euro auf 140,7 Millionen Euro betrifft mit einem Anstieg um 84,6 Millionen Euro auf 100,8 Millionen Euro (Vorjahr: 16,2 Millionen Euro) insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen. Wie im Vorjahr betreffen die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen überwiegend Verbindlichkeiten aus Cash-Pooling gegenüber Gesellschaften innerhalb des 1&1 Drillisch Konzerns. Die sonstigen Verbindlichkeiten, welche im Wesentlichen Umsatzsteuerschulden betreffen, betragen 14,4 Millionen Euro (Vorjahr: 25,5 Millionen Euro).

Wie im Vorjahr ergab sich auch im Geschäftsjahr 2020 ein Überhang an aktiven latenten Steuern, welcher in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 S. 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft

Die im Vorjahr getroffene Annahme von gleichbleibenden Umsatzerlösen konnte leicht übertroffen werden. Die Entwicklung des Jahresergebnisses lag infolge der beschriebenen Einmaleffekte unterhalb der prognostizierten Werte. Bereinigt um die Einmaleffekte ist die Entwicklung allerdings deutlich positiv, sodass sich der Vorstand mit der operativen Entwicklung insgesamt zufrieden zeigt.

Insgesamt sieht der Vorstand die 1&1 Drillisch AG – zum Abschlussstichtag des Geschäftsjahres 2020 wie auch zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Berichts – für die weitere Unternehmensentwicklung sehr gut aufgestellt. Er schätzt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage – vorbehaltlich eventueller Sondereffekte – positiv ein und blickt insbesondere vor dem Hintergrund der getroffenen Vereinbarungen zum VDSL-/FTTH-Vorleistungsvertrag sowie dem Fortschritt im Rahmen der Verhandlung einer National Roaming Vereinbarung und der damit einhergehenden fortgeschrittenen Planung zum eigenen 5G-Mobilfunknetz optimistisch in die Zukunft.

Vor dem Hintergrund der erforderlichen zusätzlichen Investitionen im Rahmen des Auf- und Ausbaus eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes unterbreitet der Vorstand der 1&1 Drillisch AG dem Aufsichtsrat folgenden im Einklang mit der Dividenden-Policy stehenden Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 2020:

- » Zahlung einer Dividende von 0,05 Euro je Aktie. Dieser Vorschlag orientiert sich an der in § 254 Abs. 1 AktG vorgesehenen Mindestdividende. Ausgehend von 176,3 Millionen dividendenberechtigten Aktien ergäbe sich für das Geschäftsjahr 2020 damit eine Ausschüttungssumme von 8,8 Millionen Euro.

Über diesen Dividendenvorschlag beraten Vorstand und Aufsichtsrat in der Aufsichtsratssitzung am 24. März 2021. Über den gemeinsamen Beschlussvorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat entscheidet dann die Hauptversammlung der 1&1 Drillisch AG am 26. Mai 2021.

2.5 Grundsätze und Ziele des Finanz- und Kapitalmanagements

Die Finanzierung des Konzerns erfolgt grundsätzlich zentral durch die Muttergesellschaft 1&1 Drillisch AG. Oberste Priorität des Finanzmanagements von 1&1 Drillisch ist es, die Liquidität des Unternehmens zu jeder Zeit sicherzustellen. Die Liquiditätsreserven werden immer so angelegt, dass alle Zahlungsverpflichtungen termingerecht eingehalten werden. Die Liquiditätssicherung erfolgt auf Basis einer detaillierten Finanzplanung. Die Finanzierung des operativen Geschäfts erfolgt aus dem Cashflow und freien liquiden Mitteln. Es ist das Bestreben des Unternehmens, das Finanzmanagement ständig weiter zu entwickeln und zu optimieren. Grundsätzlich bilden die gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen den Rahmen des Kapitalmanagements im 1&1 Drillisch-Konzern. In den Fällen, in denen vertragliche Bestimmungen einzuhalten sind, wird das Eigenkapital zusätzlich nach den in diesen Bestimmungen festgelegten Grundsätzen gesteuert. Das zu steuernde Eigenkapital besteht in den Fällen, in denen keine gesonderten Bestimmungen zu beachten sind, aus dem bilanziellen Eigenkapital. Im Berichtsjahr wurden sowohl die gesellschaftsrechtlichen als auch die vertraglichen Bestimmungen jederzeit eingehalten.

2.6 Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Unternehmerisches Handeln ist nach dem Selbstverständnis von 1&1 Drillisch nicht ausschließlich auf die Verfolgung und Umsetzung wirtschaftlicher Ziele beschränkt, sondern beinhaltet darüber hinaus auch eine Verpflichtung und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt. Dieser Verantwortung stellt sich 1&1 Drillisch in verschiedener Weise.

Für diese und weitere Nachhaltigkeitsthemen wird auf die nichtfinanzielle Erklärung 2020 (Nachhaltigkeitsbericht) der 1&1 Drillisch AG verwiesen, die im April 2021 unter <https://www.1und1-drillisch.de/corporate-governance#nachhaltigkeitsbericht> veröffentlicht wird.

Über die bereits im Wirtschaftsbericht erläuterte Entwicklung der Anzahl der Teilnehmer hinaus haben neben einer effizienten, wertorientierten Unternehmensführung die nachfolgend dargestellten nicht-finanziellen Leistungsindikatoren einen wichtigen Anteil an dem Erfolg von 1&1 Drillisch.

Kundenbindung: Neben der Neukundengewinnung ist beim Ausbau des Kundenbestands das Halten und Binden von Bestandskunden der wesentlichste Faktor. Ein Steuereungskriterium bei 1&1 Drillisch ist dabei die Kundenzufriedenheit. Deshalb wurden im Segment „Access“ Strukturen und Prozesse etabliert, um die Zufriedenheit der Kunden kontinuierlich und nachhaltig zu messen, zu analysieren und letztendlich zu verbessern.

Service-Qualität: Mit der Einführung des sogenannten 1&1 Prinzips sowie mit den ständigen Optimierungen der Service-Prozesse in den Folgejahren wurde durchgehend in eine Optimierung der Service-Qualität investiert. Mit der Einführung der 1&1 Card im Geschäftsjahr 2020 wurde das Kundenerlebnis in Bezug auf exzellenten Service weiter ausgebaut.

Im Test der renommierten Fachzeitschrift „connect“ hat die 1&1 nicht nur mit den zufriedensten Kunden den ersten Platz belegt. Die 1&1 hat alle acht Unterkategorien im Test für sich entschieden, darunter auch die Service-Qualität, bei den Themen Freundlichkeit und Qualität sogar mit großem Abstand.

Netz-Qualität: Die 1&1 hat im Geschäftsjahr 2020 den Breitband- und Festnetztest der Fachzeitschrift „connect“ erneut gewonnen, der inzwischen dritte Sieg seit 2015. Beim jährlich stattfindenden Test werden die Kategorien „Sprache“, „Daten“, „Web-Services“ und „Web-TV“ untersucht. Auch Ergebnisse von Crowdsourcing-Analysen der Bundesnetzagentur fließen in die Gesamtwertung ein. Bei der Telefonie überzeugte 1&1 mit kurzen Verbindungszeiten und beim Highspeed-Internet erzielten wir „überragende Leistungen“. Und auch bei den Web-Services wie Zugriff auf Webseiten, Uploads zu Fotobuchdiensten oder dem Abruf von Videos lieferte 1&1 beste Leistungen.

Kenntnis der Märkte: Durch die langjährige Tätigkeit von 1&1 Drillisch im Telekommunikationsmarkt hat sich das Unternehmen eine Vertrauensposition bei seinen Kunden erarbeitet. Diese ermöglicht es 1&1 Drillisch, rechtzeitig Trends zu erkennen und wertsteigernd zu nutzen. Mit innovativen Marketingideen und alternativen Vertriebslösungen ist es 1&1 Drillisch immer wieder gelungen, frühzeitig Produkte anzubieten, die den sich ändernden Bedürfnissen der Kunden entsprechen.

Effizienz der Geschäftsprozesse: 1&1 Drillisch arbeitet stetig an der Effizienzverbesserung der Geschäftsprozesse, was zu nachhaltigen Produktivitätssteigerungen führt.

NACHTRAGSBERICHT

3. Nachtragsbericht

In 2021 wurde eine Rahmenvereinbarung mit der 1&1 Versatel über den Bezug von FTTH- /VDSL-Vorleistungen geschlossen. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit von zehn Jahren und soll die Zahl der für 1&1 Drillisch zugänglichen FTTH-Anschlüsse deutlich erhöhen.

Am 15. Februar 2021 hat 1&1 Drillisch kommuniziert, das durch die Telefónica unterbreitete verbesserte Angebot zum National Roaming anzunehmen. Das Angebot hat ebenfalls Wirkung auf die unter dem MBA MVNO-Vertrag berechneten Preise seit Juli 2020, wodurch sich bei einem Vertragsabschluss, welcher bis Mitte Mai 2021 avisiert ist, im Geschäftsjahr 2021 voraussichtlich ein periodenfremder Ertrag in Höhe von ca. 34,4 Mio. € ergeben wird.

Eine detaillierte Beschreibung des Sachverhalts findet sich unter Punkt 2.1 unter „Rechtliche Rahmenbedingungen / wesentliche Ereignisse“.

Aussagen zur wirtschaftlichen Lage des Konzerns und der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Berichts finden sich unter Punkt 4.3 im „Prognosebericht“.

RISIKOBERICHT

4. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

Die Risiko- und Chancenpolitik des 1&1 Drillisch Konzerns orientiert sich an dem Ziel, die Werte des Unternehmens zu erhalten und nachhaltig zu steigern, indem Chancen wahrgenommen und Risiken frühzeitig erkannt und gesteuert werden. Das „gelebte“ Risiko- und Chancenmanagement stellt sicher, dass 1&1 Drillisch ihre Geschäftstätigkeiten in einem kontrollierten Unternehmensumfeld ausüben kann.

Das Risiko- und Chancenmanagement regelt den verantwortungsvollen Umgang mit Unsicherheiten, die mit unternehmerischem Handeln immer verbunden sind.

4.1 Risikobericht

Risikomanagement

Das Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil der Unternehmenspolitik, mit der frühzeitig Chancen genutzt sowie Risiken erkannt und begrenzt werden sollen. 1&1 Drillisch betreibt die kontinuierliche Früherkennung sowie standardisierte Erfassung, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken durch ein konzernweites Risikomanagementsystem. Ziel ist es, möglichst frühzeitig Informationen über negative Entwicklungen und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen zu gewinnen, um mit geeigneten Maßnahmen diesen entgegenwirken zu können. Die Steuerung der Unternehmensergebnisse und des Unternehmenswertes greift das Instrumentarium des Risikomanagements auf. Es kann damit zum strategischen Erfolgsfaktor der Unternehmensführung werden sowohl für die 1&1 Drillisch AG selbst, als auch für die Tochtergesellschaften.

Um im Spannungsfeld zwischen Gewinnchancen und Verlustrisiken dauerhaft erfolgreich zu sein, müssen Risiken systematisch und nach konzerneinheitlichen Standards in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Das Risikomanagement umfasst die Festlegung von Risikofeldern, die Risikoerfassung und deren Kommunikation durch die operativen Einheiten und die Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Aufgaben sowie deren Dokumentation. Die konkrete Umsetzung der hierzu ergangenen Anweisungen wird durch ein Überwachungssystem sichergestellt. Um zeitnah Chancen nutzen und Risiken erkennen zu können, basiert der Risikomanagementprozess von 1&1 Drillisch auf den folgenden Bausteinen:

- » Dem internen Kontrollsystem
- » Dem täglichen, wöchentlichen und monatlichen Managementreporting, insbesondere in den Bereichen Controlling, Cashmanagement sowie den operativen Geschäftsfeldern

- » Der kontinuierlichen Marktbeobachtung
- » Der quartalsweisen Risikoinventur

Die Koordination des Risikomanagements wird auf Konzernebene vom Konzerncontrolling und dem Bereich Recht wahrgenommen. Auf Basis monatlicher Abschlusserstellung, dem regelmäßigen Abgleich von Plan- und Ist-Zahlen sowie Marktanalysen und Marktbeobachtungen können Chancen und Risiken aus dem operativen und strategischen Bereich frühzeitig erkannt und entsprechend dem Risikoportfolio durch geeignete Maßnahmen adressiert werden. Zuständigkeiten und Verantwortung sind bei 1&1 Drillisch klar geregelt und basieren auf der Unternehmensstruktur des 1&1 Drillisch-Konzerns. Für Schadensfälle und Haftpflichtrisiken, die aus dem täglichen Geschäft resultieren, werden entsprechende Versicherungen abgeschlossen, soweit diese wirtschaftlich für sinnvoll erachtet werden.

Risiken werden so weit wie möglich bewertet, indem die Eintrittswahrscheinlichkeit und mögliche Auswirkungen auf EBITDA und Eigenkapital ermittelt werden. Die Eintrittswahrscheinlichkeiten und die Auswirkungen werden klassifiziert und entsprechend bewertet. Die Bewertung des Risikoausmaßes und der möglichen finanziellen Auswirkungen erfolgt nach den Kriterien sehr gering, gering, hoch, sehr hoch und extrem hoch, die Bewertung der Eintrittswahrscheinlichkeit nach den Kriterien sehr gering, gering, hoch und sehr hoch. Die Verantwortung für das frühzeitige und kontinuierliche Identifizieren, Bewerten und Steuern von Chancen obliegt direkt dem Konzernvorstand sowie den operativen Führungsebenen in den jeweiligen Geschäftssegmenten. Das System entspricht den gesetzlichen Anforderungen an ein Risikofrüherkennungssystem, steht im Einklang mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex und orientiert sich in seiner Ausgestaltung an den in der internationalen ISO Norm ISO 31000:2018 festgelegten Leitlinien. Der Aufsichtsrat überprüft gemäß den Vorschriften des Aktiengesetzes die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems.

Risikobewertungsmatrix

Risikoausmaß	Extrem Hoch > 100 Mio. €				
	Sehr Hoch > 50 Mio. € - 100 Mio. €				
	Hoch > 10 Mio. € - 50 Mio. €				
	Gering > 2,5 Mio. € - 10 Mio. €				
	Sehr gering > 0 € - 2,5 Mio. €				
		Sehr gering > 0% - 5%	Gering > 5% - 20%	Hoch > 20% - 50%	Sehr hoch > 50% - 100%
Eintrittswahrscheinlichkeit					

Im Bericht über die Lage der Gesellschaft sowie des Konzerns des Jahres 2020 wurden die Grenzwerte für das Risikoausmaß angepasst. Die Änderung erfolgte um die Verhältnismäßigkeit der Auswirkungen der Risiken auf das EBITDA und das Eigenkapital besser darzustellen.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat werden regelmäßig über die Risikosituation und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems mit allen Kontrollfunktionen unterrichtet. Die Ergebnisse werden sowohl im Vorstand als auch im Aufsichtsrat erörtert.

Beschreibung der wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontrollsystem im 1&1 Drillisch-Konzern umfasst alle Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherstellung der Wirksamkeit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Neben manuellen Prozesskontrollen in Form des „Vier-Augen-Prinzips“ sind auch automatische IT-Prozesskontrollen ein wesentlicher Teil der integrierten Kontrollmaßnahmen. Das Risikomanagementsystem im 1&1 Drillisch-Konzern, als Bestandteil des internen Kontrollsystems, ist in Bezug auf die Rechnungslegung auf das Risiko der Falschaussage in der Buchführung sowie der externen Berichterstattung ausgerichtet. Zur Sicherstellung der systematischen Risikofrüherkennung ist im 1&1 Drillisch-Konzern und bei der 1&1 Drillisch AG ein „Überwachungssystem zur Früherkennung existenzgefährdender Risiken“ eingerichtet, um neben existenzgefährdenden auch sonstige Risiken rechtzeitig zu erkennen, zu steuern und zu überwachen. Die Erfassung buchhalterischer Sachverhalte erfolgt im 1&1 Drillisch-Konzern durch die Buchhaltungssysteme der Hersteller Sage und SAP und auf Konzernebene mittels der Konsolidierungssoftware des Herstellers IDL.

Rechnungslegungsbezogene Risiken können z.B. aus dem Abschluss ungewöhnlicher oder komplexer Geschäfte auftreten. Weiterhin sind Geschäftsvorfälle, die nicht routinemäßig verarbeitet werden, mit einem latenten Risiko behaftet. Die auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung ausgerichteten Maßnahmen des internen Kontrollsystems stellen sicher, dass alle Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften vollständig und zeitnah erfasst werden. Des Weiteren ist sichergestellt, dass Vermögensgegenstände und Schulden im Abschluss zutreffend angesetzt, bewertet und ausgewiesen werden. Die Kontrollaktivitäten umfassen hierbei zum Beispiel die Analyse von Sachverhalten und Entwicklungen mittels spezieller Kennzahlensysteme. Die organisatorische Trennung von Verwaltungs-, Ausführungs-, Abrechnungs- und Genehmigungsfunktionen reduziert die Fraudanfälligkeit wesentlich. Das interne Kontrollsystem gewährleistet auch die Abbildung von Veränderungen im wirtschaftlichen oder rechtlichen Umfeld des 1&1 Drillisch-Konzerns und stellt die Anwendung neuer oder geänderter gesetzlicher Vorschriften zur Rechnungslegung sicher.

Risiken

Strategie

Geschäftsentwicklung und Innovationen

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für 1&1 Drillisch ist es, neue und ständig verbesserte Produkte und Services zu entwickeln, um Umsätze und Ergebnisse weiter zu steigern, neue Kunden zu gewinnen und bestehende Kundenverhältnisse auszubauen. Dabei besteht das Risiko, dass Neuentwicklungen zu spät auf den Markt kommen oder seitens der Zielgruppe nicht wie erwartet angenommen werden.

Diesen Risiken begegnet 1&1 Drillisch durch eine intensive und permanente Markt-, Produkt- und Wettbewerbsbeobachtung sowie eine ständig auf das Feedback der Kunden reagierende Produktentwicklung.

Im Rahmen der Diversifikation des Geschäftsmodells bzw. der Erweiterung der Wertschöpfungskette steigt 1&1 Drillisch gelegentlich in neue Märkte bzw. in vor- oder nachgelagerte Märkte ein. So hat der Vorstand der 1&1 Drillisch AG am 24. Januar 2019 mit Zustimmung seines Aufsichtsrats beschlossen, einen Antrag auf Zulassung zur Auktion zur Vergabe von Mobilfunkfrequenzen in den Bereichen 2 GHz und 3,6 GHz gemäß der Entscheidung BK1- 17/001 bei der Bundesnetzagentur zu stellen und im Falle einer erfolgreichen Ersteigerung von Frequenzen ein 5G-Mobilfunknetz aufzubauen und zu betreiben. Derzeit basieren die Mobilfunkangebote von 1&1 Drillisch auf der Nutzung fremder Netze. Am 12. Juni 2019 hat 1&1 Drillisch ihre Teilnahme an der Versteigerung von 5G-Frequenzen erfolgreich abgeschlossen und hat zwei Frequenzblöcke à 2 x 5 MHz im Bereich 2 GHz und fünf Frequenzblöcke à 10 MHz im Bereich 3,6 GHz für einen Gesamtpreis von 1,07 Milliarden EUR ersteigert. Mit diesen Frequenzen plant die Gesellschaft sukzessive ein leistungsfähiges eigenes 5G-Mobilfunknetz aufzubauen und ihre Wertschöpfung auch im Mobilfunkgeschäft weiter zu vergrößern und neue Geschäftsfelder zu erschließen. Der Auf- und Ausbau eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes ist abhängig vom Abschluss von National Roaming-Vereinbarungen mit einem oder mehreren Mobilfunknetzbetreibern. Die 1&1 Drillisch hat im Februar 2021 das Angebot der Telefónica für National Roaming angenommen. Sollte der Vertragsschluss, den das Telefónica-Angebot bis Mitte Mai 2021 vorsieht, nicht zustande kommen und auch ansonsten keine Vereinbarungen zu wettbewerbsfähigen Konditionen abgeschlossen werden können, könnte dies den Auf- und Ausbau des eigenen 5G-Mobilfunknetzes gefährden. In diesem Fall besteht das Risiko von ergebniswirksamen Abwertungen der aus dem Erwerb der Frequenzen resultierenden immateriellen Vermögenswerte, sofern diese nicht weiterveräußert werden können, was grundsätzlich möglich ist. Aufgrund der beschränkten Kapazitäten hinsichtlich der verfügbaren Netzwerkausrüster bestehen zusätzlich Risiken hinsichtlich Zeit, Qualität und Budget in Bezug auf den Auf- und Ausbau eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes. Diesen Risiken begegnet die Gesellschaft mit intensiven Gesprächen und Verhandlungen zum Abschluss entsprechender Vereinbarungen.

Neben den sich daraus ergebenden Chancen sind mit einer solchen unternehmerischen Entscheidung auch Risiken verbunden. Die wesentlichen Risikofelder sind „Technischer Anlagenbetrieb“, „Beschaffungsmarkt“ oder „Rechtsstreitigkeiten“. 1&1 Drillisch versucht diese Risiken u. a. mit detaillierten, langfristigen Planungen sowie der Zusammenarbeit mit spezialisierten Partnerunternehmen zu minimieren.

Beteiligungen und Investitionen

Der Erwerb und das Halten von Beteiligungen sowie die Tätigkeit von strategischen Investitionen stellen einen wesentlichen Erfolgsfaktor der 1&1 Drillisch AG dar. Neben einem besseren Zugang zu bestehenden und neuen Wachstumsmärkten und zu neuen Technologien / Know-how dienen Beteiligungen und Investitionen auch der Erschließung von Synergie- und Wachstumspotenzialen. Mit diesen Chancen gehen gleichzeitig auch Risiken einher. So besteht die Gefahr, dass die erhofften Potenziale nicht wie erwartet ausgeschöpft werden können oder erworbene Beteiligungen sich nicht wie erwartet entwickeln (Teilwertabschreibungen, Veräußerungsverluste, Dividendenausfall oder Verminderung der stillen Reserven).

Alle Beteiligungen unterliegen deshalb einem kontinuierlichen Überwachungsprozess. Dieses Risiko ist weitgehend ohne EBITDA-Relevanz, da im Eintrittsfall überwiegend nicht-zahlungswirksame Wertminderungen entstehen. Die Werthaltigkeit der getätigten Investitionen wird von Management und Controlling regelmäßig überwacht.

Kooperationen und Outsourcing

In einigen Unternehmensbereichen arbeitet 1&1 Drillisch mit spezialisierten Kooperations- und Outsourcing-Partnern zusammen. Dabei stehen Ziele wie beispielsweise die Konzentration auf das eigentliche Kerngeschäft, Kostenreduktion oder die Partizipation am Fachwissen des Partners im Vordergrund. Mit diesen Chancen gehen gleichzeitig auch Gefahren in Form von Abhängigkeiten von externen Dienstleistern sowie Vertrags- und Ausfallrisiken einher.

Zur Reduzierung dieser Risiken wird vor Vertragsabschluss mit einem externen Dienstleister eine detaillierte Marktanalyse sowie eine Due Diligence Prüfung durchgeführt und auch nach Vertragsabschluss ein enger und partnerschaftlicher Austausch mit den Kooperations- und Outsourcing-Partnern aufrechterhalten.

Organisationsstruktur und Entscheidungsfindung

Die Wahl der geeigneten Organisationsstruktur ist wesentlich für die Effizienz und den Erfolg des Unternehmens. Neben der Organisationsstruktur ist der Geschäftserfolg auch maßgeblich vom Treffen richtiger Entscheidungen abhängig. Die Grundlage von Entscheidungen wird hierbei von den vorhandenen Geschäftsprozessen und Strukturen beeinflusst. Sollte die Effizienz durch einen oder mehrere Faktoren gefährdet sein, stellt dies ein strategisches Risiko für 1&1 Drillisch dar, welches, sofern wirtschaftlich sinnvoll, vermieden werden sollte.

1&1 Drillisch sieht sich hier aufgrund der hohen Agilität in der Organisation gut aufgestellt und unternimmt eine Vielzahl von Maßnahmen zur Optimierung und Vereinheitlichung von Strukturen, Prozessen und Kennzahlen.

Personalentwicklung und -bindung

Hoch qualifizierte und gut ausgebildete Mitarbeiter bilden die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg von 1&1 Drillisch. Neben der erfolgreichen Rekrutierung von qualifiziertem Personal (siehe auch Risiko „Personalbeschaffung“) sind die Personalentwicklung und die langfristige Bindung von Leistungsträgern an das Unternehmen von strategischer Bedeutung für 1&1 Drillisch. Wenn es nicht gelingt, Führungskräfte und Mitarbeiter mit speziellem Fach- oder Technologiewissen zu gewinnen, weiterzuentwickeln und an die Gesellschaft zu binden, besteht die Gefahr, dass 1&1 Drillisch nicht in der Lage sein könnte, ihrer Geschäftstätigkeit effektiv nachzugehen und ihre Wachstumsziele zu erreichen. Durch eine konzentrierte Ansammlung von strategischem Wissen und Fähigkeiten (sog. Kopfmonopol) kann es bei einem Ausfall eines entsprechenden Mitarbeiters zu erheblichen Auswirkungen bei der Leistungserstellung der Gesellschaft kommen.

1&1 Drillisch wirkt diesem Risiko entgegen, indem Mitarbeiter- und Führungskompetenzen ständig weiterentwickelt werden und Vertretungsregelungen etabliert sind. So werden gezielt Maßnahmen zur beruflichen Weiterentwicklung, Mentoren- und Coachingprogramme sowie besondere Angebote für Potenzialträger angeboten, die auf die Weiterentwicklung von Talenten und Führungskompetenzen ausgerichtet sind.

Markt

Absatzmarkt und Wettbewerb

Der deutsche Telekommunikationsmarkt ist durch einen starken und anhaltenden Wettbewerb geprägt. Abhängig von der Strategie der am Markt beteiligten Parteien können unterschiedliche Effekte auftreten, die u. a. eine Anpassung der eigenen Geschäftsmodelle oder der eigenen Preispolitik nach sich ziehen können. Die Auslieferung der Hardware innerhalb eines Werktages oder ein Vorort-Austausch defekter Geräte am nächsten Werktag bedingt eine entsprechende Lagerhaltung von Endgeräten. Hieraus können zeitliche Wertminderungsaufwendungen entstehen, wenn sich Marktpreise für Endgeräte ändern. Auch durch den Markteintritt von neuen Wettbewerbern könnten Marktanteile, Wachstumsziele oder Margen gefährdet werden.

1&1 Drillisch versucht, diese Risiken mit einer detaillierten Planung auf Basis interner Erfahrungswerte und externer Marktstudien sowie durch ein ständiges Monitoring von Markt und Wettbewerb zu minimieren.

Beschaffungsmarkt

Eine Lücke in der Beschaffung bzw. der Lieferung von zum Unternehmensbetrieb benötigten Ressourcen kann zu Engpässen oder Ausfällen bei 1&1 Drillisch führen. Dies betrifft sowohl den Einkauf von Hardware als auch den Bezug von Vorleistungen. Änderungen bestehender Vorleistungs-Konditionsmodelle (z.B. Preiserhöhungen oder Veränderungen der Abrechnungsmodalitäten) können zu Margen- und Ergebnisrisiken führen. Auch eine Preiserhöhung der eingekauften Produkte und anderer Leistungen stellt ein Risiko für die zu erzielenden Produktmargen dar.

1&1 Drillisch begegnet diesen Risiken durch die langfristige Bindung und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit mehreren Dienstleistern und Lieferanten sowie – sofern wirtschaftlich sinnvoll – einem Ausbau der eigenen Wertschöpfungsketten.

Personalbeschaffung

Es ist von zentraler Bedeutung für 1&1 Drillisch, dass die personellen Ressourcen effektiv gesteuert werden, damit der kurz-, mittel- und auch langfristige Bedarf an Mitarbeitern und die erforderlichen Fachkenntnisse sichergestellt werden. Wenn es nicht gelingt, Führungskräfte und Mitarbeiter mit speziellem Fach- und Technologiewissen zu gewinnen, wäre 1&1 Drillisch nicht in der Lage, ihrer Geschäftstätigkeit effektiv nachzugehen und ihre Wachstumsziele zu erreichen.

Als Arbeitgeber sieht sich 1&1 Drillisch gut aufgestellt, um auch künftig qualifizierte Fach- und Führungskräfte mit Potenzial zur Steigerung des Geschäftserfolgs einstellen zu können.

Leistungserstellung

Arbeitsabläufe und -prozesse

Vor dem Hintergrund der stetig steigenden Komplexität und Interoperabilität der angebotenen Produkte sind zunehmend steigende Anforderungen an die Weiterentwicklung der internen Arbeitsabläufe und -prozesse zu verzeichnen. Dies geht mit ständig wachsenden Abstimmungs- und Koordinationsaufwänden einher. Die besondere Herausforderung liegt hierbei – neben der Sicherstellung der Qualitätsstandards – vor allem in der Anpassung an das sich immer schneller vollziehende Marktgeschehen.

Diesen Risiken begegnet die Gesellschaft mit einer ständigen Weiterentwicklung und Verbesserung der internen Abläufe und Prozesse, der gezielten Bündelung und Bindung von Experten und Kompetenzträgern sowie der kontinuierlichen Optimierung der organisatorischen Strukturen.

Cyber- und Informationssicherheit

1&1 Drillisch realisiert ihren Unternehmenserfolg im Wesentlichen im Umfeld des Internets. Zur Leistungserbringung werden im Rahmen der Geschäftsprozesse Informations- und Telekommunikationstechnologien (Rechenzentren, Übertragungssysteme, Vermittlungsknoten u. a.) eingesetzt, die stark mit dem Internet vernetzt sind und deren Verfügbarkeit durch Bedrohungen aus dem Internet gefährdet werden können. So könnten beispielsweise DDoS-Attacken (DDoS = Distributed Denial of Service) zu einer Überlastung der technischen Systeme bzw. zu Serverausfällen führen.

Um solchen Risiken zunehmend schneller begegnen zu können, wird das bestehende Überwachungs- und Alarmierungssystem inklusive der nötigen Prozesse und Dokumentationen kontinuierlich optimiert.

Es besteht zudem das Risiko eines Hackerangriffs mit dem Ziel, Kundendaten auszuspionieren, zu löschen oder Leistungen missbräuchlich in Anspruch zu nehmen.

1&1 Drillisch begegnet diesem Risiko mit dem Einsatz von Virenscannern, Firewalling-Konzepten, eigens initiierten Tests und diversen technischen Kontrollmechanismen.

Die Bedrohungspotentiale aus dem Internet stellen für 1&1 Drillisch hinsichtlich ihrer Auswirkungen eine der größten Risikogruppen dar, die insgesamt durch eine Vielzahl an technischen und organisatorischen Maßnahmen kontrolliert werden. Insbesondere seien hier der Betrieb und die kontinuierliche Verbesserung des Sicherheitsmanagementsystems sowie der stetige Ausbau der Widerstandsfähigkeit (Resilienz) der Systeme genannt.

Kapazitätsengpässe

Aufgrund von temporärer oder dauerhafter Knappheit von Ressourcen könnte die geplante Leistungserstellung gefährdet werden und es könnten entsprechende Umsatzausfälle drohen.

Um diesen Risiken zu begegnen, gibt es einen engen Austausch mit Lieferanten zu den mit diesen vereinbarten Notfallkonzepten.

Technischer Anlagebetrieb

Die Produkte von 1&1 Drillisch sowie die dazu benötigten Geschäftsprozesse basieren auf einer komplexen technischen Infrastruktur und einer Vielzahl erfolgskritischer Softwaresysteme (Server, Kundenverwaltungsdatenbanken, Statistiksysteme etc.). Die ständige Anpassung an sich verändernde Kundenbedürfnisse führt zu einer zunehmenden Komplexität dieser technischen Infrastruktur, an der regelmäßig Änderungen vorgenommen werden müssen. In der Folge, aber auch durch größere Umstellungen wie beispielsweise Migrationen von Datenbeständen, kann es zu vielfältigen Störungen oder Ausfällen kommen. Sollten davon z. B. Leistungssysteme betroffen sein, könnte 1&1 Drillisch gegenüber ihren Kunden die zugesicherte Leistung nicht oder vorübergehend nicht mehr erbringen.

Diesen Risiken begegnet die Gesellschaft durch gezielte Architekturanpassungen, Qualitätssicherungsmaßnahmen und eine räumlich getrennte (georedundante) Auslegung der Kernfunktionalitäten.

Darüber hinaus werden verschiedene soft- und hardwarebasierte Sicherheitsvorkehrungen eingesetzt, die Infrastruktur und Verfügbarkeit schützen. Durch die Teilung von Aufgaben werden risikobehaftete Handlungen oder Geschäftsvorfälle nicht von einem Mitarbeiter allein, sondern nach dem „Vier-Augen-Prinzip“ ausgeführt. Manuelle und technische Zugriffsbeschränkungen stellen darüber hinaus sicher, dass Mitarbeiter nur in ihren Verantwortungsbereichen tätig sind. Als zusätzliche Sicherheitsmaßnahme gegen Datenverlust werden die vorhandenen Datenbestände einer regelmäßigen Datensicherung unterzogen und in georedundanten Rechenzentren gespeichert.

Compliance

Datenschutz

Es kann nie vollständig ausgeschlossen werden, dass Datenschutzbestimmungen beispielsweise durch menschliches Fehlverhalten oder technische Schwachstellen verletzt werden. In einem solchen Fall drohen 1&1 Drillisch Bußgelder und der Verlust von Kundenvertrauen.

1&1 Drillisch speichert die Daten ihrer Kunden auf Servern in nach internationalen Sicherheitsstandards zertifizierten, firmeneigenen sowie in angemieteten Rechenzentren. Der Umgang mit diesen Daten unterliegt umfangreichen gesetzlichen Vorgaben, deren Einhaltung laufend überprüft wird.

Die Gesellschaft ist sich dieser großen Verantwortung bewusst und räumt dem Datenschutz einen hohen Stellenwert und besondere Beachtung ein. Durch den Einsatz neuester Technologien, die ständige Überprüfung der datenschutzrechtlichen und sonstigen gesetzlichen Vorgaben, einem umfangreichen datenschutzrechtlichen Schulungsprogramm für Mitarbeiter sowie die möglichst frühzeitige Einbindung von Datenschutzaspekten und -anforderungen in die Produktentwicklung investiert 1&1 Drillisch kontinuierlich in die Verbesserung des Datenschutzniveaus.

Seit Mai 2018 gelten die neuen Regeln der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO). Aufgrund der Erhöhung der Sanktionen bei Pflichtverletzungen ist die Auswirkung von Datenschutzrisiken gestiegen. Neben der Erhöhung der Sanktionen beinhalten die EU-DSGVO u. a. auch Neuregelungen bezüglich Einwilligungserklärungen sowie neue Meldepflichten gegenüber Behörden und Betroffenen im Falle von Datenverlust.

Gesetzgebung und Regulierung

Änderungen der bestehenden Gesetzgebung, der Erlass neuer Gesetze sowie Änderungen bei staatlichen Regulierungsthemen können unerwartete negative Auswirkungen auf die durch 1&1 Drillisch verfolgten Geschäftsmodelle und der Weiterentwicklung

haben. Vor allem im Segment „Access“ haben die Entscheidungen der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamts Einfluss auf den Netzzugang und die Gestaltung der Internetzugangstarife. Preiserhöhungen der Leitungsbetreiber, von denen 1&1 Drillisch Vorleistungen für die eigenen Kunden bezieht, könnten sich negativ auf die Profitabilität der Tarife auswirken. Gleichmaßen besteht die Möglichkeit, dass eine fehlende Regulierung das Marktumfeld für 1&1 Drillisch verschlechtert.

1&1 Drillisch begegnet dem tendenziell steigenden Regulierungsrisiko durch eine Zusammenarbeit mit mehreren Vorleistungspartnern und einer aktiven Verbandsarbeit. Zudem hat 1&1 Drillisch über die 1&1 Versatel GmbH – eine Schwestergesellschaft im United Internet Konzern – Zugang zum Festnetz. Dieser Zugang zur Netzinfrastruktur gibt 1&1 Drillisch die Möglichkeit, ihre Wertschöpfung zunehmend zu vertiefen und weniger Breitband-Vorleistungen von Dritten zu beziehen.

Zudem hat 1&1 Drillisch als einziger MBA MVNO in Deutschland langfristig Anspruch auf einen auf bis zu 30 Prozent steigbaren Anteil an der gesamten Netzkapazität von Telefónica Deutschland und damit einen weitreichenden Zugriff auf das größte Mobilfunknetz in Deutschland sowie zu allen zur Verfügung stehenden Mobilfunktechnologien wie z. B. auch 5G.

Rechtsstreitigkeiten

1&1 Drillisch ist gegenwärtig an verschiedenen Rechtsstreitigkeiten und Schiedsverfahren beteiligt, die sich aus der normalen Geschäftstätigkeit ergeben. Im Jahr 2019 hat ein Vorleister Ansprüche im niedrigen dreistelligen Millionenbereich angemeldet. Die 1&1 Drillisch sieht die Ansprüche der jeweiligen Gegenpartei als unbegründet an und hält einen Ressourcenabfluss für nicht wahrscheinlich. Der Ausgang von Rechtsstreitigkeiten ist naturgemäß ungewiss und stellt daher ein Risiko dar. Sofern die Höhe der Verpflichtung zuverlässig geschätzt werden kann, sind die Risiken aus den Rechtsstreitigkeiten in den Rückstellungen berücksichtigt.

Steuerliche Risiken

1&1 Drillisch unterliegt den geltenden steuerlichen Rechtsvorschriften. Aus Änderungen der Steuergesetze bzw. der Rechtsprechung sowie der unterschiedlichen Auslegung existierender Vorschriften können sich Risiken ergeben.

1&1 Drillisch begegnet diesen Risiken durch den kontinuierlichen Ausbau des bestehenden Tax-Managements.

Finanzen

Finanzierung

Die im Wesentlichen bei der 1&1 Drillisch AG im Zuge der Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit entstehenden finanziellen Verbindlichkeiten umfassen Darlehen, Kontokorrentkredite sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten. 1&1 Drillisch verfügt über verschiedene finanzielle Vermögenswerte, die unmittelbar aus ihrer Geschäftstätigkeit resultieren. Diese umfassen im Wesentlichen Beteiligungen sowie Forderungen gegen verbundene Unternehmen.

1&1 Drillisch ist mit ihren Aktivitäten grundsätzlich Risiken am Finanzmarkt ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für Risiken aus der Änderung von Zinssätzen.

Zinsen

Die Gesellschaft ist Zinsrisiken ausgesetzt, da Finanzmittel im Wesentlichen bei der United Internet AG zu variablen Zinssätzen (1M EURIBOR + Marge) mit unterschiedlichen Laufzeiten aufgenommen und angelegt wurden. Die Gesellschaft prüft auf der Grundlage der Liquiditätsplanung ständig die verschiedenen Anlage- und Aufnahmemöglichkeiten der liquiden Mittel und die Konditionen der Finanzschulden. Ein entstehender Finanzierungsbedarf wird mittels geeigneter Instrumente zur Liquiditätssteuerung gedeckt.

Ziel des Finanzrisikomanagements ist es, Risiken durch die laufenden operativen und finanzorientierten Aktivitäten zu begrenzen.

Fraud und Forderungsausfall

Um dem dynamischen Kundenwachstum sowie einer möglichst schnellen Leistungsbereitstellung im Sinne des Kunden Rechnung zu tragen, sind die Bestell- und Bereitstellungsprozesse von 1&1 Drillisch – wie bei vielen großen Unternehmen im Massenmarktgeschäft – weitgehend automatisiert. Diese automatisierten Prozesse bieten naturgemäß Angriffsmöglichkeiten für Betrüger. Aufgrund der hohen Attraktivität der angebotenen Produkte und Services erhöht sich neben der Anzahl der Kunden auch die Anzahl von Nichtzahlern und Betrügern. Als Folge sind steigende Forderungsausfälle zu verzeichnen. So könnten 1&1 Drillisch beispielsweise Schäden durch Hardwarebestellungen entstehen, die unter einer falschen Identität ausgeführt und nicht bezahlt werden. Auch durch missbräuchliche SIM-Kartennutzungen, z.B. infolge von massenhaften Anrufweiterleitungen oder Roaming-Calls, können Schäden entstehen.

1&1 Drillisch versucht durch den permanenten Ausbau des Fraud-Managements, durch eine enge Zusammenarbeit mit Vorleistungsdienstleistern sowie durch entsprechende Produktgestaltung, Fraud-Angriffe zu vermeiden oder zumindest frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden.

Liquidität

Das Liquiditätsrisiko von 1&1 Drillisch besteht grundsätzlich darin, dass die Gesellschaft möglicherweise ihren finanziellen Verpflichtungen – beispielsweise der Tilgung von Finanzschulden – nicht nachkommen kann. Ziel der Gesellschaft ist die kontinuierliche Deckung des Finanzmittelbedarfs und die Sicherstellung der Flexibilität, auch durch die Nutzung von Kontokorrentkrediten und Darlehen sowie durch die Anlage und Aufnahme liquider Mittel bei der United Internet AG.

Im Cash-Management werden konzernweit der Bedarf und Überschuss an Zahlungsmitteln zentral ermittelt. Durch das konzerninterne Saldieren (Netting) von Bedarf und Überschuss wird die Anzahl externer Bankgeschäfte auf ein Mindestmaß reduziert. Die Gesellschaft hat zur Steuerung ihrer Bankkonten und der internen Verrechnungskonten sowie zur Durchführung automatisierter Zahlungsvorgänge standardisierte Prozesse und Systeme etabliert.

Externe Ereignisse – Höhere Gewalt

Aufgrund von externen Ereignissen wie beispielsweise Naturkatastrophen (Erdbeben oder Überschwemmungen), personellen Krisen (Pandemien oder Epidemien) oder infrastrukturellen Krisen (Beschädigung des Straßennetzes, Einschränkung der Energieversorgung) kann es zur Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebs der 1&1 Drillisch kommen. Die 1&1 Drillisch begegnet diesen Risiken soweit möglich mit einer Vielzahl verschiedener Maßnahmen, die durch die Coronavirus-Pandemie noch ausgeweitet werden. Als Beispiel sind weitreichende Hygienevorkehrungen (Bereitstellung von Desinfektionsmittel, Masken), regelmäßige Überprüfung der Einhaltung von Abstandsregeln und Maskenpflicht zu nennen, um den Gesundheits- und Infektionsschutz zu gewährleisten. Einführung flexibler, standortübergreifender Arbeitsplatzkonzepte mit individuellen Homeoffice-Regelungen, die an den besonderen Erfordernissen der Pandemie ausgerichtet sind. Zur Vermeidung von Reisetätigkeiten ist die Nutzung moderner Kommunikationsmedien ausgeweitet worden. Regelmäßige Erarbeitung und Überprüfung der Notfallkonzepte und deren Training gehören zum Standard der 1&1 Drillisch AG.

Die weitere Ausbreitung des Coronavirus kann sich negativ auf die Nachfrage von Konsumenten und Gewerbetreibenden sowie auf den Bezug von Vorleistungen (z. B. Smartphones, Router, Server oder Netzwerktechnik) oder deren Liquidität auswirken. Bislang sind keine nennenswerten Ausfälle zu verzeichnen. Die Einschränkungen im internationalen Reiseverkehr können mit andauernder Pandemie zur Minderung der Roaming Deckungsbeiträge führen, wie auch längerfristiges Homeoffice zu Mehrkosten für Voice-Nutzung führen kann. Ein wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Bewältigung der Pandemie spiegelt sich auch in der Gesundheit und Einsatzfähigkeit der Mitarbeiter wider und wirkt sich somit letztendlich auch auf die Leistungsfähigkeit von 1&1 Drillisch aus.

Gesamtaussage des Vorstands zur Risikosituation der Gesellschaft sowie des Konzerns

Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation für die 1&1 Drillisch AG sowie für den 1&1 Drillisch Konzern ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Risikofelder bzw. Einzelrisiken unter Berücksichtigung der Interdependenzen.

Die bedeutendste Herausforderung für die 1&1 Drillisch AG sowie für den 1&1 Drillisch Konzern stellen aus heutiger Sicht die Risikofelder „Geschäftsentwicklung und Innovationen“ und „Rechtsstreitigkeiten“ dar. Unterjährig hat sich eine Senkung der Risikoeinstufung in dem Risikofeld „Beschaffungsmarkt“ ergeben.

Durch den kontinuierlichen Ausbau des Risikomanagements begegnet 1&1 Drillisch diesen Risiken und begrenzt sie, soweit sinnvoll, mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen auf ein Minimum.

Die Einschätzung der wesentlichen Risikofelder bzw. Einzelrisiken unterlag während des Geschäftsjahres 2020 naturgemäß aufgrund der Entwicklung der externen Bedingungen sowie infolge der eigenen Gegenmaßnahmen Schwankungen. Die Gesamtrisikosituation für die 1&1 Drillisch AG und den 1&1 Drillisch Konzern hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert. Hintergrund ist ein abgeschlossenes Verfahren um Vorleistungspreise. Bei der Beurteilung der Gesamtrisikosituation blieben die für die 1&1 Drillisch AG sowie für den 1&1 Drillisch Konzern bestehenden Chancen unberücksichtigt. Bestandsgefährdende Risiken waren für die 1&1 Drillisch AG sowie für den 1&1 Drillisch Konzern im Geschäftsjahr 2020 sowie zum Aufstellungsstichtag dieses Berichts weder aus Einzelrisikopositionen noch aus der Gesamtrisikosituation erkennbar.

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2020 hat sich durch die fortschreitende globale Ausbreitung des Coronavirus (Sars-CoV-2) die Risikosituation u. a. in den Risikofeldern „Beschaffungsmarkt“ und „Externe Risiken – Höhere Gewalt“ verändert. Die Ausbreitung des Virus wirkt sich negativ auf die Nachfrage von Konsumenten und Gewerbetreibenden aus und kann ebenfalls den Bezug von Vorleistungen (z. B. Smartphones, Router, Server oder Netzwerktechnik) oder die Gesundheit und Einsatzfähigkeit von Mitarbeitern beeinträchtigen. Somit wirkt sich die Ausbreitung des Coronavirus letztendlich auch auf die Leistungsfähigkeit von 1&1 Drillisch aus. Eine genaue Risikoeinschätzung ist zum Aufstellungszeitpunkt dieses Berichts weiterhin nicht möglich, da die Einschätzung von Gesundheitsexperten und die eingeleiteten Maßnahmen von Bund und Ländern häufigen Veränderungen unterliegen und die weitere Entwicklung somit unsicher ist.

Eintrittswahrscheinlichkeit, potenzieller Schaden und Risikoeinstufung der Risiken aus Gesellschafts- und Konzernsicht und ihre Relevanz (Darstellung der Entwicklung gegenüber dem Vorjahr erfolgt auf Basis eines vergleichbaren Risikoausmaßes):

	Eintrittswahr- scheinlichkeit	Risikoausmaß	Risiko- einstufung	Entwicklung ggü. Vorjahr
Risiken im Bereich „Strategie“				
Geschäftsentwicklung & Innovationen*	Gering	Extrem Hoch	Bedeutend	→
Beteiligungen und Investitionen	Gering	Sehr Gering	Gering	→
Kooperationen & Outsourcing	Gering	Sehr Gering	Gering	→
Organisationsstruktur & Entscheidungsfindung	Gering	Sehr Gering	Gering	→
Personalentwicklung & -bindung	Gering	Sehr Gering	Gering	→
Risiken im Bereich „Markt“				
Absatzmarkt & Wettbewerb	Gering	Hoch	Moderat	→
Beschaffungsmarkt	Gering	Sehr Gering	Gering	↘
Personalbeschaffungsmarkt	Gering	Sehr Gering	Gering	→
Risiken im Bereich „Leistungserstellung“				
Arbeitsabläufe & -prozesse	Gering	Sehr Gering	Gering	→
Informationssicherheit	Gering	Hoch	Moderat	→
Kapazitätsengpässe	Gering	Sehr Gering	Gering	→
Technischer Anlagebetrieb	Gering	Sehr Gering	Gering	→
Risiken im Bereich „Compliance“				
Datenschutz	Gering	Gering	Gering	→
Gesetzgebung & Regulierung	Gering	Sehr Hoch	Moderat	→
Rechtsstreitigkeiten	Gering	Extrem Hoch	Bedeutend	→
Steuerliche Risiken	Gering	Sehr Gering	Gering	→
Risiken im Bereich „Finanzen“				
Finanzierung	Sehr Gering	Sehr Gering	Gering	→
Zinsen	Sehr Gering	Sehr Gering	Gering	→
Fraud & Forderungsausfall	Sehr Hoch	Gering	Moderat	→
Liquidität	Gering	Sehr Gering	Gering	→
Externe Ereignisse – Personelle Krisen	Gering	Sehr Gering	Gering	→

↗ verbessert → unverändert ↘ verschlechtert

* Die Eintrittswahrscheinlichkeit zu dem unter "Geschäftsentwicklung & Innovation" aufgeführten Risiko, dass keine National Roaming – Vereinbarung geschlossen werden kann, hat sich durch die Annahme des Angebots der Telefónica nach Ende des Geschäftsjahres erheblich reduziert. Aufgrund des dem Risikobericht zugrunde liegenden Stichtagsprinzips wird das Risiko hier noch unverändert dargestellt. Eine Anpassung wird in den folgenden Berichterstattungen erfolgen.

CHANCENBERICHT

4.2. Chancenbericht

Chancenmanagement

Das Chancenmanagement hat seine Grundlage in der strategischen Planung und den daraus abgeleiteten Maßnahmen für die Entwicklung von Produkten und deren Positionierung in den unterschiedlichen Zielgruppen und Märkten während des Produkt-Lebenszyklus.

Die direkte Verantwortung für das frühzeitige und kontinuierliche Identifizieren, Bewerten und Steuern von Chancen obliegt dem Konzernvorstand sowie der operativen Führungsebene in Form der Vorstände und Geschäftsführer der Tochtergesellschaften.

Das Management der 1&1 Drillisch AG beschäftigt sich intensiv mit detaillierten Auswertungen, Modellen und Szenarien zu aktuellen und künftigen Branchen- und Technologietrends, Produkten, Märkten / Marktpotenzialen und Wettbewerbern im Umfeld der Gesellschaft. Die bei diesen strategischen Analysen identifizierten Chancenpotenziale werden anschließend unter Betrachtung der kritischen Erfolgsfaktoren sowie der bestehenden Rahmenbedingungen und Möglichkeiten der 1&1 Drillisch AG analysiert, in den Planungsgesprächen zwischen Vorstand, Aufsichtsrat und den operativ verantwortlichen Führungskräften diskutiert und in konkrete Maßnahmen, Ziele und Meilensteine umgesetzt.

Fortschritt und Erfolg der Maßnahmen werden fortlaufend von den operativ Verantwortlichen sowie von den Geschäftsführern und Vorständen der Gesellschaften überwacht.

Chancen

Das stabile und weitgehend konjunkturunabhängige Geschäftsmodell von 1&1 Drillisch sichert planbare Umsätze und Cashflows und eröffnet so finanzielle Spielräume, um Chancen in neuen Geschäftsfeldern und neuen Märkten zu nutzen – organisch oder durch Beteiligungen und Übernahmen.

Breite strategische Positionierung in Wachstumsmärkten

Angesichts der Positionierung in den heutigen Wachstumsmärkten liegen die rein strategischen Wachstumschancen der Gesellschaft auf der Hand: Überall und ständig verfügbare, immer leistungsfähigere festnetz- und mobilfunkbasierte Zugangsprodukte ermöglichen neue, aufwändigere Anwendungen. Diese internetbasierten Anwendungen für Privatanwender, Freiberufler und kleine Unternehmen sind für 1&1 Drillisch aus heutiger Sicht die Wachstumstreiber der nächsten Jahre im Segment „Access“.

Partizipation am Marktwachstum

Trotz der unsicheren volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwartet 1&1 Drillisch wie auch viele der führenden Branchenanalysten eine positive Entwicklung in dem für die Gesellschaft wesentlichen deutschen Telekommunikationsmarkt. Mit den wettbewerbsfähigen Access-Produkten und bekannten Marken, der hohen Vertriebskraft sowie den bereits bestehenden Geschäftsbeziehungen zu Millionen Kunden (Cross- und Up-Selling-Potenzial) ist 1&1 Drillisch gut aufgestellt, um im Geschäftssegment „Access“ am erwarteten Marktwachstum zu partizipieren.

Ausbau der Marktpositionen

1&1 Drillisch gehört heute mit mehr als 14,8 Millionen Kunden im Bereich internetbasierter Zugangsleistungen zu den führenden Unternehmen in Deutschland. Aufbauend auf dem vorhandenen technologischen Know-how, der hohen Produkt- und Servicequalität, der Bekanntheit der Marken wie z. B. 1&1, smartmobil.de oder yourfone, der Geschäftsbeziehungen zu Millionen Kunden sowie der hohen Kundenbindung sieht 1&1 Drillisch gute Chancen, die heutigen Marktanteile weiter auszubauen.

Einstieg in neue Geschäftsfelder

Zu den Kernkompetenzen von 1&1 Drillisch gehört es auch, Kundenwünsche, Trends und somit neue Märkte frühzeitig zu erkennen. Die breit angelegte Wertschöpfungskette (von Produktentwicklung und Rechenzentrumsbetrieb über effektives Marketing und einen schlagkräftigen Vertrieb bis hin zur aktiven Kundenbetreuung) ermöglicht es 1&1 Drillisch dabei, schnell mit Innovationen am Markt zu sein und diese entsprechend zu vermarkten.

Aufbau eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes

Mit der am 12. Juni 2019 erfolgreich abgeschlossenen Teilnahme an der Versteigerung von 5G-Frequenzen hat 1&1 Drillisch zwei Frequenzblöcke à 2 x 5 MHz im Bereich 2 GHz und fünf Frequenzblöcke à 10 MHz im Bereich 3,6 GHz für einen Gesamtpreis von 1,07 Milliarden EUR ersteigert. Zudem hat 1&1 Drillisch Frequenzen für den Aufbau eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes bei Telefónica angemietet. Dabei handelt es sich um zwei Frequenzblöcke von jeweils 10 MHz im Bereich 2,6 GHz. Die beiden Frequenzblöcke stehen 1&1 Drillisch bis zum 31. Dezember 2025 zur Verfügung. Mit diesen Frequenzen plant die Gesellschaft sukzessive ein leistungsfähiges 5G-Mobilfunknetz aufzubauen und ihre Wertschöpfung auch im Mobilfunkgeschäft weiter zu vergrößern und neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Die 1&1 Drillisch hat im Februar 2021 das Angebot der Telefónica zu National Roaming angenommen, die Verhandlung und der Abschluss einer National Roaming-Vereinbarung ist bis Mitte Mai 2021 zwischen den Parteien vereinbart, womit dann eine weitere wesentliche Voraussetzung für den Start des Netzausbaus erfüllt sein wird.

Mit mehr als 10,5 Millionen Mobilfunk- und 4,3 Millionen Breitband-Kunden, dem Zugriff auf eines der größten Glasfasernetze in Deutschland bringt 1&1 Drillisch beste Voraussetzungen mit, um das hohe Potenzial von 5G in Deutschland auszuschöpfen.

Zugriff auf das zweitgrößte Glasfasernetz Deutschlands

1&1 Drillisch hat als Konzernunternehmen des United Internet Konzerns Zugriff auf das Telekommunikationsnetz von 1&1 Versatel GmbH - eines der größten und leistungsfähigsten Glasfasernetze in Deutschland. Die von 1&1 Versatel GmbH bereitgestellte Netzinfrastruktur gibt 1&1 Drillisch die Möglichkeit, ihre Wertschöpfung zunehmend zu vertiefen und, bezogen auf den United Internet Konzern, konzernintern produzierte Breitband-Vorleistungen zu beziehen. Darüber hinaus wird 1&1 Drillisch ab April 2021 über die 1&1 Versatel auch Zugriff auf das Glasfasernetz der Deutschen Telekom haben. Damit kann 1&1 Drillisch zunächst auf ca. 750.000 weitere Glasfaser-Anschlüsse in der Vermarktung zugreifen. Die Zahl der vermarktbar Glasfaser-Anschlüsse der Deutschen Telekom soll sich in den nächsten Jahren um durchschnittlich 2 Millionen Haushalte jährlich erhöhen.

Die besondere Chance der 1&1 Drillisch wird deutlich bei einem Blick auf den stark ansteigenden Datenverbrauch bei Privatanwendern (laut einer Schätzung von Dialog Consult / VATM: + 25,0 Prozent auf ca. 168,1 GB verbrauchtes Datenvolumen pro Breitband-Anschluss und Monat im Jahr 2020) bei einem gleichzeitig sehr hohen Nachholbedarf bei direkten Glasfaseranschlüssen in Deutschland. So waren – laut letzter Auswertung der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) von Dezember 2019 nur 4,1 Prozent (Vorjahr: 3,2 Prozent) aller Breitband-Anschlüsse in Deutschland Glasfaseranschlüsse. Damit liegt Deutschland weit abgeschlagen auf Platz 34 (Vorjahr: Platz 32) der untersuchten 37 OECD-Mitgliedsländern und gleichzeitig weit unter dem OECD-Durchschnitt von 28,0 Prozent (Vorjahr: 26,0 Prozent).

Zugang zum Telefónica-Mobilfunknetz

Als einziger MBA MVNO in Deutschland hat 1&1 Drillisch einen langfristigen Anspruch auf bis zu 30 Prozent der genutzten Netzkapazität der Telefónica Deutschland und damit einen weitreichenden Zugriff auf das größte Mobilfunknetz in Deutschland. Damit hat 1&1 Drillisch auch einen vertraglich abgesicherten, uneingeschränkten Zugang auf alle im Netz von Telefónica aktuell (z.B. LTE) bzw. zukünftig verfügbaren Produkte und Technologien (z.B. 5G) und kann in den kommenden Jahren ihre Marktposition sowie ihr Geschäftsvolumen damit weiter ausbauen. Der uneingeschränkte Zugang zu LTE sowie zu darüber hinausgehenden Zukunftstechnologien garantiert 1&1 Drillisch dauerhaft die Flexibilität, unabhängig in der Gestaltung neuer Produkte zu sein und ermöglicht so einen fairen und gleichberechtigten Wettbewerb mit den drei deutschen Mobilfunknetzbetreibern.

Der Vertrag mit einer Laufzeit bis Mitte 2025 und der Option einer weiteren Verlängerung um weitere fünf Jahre bieten 1&1 Drillisch die Chance einer weiteren langfristigen und weiterhin erfolgreichen Unternehmensentwicklung sowie eine hohe Planungssicherheit.

1&1 Drillisch bietet sich zusätzlich die Chance, auf Basis der mit Telefónica abgeschlossenen Vereinbarung ein lizenzierter Mobilfunknetzbetreiber zu werden. Letzteres kann sich anfänglich und mit technischer Unterstützung durch Telefónica („National Roaming“) auch auf einzelne Regionen in Deutschland beschränken. Dies konkretisiert sich über die getroffene Vereinbarung zu National Roaming, welche einen Vertragsschluss bis Mai 2021 vorsieht.

Darüber hinaus kann 1&1 Drillisch mit einer koordinierten Markenführung und Kundenansprache noch gezielter im Premium- und Discountsegment im deutschen Mobilfunkmarkt agieren und mit den unterschiedlich positionierten Marken verschiedene Zielgruppen breit und umfassend adressieren.

Übernahmen und Beteiligungen

Neben dem organischen Wachstum prüft 1&1 Drillisch kontinuierlich auch Möglichkeiten von Firmenübernahmen und strategischen Beteiligungen. Dank der planbaren hohen Cashflows verfügt 1&1 Drillisch über eine hohe Eigenfinanzierungskraft und hat auch einen guten Zugang zu den Fremdfinanzierungsmärkten, um Chancen in Form von Übernahmen und Beteiligungen zu nutzen.

Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich durch die getroffene Vereinbarung zu National Roaming mit der Telefónica die Chancen- und Risikosituation bezogen auf den Aufbau des eigenen Mobilfunknetzes deutlich verbessert.

Darüber hinaus stellt sich die Chancen- und Risikosituation, bezogen auf das laufende Geschäft, unverändert dar. Bei den aufgeführten Chancen und Risiken handelt es sich um die derzeit identifizierten, wesentlichen Chancen und Risiken. Es ist nicht auszuschließen, dass darüber hinaus weitere wesentliche Chancen und Risiken existieren, die momentan vom Management nicht erkannt sind oder deren Eintrittswahrscheinlichkeit als vernachlässigbar gering eingeschätzt wird. Für alle wahrscheinlichen Risiken wurde ausreichend Vorsorge getroffen. Existenzbedrohende Risiken sind derzeit nicht bekannt.

PROGNOSEBERICHT

4.3. Prognosebericht

Dieser Bericht enthält bestimmte, in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung beruhen. Verschiedene bekannte wie auch unbekannte Risiken, Ungewissheiten und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von der hier gegebenen Einschätzung abweichen werden.

Konjunkturerwartungen

Für Deutschland erwartet der IWF nach einem Rückgang von -5,4 Prozent in 2020 ein Wirtschaftswachstum von +3,5 Prozent in 2021 und +3,1 Prozent in 2022. Mit dem erwarteten Wachstum von +3,5 Prozent für 2021 liegt der IWF über der Prognose der Bundesregierung, die am 26. Januar 2021 im Rahmen ihres Jahreswirtschaftsbericht 2021 von einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 3,0 Prozent ausgeht.

Branchen- / Markterwartungen

Für den deutschen ITK-Markt erwartet der Branchenverband Bitkom in 2021 ein Wachstum von 2,7 Prozent (Vorjahr: Rückgang von -0,6 Prozent) auf 174,4 Milliarden Euro.

Mit einem Umsatzzuwachs von +8,6 Prozent soll der Markt für IT-Hardware dabei das größte Wachstum verzeichnen. Für das Software-Segment (+4,1 Prozent) und den Bereich IT-Services (+1,1 Prozent) wird ebenfalls Wachstum prognostiziert, während für den Bereich Consumer Electronics ein Umsatzrückgang von -2,0 Prozent erwartet wird.

Der aus Sicht des Geschäftsmodells von 1&1 Drillisch wichtigste ITK-Markt ist der deutsche Telekommunikationsmarkt (Breitband-Anschlüsse und Mobile-Internet) im überwiegend abonnementfinanzierten Geschäftsbereich „Access“.

Telekommunikationsmarkt in Deutschland

Für den deutschen Telekommunikationsmarkt wird vom Branchenverband Bitkom für 2021 ein Wachstum von 1,0 Prozent erwartet, nachdem die Umsätze in 2020 bedingt durch die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie um - 0,1 Prozent gesunken sind. Die Gesamtumsätze werden mit 67,4 Milliarden Euro prognostiziert.

Mit +3,2 Prozent erwartet der Verband das relativ größte Wachstum im Bereich der Telekommunikationsinfrastruktur sowie mit +2,8 Prozent bei den Telekommunikationsendgeräten. Für Telekommunikationsdienste wird ein Wachstum von +0,3 Prozent prognostiziert.

Markt-Prognose: Telekommunikationsmarkt in Deutschland (in Mrd. €)

	2021e	2020	Veränderung
Umsatz	67,4	66,7	+ 1,0 Prozent

Quelle: Bitkom, Jahrespressekonferenz, Januar 2021

Prognose für das Geschäftsjahr 2021

Vor dem Hintergrund einer weiterhin hohen Relevanz der Telekommunikationsindustrie für die deutsche Wirtschaft erwartet der Vorstand der 1&1 Drillisch auch weiterhin eine positive Entwicklung für den Konzern. Wesentliche Wachstumsimpulse werden aus dem Markt nicht mehr erwartet, da zwar einerseits die Nutzung zunimmt, andererseits aber die Preissensibilität weiterhin gegeben ist.

Das wichtigste Wachstumssegment innerhalb der Telekommunikation bleibt die Datenkommunikation. Die Netzqualität und die Verfügbarkeit von schnellen Datenverbindungen gewinnen für die Konsumenten immer größere Bedeutung. Einfaches Telefonieren und Surfen zu fairen Preisen wird auch weiterhin im Mittelpunkt des Interesses der Mobilfunkkunden stehen.

Für den deutschen (festnetzbasierten) Breitband-Markt erwartet der Vorstand angesichts einer bereits vergleichsweise hohen Haushaltsabdeckung sowie des Trends zur mobilen Internet-Nutzung weiterhin ein nur moderates Wachstum.

1&1 Drillisch strebt daher im kommenden Geschäftsjahr erneut weiteres Kundenwachstum an. Für das Jahr 2021 erwartet die 1&1 Drillisch eine Steigerung der margenstarken Service-Umsätze auf ca. 3.100 Millionen Euro sowie eine entsprechende Entwicklung der gesamten Umsatzerlöse. Für das EBITDA rechnet der Vorstand der 1&1 Drillisch in etwa mit ca. 650 Millionen Euro. In der Ergebnisprognose sind periodenfremde Erträge in Höhe von 34,4 Millionen Euro, welche voraussichtlich beim Abschluss der National Roaming Vereinbarung mit der Telefónica erfasst werden, nicht berücksichtigt.

In der Planung wurde ein im Vergleich zum Geschäftsjahr 2020 vergleichbares Nutzungsverhalten aufgrund der Coronavirus-Pandemie und somit in der Folge eine vergleichbare Umsatz- und Ergebnisbelastung unterstellt.

Auf Ebene des Einzelabschlusses rechnet der Vorstand für 2021 mit Umsatzerlösen in etwa auf Basis des Niveaus des Geschäftsjahres 2020 und einer deutlichen Verbesserung des Jahresergebnisses.

Diese Prognosen sind mit Unsicherheiten behaftet, da eine genaue Einschätzung von Dauer und weiterer Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie derzeit nicht möglich ist.

Gesamtaussage des Vorstands zur voraussichtlichen Entwicklung

Für die zukünftigen Schritte der Unternehmensentwicklung sieht der Vorstand die 1&1 Drillisch gut aufgestellt und blickt optimistisch in die Zukunft.

Durch den Erwerb der 5G-Mobilfunkfrequenzen in 2019 sowie der Annahme des Angebots von Telefónica zu National Roaming sind die Weichen für den Aufbau des eigenen Mobilfunknetzes gestellt und die 1&1 Drillisch wird den Netzaufbau weiter intensiv vorantreiben. Mit dem Betrieb eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes lässt sich einerseits die Wertschöpfungskette erweitern und damit Kostenkomponenten reduzieren. Andererseits ermöglicht der eigene Netzbetrieb dem Vertrieb individualisierte Produkte und Angebote zu vermarkten.

Daneben erwartet der Vorstand weiteres Wachstum auch im Segment Access. Im Bereich Mobile-Access ist geplant, das Wachstum fortzusetzen und vom Marktwachstum zu profitieren. Durch die neue Vereinbarung zum Bezug von VDSL-/FTTH-Vorleistungen werden sich zukünftig auch neue Potentiale in der Vermarktung der Festnetzprodukte ergeben.

Dank des überwiegend auf elektronischen Abonnements beruhenden Geschäftsmodells sieht sich 1&1 Drillisch weitestgehend stabil gegen konjunkturelle Einflüsse aufgestellt.

Diese nachhaltige Geschäftspolitik wird 1&1 Drillisch auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Nach einem erfolgreichen Jahresauftakt sieht der Vorstand die Gesellschaft auch zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts auf gutem Wege, die im voranstehenden Abschnitt „Prognose für das Geschäftsjahr 2021“ näher erläuterten Ziele zu erreichen.

Zukunftsgerichtete Aussagen und Prognosen

Der vorliegende Bericht über die Lage der Gesellschaft sowie des Konzerns enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen und Prognosen des Vorstands der 1&1 Drillisch AG sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind verschiedenen Risiken und Unwägbarkeiten unterworfen und beruhen auf Erwartungen, Annahmen und Prognosen, die sich künftig möglicherweise als nicht zutreffend erweisen könnten. 1&1 Drillisch garantiert nicht, dass sich die zukunftsgerichteten Aussagen als richtig erweisen werden, übernimmt keine Verpflichtung und hat auch nicht die Absicht, die in diesem Bericht gemachten zukunftsgerichteten Aussagen anzupassen bzw. zu aktualisieren.

VERGÜTUNGSBERICHT

5. Vergütungsbericht

Die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand wird durch den Aufsichtsrat festgelegt. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtvorstands sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. Die Vergütung für die Vorstandsmitglieder setzt sich aus kurzfristigen Bestandteilen und aus Faktoren mit langfristigen Anreizkomponenten zusammen. Die kurzfristigen Bestandteile setzen sich aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten zusammen. Die erfolgsunabhängigen Teile bestehen aus fixer Vergütung sowie Sach- und sonstigen Bezügen. Die fixe Vergütung als erfolgsunabhängige Grundvergütung wird monatlich als Gehalt ausbezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder sonstige Bezüge, insbesondere Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie Sachbezüge, die im Wesentlichen aus der Dienstwagennutzung bestehen. Die Vorstandsbezüge beinhalten als erfolgsabhängige Komponente grundsätzlich variable Vergütungsanteile. Sie werden durch den Aufsichtsrat jährlich neu anhand von Zielen definiert.

Als Vergütungsbestandteil mit langfristiger Anreizwirkung existiert für die Vorstandsmitglieder Markus Huhn und Alessandro Nava ein auf virtuellen Aktienoptionen basierendes Beteiligungsprogramm (SAR). Die Ausübungshürde des Programms liegt bei 120 Prozent des Ausübungspreises. Die Zahlung des Wertzuwachses ist auf 100 Prozent des ermittelten Börsenpreises der 1&1 Drillisch AG bei der Einräumung der virtuellen Optionen begrenzt. Das Optionsrecht kann wie folgt ausgeübt werden: hinsichtlich eines Teilbetrags von bis zu 25 Prozent frühestens nach Ablauf von 24 Monaten seit dem Zeitpunkt der Ausgabe der Option, hinsichtlich eines Teilbetrags von insgesamt bis zu 50 Prozent frühestens 36 Monate nach dem Zeitpunkt der Ausgabe der Option, hinsichtlich eines Teilbetrags von insgesamt bis zu 75 Prozent frühestens 48 Monate nach dem Zeitpunkt der Ausgabe der Option und hinsichtlich des Gesamtbetrags frühestens nach Ablauf von 60 Monaten nach dem Zeitpunkt der Ausgabe der Option.

Der Vorstandsvorsitzende der 1&1 Drillisch AG, Herr Ralph Dommermuth, erhält für seine Tätigkeit keine Vergütung.

Aus der Aufsichtsrats Tätigkeit bei verschiedenen Tochterunternehmen im Geschäftsjahr 2020 haben die Mitglieder des Vorstands wie im Vorjahr keine Vergütung erhalten. Kredite und Vorschüsse wurden Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr nicht gewährt.

Pensionszusagen an den Vorstand bestehen nicht.

Im IFRS Konzernabschluss der 1&1 Drillisch AG wurden folgende Aufwendungen für aktienbasierte Vergütungen für den Vorstand erfasst: Herr Ralph Dommermuth: 0 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro), Herr Markus Huhn: 300 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro) und Herr Alessandro Nava 500 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro).

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft setzt sich wie folgt zusammen. Der Vorstandsvorsitzende Ralph Dommermuth erhält wie im Vorjahr für seine Tätigkeit keine Vergütung:

Gewährte Zuwendungen (in TEUR)	Markus Huhn ¹						Alessandro Nava ¹					
	Gewährte Zuwendungen				Zuflüsse		Gewährte Zuwendungen				Zuflüsse	
	2019	2020	2020 (Min)	2020 (Max)	2019	2020	2019	2020	2020 (Min)	2020 (Max)	2019	2020
Festvergütung	225	450	450	450	225	450	200	400	400	400	200	400
Nebenleistungen	6	11	11	11	6	11	6	14	14	14	6	14
SUMME	231	461	461	461	231	461	206	414	414	414	206	414
Einjährige variable Vergütung	50	50	0	60	0	50	100	200	0	200	0	100
Mehrjährige variable Vergütung												
- SAR Programm 2020	0	1.310	0	1.310	0	0	0	2.183	0	2.183	0	0
SUMME	50	1.360	0	1.370	0	50	100	2.383	0	2.383	0	100
Versorgungsaufwand	2	5	5	5	2	5	7	14	14	14	7	14
GESAMTVERGÜTUNG	283	1.826	466	1.836	233	516	313	2.811	428	2.811	213	528

Gewährte Zuwendungen (in TEUR)	André Driesen ²						Martin Witt ³					
	Gewährte Zuwendungen				Zuflüsse		Gewährte Zuwendungen				Zuflüsse	
	2019	2020	2020 (Min)	2020 (Max)	2019	2020	2019	2020	2020 (Min)	2020 (Max)	2019	2020
Festvergütung	400	0	0	0	400	0	150	0	0	0	150	0
Nebenleistungen	12	0	0	0	12	0	7	0	0	0	7	0
SUMME	412	0	0	0	412	0	157	0	0	0	157	0
Einjährige variable Vergütung	350	0	0	0	286	350	100	0	0	0	200	100
Mehrjährige variable Vergütung												
- Tantieme 2018 - 2020	100	0	0	0	0	200	0	0	0	0	0	0
- SAR Programm 2020	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SUMME	450	0	0	0	286	550	100	0	0	0	200	100
Versorgungsaufwand	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
GESAMTVERGÜTUNG	863	0	0	0	699	550	257	0	0	0	357	100

(1) ab dem 01.07.2019

(2) bis zum 31.12.2019

(3) bis zum 30.06.2019

Markus Huhn, Alessandro Nava und Martin Witt als Vorstände der 1&1 Drillisch AG erhielten die Vergütung von der 1&1 Telecommunication SE

Das von der Hauptversammlung 2018 beschlossene Vergütungssystem für den Aufsichtsrat der 1&1 Drillisch AG sieht eine feste Vergütung für ein einfaches Mitglied des Aufsichtsrats in Höhe von 45.000 Euro pro vollem Geschäftsjahr sowie für den Aufsichtsratsvorsitzenden in Höhe von 55.000 Euro pro vollem Geschäftsjahr vor. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören oder den Vorsitz im Aufsichtsrat führen, erhalten die feste Vergütung zeitanteilig unter Aufrundung auf volle Monate. Darüber hinaus wird ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 Euro für jede Teilnahme an einer Präsenzsitzung, Telefon- oder Videokonferenz des Aufsichtsrats bezahlt. Die feste Vergütung sowie die Sitzungsgelder sind insgesamt nach Ablauf eines Geschäftsjahres fällig. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner Ersatz aller Auslagen sowie Ersatz der etwa auf ihre Vergütung und Auslagen zu entrichtenden Umsatzsteuer. Die Gesellschaft stellt den Mitgliedern des Aufsichtsrats im eigenen Interesse und auf eigene Kosten einen angemessenen Versicherungsschutz für die Ausübung der Aufsichtsrats Tätigkeit zur Verfügung. Aktienoptionsprogramme für die Mitglieder des Aufsichtsrats existieren nicht.

Die Aufsichtsratsvergütungen setzen sich wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsvergütung (in TEUR)	2020	2019
Michael Scheeren	59,0	62,0
Kai-Uwe Ricke	49,0	52,0
Vlasios Choulidis	49,0	52,0
Kurt Dobitsch	49,0	52,0
Dr. Claudia Borgas-Herold	49,0	52,0
Norbert Lang	49,0	52,0
	304,0	322,0

ERGÄNZENDE ANGABEN

6. Ergänzende Angaben

6.1. Ergänzende Angaben gemäß § 289a HGB bzw. § 315a HGB (Übernahmerelevante Angaben)

Das gezeichnete Kapital beträgt 194.441.113,90 Euro und ist eingeteilt in 176.764.649 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,10. Dabei gewährt jede Aktie eine Stimme. Eine Verbriefung des Anteils ist ausgeschlossen. Gemäß §§ 84, 85 AktG in Verbindung mit § 7 der Satzung der Gesellschaft erfolgt die Bestellung des Vorstands und dessen Abberufung durch den Aufsichtsrat. Satzungsänderungen sind nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen (§§ 179 ff. AktG) von der Hauptversammlung zu beschließen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft ist darüber hinaus zu Änderungen der Satzung, die nur deren Fassung betreffen, befugt. Zum 31. Dezember 2020 hielt die United Internet AG, Montabaur, 75,10 Prozent der Anteile der 1&1 Drillisch AG.

Genehmigtes Kapital 2018

Der Vorstand wurde durch die außerordentliche Hauptversammlung am 12. Januar 2018 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 11. Januar 2023 mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder in Teilbeträgen um insgesamt bis zu EUR 97.220.556,40 durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2018).

Bei Bareinlagen können die neuen Aktien vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats auch von einem oder mehreren Kreditinstituten bzw. einem anderen die Voraussetzungen des § 186 Abs. 5 Satz 1 AktG erfüllenden Unternehmen mit der Verpflichtung übernommen werden, sie ausschließlich den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Grundsätzlich ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen,

- » um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- » wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen erfolgt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrages, die möglichst zeitnah zur Platzierung der Aktien erfolgen soll, nicht wesentlich unterschreitet. Die Anzahl der unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen Aktien darf insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermäch-

tigung. Auf diese Zahl sind Aktien anzurechnen, die aufgrund von Options- oder Wandelschuldverschreibungen ausgegeben werden oder auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben werden; ferner sind auf diese Zahl Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden;

- » soweit es erforderlich ist, um Inhabern bzw. Gläubigern von Options- und/oder Wandlungsrechten bzw. entsprechender Options- und/oder Wandlungspflichten aus Schuldverschreibungen, die von der Gesellschaft und/oder durch von der Gesellschaft abhängige oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Gesellschaften ausgegeben wurden oder werden, ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung ihres Options- und/oder Wandlungsrechts bzw. nach Erfüllung der Options- und/oder Wandlungspflicht zustünde;
- » wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen erfolgt zur Gewährung von Aktien im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen an Unternehmen oder sonstigen Vermögensgegenständen;
- » um neue Aktien bis zu einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt EUR 9.722.055,20 als Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer der Gesellschaft oder verbundener Unternehmen i.S.d. §§ 15 ff. AktG auszugeben.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2018 oder nach Ablauf der Ermächtigungsfrist zu ändern.

Bedingtes Kapital 2018

Das Grundkapital ist um bis zu EUR 96.800.000,00 durch Ausgabe von bis zu 88.000.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2018). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber bzw. Gläubiger von Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen (oder Kombinationen dieser Instrumente) mit Options- und/oder Wandlungsrechten bzw. Options- und/oder Wandlungspflichten oder Andienungsrechten der Gesellschaft, die die Gesellschaft oder von der Gesellschaft abhängige oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Gesellschaften aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 12. Januar 2018 bis zum 11. Januar 2023 ausgegeben haben, von ihren Options- bzw. Wandlungsrechten aus diesen Schuldverschreibungen Gebrauch machen oder ihre Pflicht zur Optionsausübung- bzw. Wandlung erfüllen oder, soweit die Gesellschaft

ein Wahlrecht ausübt, ganz oder teilweise anstelle der Zahlung des fälligen Geldbetrags Stückaktien der Gesellschaft zu gewähren und soweit jeweils nicht ein Barausgleich gewährt oder eigene Aktien oder Aktien einer anderen börsennotierten Gesellschaft zur Bedienung eingesetzt werden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem nach Maßgabe des vorstehend bezeichneten Ermächtigungsbeschlusses jeweils zu bestimmenden Options- bzw. Wandlungspreis. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie entstehen, am Gewinn teil; soweit rechtlich zulässig, kann der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Gewinnbeteiligung neuer Aktien hiervon und auch von § 60 Abs. 2 AktG abweichend, auch für ein bereits abgelaufenes Geschäftsjahr, festlegen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Eigene Aktien

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 hatte die 1&1 Drillisch AG 500.000 eigenen Aktien im Bestand.

Der Vorstand der 1&1 Drillisch AG wurde durch die Hauptversammlung vom 21. Mai 2015 ermächtigt, bis zum 20. Mai 2020 eigene Aktien bis zu insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Hauptversammlung 2015 zu erwerben (auch unter dem Einsatz von Derivaten).

Die erteilte Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien wurde durch die außerordentliche Hauptversammlung vom 12. Januar 2018 aufgehoben und durch nachfolgende neue Ermächtigung ersetzt:

Die Gesellschaft ist ermächtigt, bis zum 11. Januar 2023 eigene Aktien der Gesellschaft im Umfang von bis zu insgesamt 10 Prozent des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung oder – falls dieser Wert geringer ist – des zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Auf die gemäß dieser Ermächtigung erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach den §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 Prozent des Grundkapitals entfallen.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke unmittelbar durch die Gesellschaft oder auch durch von der Gesellschaft abhängige oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Gesellschaften oder durch von der Gesellschaft oder von der Gesellschaft abhängige oder in ihrem unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz stehende Gesellschaften beauftragte Dritte ausgeübt werden.

Der Erwerb kann nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels einer öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots erfolgen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre im Verhältnis ihrer Beteiligungsquoten zu veräußern. Darüber hin-

aus dürfen Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden zu allen weiteren gesetzlich zulässigen Zwecken, insbesondere auch zu den folgenden Zwecken verwendet werden:

- » Die Aktien können an Dritte gegen Barzahlung zu einem Preis veräußert werden, der den Börsenkurs von Aktien gleicher Ausstattung zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. In diesem Fall darf die Anzahl der zu veräußernden Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der außerordentlichen Hauptversammlung vom 12. Januar 2018 oder – falls dieser Betrag geringer ist – 10 Prozent des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Veräußerung der Aktien der Gesellschaft nicht überschreiten. Auf diese Begrenzung von 10 Prozent des Grundkapitals sind diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ferner sind auf diese Begrenzung auf 10 Prozent des Grundkapitals diejenigen Aktien anzurechnen, die zur Bedienung von Options- und/ oder Wandelschuldverschreibungen auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben wurden.
- » Die Aktien können zur Erfüllung von Verpflichtungen aus Schuldverschreibungen mit Options- und/oder Wandlungsrecht bzw. Options- und/oder Wandlungspflicht genutzt werden, die von der Gesellschaft oder durch von der Gesellschaft abhängige oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Gesellschaften begeben werden.
- » Die Aktien können gegen Vermögensgegenstände einschließlich Forderungen gegen die Gesellschaft ausgegeben werden, insbesondere im Zusammenhang mit dem Erwerb von Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder Teilen von Unternehmen oder Unternehmenszusammenschlüssen.
- » Die Aktien können im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungs- bzw. Belegschaftsaktienprogrammen der Gesellschaft oder mit ihr verbundener Unternehmen verwendet und Personen, die in einem Arbeitsverhältnis zu der Gesellschaft oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen stehen oder standen, sowie an Organmitglieder von mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen angeboten und übertragen werden.
- » Die Aktien können eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Der Vorstand kann bestimmen, dass das Grundkapital bei der Einziehung herabgesetzt wird; in diesem Fall ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital um den auf die eingezogenen Aktien entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals herabzusetzen und die Angabe der Zahl der Aktien und das Grundkapital in der Satzung entsprechend anzupassen. Der Vorstand kann auch bestimmen, dass das Grundkapital bei der Einziehung unverändert bleibt und sich stattdessen durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand ist in diesem Fall auch ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

- » Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien den Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft in Erfüllung jeweils geltender Vergütungsvereinbarungen zu übertragen.

Das Bezugsrecht der Aktionäre wird insoweit ausgeschlossen, als eigene Aktien gemäß den vorstehenden Ermächtigungen verwendet werden. Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener eigener Aktien durch Angebot an die Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats den Inhabern bzw. Gläubigern von Schuldverschreibungen mit Options- und/oder Wandlungsrechten bzw. entsprechenden Options- und/oder Wandlungspflichten, die von der Gesellschaft oder durch von der Gesellschaft abhängige oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Gesellschaften ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, in dem es ihnen nach Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts bzw. Erfüllung der Options- oder Wandlungspflicht zustünde; in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Die United Internet AG, Montabaur, Deutschland, ist zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit 75,10 Prozent an der 1&1 Drillisch AG beteiligt. Herr Ralph Dommermuth, Montabaur, Deutschland, hält wiederum bezogen auf das um eigene Anteile der United Internet AG reduzierte Grundkapital mittelbar über Beteiligungsgesellschaften zum 31. Dezember 2020 42,27 Prozent des Grundkapitals der United Internet AG.

6.2. Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 315d HGB i.V.m. § 289f HGB

1&1 Drillisch hat die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f und § 315d HGB, die auch die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG enthält, auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.1und1-drillisch.de/corporate-governance → Entsprechenserklärung veröffentlicht. Darüber hinaus erläutern Vorstand und Aufsichtsrat im Corporate-Governance-Bericht des Geschäftsberichts und auf der Internetseite des Unternehmens detailliert die Prinzipien guter, verantwortungsbewusster und wertorientierter Unternehmensführung bei 1&1 Drillisch. Des Weiteren werden die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse beschrieben.

6.3. Nichtfinanzielle Erklärung nach § 289b HGB und § 315c HGB

Die Erklärung der Gesellschaft nach § 289b und § 315c HGB wird unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen auf der Internetseite der 1&1 Drillisch AG unter www.1und1-drillisch.de/corporate-governance → Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht.

ABHÄNGIGKEITSBERICHT

7. Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand erklärt gemäß § 312 AktG, dass die Gesellschaft bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die der Gesellschaft zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat oder dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt worden ist.

Maintal, den 19. März 2021

Der Vorstand



Ralph Dommermuth



Markus Huhn



Alessandro Nava

KONZERNABSCHLUSS

91	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
92	Konzernbilanz
94	Konzern-Kapitalflussrechnung
96	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
97	Konzernanhang zum 31. Dezember 2020
182	Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen

KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG

vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020

		2020 Januar - Dezember T€	2019 Januar - Dezember T€
	Anmerkungen		
Umsatzerlöse	4	3.786.788	3.674.846
Umsatzkosten	5,11,12	-2.881.797	-2.574.677
BRUTTOERGEBNIS VOM UMSATZ		904.991	1.100.169
Vertriebskosten	6,11,12	-442.338	-426.467
Verwaltungskosten	7,11,12	-99.371	-92.165
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8	-1.735	-3.345
Sonstige betriebliche Erträge	9	33.908	33.634
Wertminderungsaufwendungen auf Forderungen und Vertragsvermögenswerte	10	-82.374	-83.341
ERGEBNIS DER BETRIEBLICHEN TÄTIGKEIT		313.081	528.485
Finanzierungsaufwendungen	13	-1.604	-7.262
Finanzerträge	14	1.110	1.213
ERGEBNIS VOR STEUERN		312.587	522.436
Steueraufwendungen	15	-92.994	-148.816
KONZERNERGEBNIS		219.593	373.620
Ergebnis je Aktie (in €)			
- unverwässert	49	1,25	2,12
- verwässert	49	1,24	2,12
Gewichteter Durchschnitt der im Umlauf befindlichen Aktien (in Mio. Stück)			
- unverwässert	49	176,27	176,27
- verwässert	49	177,84	176,27
Überleitung zum gesamten Konzernergebnis			
KONZERNERGEBNIS		219.593	373.620
Kategorien, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden (netto)		0	0
Kategorien, die nicht anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umklassifiziert werden (netto)			
- Nettogewinne oder -verluste aus Eigenkapitalinstru- menten, die als erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertet wurden	40	-44	-272
Sonstiges Ergebnis	40	-44	-272
GESAMTES KONZERNERGEBNIS		219.549	373.348

KONZERNBILANZ

zum 31. Dezember 2020

	Anmerkung	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
VERMÖGENSWERTE			
Kurzfristige Vermögenswerte			
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	16	4.360	31.785
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17	232.437	228.261
Forderungen gegen nahestehende Unternehmen	19	400.885	215.329
Vorräte	20	85.366	79.227
Vertragsvermögenswerte	18	565.793	498.111
Abgegrenzte Aufwendungen*	21	187.081	211.745
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	22	23.639	28.923
Sonstige nicht-finanzielle Vermögenswerte	23	53.736	15.844
		1.553.297	1.309.225
Langfristige Vermögenswerte			
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	24	1.992	1.678
Sachanlagen	25	122.800	64.496
Immaterielle Vermögenswerte	26,27	1.740.591	1.686.027
Firmenwerte	27	2.932.943	2.932.943
Vertragsvermögenswerte	18	196.049	173.747
Abgegrenzte Aufwendungen*	28	142.665	293.828
		5.137.040	5.152.719
SUMME VERMÖGENSWERTE		6.690.337	6.461.944

* Der Posten „Abgegrenzte Aufwendungen“ fasst die im Vorjahr separat ausgewiesenen Posten „Vertragserfüllungskosten“, „Vertragsanbahnungskosten“ und „Abgegrenzte Aufwendungen“ zusammen.

	Anmerkung	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
SCHULDEN UND EIGENKAPITAL			
Kurzfristige Schulden			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	29,37	319.866	266.369
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	30,37	55.800	79.294
Vertragsverbindlichkeiten	31,37	44.110	40.314
Sonstige Rückstellungen	33,37	5.299	6.559
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	34,37	106.283	102.634
Sonstige nicht-finanzielle Verbindlichkeiten	35,37	17.269	29.256
Ertragsteuerschulden	32,37	25.933	24.469
		574.560	548.895
Langfristige Schulden			
Vertragsverbindlichkeiten	31,37	6.917	4.960
Sonstige Rückstellungen	33,37	46.444	45.670
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	36,37	974.651	991.825
Latente Steuerschulden	15	234.005	229.748
		1.262.017	1.272.203
SUMME SCHULDEN		1.836.577	1.821.098
Eigenkapital			
Grundkapital	39	193.891	193.891
Kapitalrücklage	40	2.432.054	2.429.876
Kumuliertes Konzernergebnis		2.228.835	2.018.055
Sonstiges Eigenkapital	40	-1.020	-976
SUMME EIGENKAPITAL		4.853.760	4.640.846
SUMME SCHULDEN UND EIGENKAPITAL		6.690.337	6.461.944

KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG

vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020

	Anmerkungen	2020 Januar - Dezember T€	2019 Januar - Dezember T€
ERGEBNIS DER BETRIEBLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	47		
Konzernergebnis		219.593	373.620
Berichtigungen zur Überleitung des Konzernergebnisses zu den Ein- und Auszahlungen			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	11	45.403	29.091
Abschreibungen auf im Rahmen von Unternehmenserwerben aktivierte Vermögenswerte	11	109.992	125.923
Personalaufwand aus Mitarbeiterbeteiligungen	38	2.178	79
Veränderungen der Ausgleichsposten für latente Steueransprüche	15	4.264	-18.018
Korrektur Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen		2	-158
Sonstige nicht zahlungswirksame Positionen	5	129.828	0
CASHFLOW DER BETRIEBLICHEN TÄTIGKEIT		511.260	510.537
Veränderungen der Vermögenswerte und Schulden			
Veränderung der Forderungen und sonstigen Vermögenswerte		-37.098	41.571
Veränderung der Vertragsvermögenswerte		-89.983	-90.828
Veränderung der Vorräte		-6.139	10.321
Veränderung der abgegrenzten Aufwendungen*		45.935	14.674
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		53.502	-98.833
Veränderung der sonstigen Rückstellungen		-241	-23.628
Veränderung der Ertragsteuerschulden		1.463	-13.516
Veränderung der sonstigen Verbindlichkeiten		-14.619	12.273
Veränderung der Forderungen/Verbindlichkeiten nahestehende Unternehmen		-19.161	18.512
Veränderung der Vertragsverbindlichkeiten		5.753	-5.376
Veränderungen der Vermögenswerte und Schulden, gesamt		-60.588	-134.830
Nettoeinzahlungen der betrieblichen Tätigkeit		450.672	375.707

	Anmerkungen	2020 Januar - Dezember T€	2019 Januar - Dezember T€
CASHFLOW AUS DEM INVESTITIONSBEREICH	47		
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen		-207.245	-20.452
Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen		233	184
Investitionen in sonstige finanzielle Vermögenswerte		-390	-326
Auszahlungen aus der Ausgabe von Darlehen an nahestehende Unternehmen	43	-190.000	-210.000
Rückzahlungen aus sonstigen finanziellen Vermögenswerten		50	45
Nettoauszahlungen im Investitionsbereich		-397.352	-230.549
CASHFLOW AUS DEM FINANZIERUNGSBEREICH	47		
Erwerb eigener Aktien	41	0	-3.844
Dividendenzahlung	50	-8.813	-8.813
Tilgung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Erwerb von 5G-Funkspektrum	47	-61.266	-61.266
Tilgung von Leasingverbindlichkeiten und Nutzungsrechten	34, 46	-10.666	-11.418
Auszahlungen aus der Darlehensrückzahlung an nahestehende Unternehmen	43	0	-32.000
Nettoauszahlungen im Finanzierungsbereich		-80.745	-117.341
Nettoanstieg /-rückgang der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		-27.425	27.817
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn des Geschäftsjahres		31.785	3.968
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum Ende der Berichtsperiode		4.360	31.785

* Der Posten „Abgegrenzte Aufwendungen“ fasst die im Vorjahr separat ausgewiesenen Posten „Vertragserfüllungskosten“, „Vertragsanbahnungskosten“ und „Abgegrenzte Aufwendungen“ zusammen.

KONZERN- EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

im Geschäftsjahr 2020 und 2019

		Grundkapital		Kapital- rücklage	Kumuliertes Konzernergebnis	Sonstiges Eigenkapital	Summe Eigenkapital
	Anmerkung		39,41	40,41		40	
		Stückelung	T€	T€	T€	T€	T€
Stand am							
1. Januar 2019		176.363.945	194.000	2.433.531	1.653.248	-704	4.280.075
Konzernergebnis					373.620		373.620
Sonstiges Konzernergebnis						-272	-272
Gesamtergebnis					373.620	-272	373.348
Dividendenzahlungen					-8.813		-8.813
Mitarbeiterbeteiligungs- programm				79			79
Erwerb von eigenen Anteilen		-99.296	-109	-3.734			-3.844
Stand am							
31. Dezember 2019		176.264.649	193.891	2.429.876	2.018.055	-976	4.640.846
Stand am							
1. Januar 2020		176.264.649	193.891	2.429.876	2.018.055	-976	4.640.846
Konzernergebnis					219.593		219.593
Sonstiges Konzernergebnis						-44	-44
Gesamtergebnis					219.593	-44	219.549
Dividendenzahlungen	50				-8.813		-8.813
Mitarbeiterbeteiligungs- programm	38			2.178			2.178
Stand am							
31. Dezember 2020		176.264.649	193.891	2.432.054	2.228.835	-1.020	4.853.760

KONZERNANHANG ZUM 31. DEZEMBER 2020

1. Allgemeine Informationen zum Unternehmen und zum Abschluss

Die 1&1 Drillisch Gruppe mit der 1&1 Drillisch Aktiengesellschaft, Maintal, als börsennotiertem Mutterunternehmen (im Folgenden „1&1 Drillisch AG“ oder „Gesellschaft“ oder zusammen mit ihren Tochterunternehmen „1&1 Drillisch“ oder „Konzern“) ist ein ausschließlich in Deutschland tätiger Telekommunikationsanbieter. Mit mehr als 14,8 Millionen Verträgen ist 1&1 Drillisch ein führender Internet-Spezialist und kann über die zum Konzernverbund der United Internet AG gehörige Schwestergesellschaft 1&1 Versatel GmbH, Düsseldorf, eines der größten Glasfasernetze Deutschlands nutzen. Als virtueller Mobilfunk-Netzbetreiber hat 1&1 Drillisch garantierten Zugriff auf bis zu 30 Prozent der Kapazität des Mobilfunknetzes von Telefónica in Deutschland (sogenannter Mobile Bitstream Access Mobile Virtual Network Operator = MBA MVNO). Außerdem nutzt 1&1 Drillisch Kapazitäten im Mobilfunknetz von Vodafone. Der Konzern bietet im Geschäftsfeld Access festnetz- und mobilfunkbasierte Internetzugangprodukte an. Hierzu zählen unter anderem kostenpflichtige Festnetz- und Mobile-Access-Produkte inklusive der damit verbundenen Anwendungen wie zum Beispiel Heimvernetzung, Online-Storage, Telefonie, Video-on-Demand oder IPTV.

Die 1&1 Drillisch AG hat ihren Sitz in 63477 Maintal, Wilhelm-Röntgen Straße 1-5, Bundesrepublik Deutschland, und ist beim Amtsgericht Hanau unter HRB 7384 eingetragen.

Der Konzernabschluss der 1&1 Drillisch AG wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den nach § 315e Abs. 1 HGB ergänzend zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die 1&1 Drillisch AG wird in den Konzernabschluss der United Internet AG, Montabaur, einbezogen. Der Konzernabschluss wird im deutschen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Berichtswährung ist Euro (€). Die Angaben im Anhang erfolgen entsprechend der jeweiligen Angabe in Euro (€), Tausend Euro (T€) oder Millionen Euro (Mio. €). Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Hiervon ausgenommen sind einzelne Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Der Bilanzstichtag ist der 31. Dezember 2020.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 24. März 2020 den Konzernabschluss 2019 gebilligt. Der Konzernabschluss 2019 wurde am 3. April 2020 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Konzernabschluss 2020 wurde vom Vorstand der Gesellschaft am 19. März 2021 aufgestellt und im Anschluss an den Aufsichtsrat weitergeleitet. Der Konzernabschluss wird

am 24. März 2021 dem Aufsichtsrat zur Billigung vorgelegt. Bis zur Billigung des Konzernabschlusses und Freigabe zur Veröffentlichung durch den Aufsichtsrat könnten sich theoretisch noch Änderungen ergeben. Der Vorstand geht jedoch von einer Billigung des Konzernabschlusses in der vorliegenden Fassung aus. Die Veröffentlichung erfolgt am 25. März 2021.

Anteilsbesitz der 1&1 Drillisch AG gemäß § 313 Abs. 2 HGB

Der Konzern umfasst zum 31. Dezember 2020 folgende Gesellschaften, an denen die 1&1 Drillisch AG unmittelbar oder mittelbar mehrheitlich beteiligt ist.

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital-Anteil
	%
1&1 Telecommunication SE, Montabaur	100
1&1 Telecom Holding GmbH, Montabaur ¹	100
1&1 Telecom Sales GmbH, Montabaur ¹	100
1&1 Telecom Service Montabaur GmbH, Montabaur ¹	100
1&1 Telecom Service Zweibrücken GmbH, Zweibrücken ¹	100
1&1 Logistik GmbH, Montabaur ¹	100
1&1 Telecom GmbH, Montabaur ²	100
Drillisch Online GmbH, Maintal	100
IQ-optimize Software AG, Maintal	100
Drillisch Netz AG, Düsseldorf ³	100
Drillisch Logistik GmbH, Münster	100

(1) hundertprozentige Tochtergesellschaft der 1&1 Telecommunication SE

(2) hundertprozentige Tochtergesellschaft der 1&1 Telecom Holding GmbH

(3) hundertprozentige Tochtergesellschaft der Drillisch Online GmbH

Der Konsolidierungskreis hat sich im Vergleich zum 31. Dezember 2019 wie folgt geändert:

Die Anteile an der 1&1 Berlin Telecom Service GmbH, Berlin wurden mit Wirkung zum 30. Juni 2020 veräußert. Wesentliche Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage des Konzerns haben sich hieraus nicht ergeben. Zudem wurde die Mobile Ventures GmbH, Maintal, rückwirkend zum 1. Januar 2020 auf die Drillisch Online GmbH, Maintal verschmolzen.

Im Berichtszeitraum 2020 wurden wie im Vorjahr keine Gesellschaften erworben.

Des Weiteren ist die Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar an folgenden Gesellschaften beteiligt, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurden:

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital-Anteil
	%
Blitz 17-665 SE, Maintal	100
Blitz 17-666 SE, Maintal	100
CA BG AlphaPi AG, Wien / Österreich	100

Darüber hinaus besitzt die 1&1 Drillisch Anteile an folgenden Gesellschaften, die unter den sonstigen langfristigen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen werden:

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital-Anteil
	%
POSpulse GmbH, Berlin	1
High-Tech Gründerfonds III GmbH & Co. KG, Bonn	1

Im Geschäftsjahr hielt 1&1 Drillisch 15 Prozent der Anteile an der PipesBox GmbH, Rostock. Über das Vermögen der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2020 das Insolvenzverfahren eröffnet und die Gesellschaft wurde aufgelöst. Bei den Kapitalanteilen handelt es sich um einen erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewerteten finanziellen Vermögenswert (Eigenkapitalinstrument). Demnach erfolgte keine Umgliederung der kumulierten Gewinne und Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung (Anhangangabe 40).

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

In diesem Abschnitt werden zunächst sämtliche Rechnungslegungsgrundsätze dargestellt, die einheitlich für die in diesem Konzernabschluss dargestellten Perioden angewendet worden sind. Im Anschluss daran werden die in diesem Abschluss erstmalig angewendeten Rechnungslegungsstandards sowie die kürzlich veröffentlichten, aber noch nicht angewendeten Rechnungslegungsstandards erläutert.

2.1 Erläuterung wesentlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Konsolidierungsgrundsätze

In den Konzernabschluss sind die 1&1 Drillisch AG sowie alle von ihr beherrschten Tochtergesellschaften (Mehrheitsbeteiligungen) einbezogen. Beherrschung (Control) besteht gemäß IFRS 10 dann, wenn ein Investor über die Entscheidungsmacht verfügt, variablen Rückflüssen ausgesetzt ist oder ihm Rechte bezüglich der Rückflüsse zustehen und er infolge der Entscheidungsmacht in der Lage ist, die Höhe der variablen Rückflüsse zu beeinflussen. Die Abschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zum gleichen Bilanzstichtag aufgestellt wie der Abschluss des Mutterunternehmens. Bei Bedarf werden Anpassungen an den Abschlüssen von Tochterunternehmen vorgenommen, um deren Rechnungslegungsmethoden an die des Konzerns anzugleichen.

Alle konzerninternen Vermögenswerte und Schulden, Eigenkapital, Erträge und Aufwendungen sowie Zahlungsströme aus Geschäftsvorfällen, die zwischen Konzernunternehmen stattfinden, werden bei der Konsolidierung vollständig eliminiert.

Die Konsolidierung eines Tochterunternehmens beginnt an dem Tag, an dem der Konzern die Beherrschung über das Tochterunternehmen erlangt. Sie endet, wenn der Konzern die Beherrschung über das Tochterunternehmen verliert. Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen eines Tochterunternehmens, das während des

Berichtszeitraums erworben oder veräußert wurde, werden ab dem Tag, an dem der Konzern die Beherrschung über das Tochterunternehmen erlangt, bis zu dem Tag, an dem die Beherrschung endet, im Konzernabschluss erfasst.

Mit Verlust des beherrschenden Einflusses wird in der konsolidierten Gesamtergebnisrechnung ein Gewinn oder Verlust aus dem Abgang des Tochterunternehmens in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen (i) dem Erlös aus der Veräußerung des Tochterunternehmens, dem beizulegenden Zeitwert zurückbehaltener Anteile, dem Buchwert der nicht beherrschenden Anteile sowie der kumulierten auf das Tochterunternehmen entfallenden Beträge des sonstigen Konzernergebnisses und (ii) dem Buchwert des abgehenden Nettovermögens des Tochterunternehmens erfasst.

Eine Veränderung der Beteiligungshöhe an einem Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung wird als Eigenkapitaltransaktion bilanziert.

Nicht beherrschende Anteile stellen den Anteil des Ergebnisses und des Nettovermögens dar, der nicht den Anteilseignern des Konzerns zuzurechnen ist. Nicht beherrschende Anteile werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen. Der Ausweis in der Konzernbilanz erfolgt innerhalb des Eigenkapitals, getrennt von dem auf die Anteilseigner der 1&1 Drillisch AG entfallenden Eigenkapital. Bei Erwerben von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss (Minderheitsanteile) oder Veräußerungen von Anteilen mit beherrschendem Einfluss, ohne dass der beherrschende Einfluss verloren geht, werden die Buchwerte der Anteile mit und ohne beherrschenden Einfluss angepasst, um die Änderung der jeweiligen Beteiligungsquote widerzuspiegeln. Der Betrag, um den die für die Änderung der Beteiligungsquote zu zahlende oder zu erhaltende Gegenleistung den Buchwert des betreffenden Anteils ohne beherrschenden Einfluss übersteigt, ist als Transaktion mit den Gesellschaftern direkt im Eigenkapital zu erfassen.

Erlöse aus Verträgen mit Kunden

Der Bilanzierung von Erlösen aus Verträgen mit Kunden liegen die folgenden fünf Stufen zugrunde:

- » Identifizierung des Vertrags bzw. der Verträge mit einem Kunden
- » Identifizierung eigenständiger Leistungsverpflichtungen im Vertrag
- » Bestimmung des Transaktionspreises
- » Verteilung des Transaktionspreises auf die Leistungsverpflichtungen
- » Umsatzrealisierung bei Erfüllung der Leistungsverpflichtungen

Die Umsatzerlöse umfassen im Wesentlichen Umsätze aus der Bereitstellung des Zugangs zu einem Telekommunikationsnetz und deren Abrechnung auf der Basis der bestehenden Kundenverhältnisse (Umsatzerlöse aus Zugangsdienstleistungen) und Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Hardware.

Der Konzern erzielt im Wesentlichen die Umsätze aus der Bereitstellung der Zugangsprodukte sowie aus Leistungen wie Internet- und Mobilfunktelefonie. Der Transaktionspreis besteht dabei aus festen monatlichen Grundgebühren sowie variablen,

zusätzlichen Nutzungsentgelten für bestimmte Leistungen (z. B. für Auslands- und Mobilfunkverbindungen, die nicht mit einer Flatrate abgedeckt sind) sowie aus Erlösen aus dem Verkauf von dazugehöriger Hardware.

Der Umsatzrealisierung liegt eine Aufteilung des Transaktionspreises aus dem Kundenvertrag auf Basis der relativen Einzelveräußerungspreise einzelner Leistungsverpflichtungen zugrunde. In der Regel bietet die 1&1 Drillisch Gruppe vergleichbare Tarife jeweils mit und ohne Hardware an. Die Ermittlung des Einzelveräußerungspreises für die Service-Komponente basiert daher in diesen Fällen auf Basis der Tarifkonditionen eines Service-Tarifs ohne Hardware. Im Gegensatz dazu erfolgt die Bestimmung der Einzelveräußerungspreise für die Hardware auf Basis des sog. Adjusted Market Assessment Approach, da nur in sehr geringem Umfang relevante Hardware ohne Mobilfunkvertrag an Kunden veräußert wird.

Der auf dieser Basis allokierte Umsatzanteil für die Hardware wird bei Auslieferung an den Kunden erfasst (zeitpunktbezogene Erlösrealisierung). Er übersteigt in der Regel das an den Kunden fakturierte Entgelt und führt dann zur Erfassung eines Vertragsvermögenswertes. Dieser Vertragsvermögenswert reduziert sich über die Zahlungen des Kunden im Laufe des Vertragszeitraums. Der auf die Service-Komponente entfallende Umsatzanteil wird über die Mindestlaufzeit des Kundenvertrags erfasst (zeitraumbezogene Erlösrealisierung).

Sofern die bei Vertragsabschluss an den Kunden fakturierten Einmalentgelte, wie zum Beispiel Bereitstellungsentgelte oder Aktivierungsgebühren, kein wesentliches Recht (günstige Verlängerungsoption) darstellen, werden diese nicht als separate Leistungsverpflichtung erfasst, sondern als Teil des Transaktionspreises auf die identifizierten Leistungsverpflichtungen allokiert und entsprechend deren Leistungserbringung realisiert. Werden dem Kunden wesentliche Rechte im Rahmen von Optionen zur Nutzung zusätzlicher Güter oder Dienstleistungen eingeräumt, stellen diese eine zusätzliche Leistungsverpflichtung dar, auf welche ein Teil des Transaktionspreises unter Berücksichtigung der erwarteten Inanspruchnahme allokiert wird. Die entsprechenden Erlöse werden dann erfasst, wenn diese zukünftigen Güter oder Dienstleistungen übertragen werden oder wenn die Option ausläuft. Qualifizieren sich Einmalgebühren als günstige Verlängerungsoption, erfolgt insoweit eine Umsatzrealisierung über die erwartete Dauer des Kundenvertrags.

Die 1&1 Drillisch Gruppe gewährt ihren Kunden im Rahmen der Vertragsabschlüsse zeitlich begrenzte monetäre Aktionsrabatte. Diese Rabatte fließen in die Ermittlung des Transaktionspreises ein, werden über den Allokationsmechanismus auf Leistungsverpflichtungen verteilt und mindern so die entsprechenden Umsatzerlöse.

Im Rahmen des 1&1 Prinzips gewährt 1&1 Drillisch ihren Kunden ein freiwilliges, auf 30 Tage begrenztes, Widerrufsrecht. Wenn ein Kunde Gebrauch vom 1&1 Prinzip macht und seinen Vertrag widerruft, so hat er Anspruch auf Erstattung einzelner Transaktionsbestandteile wie fakturierte Einmalentgelte und Grundgebühren. Eventuelle Verbrauchsgebühren sind von dem Erstattungsanspruch ausgeschlossen. Im Gegenzug hat 1&1 Drillisch einen Rückforderungsanspruch aus gelieferter Hardware. Für zu erwartende Kundenstornierungen erfolgt insoweit keine Umsatzrealisierung. Die vom Kunden erhaltenen und zu erstattenden Zahlungen werden als Rückerstattungsverbindlichkeiten passiviert und die aus dem 1&1 Prinzip resultierenden Rückforderungsansprüche aus gelieferter Hardware werden als nicht-finanzielle Vermögenswerte angesetzt.

Bei der Ermittlung des Transaktionspreises hat 1&1 Drillisch die Wesentlichkeit einer Finanzierungskomponente überprüft. Die Analyse der aktuellen Kundenverträge hat ergeben, dass derzeit kein wesentlicher Nutzen anzunehmen ist. Eine Änderung der angenommenen Zinssätze oder der Tarife könnte jedoch zukünftig zu einer wesentlichen Finanzierungskomponente führen. Der Finanzierungseffekt wird daher in einem regelmäßigen Turnus auf Wesentlichkeit überprüft.

Erlöse aus Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen

Erträge aus Dienstleistungen und Umlagen gegenüber der United Internet AG sowie Konzerngesellschaften der United Internet Gruppe, die nicht Bestandteil des Konsolidierungskreises des 1&1 Drillisch AG-Konzerns sind, werden realisiert, sobald die Leistung erbracht ist.

Fremdwährungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der funktionalen und der Darstellungswährung der Muttergesellschaft, aufgestellt. Jedes Unternehmen innerhalb des Konzerns legt seine eigene funktionale Währung fest. Die im Abschluss des jeweiligen Unternehmens enthaltenen Posten werden unter Verwendung dieser funktionalen Währung bewertet.

Fremdwährungstransaktionen werden zunächst zu dem am Tag des Geschäftsvorfalles gültigen Kassakurs in die funktionale Währung umgerechnet.

Monetäre Vermögenswerte und Schulden in einer Fremdwährung werden zu jedem Stichtag unter Verwendung des Stichtagskurses in die funktionale Währung umgerechnet.

Nicht-monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in einer Fremdwährung bewertet wurden, werden mit dem Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Nicht-monetäre Posten, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert in einer Fremdwährung bewertet werden, werden mit dem Kurs umgerechnet, der zum Zeitpunkt der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts gültig war.

Sachanlagen

Sachanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt.

Eine Sachanlage wird entweder bei Abgang ausgebucht oder dann, wenn aus der weiteren Nutzung oder Veräußerung des Vermögenswerts kein wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Die aus dem Abgang des Vermögenswerts resultierenden Gewinne oder Verluste werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Restwerte, Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden werden am Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden über deren voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Die angesetzten Nutzungsdauern ergeben sich aus der folgenden Übersicht:

	Nutzungsdauer in Jahren
Mietereinbauten	bis zu 10
Nutzungsrechte an Grundstücken und Bauten	bis zu 17
Kraftfahrzeuge	5 bis 6
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 19
Nutzungsrechte an Betriebs- und Geschäftsausstattung	bis zu 4
Büroeinrichtung	bis zu 13
Server	3 bis 5

Für im Rahmen von Unternehmensakquisitionen erworbene Vermögenswerte des Sachanlagevermögens bestimmt sich die jeweils anzuwendende Restnutzungsdauer vor allem auf Basis der vorgenannten Nutzungsdauern sowie der bereits zum Erwerbszeitpunkt verstrichenen Nutzungsdauern.

Die Durchführung von Werthaltigkeitstests sowie die Erfassung von Wertminderungen und Wertaufholungen erfolgt entsprechend der Vorgehensweise für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer (siehe unten).

Fremdkapitalkosten

Fremdkapitalkosten werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind, es sei denn, sie stehen im Zusammenhang mit der Herstellung oder dem Erwerb eines „Qualifying Assets“. In der Berichtsperiode sowie im Vorjahr waren keine Fremdkapitalkosten zu aktivieren.

Unternehmenszusammenschlüsse und Firmenwert

Unternehmenszusammenschlüsse werden unter Anwendung der Erwerbsmethode bilanziert. Dies beinhaltet die Erfassung aller identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden des erworbenen Geschäftsbetriebs zum beizulegenden Zeitwert.

Ist die erstmalige Bilanzierung eines Unternehmenszusammenschlusses am Ende einer Berichtsperiode noch nicht abgeschlossen, werden für die Posten mit einer derartigen Bilanzierung entsprechend vorläufige Beträge angegeben. Sofern innerhalb des Bewertungszeitraums von höchstens einem Jahr ab dem Erwerbszeitpunkt neue Informationen bekannt werden, die die Verhältnisse zum Erwerbszeitpunkt erhellen, werden die vorläufig angesetzten Beträge korrigiert bzw. zusätzliche Vermögenswerte oder Schulden angesetzt.

Firmenwerte aus Unternehmenszusammenschlüssen werden bei erstmaligem Ansatz zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der Anschaffungskosten des Unternehmenserwerbs über die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden bemessen. Nach dem erstmaligen Ansatz wird der Firmenwert zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Firmenwerte werden mindestens einmal jährlich oder dann auf Wertminderung geprüft, wenn Sachverhalte oder Änderungen der Umstände darauf hindeuten, dass der Buchwert gemindert sein könnte.

Zum Zweck der Überprüfung, ob eine Wertminderung vorliegt, muss der Firmenwert, der bei einem Unternehmenszusammenschluss erworben wurde, vom Übernahmetag an jeder der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns, die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen, zugeordnet werden. Dieses gilt unabhängig davon, ob andere Vermögenswerte oder Schulden des Konzerns diesen Einheiten bereits zugewiesen worden sind.

Der Wertminderungsbedarf wird durch den Vergleich von erzielbarem Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, auf die sich der Firmenwert bezieht, mit deren Buchwert ermittelt. Der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts bzw. einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Zur Ermittlung des Nutzungswerts werden die erwarteten künftigen Cashflows unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes vor Steuern, der die aktuellen Markterwartungen hinsichtlich des Zinseffekts und der spezifischen Risiken des Vermögenswerts widerspiegelt, auf ihren Barwert abgezinst. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Verkaufskosten wird ein angemessenes Bewertungsmodell angewandt. Dieses stützt sich auf DCF-Modelle, Bewertungsmultiplikatoren, Börsenkurse von börsengehandelten Tochterunternehmen oder andere zur Verfügung stehende Indikatoren für den beizulegenden Zeitwert. Übersteigt der Buchwert eines Vermögenswerts bzw. einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag, wird der Vermögenswert bzw. die zahlungsmittelgenerierende Einheit als wertgemindert betrachtet und auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Ein für den Firmenwert erfasster Wertminderungsaufwand darf in den nachfolgenden Berichtsperioden nicht aufgeholt werden. Der Konzern nimmt die jährliche Überprüfung der Firmenwerte auf Werthaltigkeit zum Bilanzstichtag vor.

Immaterielle Vermögenswerte

Der Konzern hat Verfügungsgewalt über einen Vermögenswert, wenn er in der Lage ist, sich den künftigen wirtschaftlichen Nutzen, der aus der zugrunde liegenden Ressource zufließt, zu verschaffen, und er den Zugriff Dritter auf diesen Nutzen beschränken kann. Einzelne erworbene immaterielle Vermögenswerte werden bei der erstmaligen Erfassung zu Anschaffungskosten bewertet. Die Anschaffungskosten von im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbenen immateriellen Vermögenswerten entsprechen ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt. Die immateriellen Vermögenswerte werden in den Folgeperioden mit ihren Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Kosten für selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte werden mit Ausnahme von aktivierungsfähigen Entwicklungskosten erfolgswirksam in der Periode erfasst, in der sie anfallen.

Entwicklungskosten eines einzelnen Projekts werden nur dann als immaterieller Vermögenswert aktiviert, wenn der Konzern Folgendes nachweisen kann:

- » Die Fertigstellung des immateriellen Vermögenswerts kann technisch soweit realisiert werden, dass er genutzt oder verkauft werden kann;
- » 1&1 Drillisch beabsichtigt, den immateriellen Vermögenswert fertig zu stellen und ihn zu nutzen oder zu verkaufen;

- » 1&1 Drillisch ist fähig, den immateriellen Vermögenswert zu nutzen oder zu verkaufen;
- » Die Art und Weise, wie der immaterielle Vermögenswert voraussichtlich einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen erzielen wird; 1&1 Drillisch kann u. a. die Existenz eines Markts für die Produkte des immateriellen Vermögenswertes oder für den immateriellen Vermögenswert an sich oder, falls er intern genutzt werden soll, den Nutzen des immateriellen Vermögenswertes nachweisen;
- » Adäquate technische, finanzielle und sonstige Ressourcen sind verfügbar, sodass die Entwicklung abgeschlossen und der immaterielle Vermögenswert genutzt oder verkauft werden kann;
- » 1&1 Drillisch ist fähig, die dem immateriellen Vermögenswert während seiner Entwicklung zurechenbaren Ausgaben verlässlich zu bewerten.

Es wird zwischen nutzbaren immateriellen Vermögenswerten mit begrenzter und unbestimmter Nutzungsdauer sowie derzeit noch nicht nutzbaren immateriellen Vermögenswerten (Funkspektrum) differenziert.

Immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden linear über die wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben und auf eine mögliche Wertminderung überprüft, sofern ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass der immaterielle Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Die Vorgehensweise des Werthaltigkeitstests entspricht der des Werthaltigkeitstests für den Firmenwert. Die Nutzungsdauer und die Abschreibungsmethode werden im Fall von immateriellen Vermögenswerten mit einer begrenzten Nutzungsdauer mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Die erforderlichen Änderungen der Abschreibungsmethode und der Nutzungsdauer werden als Änderungen von Schätzungen behandelt. Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Aufwandskategorie erfasst, die der Funktion des immateriellen Vermögenswerts im Unternehmen entspricht.

Die Abschreibung von aktivierten Entwicklungskosten beginnt mit dem Abschluss der Entwicklungsphase und ab dem Zeitpunkt, ab dem der Vermögenswert genutzt werden kann. Sie erfolgt über den Zeitraum, über den künftiger Nutzen zu erwarten ist, und wird in den Umsatzkosten erfasst. Während der Entwicklungsphase wird jährlich ein Werthaltigkeitstest durchgeführt.

Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer und derzeit noch nicht nutzbare immaterielle Vermögenswerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern mindestens einmal jährlich zum Bilanzstichtag auf Ebene des einzelnen Vermögenswerts oder auf der Ebene der zahlungs-mittelgenerierenden Einheit einer Überprüfung auf Werthaltigkeit unterzogen. Die Vorgehensweise entspricht der des Werthaltigkeitstests für den Firmenwert. Die Nutzungsdauer eines immateriellen Vermögenswerts mit unbestimmter Nutzungsdauer wird einmal jährlich dahingehend überprüft, ob die Einschätzung einer unbestimmten Nutzungsdauer weiterhin gerechtfertigt ist. Ist dies nicht der Fall, wird die Änderung der Einschätzung von einer unbestimmten Nutzungsdauer zur begrenzten Nutzungsdauer auf prospektiver Basis vorgenommen. Die Abschreibung der derzeit noch nicht nutzbaren immateriellen Vermögenswerte (Funkspektrum) beginnt zum Zeitpunkt des tatsächlichen Netzbetriebs.

Die angesetzten Nutzungsdauern ergeben sich aus der folgenden Übersicht:

	Nutzungsdauer in Jahren
Markenrechte	unbestimmt
Kundenstamm	4 bis 25
Funktspektrum	bis zu 20
Sonstige Lizenzen und sonstige Rechte	2 bis 15
Konzessionsähnliche Rechte	5
Software	2 bis 5
Selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte	3
Nutzungsrechte an immateriellen Vermögenswerten	6

Zu jedem Bilanzstichtag wird zudem eine Überprüfung vorgenommen, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand nicht mehr länger besteht oder sich verringert hat. Wenn ein solcher Anhaltspunkt vorliegt, nimmt der Konzern eine Schätzung des erzielbaren Betrags vor. Ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand wird nur dann rückgängig gemacht, wenn sich seit der Erfassung des letzten Wertminderungsaufwands eine Änderung in den Schätzungen ergeben hat, die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags herangezogen wurde. Ist dies der Fall, so wird der Buchwert des Vermögenswerts auf seinen erzielbaren Betrag erhöht. Dieser Betrag darf jedoch nicht den Buchwert übersteigen, der sich nach Berücksichtigung der Abschreibungen ergeben würde, wenn in den früheren Jahren kein Wertminderungsaufwand für den Vermögenswert erfasst worden wäre.

Vertragsvermögenswerte

Ein Vertragsvermögenswert ist der Rechtsanspruch des Konzerns auf eine Gegenleistung für von ihm an den Kunden übertragene Güter und Dienstleistungen, sofern dieser Anspruch nicht allein an den Zeitablauf geknüpft ist. Jeder unbedingte Anspruch auf Erhalt einer Gegenleistung wird gesondert als Forderung ausgewiesen. Es wird regelmäßig überprüft, ob ein Vertragsvermögenswert im Wert gemindert ist. Das Vorgehen ist analog zu dem bei finanziellen Vermögenswerten.

Vertragsverbindlichkeiten

Eine Vertragsverbindlichkeit ist die Verpflichtung des Konzerns, einem Kunden Güter oder Dienstleistung zu übertragen, für die er von diesem eine Gegenleistung empfangen bzw. noch zu empfangen hat. Erbringt ein Kunde eine Gegenleistung, bevor der Konzern dem Kunden Güter oder Dienstleistungen übertragen hat, wird eine Vertragsverbindlichkeit zum Zeitpunkt der Zahlung erfasst bzw. spätestens zum Zeitpunkt an dem die Zahlung fällig wird. Vertragsverbindlichkeiten werden als Umsatz erfasst, sobald der Konzern die vertraglichen Leistungen erfüllt.

Vertragsanbahnungs- und Vertragserfüllungskosten

Zusätzliche Kosten, die bei der Anbahnung eines Vertrages mit einem Kunden anfallen (z.B. Vertriebsprovisionen), werden aktiviert, wenn der Konzern davon ausgeht, dass er diese Kosten zurückerlangen wird.

Zudem aktiviert der Konzern die bei Erfüllung eines Vertrags mit einem Kunden entstehenden Kosten (z.B. Bereitstellungsentgelte und erwartete Kündigungsentgelte) sofern diese

- » nicht in den Anwendungsbereich eines anderen Standards als IFRS 15 (z.B. IAS 2 Vorräte, IAS 16 Sachanlagen oder IAS 38 Immaterielle Vermögenswerte) fallen,
- » mit einem bestehenden oder erwarteten Vertrag zusammenhängen,
- » zur Schaffung von Ressourcen oder zur Verbesserung von Ressourcen des Unternehmens führen, die künftig zur (fortgesetzten) Erfüllung von Leistungsverpflichtungen genutzt werden, und
- » ein Ausgleich der Kosten erwartet wird.

Aktiviert Vertragsanbahnungs- und Vertragserfüllungskosten werden planmäßig über die geschätzte Vertragsdauer amortisiert. Der Ansatz in der Bilanz erfolgt innerhalb der abgegrenzten Aufwendungen. Die Amortisation von Vertragsanbahnungskosten wird in den Vertriebskosten und die Amortisation von Vertragserfüllungskosten wird in den Umsatzkosten ausgewiesen.

Die angesetzten Amortisationsdauern betragen für Vertragsanbahnungskosten 3 bis 4 Jahre und für Vertragserfüllungskosten 2 bis 3 Jahre.

Eine Wertminderung wird vorgenommen, wenn der Buchwert der aktivierten Kosten den verbleibenden Teil der erwarteten Gegenleistung des Kunden für die Lieferung von Gütern oder die Erbringung von Dienstleistungen abzüglich der hierfür noch anfallenden Kosten übersteigt.

Zur besseren Übersichtlichkeit in der Bilanz wurden die im Vorjahr noch separat ausgewiesenen Vertragsanbahnungs- und Vertragserfüllungskosten mit den abgegrenzten Aufwendungen zusammengefasst.

Klassifizierung in kurzfristig und langfristig

Der Konzern gliedert seine Vermögenswerte und Schulden in der Bilanz in kurz- und langfristige Vermögenswerte bzw. Schulden. Ein Vermögenswert ist als kurzfristig einzustufen, wenn

- » die Realisierung des Vermögenswerts innerhalb des normalen Geschäftszyklus erwartet wird oder
- » der Vermögenswert zum Verkauf oder Verbrauch innerhalb dieses Zeitraums gehalten wird,
- » der Vermögenswert primär für Handelszwecke gehalten wird,

- » die Realisierung des Vermögenswerts innerhalb von zwölf Monaten nach dem Abschlussstichtag erwartet wird oder
- » es sich um Zahlungsmittel oder Zahlungsmitteläquivalente handelt, es sei denn, der Tausch oder die Nutzung des Vermögenswerts zur Erfüllung einer Verpflichtung ist für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten nach dem Abschlussstichtag eingeschränkt.

Alle anderen Vermögenswerte werden als langfristig eingestuft.

Eine Schuld ist als kurzfristig einzustufen, wenn

- » die Erfüllung der Schuld innerhalb des normalen Geschäftszyklus erwartet wird,
- » die Schuld primär für Handelszwecke gehalten wird,
- » die Erfüllung der Schuld innerhalb von zwölf Monaten nach dem Abschlussstichtag erwartet wird oder
- » das Unternehmen kein uneingeschränktes Recht zur Verschiebung der Erfüllung der Schuld um mindestens zwölf Monate nach dem Abschlussstichtag hat.

Alle anderen Schulden werden als langfristig eingestuft.

Latente Steuerschulden werden als langfristige Schulden eingestuft

Bemessung des beizulegenden Zeitwerts

Teilweise werden Vermögenswerte und Schulden entweder bei erstmaliger Erfassung oder auch im Rahmen der Folgebewertung mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde. Bei der Bemessung des beizulegenden Zeitwerts wird davon ausgegangen, dass der Geschäftsvorfall, in dessen Rahmen der Verkauf des Vermögenswerts oder die Übertragung der Schuld erfolgt,

- » entweder auf dem Hauptmarkt für den Vermögenswert oder die Schuld
- » oder, sofern kein Hauptmarkt vorhanden ist, auf dem vorteilhaftesten Markt für den Vermögenswert bzw. die Schuld getätigt wird.

Der Konzern muss Zugang zum Hauptmarkt oder zum vorteilhaftesten Markt haben.

Der beizulegende Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer Schuld bemisst sich anhand der Annahmen, die Marktteilnehmer bei der Preisbildung für den Vermögenswert bzw. die Schuld zugrunde legen würden. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die Marktteilnehmer in ihrem besten wirtschaftlichen Interesse handeln.

Bei der Bemessung des beizulegenden Zeitwerts eines nicht-finanziellen Vermögenswerts wird die Fähigkeit des Marktteilnehmers berücksichtigt, durch die höchste und

beste Verwendung des Vermögenswerts oder durch dessen Verkauf an einen anderen Marktteilnehmer, der für den Vermögenswert die höchste und beste Verwendung findet, wirtschaftlichen Nutzen zu erzeugen.

Der Konzern wendet Bewertungstechniken an, die unter den jeweiligen Umständen sachgerecht sind und für die ausreichend Daten zur Bemessung des beizulegenden Zeitwerts zur Verfügung stehen. Dabei ist die Verwendung maßgeblicher, beobachtbarer Inputfaktoren möglichst hoch und jene nicht beobachtbarer Inputfaktoren möglichst gering zu halten.

Alle Vermögenswerte und Schulden, für die der beizulegende Zeitwert bestimmt oder im Abschluss ausgewiesen wird, werden in die nachfolgend beschriebene Fair-Value-Hierarchie eingeordnet, basierend auf dem Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist:

- » **Stufe 1** – In aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Schulden notierte (nicht berichtigte) Preise
- » **Stufe 2** – Bewertungsverfahren, bei denen der Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist, auf dem Markt direkt oder indirekt beobachtbar ist
- » **Stufe 3** – Bewertungsverfahren, bei denen der Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist, auf dem Markt nicht beobachtbar ist.

Bei Vermögenswerten und Schulden, die auf wiederkehrender Basis im Abschluss erfasst werden, bestimmt der Konzern, ob Umgruppierungen zwischen den Stufen der Hierarchie stattgefunden haben, indem er am Ende jeder Berichtsperiode die Klassifizierung (basierend auf dem Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist) überprüft.

Um die Angabeanforderungen über die beizulegenden Zeitwerte zu erfüllen, hat der Konzern Gruppen von Vermögenswerten und Schulden auf der Grundlage ihrer Art, ihrer Merkmale und ihrer Risiken sowie der Stufen der oben erläuterten Fair-Value-Hierarchie festgelegt.

Leasingverhältnisse

1&1 Drillisch ist ausschließlich Leasingnehmer. Der Großteil der Leasingverträge im Konzern entfällt auf Anmietung von Gebäuden und Fahrzeugen.

Die Bilanzierung von Leasingverhältnissen erfolgt nach den Vorgaben des IFRS 16 Leasingverhältnisse. Der Konzern beurteilt bei Vertragsbeginn, ob ein Vertrag ein Leasingverhältnis begründet oder beinhaltet. Dies ist der Fall, wenn der Vertrag dazu berechtigt, die Nutzung eines identifizierten Vermögenswerts gegen Zahlung eines Entgelts für einen bestimmten Zeitraum zu kontrollieren.

Der Konzern erfasst und bewertet alle Leasingverhältnisse (mit Ausnahme von kurzfristigen Leasingverhältnissen und Leasingverhältnissen, bei denen der zugrunde liegende Vermögenswert von geringem Wert ist) nach einem einzigen Modell. Der Konzern erfasst

Verbindlichkeiten zur Leistung von Leasingzahlungen und Nutzungsrechte für das Recht auf Nutzung des zugrunde liegenden Vermögenswerts.

Ein Vertrag über den Erhalt von Gütern oder Dienstleistungen kann von einer gemeinsamen Vereinbarung im Sinne von IFRS 11 Gemeinsame Vereinbarung oder in deren Namen geschlossen werden. Um zu beurteilen, ob ein solcher Vertrag ein Leasingverhältnis enthält, beurteilt der Konzern demnach, ob die gemeinsame Vereinbarung dazu berechtigt ist, die Nutzung eines identifizierten Vermögenswerts während des gesamten Verwendungszeitraums zu kontrollieren.

Nutzungsrechte

Der Konzern erfasst Nutzungsrechte zum Bereitstellungsdatum (d. h. zu dem Zeitpunkt, an dem der zugrunde liegende Leasinggegenstand zur Nutzung bereitsteht). Nutzungsrechte werden zu Anschaffungskosten abzüglich aller kumulierten Abschreibungen und aller kumulierten Wertminderungsaufwendungen bewertet und um jede Neubewertung der Leasingverbindlichkeiten berichtigt. Die Kosten von Nutzungsrechten beinhalten die erfassten Leasingverbindlichkeiten, die entstandenen anfänglichen direkten Kosten sowie die bei oder vor der Bereitstellung geleisteten Leasingzahlungen abzüglich aller etwaigen erhaltenen Leasinganreize. Der Konzern bestimmt die Laufzeit des Leasingverhältnisses unter Zugrundelegung der unkündbaren Grundlaufzeit des Leasingverhältnisses sowie unter Einbeziehung der Zeiträume, die sich aus einer Option zur Verlängerung des Leasingverhältnisses ergeben, sofern hinreichend sicher ist, dass er diese Option ausüben wird, oder der Zeiträume, die sich aus einer Option zur Kündigung des Leasingverhältnisses ergeben, sofern hinreichend sicher ist, dass er diese Option nicht ausüben wird. Nutzungsrechte werden planmäßig linear über den kürzeren der beiden Zeiträume aus Laufzeit und erwarteter Nutzungsdauer der Leasingverhältnisse wie folgt abgeschrieben:

- » Grundstücke und Bauten bis zu 17 Jahre
- » Betriebs- und Geschäftsausstattung bis zu 4 Jahre
- » Immaterielle Vermögenswerte 6 Jahre

Wenn das Eigentum an dem Leasinggegenstand am Ende der Laufzeit des Leasingverhältnisses auf den Konzern übergeht oder in den Kosten die Ausübung einer Kaufoption berücksichtigt ist, werden die Abschreibungen anhand der erwarteten Nutzungsdauer des Leasinggegenstands ermittelt.

Leasingverbindlichkeiten

Am Bereitstellungsdatum erfasst der Konzern die Leasingverbindlichkeiten zum Barwert der über die Laufzeit des Leasingverhältnisses zu leistenden Leasingzahlungen. Die Leasingzahlungen beinhalten feste Zahlungen (einschließlich de facto fester Zahlungen) abzüglich etwaiger zu erhaltender Leasinganreize, variable Leasingzahlungen, die an einen Index oder (Zins-)Satz gekoppelt sind und Beträge, die voraussichtlich im Rahmen von Restwertgarantien entrichtet werden müssen. Die Leasingzahlungen umfassen ferner den Ausübungspreis einer Kaufoption, wenn hinreichend sicher ist, dass der Konzern sie auch tatsächlich wahrnehmen wird, und Strafzahlungen für eine Kündigung des Leasing-

verhältnisses, wenn in der Laufzeit berücksichtigt ist, dass der Konzern die Kündigungs-option wahrnehmen wird. Zeiträume, die sich aus einer Option zur Verlängerung des Leasingverhältnisses ergeben, sofern hinreichend sicher ist, dass diese Option ausgeübt wird, oder Zeiträume, die sich aus einer Option zur Kündigung des Leasingverhältnisses ergeben, sofern hinreichend sicher ist, dass diese Option nicht ausgeübt wird, werden in die Laufzeit des Leasingverhältnisses einbezogen. Variable Leasingzahlungen, die nicht an einen Index oder (Zins-)Satz gekoppelt sind, werden in der Periode, in der das Ereignis oder die Bedingung, das bzw. die diese Zahlung auslöst, eingetreten ist, aufwandswirksam erfasst.

Bei der Berechnung des Barwerts der Leasingzahlungen verwendet der Konzern seinen Grenzfremdkapitalzinssatz zum Bereitstellungsdatum, da der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz nicht ohne weiteres bestimmt werden kann. Nach dem Bereitstellungsdatum wird der Betrag der Leasingverbindlichkeiten erhöht, um dem höheren Zinsaufwand Rechnung zu tragen, und verringert, um den geleisteten Leasingzahlungen Rechnung zu tragen. Zudem wird der Buchwert der Leasingverbindlichkeiten bei Änderungen des Leasingverhältnisses, Änderungen der Laufzeit des Leasingverhältnisses, Änderungen der Leasingzahlungen (z. B. Änderungen künftiger Leasingzahlungen infolge einer Veränderung des zur Bestimmung dieser Zahlungen verwendeten Index oder Zinssatzes) oder bei einer Änderung der Beurteilung einer Kaufoption für den zugrunde liegenden Vermögenswert neu bewertet.

Zur Ermittlung des Grenzfremdkapitalzinssatzes werden Referenzzinssätze für einen Zeitraum von bis zu 17 Jahren aus laufzeitadäquaten risikolosen Zinssätzen abgeleitet.

Kurzfristige Leasingverhältnisse und Leasingverhältnisse, denen ein Vermögenswert von geringem Wert zugrunde liegt

IFRS 16 sieht zwei Ausnahmen vor - Leasing von geringwertigen Wirtschaftsgütern (z.B. PCs) und kurzfristige Leasingverträge (z.B. Leasingverträge mit einer Laufzeit von 12 Monaten oder weniger). Der Konzern nimmt die im Standard vorgesehenen Befreiungen für Leasingverträge, deren Laufzeit innerhalb von 12 Monaten ab Bereitstellungsdatum endet sowie die Befreiung für Leasingverträge, bei denen der zugrunde liegende Vermögenswert von geringem Wert ist, in Anspruch. Leasingzahlungen für kurzfristige Leasingverhältnisse und für Leasingverhältnisse, denen ein Vermögenswert von geringem Wert zugrunde liegt, werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Aufwand erfasst.

Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und beim anderen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Finanzielle Vermögenswerte – erstmalige Erfassung und Bewertung

Mit Ausnahme von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die keine signifikante Finanzierungskomponente enthalten oder deren Laufzeit weniger als ein Jahr beträgt, bewertet der Konzern alle finanziellen Vermögenswerte bei ihrer erstmaligen Erfassung

mit dem beizulegenden Zeitwert und im Fall eines finanziellen Vermögenswerts, der in der Folge nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, zuzüglich der direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die keine signifikante Finanzierungskomponente enthalten oder deren Laufzeit weniger als ein Jahr beträgt, werden mit dem Transaktionspreis bewertet. In diesem Zusammenhang wird auf die Rechnungslegungsmethoden im Abschnitt Umsatzrealisierung - Erlöse aus Verträgen mit Kunden verwiesen.

Käufe oder Verkäufe finanzieller Vermögenswerte, die die Lieferung der Vermögenswerte innerhalb eines Zeitraums vorsehen, der durch Vorschriften oder Konventionen des jeweiligen Marktes festgelegt wird (marktübliche Käufe), werden am Handelstag erfasst, d. h. am Tag, an dem der Konzern die Verpflichtung zum Kauf oder Verkauf des Vermögenswerts eingegangen ist.

Finanzielle Vermögenswerte – Folgebewertung

Die für Zwecke der Folgebewertung im Rahmen der erstmaligen Erfassung vorzunehmende Klassifizierung finanzieller Vermögenswerte hängt von den Eigenschaften der vertraglichen Cashflows der finanziellen Vermögenswerte und vom Geschäftsmodell des Konzerns zur Steuerung der finanziellen Vermögenswerte ab. Für die Folgebewertung werden finanzielle Vermögenswerte in drei Kategorien klassifiziert:

- » zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte (Schuldinstrumente) (At Amortized Cost – ac)
- » erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertete finanzielle Vermögenswerte (Eigenkapitalinstrumente) ohne Umgliederung kumulierter Gewinne und Verluste bei Ausbuchung (At Fair Value through Other Comprehensive Income without Recycling to Profit and Loss –fvoci)
- » erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (At Fair Value through Profit or Loss – fvtpl)

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte (Schuldinstrumente)

Der Konzern bewertet finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten, wenn die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- » Der finanzielle Vermögenswert wird im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung darin besteht, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Cashflows zu halten, und
- » die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu festgelegten Zeitpunkten zu Cashflows, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte werden in Folgeperioden unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet und sind auf Wertminderungen zu überprüfen. Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam erfasst, wenn der Vermögenswert ausgebucht, modifiziert oder wertgemindert wird.

Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertete finanzielle Vermögenswerte (Eigenkapitalinstrumente) ohne Umgliederung kumulierter Gewinne und Verluste bei Ausbuchung

Beim erstmaligen Ansatz kann der Konzern unwiderruflich die Wahl treffen, seine Eigenkapitalinstrumente als erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertete Eigenkapitalinstrumente zu klassifizieren, wenn sie die Definition von Eigenkapital nach IAS 32 Finanzinstrumente: Darstellung erfüllen und nicht zu Handelszwecken gehalten werden. Die Klassifizierung erfolgt einzeln für jedes Instrument.

Gewinne und Verluste aus diesen finanziellen Vermögenswerten werden niemals in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Dividenden werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als sonstiger Ertrag erfasst, wenn der Rechtsanspruch auf Zahlung besteht, es sei denn, durch die Dividenden wird ein Teil der Anschaffungskosten des finanziellen Vermögenswerts zurückerlangt. In diesem Fall werden die Gewinne im sonstigen Ergebnis erfasst. Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht auf Wertminderung überprüft.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte

Die Gruppe der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte enthält die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerte, finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden, oder finanzielle Vermögenswerte, die zwingend zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind. Finanzielle Vermögenswerte werden zwingend als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie für Zwecke der Veräußerung oder des Rückkaufs in der nahen Zukunft erworben werden. Derivate, einschließlich getrennt erfasster eingebetteter Derivate, werden ebenfalls als zu Handelszwecken gehalten eingestuft. Auch finanzielle Vermögenswerte mit Cashflows, die nicht ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen darstellen, werden unabhängig vom Geschäftsmodell als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert und entsprechend bewertet. Zudem können Schuldinstrumente beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden, wenn dadurch eine Rechnungslegungsanomalie beseitigt oder signifikant verringert wird.

Ein in einen hybriden Vertrag eingebettetes Derivat mit einer finanziellen oder nicht-finanziellen Verbindlichkeit als Basisvertrag wird vom Basisvertrag getrennt und separat bilanziert, wenn die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit dem Basisvertrag verbunden sind, ein eigenständiges Instrument mit den gleichen Bedingungen wie das eingebettete Derivat die Definition eines Derivats erfüllen würde und der hybride Vertrag nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte werden in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wobei die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts saldiert in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Dividenden aus börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten werden ebenfalls als sonstiger Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn Rechtsanspruch auf Zahlung besteht.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Ein finanzieller Vermögenswert (bzw. ein Teil eines finanziellen Vermögenswerts oder ein Teil einer Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte) wird ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte auf den Bezug von Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen sind. Die im sonstigen Ergebnis erfassten Gewinne und Verluste für erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis bewertete finanzielle Vermögenswerte werden in das kumulierte Ergebnis umgebucht. Bei anteiligem Abgang erfolgt eine anteilige Umbuchung.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Vertragsvermögenswerten wendet der Konzern eine vereinfachte (einstufige) Methode zur Berechnung der erwarteten Kreditverluste an, wobei zu jedem Abschlussstichtag eine Risikovorsorge in Höhe der über die Restlaufzeit erwarteten Kreditverluste erfasst wird.

Die Erwartungsbildung bezüglich künftiger Kreditverluste erfolgt anhand regelmäßiger Überprüfungen sowie Bewertungen im Rahmen der Kreditüberwachung. Aus historischen Daten werden regelmäßig Zusammenhänge zwischen Kreditverlusten und verschiedenen Faktoren (z.B. Zahlungsvereinbarung, Überfälligkeit, Mahnstufe, etc.) abgeleitet. Auf Basis dieser Zusammenhänge, ergänzt um aktuelle Beobachtungen und zukunftsbezogene Annahmen bezüglich des zum Stichtag im Bestand befindlichen Portfolios an Forderungen und Vertragsvermögenswerten, erfolgt eine Schätzung künftiger Kreditverluste.

Der Konzern erfasst bei allen Schuldinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, eine Wertberichtigung für erwartete Kreditverluste. Erwartete Kreditverluste basieren auf der Differenz zwischen den vertraglichen Cashflows, die vertragsgemäß zu zahlen sind, und der Summe der Cashflows, deren Erhalt der Konzern erwartet, abgezinst mit einem Näherungswert des ursprünglichen Effektivzinssatzes. Die erwarteten Cashflows beinhalten die Cashflows aus dem Verkauf der gehaltenen Sicherheiten oder anderer Kreditbesicherungen, die wesentlicher Bestandteil der Vertragsbedingungen sind. Erwartete Kreditverluste werden in zwei Schritten erfasst. Für Finanzinstrumente, deren Ausfallrisiko sich seit dem erstmaligen Ansatz nicht signifikant erhöht hat, wird eine Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditverluste erfasst, die auf einem Ausfallereignis innerhalb der nächsten zwölf Monate beruhen. Für Finanzinstrumente, deren Ausfallrisiko sich seit dem erstmaligen Ansatz signifikant erhöht hat, wird eine Risikovorsorge in Höhe der über die Restlaufzeit erwarteten Kreditverluste erfasst, unabhängig davon, wann das Ausfallereignis eintritt.

Das operative Geschäft des Konzerns liegt im Wesentlichen im Massenkundengeschäft. Ausfallrisiken wird somit mittels Einzelwertberichtigungen und pauschalierten Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Die Einzelwertberichtigung überfälliger Forderungen erfolgt im Wesentlichen in Abhängigkeit der Altersstruktur der Forderungen mit unterschiedlichen Bewertungsabschlägen, die im Wesentlichen aus den Erfolgsquoten der mit dem Einzug überfälliger Forderungen beauftragten Inkassobüros sowie Rücklastschriftanalysen abgeleitet werden. Die Altersstruktur der Forderungen ist in der Anhangangabe 17 ersichtlich. Forderungen, die mehr als 365 Tage überfällig sind, werden

zu 97,5 Prozent bis 100 Prozent einzelwertberichtigt. Die Ausbuchung vollständig wertberichtigter Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgt 180 Tage nach Inkassoübergabe, sofern keine positive Rückmeldung von Seiten des Inkassounternehmens erfolgt und auch kein unerwarteter Zahlungseingang des Kunden auf eine wertberichtigte Forderung eingeht, oder bei Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit des Kunden vor oder nach Übergabe zu den Inkassobüros.

Weitere Einzelheiten zur Wertminderung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Vertragsvermögenswerten sind in den folgenden Anhangangaben enthalten:

- » Wesentliche Ermessensentscheidungen und Schätzungen (Anhangangabe 3)
- » Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Anhangangabe 17)
- » Vertragsvermögenswerte (Anhangangabe 18)
- » Zielsetzung und Methoden des Finanzrisikomanagements (Anhangangabe 44)

Finanzielle Verbindlichkeiten - Erstmaliger Ansatz und Bewertung

Finanzielle Verbindlichkeiten werden beim erstmaligen Ansatz als finanzielle Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, oder als zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert.

Sämtliche finanzielle Verbindlichkeiten werden beim erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert bewertet, im Fall von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten abzüglich der direkt zurechenbaren Transaktionskosten.

Finanzielle Verbindlichkeiten - Folgebewertung

Die Folgebewertung finanzieller Verbindlichkeiten hängt von deren Klassifizierung ab:

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Diese Kategorie umfasst vom Konzern abgeschlossene derivative Finanzinstrumente. Getrennt erfasste eingebettete Derivate werden ebenfalls als zu Handelszwecken gehalten eingestuft. Gewinne oder Verluste aus finanziellen Verbindlichkeiten, die zu Handelszwecken gehalten werden, werden erfolgswirksam erfasst.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Nach der erstmaligen Erfassung erfolgt die Bewertung der als zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet klassifizierten finanziellen Verbindlichkeiten unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Die fortgeführten Anschaffungskosten werden unter Berücksichtigung von Agien und Disagien sowie von Gebühren oder Kosten berechnet, die einen integralen Bestandteil des Effektivzinssatzes darstellen. Die Amortisation mittels der Effektivzinsmethode ist in der Gewinn- und Verlustrechnung als Teil der Finanzierungsaufwendungen enthalten.

Finanzielle Verbindlichkeiten - Ausbuchung

Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die ihr zugrunde liegende Verpflichtung erfüllt, aufgehoben oder erloschen ist. Wird eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine andere finanzielle Verbindlichkeit desselben Kreditgebers mit substantiell anderen Vertragsbedingungen ausgetauscht oder werden die Bedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert, so wird ein solcher Austausch oder eine solche Änderung als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den jeweiligen Buchwerten wird erfolgswirksam erfasst. Wird der Austausch oder die Änderung nicht wie eine Tilgung erfasst, so führen gegebenenfalls angefallene Kosten oder Gebühren zu einer Anpassung des Buchwerts der Verbindlichkeit und werden über die Restlaufzeit der geänderten Verbindlichkeit amortisiert.

Saldierung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden saldiert und der Nettobetrag in der Konzernbilanz ausgewiesen, wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Rechtsanspruch besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, und beabsichtigt ist, den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Realisierung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

Vorräte

Vorräte sind mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte Verkaufserlös abzüglich der geschätzten notwendigen Vertriebskosten. Zur Berücksichtigung von Bestandsrisiken werden angemessene Wertberichtigungen für Überbestände vorgenommen.

Die Bewertung fußt dabei unter anderem auch auf zeitabhängigen Gängigkeitsabschlägen. Sowohl die Höhe, als auch die zeitliche Verteilung der Abschläge stellen eine bestmögliche Schätzung des Nettoveräußerungswerts dar und sind daher mit Schätzungsunsicherheiten behaftet. Beim Anzeichen für einen gesunkenen Nettoveräußerungserlös werden die Vorratsbestände durch entsprechende Wertminderungsaufwendungen korrigiert.

Eigene Anteile

Eigene Anteile werden vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, der Verkauf, die Ausgabe oder die Einziehung von eigenen Anteilen wird nicht erfolgswirksam erfasst.

Der Konzern nutzt die folgende Verwendungsreihenfolge:

- » In Höhe des Nennbetrags erfolgt die Erfassung der Einziehung immer zu Lasten des Grundkapitals.
- » Der den Nennbetrag übersteigende Betrag wird zunächst bis in Höhe des Wertbeitrags aus Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen (SAR und Wandelschuldverschreibungen) gegen die Kapitalrücklage ausgebucht.

- » Ein den Wertbeitrag aus Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen übersteigender Betrag wird gegen das kumulierte Konzernergebnis ausgebucht.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente bestehen aus Bankguthaben, sonstigen Geldanlagen, Schecks und Kassenbeständen, die allesamt einen hohen Liquiditätsgrad und eine – gerechnet vom Erwerbszeitpunkt – Restlaufzeit von unter 3 Monaten aufweisen. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Pensionen und andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Die Zahlungen für beitragsorientierte Versorgungspläne werden mit Gehaltszahlung an den Arbeitnehmer als Aufwand erfasst.

Rückstellungen

Eine Rückstellung wird dann angesetzt, wenn der Konzern eine gegenwärtige (gesetzliche oder faktische) Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses hat, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Sofern der Konzern für eine passivierte Rückstellung zumindest teilweise eine Rückerstattung erwartet (wie z. B. bei einem Versicherungsvertrag), wird die Erstattung als gesonderter Vermögenswert erfasst, sofern der Zufluss der Erstattung so gut wie sicher ist. Der Aufwand aus der Bildung einer Rückstellung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung abzüglich der Erstattung ausgewiesen. Ist der aus der Diskontierung resultierende Zinseffekt wesentlich, werden Rückstellungen zu einem Zinssatz vor Steuern abgezinst, der - sofern im Einzelfall erforderlich - die für die Schuld spezifischen Risiken widerspiegelt. Im Falle einer Abzinsung wird die durch Zeitablauf bedingte Erhöhung der Rückstellungen als Finanzaufwand erfasst.

Aktienbasierte Vergütung

Als Entlohnung für die geleistete Arbeit erhalten Mitarbeiter des Konzerns teilweise eine aktienbasierte Vergütung in Form von Eigenkapitalinstrumenten und in Form der Gewährung von Wertsteigerungsrechten, die nach Wahl des Konzerns in bar oder durch Eigenkapitalinstrumente ausgeglichen werden können.

Transaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente

Die Kosten aus der Gewährung der Eigenkapitalinstrumente werden mit dem beizulegenden Zeitwert dieser Eigenkapitalinstrumente zum Zeitpunkt ihrer Gewährung bemessen. Der beizulegende Zeitwert wird unter Anwendung eines geeigneten Optionspreismodells ermittelt. Mit dem zugehörigen Bewertungsverfahren wird die Wertkomponente im Zusagezeitpunkt auch für die Folgebewertung bis zum Ende der Laufzeit festgelegt. Umgekehrt ist zu jedem Bewertungsstichtag eine Neueinschätzung des zu erwartenden Ausübungsvolumens vorzunehmen mit der Folge einer entsprechenden Anpassung des Zuführungsbetrags unter Berücksichtigung der bislang schon erfolgten Zuführung.

Notwendige Anpassungsbuchungen sind jeweils in der Periode vorzunehmen, in der neue Informationen über das Ausübungsvolumen bekannt werden. Die Erfassung von aus der Gewährung der Eigenkapitalinstrumente resultierenden Aufwendungen und die korrespondierende Erhöhung des Eigenkapitals erfolgt über den Zeitraum, in dem die Ausübungs- bzw. Leistungsbedingungen erfüllt werden müssen (sog. Erdienungszeitraum). Dieser Zeitraum endet am Tag der ersten Ausübungsmöglichkeit, d. h. dem Zeitpunkt, an dem der betreffende Mitarbeiter unwiderruflich bezugsberechtigt wird. Die an jedem Bilanzstichtag bis zum Zeitpunkt der ersten Ausübungsmöglichkeit ausgewiesenen kumulierten Aufwendungen aus der Gewährung der Eigenkapitalinstrumente reflektieren den bereits abgelaufenen Teil des Erdienungszeitraums sowie die Anzahl der Eigenkapitalinstrumente, die nach bestmöglicher Schätzung des Konzerns mit Ablauf des Erdienungszeitraums tatsächlich ausübbar werden. Der im Periodenergebnis erfasste Ertrag oder Aufwand entspricht der Entwicklung der zu Beginn und am Ende des Berichtszeitraums erfassten kumulierten Aufwendungen. Für Vergütungsrechte, die nicht ausübbar werden, wird kein Aufwand erfasst.

Bei der Gewährung neuer Eigenkapitalinstrumente infolge der Annullierung der bisher gewährten Eigenkapitalinstrumente ist gem. IFRS 2.28(c) zu prüfen, ob die neu gewährten Eigenkapitalinstrumente einen Ersatz der bisherigen bzw. annullierten Instrumente darstellen.

Bei einer Klassifikation als Ersatz erfolgt eine Bilanzierung der neuen Eigenkapitalinstrumente in gleicher Weise wie eine Änderung der ursprünglich gewährten Instrumente. Neue Eigenkapitalinstrumente, die nicht als Ersatz für annullierte Eigenkapitalinstrumente gewährt wurden, werden als neu gewährte Eigenkapitalinstrumente bilanziert. Die erhaltenen Leistungen werden mindestens mit dem am Tag der Gewährung (der ursprünglichen Instrumente) ermittelten beizulegenden Zeitwert erfasst. Sind die Änderungen für den Arbeitnehmer vorteilhaft, so wird der zusätzliche beizulegende Zeitwert der neuen Eigenkapitalinstrumente bestimmt und als zusätzlicher Aufwand über den Erdienungszeitraum verteilt. Der zusätzliche beizulegende Zeitwert wird aus der Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert der als Ersatz bestimmten Eigenkapitalinstrumente und dem beizulegenden Nettozeitwert der annullierten Eigenkapitalinstrumente am Tag der Gewährung der Ersatzinstrumente bestimmt.

Transaktionen mit Barausgleich

Für den beizulegenden Zeitwert von Transaktionen mit Barausgleich wird eine Schuld erfasst. Der beizulegende Zeitwert wird bei der erstmaligen Erfassung sowie zu jedem Abschlussstichtag und am Erfüllungstag bewertet. Die Rückstellungen für beide Programme ergeben sich zum jeweiligen Bewertungsstichtag aus der Multiplikation der Anzahl der gewährten Zusagen aus dem SAR- bzw. MAP-Programm mit dem beizulegenden Zeitwert zum Bewertungsstichtag unter Berücksichtigung des durch den Mitarbeiter bereits erdienten Anteils. Der Bewertungsstichtag entspricht dem jeweiligen Abschlussstichtag. Die Ermittlung des Fair Values erfolgt mittels finanzmathematischer Modelle bzw. Optionspreismodelle. Wesentliche Parameter sind insbesondere der Aktienkurs am Bewertungsstichtag, der Ausübungspreis, die voraussichtliche Optionslaufzeit, Volatilität, Ausübungsverhalten und Dividendenrendite.

Ergebnis je Aktie

Das „unverwässerte“ Ergebnis je Aktie (Basic Earnings per Share) wird berechnet, indem das den Inhabern von Namensaktien zuzurechnende Ergebnis durch den für den Zeitraum gewogenen Durchschnitt der Aktien geteilt wird.

Das „verwässerte“ Ergebnis je Aktie (Diluted Earnings per Share) wird ähnlich dem Ergebnis je Aktie ermittelt, mit der Ausnahme, dass die durchschnittliche Anzahl der ausgegebenen Aktien um den Anteil erhöht wird, der sich ergeben hätte, wenn die aus dem ausgegebenen Mitarbeiterbeteiligungsprogramm resultierenden ausübenden Bezugsrechte ausgeübt worden wären.

Finanzerträge

Zinserträge werden erfasst, wenn die Zinsen entstanden sind (unter Verwendung des Effektivzinssatzes, d.h. des Kalkulationszinssatzes, mit dem geschätzte künftige Zahlungsmittelzuflüsse über die erwartete Laufzeit des Finanzinstruments auf den Nettobuchwert des finanziellen Vermögenswerts abgezinst werden).

Tatsächliche und latente Steuern

Der Steueraufwand einer Periode setzt sich zusammen aus tatsächlichen Steuern und latenten Steuern. Steuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, es sei denn, sie beziehen sich auf Transaktionen, die im sonstigen Ergebnis oder direkt im Eigenkapital erfasst werden. In diesen Fällen werden die Steuern entsprechend im sonstigen Ergebnis oder direkt im Eigenkapital erfasst.

Tatsächliche Steuern werden mit dem Betrag bemessen, in dessen Höhe eine Erstattung von der Steuerbehörde bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird. Der Berechnung des Betrags werden die Steuersätze und Steuergesetze zugrunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gelten.

Die Bildung latenter Steuern erfolgt unter Anwendung der Verbindlichkeitsmethode auf zum Bilanzstichtag bestehende temporäre Differenzen zwischen dem Wertansatz eines Vermögenswerts bzw. einer Schuld in der Bilanz und dem steuerlichen Wertansatz.

Latente Steuerschulden werden für alle zu versteuernden temporären Differenzen erfasst, mit Ausnahme

- » der latenten Steuerschuld aus dem erstmaligen Ansatz eines Firmenwerts oder eines Vermögenswerts oder einer Schuld bei einem Geschäftsvorfall, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das Periodenergebnis nach IFRS noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst, und
- » der latenten Steuerschuld aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Joint Ventures stehen, wenn der zeitliche Verlauf der Umkehrung der temporären Differenzen gesteuert werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

Latente Steueransprüche werden für alle abzugsfähigen temporären Unterschiede, noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und nicht genutzten Steuergutschriften in dem Maße erfasst, in dem es wahrscheinlich ist, dass zu versteuerndes Einkommen verfügbar sein wird, gegen das die abzugsfähigen temporären Differenzen und die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und Steuergutschriften verwendet werden können, mit Ausnahme von

- » latenten Steueransprüchen aus abzugsfähigen temporären Differenzen, die aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswerts oder einer Schuld bei einem Geschäftsvorfall entstehen, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das Periodenergebnis nach IFRS noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst, und
- » latenten Steueransprüchen aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Joint Ventures stehen, wenn es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit nicht umkehren werden und kein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die temporären Differenzen verwendet werden können.

Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang reduziert, in dem es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das der latente Steueranspruch zumindest teilweise verwendet werden kann. Nicht angesetzte latente Steueransprüche werden an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass ein künftig zu versteuerndes Ergebnis die Realisierung des latenten Steueranspruchs ermöglicht.

Latente Steueransprüche und -schulden werden anhand der Steuersätze bemessen, deren Gültigkeit für die Periode, in der ein Vermögenswert realisiert wird oder eine Schuld erfüllt wird, erwartet wird. Dabei werden die Steuersätze (und Steuergesetze) zugrunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gelten.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, wenn der Konzern einen einklagbaren Anspruch zur Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese sich auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjekts beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

Zusammenfassung der Bewertungsgrundsätze

Die Bewertungsgrundsätze des Konzerns stellen sich - soweit keine Wertminderungen vorliegen - zusammengefasst und vereinfachend im Wesentlichen wie folgt dar:

Bilanzposten	Bewertung
VERMÖGENSWERTE	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
Forderungen gegen nahestehende Unternehmen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
Vorräte	Niedrigerer Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert
Vertragsvermögenswerte	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
Abgegrenzte Aufwendungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis ohne Umgliederung kumulierter Gewinne und Verluste bei Ausbuchung
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	
Sonstige nicht-finanzielle Vermögenswerte	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
Sachanlagen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
Immaterielle Vermögenswerte	
mit bestimmter Nutzungsdauer	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
mit unbestimmter Nutzungsdauer	Impairment-only-Ansatz
noch nicht nutzbar	Impairment-only-Ansatz
Latente Steueransprüche	Undiskontierte Bewertung mit den Steuersätzen, die in der Periode gültig sind, in der ein Vermögenswert realisiert oder eine Schuld erfüllt wird
SCHULDEN	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
Vertragsverbindlichkeiten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
Sonstige Rückstellungen	Erwarteter diskontierter Betrag der zum Abfluss von Ressourcen führen wird
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
Sonstige nicht-finanzielle Verbindlichkeiten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten
Ertragsteuerschulden	Erwartete Zahlung an Steuerbehörden, welche auf Steuersätzen basiert, die am Abschlussstichtag gelten oder in Kürze gelten werden
Latente Steuerschulden	Undiskontierte Bewertung mit den Steuersätzen, die in der Periode gültig sind, in der ein Vermögenswert realisiert oder eine Schuld erfüllt wird

Grundlagen der Rechnungslegung

Die Konzern-Gesamtergebnisrechnung ist nach dem Umsatzkostenverfahren gegliedert. Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfordert Schätzungen. Des Weiteren macht die Anwendung der unternehmensweiten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Wertungen des Managements erforderlich. Bereiche mit höheren Beurteilungsspielräumen oder höherer Komplexität oder Bereiche, in denen Annahmen und Schätzungen von entscheidender Bedeutung für den Konzernabschluss sind, sind in Abschnitt 3 erläutert.

2.2 Auswirkungen neuer bzw. geänderter IFRS

Im Geschäftsjahr 2020 waren folgende durch das IASB geänderte bzw. neu herausgegebene Standards und Interpretationen verpflichtend und zum Teil freiwillig anzuwenden:

Standard		Anwendungspflicht für Geschäftsjahre beginnend ab	Übernahme durch EU Kommission
Rahmenkonzept	Überarbeitetes Rahmenkonzept	01.01.2020	Ja
IFRS 3	Änderung: Definition eines Geschäftsbetriebs	01.01.2020	Ja
IAS 1, IAS 8	Änderung: Definition von Wesentlichkeit	01.01.2020	Ja
IFRS 9, IAS 39, IFRS 7	Reform der Referenzzinssätze	01.01.2020	Ja
IFRS 16	Mietzugeständnisse im Zusammenhang mit COVID-19	01.01.2020	Ja

Überarbeitetes Rahmenkonzept

Das Rahmenkonzept dient insbesondere dem IASB bei der Entwicklung von Rechnungslegungsstandards. Zudem wird der Abschlussersteller bei der Bilanzierung von Sachverhalten unterstützt, für die die Standards und Interpretationen keine konkreten Vorgaben vorsehen. Das überarbeitete Rahmenkonzept enthält ein neues Kapitel zur Bewertung, aktualisierte Definitionen und Leitlinien sowie die Klarstellung einiger Begriffe.

Die Änderungen des Rahmenkonzeptes hatten keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 3: Änderung: Definition eines Geschäftsbetriebs

Die Änderung der Definition eines Geschäftsbetriebes stellt klar, dass ein Geschäftsbetrieb eine integrierte Gruppe von Tätigkeiten und Vermögenswerten umfasst, die der Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen, der Erzielung von Kapitalerträgen oder der Erwirtschaftung von sonstigen Erträgen aus gewöhnlicher Tätigkeit dienen kann. Ein Geschäftsbetrieb besteht aus einem Ressourceneinsatz, aus den anzuwendenden Verfahren zur Leistungserzeugung und aus dem Ergebnis der Ressourceneinsätze. Die Änderung der Definition hatte keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss. Auswirkungen können sich jedoch in zukünftigen Berichtsperioden ergeben, sofern der Konzern Unternehmenszusammenschlüsse durchführt.

IAS 1, IAS 8: Änderung: Definition von Wesentlichkeit

Der Begriff „wesentlich“ wurde neu definiert: „Informationen sind wesentlich, wenn unter normalen Umständen davon auszugehen ist, dass ihre unterlassene, falsche oder verschleierte Angabe die von den Hauptadressaten eines Abschlusses für allgemeine Zwecke, der Finanzinformationen zum berichtenden Unternehmen enthält, getroffenen Entscheidungen beeinflusst.“ Mit diesen Änderungen wird die Definition der Wesentlichkeit von Abschlussinformationen einheitlicher und exakter umrissen.

IFRS 9, IAS 39, IFRS 7: Reform der Referenzzinssätze

Die Änderungen an IFRS 9 und IAS 39 sehen verschiedene Erleichterungsregeln vor, die auf alle Sicherungsbeziehungen anzuwenden sind, die von der Reform der Referenzzinssätze unmittelbar betroffen sind. Solche Sicherungsbeziehungen sind daran zu erkennen, dass die Reform zu Unsicherheiten hinsichtlich des Eintrittszeitpunkts und/oder der Höhe der referenzzinssatzbasierten Zahlungsströme aus dem gesicherten Grundgeschäft oder dem Sicherungsinstrument führt. Diese Änderungen hatten keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen an IFRS 16: Mietzugeständnisse im Zusammenhang mit COVID-19

Die Änderungen ermöglichen Leasingnehmern Erleichterungen bei der Anwendung der Regelungen in IFRS 16 zur Bilanzierung von Änderungen des Leasingvertrags (lease modifications) aufgrund von Mietzugeständnissen infolge der Corona-Pandemie. Ein Leasingnehmer kann sich dafür entscheiden, die Beurteilung, ob ein pandemiebedingtes Mietzugeständnis eines Leasinggebers eine Änderung des Leasingvertrages darstellt, auszusetzen. Wird dieses Wahlrecht ausgeübt, bilanziert der Leasingnehmer jede qualifizierte Änderung der Leasingzahlungen, die sich aus dem Mietzugeständnis im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ergibt, auf dieselbe Weise, wie er die Änderung nach IFRS 16 bilanzieren würde, wenn sie keine lease modification wäre. Diese Änderungen gelten für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juni 2020 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Diese Änderungen hatten keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

2.3 Bereits veröffentlichte, aber noch nicht anzuwendende Rechnungslegungsstandards

Neben den vorgenannten, verpflichtend und zum Teil freiwillig anzuwendenden IFRS wurden vom IASB noch weitere IFRS und IFRIC veröffentlicht, die das Endorsement der EU bereits teilweise durchlaufen haben, aber erst zu einem späteren Zeitpunkt verpflichtend anzuwenden sind. Die 1&1 Drillisch AG wird diese Standards voraussichtlich erst zum Zeitpunkt der verpflichtenden Anwendung im Konzernabschluss umsetzen.

Standard		Anwendungspflicht für Geschäftsjahre beginnend ab	Übernahme durch EU Kommission
IFRS 9, IAS 39, IFRS 7, IFRS 4, IFRS 16	Reform der Referenzzinssätze (Phase 2)	01.01.2021	Ja
IFRS 4	Verschiebung der Anwendung von IFRS 9	01.01.2021	Ja
IFRS 16	Verlängerung der Mietzugeständnisse im Zusammenhang mit COVID-19	01.04.2021	Nein
IFRS 1, IFRS 9, IFRS 16, IAS 41	Jährliche Verbesserungen (Zyklus 2018 – 2020)	01.01.2022	Nein
IFRS 3	Verweis auf das Rahmenkonzept	01.01.2022	Nein
IAS 16	Einnahmen vor der beabsichtigten Nutzung	01.01.2022	Nein
IAS 37	Belastende Verträge - Kosten für die Erfüllung eines Vertrages	01.01.2022	Nein
IAS 1	Klassifizierung von Schulden nach Fristigkeit	01.01.2023	Nein
IAS 1	Angabe von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	01.01.2023	Nein
IAS 8	Definition von rechnungslegungsbezogenen Schätzungen	01.01.2023	Nein
IFRS 17	Bilanzierung von Versicherungsverträgen	01.01.2023	Nein

Aus den Änderungen der IFRS werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet.

3. Wesentliche Ermessensentscheidungen und Schätzungen

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses werden Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen vom Management getroffen, die sich auf die Höhe der zum Stichtag ausgewiesenen Erträge, Aufwendungen, Vermögenswerte und Schulden sowie den Ausweis von Eventualschulden auswirken. Durch die mit diesen Annahmen und Schätzungen verbundene Unsicherheit könnten jedoch Ergebnisse entstehen, die in der Zukunft zu erheblichen Anpassungen des Buchwerts der betroffenen Vermögenswerte oder Schulden führen.

Schätzungen und Annahmen

Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende wesentliche Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein beträchtliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden nachstehend erläutert.

Umsatzrealisierung

Die Bestimmung der Einzelveräußerungspreise für die Hardware erfolgt auf Basis des sog. Adjusted Market Assessment Approach, welcher eine Schätzung der relevanten Marktpreise für die Hardware erforderlich macht. Änderungen dieser Schätzungen können die Allokation des Transaktionsentgelts auf die einzelnen Leistungsverpflichtungen beeinflussen und somit auch Auswirkung auf die Höhe und den zeitlichen Verlauf der Umsatzrealisierung haben.

Darüber hinaus werden im Rahmen der Anwendung des Portfolioansatzes verschiedene weitere Annahmen und Schätzungen getroffen, die auf Erfahrungen aus der Vergangenheit und auf vorliegende Erkenntnisse zum Zeitpunkt des Abschlussstichtages beruhen. Änderungen dieser Annahmen und Schätzungen können sich in ihrer Gesamtheit ebenfalls wesentlich auf die Höhe und den zeitlichen Verlauf der Umsatzrealisierung auswirken. Zu weiteren Informationen wird auf Anhangangabe 2.1 sowie 4 verwiesen.

Kosten der Vertragserfüllung und der Vertragsanbahnung

Die Ermittlung der geschätzten Amortisationsdauern für die Vertragskosten basiert auf Erfahrungswerten und ist mit wesentlichen Unsicherheiten, insbesondere bezüglich unvorhergesehener Kunden- oder Technologieentwicklung, behaftet. Eine Änderung der geschätzten Amortisationsdauern beeinflusst den zeitlichen Verlauf der Aufwandsfassung. Der Buchwert der aktivierten Vertragsanbahnungskosten beträgt zum 31. Dezember 2020 169.637 T€ (Vorjahr: 170.927 T€). Der Buchwert der aktivierten Vertragserfüllungskosten beträgt zum 31. Dezember 2020 93.426 T€ (Vorjahr: 104.331 T€). Zu weiteren Informationen wird auf Anhangangabe 21 sowie 28 verwiesen.

Wertminderung von nicht-finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern überprüft den Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer sowie solche, die derzeit noch nicht nutzbar sind, mindestens einmal jährlich sowie bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte auf mögliche Wertminderung. Hierbei wird der erzielbare Betrag der entsprechenden zahlungsmittelgenerierenden Einheit, der der Firmenwert bzw. die immateriellen Vermögenswerte zugeordnet sind, entweder als „Nutzungswert“ oder als beizulegender Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten ermittelt.

Zur Schätzung des Nutzungswerts oder des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten muss das Management die voraussichtlichen künftigen Cashflows des Vermögenswerts oder der zahlungsmittelgenerierenden Einheit schätzen und einen angemessenen Abzinsungssatz wählen, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln. Für weitere Einzelheiten, einschließlich einer Sensitivitätsanalyse der wesentlichen Annahmen, wird auf die Anhangangabe 27 verwiesen.

Zu den wesentlichen Annahmen des Managements im Hinblick auf die Bestimmung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten gehören Annahmen bezüglich der Umsatzentwicklung, Margenentwicklung und des Diskontierungszinssatzes.

Der Buchwert des Firmenwertes beträgt zum 31. Dezember 2020 2.932.943 T€ (Vorjahr: 2.932.943 T€). Der Buchwert der immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmter Nut-

zungsdauer beträgt wie im Vorjahr 56.300 T€. Der Buchwert der immateriellen Vermögenswerte, die derzeit noch nicht nutzbar sind, beträgt 1.070.187 T€ (Vorjahr: 1.070.187 T€). Zu weiteren Informationen wird auf Anhangangabe 27 verwiesen.

Aktienbasierte Vergütung

Der Aufwand aus der Gewährung von Eigenkapitalinstrumenten an Mitarbeiter wird im Konzern mit dem beizulegenden Zeitwert dieser Eigenkapitalinstrumente zum Zeitpunkt ihrer Gewährung bewertet. Zur Schätzung des beizulegenden Zeitwerts muss für die Gewährung von Eigenkapitalinstrumenten ein geeignetes Bewertungsverfahren bestimmt werden; dieses ist abhängig von den Vertragsbedingungen. Es ist weiterhin die Bestimmung geeigneter in dieses Bewertungsverfahren einfließender Daten, darunter insbesondere die voraussichtliche Optionslaufzeit, Volatilität, Ausübungsverhalten und Dividendenrendite sowie entsprechende Annahmen erforderlich.

Im Geschäftsjahr sind Aufwendungen aus aktienbasierter Vergütung (Stock Appreciation Rights und Stock Appreciation Rights Drillisch) in Höhe von 2.506 T€ (Vorjahr: 277 T€ Erträge) entstanden. Zu weiteren Informationen wird auf Anhangangabe 38 verwiesen.

Steuern

Unsicherheiten bestehen hinsichtlich der Auslegung komplexer steuerrechtlicher Vorschriften sowie der Höhe und des Entstehungszeitpunkts künftig zu versteuernder Ergebnisse. Es ist möglich, dass Abweichungen zwischen den tatsächlichen Ergebnissen und den getroffenen Annahmen bzw. künftige Änderungen solcher Annahmen in Zukunft Anpassungen des bereits erfassten Steuerertrags und Steueraufwands erfordern. Der Konzern bildet, basierend auf vernünftigen Schätzungen, Rückstellungen für mögliche Auswirkungen steuerlicher Außenprüfungen.

Der Konzern muss bestimmen, ob er jede unsichere steuerliche Behandlung separat oder gemeinsam mit einer oder mehreren anderen unsicheren steuerlichen Behandlungen beurteilt. Dabei wählt er die Methode, die sich besser für die Vorhersage der Auflösung der Unsicherheit eignet. Der Konzern trifft bei der Identifizierung von Unsicherheiten bezüglich der ertragsteuerlichen Behandlung in erheblichem Umfang Ermessensentscheidungen.

Die Höhe solcher Rückstellungen basiert auf verschiedenen Faktoren, wie beispielsweise der Erfahrung aus früheren steuerlichen Außenprüfungen und unterschiedlichen Auslegungen der steuerrechtlichen Vorschriften durch das steuerpflichtige Unternehmen und die zuständige Steuerbehörde.

Der Buchwert der Ertragsteuerschulden beträgt zum 31. Dezember 2020 25.933 T€ (Vorjahr: 24.469 T€) und betrifft im Wesentlichen die laufenden Steuern für das Geschäftsjahr 2020. Zu weiteren Informationen wird auf Anhangangabe 32 verwiesen.

Leasingverhältnisse - Bestimmung der Laufzeit von Leasingverhältnissen mit Verlängerungs- und Kündigungsoptionen und Schätzung des Grenzfremdkapitalzinssatzes

Der Konzern bestimmt die Laufzeit des Leasingverhältnisses unter Zugrundelegung der unkündbaren Grundlaufzeit des Leasingverhältnisses sowie unter Einbeziehung der Zeiträume, die sich aus einer Option zur Verlängerung des Leasingverhältnisses ergeben, sofern hinreichend sicher ist, dass er diese Option ausüben wird, oder der Zeiträume, die sich aus einer Option zur Kündigung des Leasingverhältnisses ergeben, sofern hinreichend sicher ist, dass er diese Option nicht ausüben wird.

Der Konzern hat den Verlängerungszeitraum in der Laufzeit von Leasingverträgen für Gebäuden mit kürzeren unkündbaren Laufzeiten berücksichtigt. Der Konzern übt seine Option zur Verlängerung dieser Leasingverhältnisse üblicherweise aus, da es sich um Verwaltungsgebäude des Konzerns handelt.

Der Konzern kann den dem Leasingverhältnis zugrunde liegenden Zinssatz nicht ohne Weiteres bestimmen. Daher verwendet er zur Bewertung von Leasingverbindlichkeiten seinen Grenzfremdkapitalzinssatz. Der Konzern schätzt den Grenzfremdkapitalzinssatz anhand beobachtbarer Inputfaktoren (z. B. Marktzinssätze), sofern diese verfügbar sind, und muss bestimmte unternehmensspezifische Schätzungen vornehmen (z. B. Einzelbonitätsbewertung des Tochterunternehmens). Zu weiteren Informationen wird auf Anhangangabe 2.1 sowie 46 verwiesen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Vertragsvermögenswerte

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Vertragsvermögenswerte werden in der Bilanz abzüglich der vorgenommenen Wertberichtigungen ausgewiesen. Die Wertberichtigung erfolgt auf der Grundlage von erwarteten Kreditverlusten anhand regelmäßiger Überprüfungen sowie Bewertungen im Rahmen der Kreditüberwachung. Die hierzu getroffenen Annahmen über das Zahlungsverhalten und die Bonität der Kunden unterliegen wesentlichen Unsicherheiten. Der Buchwert der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beträgt zum 31. Dezember 2020 232.437 T€ (Vorjahr: 228.261 T€). Der Buchwert der Vertragsvermögenswerte beträgt zum 31. Dezember 2020 761.842 T€ (Vorjahr: 671.858 T€). Zu weiteren Informationen wird auf Anhangangabe 17 sowie 18 verwiesen.

Vorräte

Vorräte sind mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte Verkaufserlös abzüglich der erwarteten notwendigen Kosten bis zum Veräußerungszeitpunkt. Die Bewertung fußt dabei unter anderem auch auf Gängigkeitsabschlägen. Die Höhe der Abschläge stellt eine bestmögliche Schätzung des Nettoveräußerungswerts dar und ist daher mit Schätzungsunsicherheiten behaftet.

Die Buchwerte der Vorräte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 betragen 85.366 T€ (Vorjahr: 79.227 T€). Zu weiteren Informationen wird auf Anhangangabe 20 verwiesen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte werden beim erstmaligen Ansatz zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden nach erstmaligem Ansatz linear über die angenommene wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Die angenommenen Nutzungsdauern basieren auf Erfahrungswerten und sind mit wesentlichen Unsicherheiten, insbesondere bezüglich unvorhergesehener technologischer Entwicklung, behaftet. Bei der Festlegung des Zeitpunkts der Aktivierung und des Abschreibungsbeginns für das 5G-Funkspektrum wurden Ermessensentscheidungen getroffen.

Der Buchwert der Sachanlagen (inkl. Nutzungsrechte) und immateriellen Vermögenswerte ohne Firmenwerte beträgt zum 31. Dezember 2020 1.863.391 T€ (Vorjahr: 1.750.523 T€). Zu weiteren Informationen wird auf Anhangangabe 25 sowie 26 verwiesen.

Rückstellungen

Eine Rückstellung wird dann gebildet, wenn der Konzern eine rechtliche oder faktische Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses hat, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Solche Schätzungen unterliegen wesentlichen Unsicherheiten.

Der Buchwert der sonstigen Rückstellungen beträgt zum 31. Dezember 2020 51.743 T€ (Vorjahr: 52.229 T€). Zu weiteren Informationen wird auf Anhangangabe 33 verwiesen.

4. Umsatzerlöse / Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung

Nach IFRS 8 basiert die Identifikation von berichtspflichtigen operativen Segmenten auf dem sogenannten Managementansatz. Danach erfolgt die externe Berichterstattung auf Basis der konzerninternen Organisations- und Managementstruktur sowie der internen Finanzberichterstattung an das oberste Führungsgremium (Chief Operating Decision Maker). In der 1&1 Drillisch Gruppe ist der Vorstand der 1&1 Drillisch AG für die Bewertung und Steuerung des Geschäftserfolgs der Segmente verantwortlich.

Die Unternehmenssteuerung und Konzernberichterstattung erfolgt über die Segmente „Access“ und „5G“. Das im Vorjahr zusätzlich ausgewiesene Segment „Sonstiges“ wurde aufgrund von untergeordneter Bedeutung in den Bereich „Access“ überführt und wird nicht mehr separat dargestellt.

Im Segment „Access“ werden Umsätze durch das Angebot von Zugangsleistungen zu Telekommunikationsnetzen, einmalige Bereitstellungsentgelte sowie den Verkauf von Endgeräten und Zubehör generiert. Die Umsätze enthalten monatliche Leistungsentgelte, Entgelte für Sondermerkmale sowie Verbindungs- und Roaming-Entgelte. Umsätze

werden auf Basis in Anspruch genommener Nutzungseinheiten und vertraglicher Entgelte abzüglich Gutschriften und Anpassungen aufgrund von Preisnachlässen realisiert. Der aus dem Verkauf von Hardware und Zubehör generierte Umsatz und die damit verbundenen Aufwendungen werden realisiert, sobald die Produkte geliefert und vom Kunden abgenommen wurden.

Das Monitoring des Firmenwertes in Höhe von 2.932.943 T€ (Vorjahr: 2.932.943 T€) erfolgt durch den CODM auf Ebene des Berichtssegments „Access“.

Im Segment „5G“ werden die im Zusammenhang mit dem Erwerb der 5G-Frequenzen sowie die aus den Vorbereitungen und der Durchführung des zukünftigen Aufbaus und dem Betrieb eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes resultierenden Aufwendungen und Erträge ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2020 wurden keine Umsatzerlöse im Segment 5G realisiert.

Die Steuerung durch den Vorstand der 1&1 Drillisch AG erfolgt überwiegend auf Basis von Ergebniskennzahlen. Dabei misst der Vorstand der 1&1 Drillisch AG den Erfolg des Segments „Access“ primär anhand der Umsatzerlöse, des Segmentrohertrags auf Basis des Segmentmaterialaufwands, der Teilnehmerzahlen und des bereinigten Ergebnisses vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (bereinigtes EBITDA), die auf Basis von IFRS-Rechnungslegungsmethoden ermittelt werden (IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind). Die Ermittlung des Segmentmaterialaufwands erfolgt auf Basis von Gesamtkostenverfahren. Dabei werden die Vertriebsprovisionen und somit auch die Vertragsanbahnungskosten nach IFRS 15 unter Segmentmaterialaufwand bzw. Aufwand für bezogene Leistungen ausgewiesen. Transaktionen zwischen den Segmenten werden zu Marktpreisen berechnet.

Die an die neue Struktur angepasste Segmentberichterstattung der 1&1 Drillisch stellt sich für das Geschäftsjahr 2020 wie folgt dar:

	Access T€	5G T€	2020 Gesamt T€
Umsätze mit Dritten	3.786.788	0	3.786.788
SEGMENTUMSÄTZE	3.786.788	0	3.786.788
Materialaufwand fremde Dritte	-2.787.768	0	-2.787.768
SEGMENTMATERIALAUFWAND	-2.787.768	0	-2.787.768
SEGMENTROHERTRAG	999.020	0	999.020
SEGMENT EBITDA	482.401	-13.924	468.477
KUNDENVERTRÄGE (IN MIO.)	14,83	-	14,83

Sämtliche Umsätze wurden im Inland erzielt. Die im Vorjahr ausgewiesene Spalte „Konsolidierung“ entfällt, da zwischen den Segmenten „Access“ und „5G“ keine zu eliminierenden segmentübergreifenden Verflechtungen bestehen.

Die an die neue Struktur angepasste Segmentberichterstattung der 1&1 Drillisch stellt sich für das Geschäftsjahr 2019* wie folgt dar:

	Access T€	5G T€	2019 Gesamt T€
Umsätze mit Dritten	3.674.846	0	3.674.846
SEGMENTUMSÄTZE	3.674.846	0	3.674.846
Materialaufwand fremde Dritte	-2.480.836	0	-2.480.836
SEGMENTMATERIALAUFWAND	-2.480.836	0	-2.480.836
SEGMENTROHERTRAG	1.194.010	0	1.194.010
SEGMENT EBITDA	689.176	-5.677	683.499
KUNDENVERTRÄGE (IN MIO.)	14,33	-	14,33

* Zur besseren Vergleichbarkeit wurde auch die Segmentberichterstattung für 2019 an die neue Struktur angepasst. Das im Geschäftsjahr 2019 separat dargestellte Segment „Sonstiges“ sowie die Spalte „Konsolidierung“ sind in den Bereich „Access“ übergegangen. Dadurch erhöhten sich die Segmentumsätze um 115 T€ bzw. das Segment EBITDA um 188 T€.

Die Überleitung der Summe der Segmentergebnisse (EBITDA) auf das Ergebnis vor Ertragsteuern ergibt sich wie folgt:

	2020 T€	2019 T€
Summe Segmentergebnisse (EBITDA)	468.476	683.499
Abschreibungen	-155.395	-155.014
Betriebsergebnis	313.081	528.485
Finanzergebnis	-494	-6.049
ERGEBNIS VOR ERTRAGSTEUERN	312.587	522.436

Aus der Kundenstruktur hat sich in den Berichtsjahren keine wesentliche Konzentration auf einzelne Kunden ergeben. In der 1&1 Drillisch Gruppe wurden mit keinem Kunden mehr als 10 Prozent der gesamten externen Umsatzerlöse generiert.

Zusätzliche Angaben zu Umsatzerlösen

Die Umsatzerlöse des Konzerns teilen sich wie folgt auf:

	2020 Mio. €	2019 Mio. €
Service-Umsätze	3.020	2.943
Hardware- und Sonstiger Umsatz	767	732
GESAMT	3.787	3.675

In der Berichtsperiode weist der Konzern Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Vertragsvermögenswerten aus Verträgen mit Kunden aus. Der Ausweis erfolgt brutto unter den Wertminderungsaufwendungen auf Forderungen und Vertragsvermögenswerte und beläuft sich auf 82.374 T€ (Vorjahr: 83.341 T€).

Die Vertragssalden haben sich im Geschäftsjahr 2020 wie nachfolgend dargestellt entwickelt:

	2020 T€	2019 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Anhangangabe 17)	232.437	228.261
Vertragsvermögenswerte (Anhangangabe 18)	761.842	671.858
Vertragsverbindlichkeiten (Anhangangabe 31)	51.027	45.274

Im Geschäftsjahr 2020 wurden 10.844 T€ (Vorjahr: 17.515 T€) als Umsatzerlöse realisiert, die in den Vertragsverbindlichkeiten zu Beginn des Geschäftsjahres enthalten waren.

Der Gesamtbetrag des Transaktionspreises der zum Ende der Berichtsperiode nicht erfüllten Leistungsverpflichtungen beträgt zum 31. Dezember 2020 1.290.973 T€ (Vorjahr: 1.177.144 T€). Dabei wurden die Vertragsverlängerungen nicht mitberücksichtigt und Vertragslaufzeiten von weniger als einem Jahr sind gem. IFRS 15.121 nicht enthalten. Die folgende Tabelle zeigt die Zeitbänder, wann mit einer Realisierung der zum Stichtag bestehenden Transaktionspreise aus noch nicht erfüllten oder teilweise unerfüllten Leistungsverpflichtungen zu rechnen ist:

31. Dezember 2020

T€				Summe
	2021	2022	> 2023	
	945.336	345.637	0	1.290.973

31. Dezember 2019

T€				Summe
	2020	2021	> 2022	
	887.640	289.504	0	1.177.144

Die dargestellten Transaktionspreise beziehen sich auf unerfüllte Leistungsverpflichtungen aus Verträgen mit Kunden mit einer ursprünglichen Vertragslaufzeit von mehr als 12 Monaten. Sie beziehen sich auf Dienstleistungskomponenten mit zeitraumbezogener Umsatzrealisierung und auf Verträge, für die ein Einmalentgelt fakturiert wurde und welches nun über die einschlägige ursprüngliche Mindestvertragslaufzeit als Umsatzerlös erfasst wird.

5. Umsatzkosten

Die Umsatzkosten verteilen sich wie folgt:

	2020 T€	2019 T€
Aufwand für bezogene Leistungen	1.929.031	1.679.356
Aufwand für bezogene Waren	753.189	701.418
Personalaufwendungen	74.080	73.397
Abschreibungen	46.553	47.391
Sonstiges	78.944	73.115
GESAMT	2.881.797	2.574.677

Die Umsatzkosten sind im Verhältnis zu den Umsatzerlösen gegenüber dem Vorjahr auf 76,1 Prozent (Vorjahr: 70,1 Prozent) gestiegen, was zu einer reduzierten Bruttomarge von 23,9 Prozent (Vorjahr: 29,9 Prozent) führte.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten eine außerplanmäßige Auflösung von abgegrenzten Vorauszahlungen für einen Vorleistungsvertrag in Höhe von 129,9 Mio. €. Der bisher zwischen 1&1 Drillisch und der Deutschen Telekom bestehende reine VDSL-Vorleistungsvertrag wurde angesichts der Vorteile der neuen kombinierten VDSL-/FTTH-Vereinbarung im Einvernehmen der Parteien vorzeitig aufgehoben. Dies führte zur Neueinschätzung der Vertragslaufzeit und demzufolge zur Ausbuchung der langfristigen abgegrenzten Aufwendungen. Bereinigt um diesen Sondersachverhalt ergibt sich eine Bruttomarge von 27,3 Prozent.

Die sonstigen Umsatzkosten beinhalten im Wesentlichen Kosten für Rechenzentren und Logistikkosten.

6. Vertriebskosten

Die Vertriebskosten haben sich im Vergleich zum Vorjahr von 426.467 T€ (11,6 Prozent vom Umsatz) auf 442.338 T€ (11,7 Prozent vom Umsatz) erhöht. Diese beinhalten Personalkosten in Höhe von 93.836 T€ (Vorjahr: 87.161 T€), Abschreibungen in Höhe von 101.440 T€ (Vorjahr: 99.328 T€) und übrige Vertriebskosten in Höhe von 247.062 T€ (Vorjahr: 239.978 T€). Unter den Vertriebskosten wurden Aufwendungen für bezogene Leistungen bzw. Segmentmaterialaufwendungen in Höhe von 105.548 T€ (Vorjahr: 100.062 T€) ausgewiesen. Die übrigen Vertriebskosten betreffen im Wesentlichen Kundenakquisitionskosten, Werbung, Customer Care und Produktmanagement.

7. Verwaltungskosten

Die Verwaltungskosten sind im Geschäftsjahr von 92.165 T€ (2,5 Prozent vom Umsatz) auf 99.371 T€ (2,6 Prozent vom Umsatz) gestiegen. Diese beinhalten Personalkosten in Höhe von 28.868 T€ (Vorjahr: 25.071 T€), Abschreibungen in Höhe von 7.402 T€ (Vorjahr: 8.295 T€) und übrige Verwaltungskosten in Höhe von 63.101 T€ (Vorjahr: 58.799 T€). Die übrigen Verwaltungskosten beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für die Fremdarbeiten, Debitorenmanagement, Mieten sowie Rechts- und Beratungskosten.

8. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verteilen sich wie folgt:

	2020 T€	2019 T€
Sonstige Aufwendungen nahestehende Unternehmen	460	459
Sonstige Steuern	139	42
Übrige	1.136	2.844
GESAMT	1.735	3.345

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Berichtsjahr sowie im Vorjahr im Wesentlichen periodenfremde Aufwendungen.

9. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge verteilen sich wie folgt:

	2020 T€	2019 T€
Erträge aus Mahngebühren und Rücklastschriften	23.085	24.339
Schadenersatz	6.197	4.965
Mieterlöse	615	713
Erträge aus Fremdwährungsumrechnung	285	414
Sonstiges	3.726	3.203
GESAMT	33.908	33.634

10. Wertminderungsaufwendungen auf Forderungen und Vertragsvermögenswerte

Die Wertminderungsaufwendungen auf Forderungen und Vertragsvermögenswerte setzen sich wie folgt zusammen:

	2020 T€	2019 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	45.752	54.848
Vertragsvermögenswerte	33.049	28.493
Sonstige	3.573	0
GESAMT	82.374	83.341

Bezüglich der Wertminderungsaufwendungen wird auf Anhangangabe 2.1 „Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten“ verwiesen.

11. Abschreibungen

Die Entwicklung des Anlagevermögens inklusive Abschreibungen ist im Konzern-Anlagepiegel (Anlage zum Konzernanhang) dargestellt.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen (inkl. Nutzungsrechte aus IFRS 16 Bilanzierung) setzen sich wie folgt zusammen:

	2020 T€	2019 T€
Umsatzkosten	46.553	47.391
Vertriebskosten	101.440	99.328
Verwaltungskosten	7.402	8.295
GESAMT	155.395	155.014

Die Abschreibungen beinhalten auch die Abschreibungen auf die im Rahmen von Unternehmenserwerben aktivierten Vermögenswerte. Diese verteilen sich auf die aktivierten Vermögenswerte wie folgt:

	2020 T€	2019 T€
Kundenstamm	95.742	95.742
Lizenzen	12.530	25.061
Software	1.720	5.120
GESAMT	109.992	125.923

Darin enthalten sind Abschreibungen in Höhe von 98.136 T€ (Vorjahr: 113.322 T€), die auf die im Rahmen von Kaufpreisallokation zusätzlich aktivierten Vermögenswerte entfallen.

Auf die einzelnen Funktionsbereiche verteilen sich die Abschreibungen auf die im Rahmen von Unternehmenserwerben aktivierten Vermögenswerte wie folgt:

	2020 T€	2019 T€
Umsatzkosten	14.250	30.181
Vertriebskosten	95.742	95.742
GESAMT	109.992	125.923

12. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen verteilen sich auf die Funktionsbereiche wie folgt:

	2020 T€	2019 T€
Umsatzkosten	74.080	73.397
Vertriebskosten	93.836	87.161
Verwaltungskosten	28.868	25.071
GESAMT	196.784	185.629

Die Personalaufwendungen beinhalten die Aufwendungen für Löhne und Gehälter in Höhe von 168.527 T€ (Vorjahr: 158.695 T€) und die Aufwendungen im Rahmen der sozialen Sicherheit in Höhe von 28.257 T€ (Vorjahr: 26.934 T€).

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 beträgt die Anzahl der Mitarbeiter nach Köpfen 3.191 (Vorjahr: 3.163). Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im Geschäftsjahr 2020 beläuft sich auf 3.177 (Vorjahr: 3.119).

Für die betriebliche Altersversorgung bestehen im Konzern beitragsorientierte Zusagen. Bei den beitragsorientierten Zusagen (Defined Contribution Plans) zahlt das Unternehmen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Beiträge an staatliche Rentenversicherungsträger. Mit Zahlung der Beiträge bestehen für das Unternehmen keine weiteren Leistungsverpflichtungen. Die laufenden Beitragszahlungen sind als Aufwand des jeweiligen Jahres ausgewiesen. Sie belaufen sich im Geschäftsjahr 2020 auf insgesamt 13.733 T€ (Vorjahr: 13.088 T€) und betreffen überwiegend in Deutschland für die gesetzliche Rentenversicherung geleistete Beiträge.

13. Finanzierungsaufwendungen

Die Finanzierungsaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2020 T€	2019 T€
Zinsen aus Leasingverbindlichkeiten	1.145	387
Zinsaufwendungen aus steuerlicher Betriebsprüfung	348	43
Avalprovisionen	92	173
Einmalige Gebühren sowie Aufwendungen aus der Bereitstellung von Kreditlinien	0	6.347
Zinsen und ähnliche Aufwendungen nahestehende Unternehmen	0	265
Sonstige	19	47
GESAMT	1.604	7.262

Die am 24. Januar 2019 mit einem europäischen Bankenkonsortium vereinbarte Kreditlinie über ursprünglich 2,8 Milliarden Euro wurde im Geschäftsjahr 2019 seitens der 1&1 Drillisch AG wieder gekündigt. Die einmaligen Gebühren sowie Aufwendungen aus der Bereitstellung von Kreditlinien betrugen im Geschäftsjahr 2019 6.347 T€.

Die Zinsen an nahestehende Unternehmen des Vorjahres betreffen überwiegend die Zinsen aus Darlehen mit Gesellschaften der United Internet AG bzw. mit Konzerngesellschaften, die nicht dem Konsolidierungskreis des Konzerns angehören.

Bezüglich der Zinsen an nahestehende Unternehmen wird auf Anhangangabe 43 verwiesen.

14. Finanzerträge

Die Finanzerträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2020 T€	2019 T€
Zinserträge aus steuerlicher Betriebsprüfung	419	828
Zinsen und ähnliche Erträge nahestehende Unternehmen	543	242
Sonstige	148	143
GESAMT	1.110	1.213

Die Zinserträge von nahestehenden Unternehmen betreffen überwiegend solche aus Ausleihungen/Darlehen im Verbundbereich mit Gesellschaften der United Internet AG bzw. mit Gesellschaften, die nicht dem Konsolidierungskreis des Konzerns angehören.

Bezüglich der Zinserträge von nahestehenden Unternehmen wird auf Anhangangabe 43 verwiesen.

15. Steueraufwendungen

Die Steueraufwendungen im Konzern setzen sich wie folgt zusammen:

	2020 T€	2019 T€
Laufende Ertragsteuern	88.730	166.834
Latente Steuern	4.264	-18.018
AUSGEWIESENER ERTRAGSTEUERAUFWAND	92.994	148.816

Nach dem deutschen Steuerrecht setzen sich die Ertragsteuern aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie Solidaritätszuschlag zusammen.

Unabhängig davon, ob das Ergebnis thesauriert oder ausgeschüttet wird, beträgt der Körperschaftsteuersatz in Deutschland unverändert 15 Prozent. Zusätzlich wird ein Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent auf die festgesetzte Körperschaftsteuer erhoben.

Die Gewerbesteuer in Deutschland wird auf das zu versteuernde Einkommen der Gesellschaft erhoben, korrigiert durch Kürzungen bestimmter Erträge, die nicht gewerbesteuerpflichtig sind und durch Hinzurechnung bestimmter Aufwendungen, die für Gewerbesteuerzwecke nicht abzugsfähig sind.

Der effektive Gewerbesteuersatz hängt davon ab, in welcher Gemeinde die Gesellschaft tätig ist. Der durchschnittliche Gewerbesteuersatz im Geschäftsjahr 2020 beträgt ca. 14,18 Prozent (Vorjahr: 14,20 Prozent). Dies führte zur Minderung des Konzernsteuersatzes auf 30,01 Prozent (Vorjahr: 30,03 Prozent).

Die laufenden Ertragsteuern enthalten periodenfremde Steuererträge in Höhe von 34 T€ (Vorjahr: 6.341 T€).

Aktive latente Steuern auf temporäre Differenzen werden angesetzt, sofern es wahrscheinlich ist, dass ein zu versteuerndes Ergebnis verfügbar sein wird, gegen das die abzugsfähige temporäre Differenz verwendet werden kann.

Die latenten Steuern leiten sich aus den folgenden Positionen ab:

	2020		2019	
	Aktive latente Steuern T€	Passive latente Steuern T€	Aktive latente Steuern T€	Passive latente Steuern T€
Immaterielle Vermögenswerte	44.580	-160.289	45.641	-170.031
Sachanlagen	0	-26.387	0	-13.895
Vorräte	58	-88	57	-168
Vertragsvermögenswerte	14.845	-218.278	11.637	-181.511
Sonstige Vermögenswerte	2.172	-3.140	1.437	-1.377
Abgegrenzte Aufwendungen*	152.763	-79.032	140.698	-82.747
Sonstige Rückstellungen	16.219	-3.463	15.204	-6
Vertragsverbindlichkeiten	5.541	-8.676	4.750	-9.426
Sonstige Verbindlichkeiten	29.258	-88	14.373	-4.384
BRUTTOWERT	265.436	-499.440	233.797	-463.545
Saldierung	-265.436	265.436	-233.797	233.797
KONZERNBILANZ	0	-234.005	0	-229.748

* Der Posten „Abgegrenzte Aufwendungen“ fasst die im Vorjahr separat ausgewiesenen Posten „Vertragserfüllungskosten“, „Vertragsanbahnungskosten“ und „Abgegrenzte Aufwendungen“ zusammen.

Der Passiv-Überhang der latenten Steuern beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 auf insgesamt 234.005 T€ (Vorjahr: 229.748 T€).

Somit beläuft sich der Gesamtbetrag der Veränderung des Saldos latenter Steuern auf 4.257 T€ (Vorjahr: 18.132 T€).

Die latenten Steuern auf immaterielle Vermögenswerte resultieren im Wesentlichen aus der unterschiedlichen Behandlung von im Rahmen von Unternehmenserwerben aktivierten immateriellen Vermögenswerten im Konzernabschluss und der Steuerbilanz.

Die passiven latenten Steuern auf Sachanlagen sowie die aktiven latenten Steuern auf sonstige Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen aus der IFRS 16 Bilanzierung.

Die latenten Steuern auf Vertragsvermögenswerte, Vertragsverbindlichkeiten und abgegrenzte Aufwendungen resultieren insbesondere aus der IFRS 15 Bilanzierung.

Die aktiven latenten Steuern auf sonstige Rückstellungen resultieren im Wesentlichen aus der Erfassung von Rückstellungen für Kündigungsentgelte im Rahmen der IFRS 15 Bilanzierung.

Die Veränderung des Saldos latenter Steuern im Vergleich zum Stand per 31. Dezember 2019 lässt sich wie folgt überleiten:

	2020 T€	2019 T€
Latenter Steuerertrag	-4.264	18.018
Erfolgsneutral erfasste Änderungen:		
- Erfolgsneutral über sonstiges Eigenkapital	7	114
VERÄNDERUNG DES SALDOS LATENTER STEUERN	-4.257	18.132

Die Überleitung vom Gesamtsteuersatz auf den effektiven Steuersatz der fortgeführten Aktivitäten stellt sich vereinfacht wie folgt dar:

	2020	2019
Erwarteter Steuersatz	30,0%	30,0%

	2020 T€	2019 T€
Ergebnis vor Ertragsteuern aus fortgeführten Bereichen	312.587	522.436
- Steueraufwand bei Anwendung des Ertragssteuersatzes	93.804	156.872
- Steuersatzänderungen	-94	-1.787
- Tatsächliche und latente Steuern Vorjahre	-704	-6.675
- Steuereffekte aus sonstigen latenten Steuern	-19	-323
- Saldo von sonstigen steuerfreien Erträgen und nicht abzugsfähige Aufwendungen	6	729
Steueraufwand gemäß Gesamtergebnisrechnung	92.993	148.816
Effektiver Steuersatz	29,7%	28,5%

Der erwartete Steuersatz entspricht dem Steuersatz des Mutterunternehmens, der 1&1 Drillisch AG.

16. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente bestehen aus Bankguthaben, kurzfristigen Anlagen, Schecks und Kassenbeständen. Guthaben bei Kreditinstituten werden mit variablen Zinssätzen für täglich kündbare Guthaben verzinst. Aufgrund des aktuell niedrigen Zinsniveaus, das für in Euro denominierte Guthaben derzeit sogar negativ ist, werden für Guthaben bei Kreditinstituten keine Zinsen gezahlt.

Kurzfristige Einlagen erfolgen für unterschiedliche Zeiträume, die in Abhängigkeit vom jeweiligen Zahlungsmittelbedarf des Konzerns zwischen einem Tag und 3 Monaten betragen.

Die Entwicklung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente ist der Konzern-Kapitalflussrechnung zu entnehmen.

Im Berichtsjahr bestanden wie im Vorjahr keine Verfügungsbeschränkungen auf Bankguthaben.

17. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 betragen die netto Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 232.437 T€ (Vorjahr: 228.261 T€) und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	295.009	295.318
Abzüglich		
Wertberichtigungen	-62.572	-67.057
FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN, NETTO	232.437	228.261
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - kurzfristig	232.437	228.261
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - langfristig	0	0

Die Entwicklung des Wertberichtigungskontos stellt sich wie folgt dar:

	2020 T€	2019 T€
Stand 1. Januar	67.057	58.139
Inanspruchnahme	-50.237	-45.930
Aufwandswirksame Zuführungen	48.866	57.312
Auflösung	-3.114	-2.464
STAND 31. DEZEMBER	62.572	67.057

Die aufwandswirksamen Zuführungen der Wertberichtigung umfassen nicht die vor dem Bilanzstichtag ausgebuchten Forderungen.

Das maximale Ausfallrisiko zum Bilanzstichtag entspricht dem Nettobuchwert der oben genannten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Zum Bilanzstichtag sind keine Anzeichen erkennbar, dass den Zahlungsverpflichtungen für die nicht wertberichtigten Forderungen nicht nachgekommen wird.

Überfällige Forderungen werden auf ihren Wertberichtigungsbedarf geprüft. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen erfolgt dabei im Wesentlichen in Abhängigkeit von der Altersstruktur der Forderungen. Es wird auf Anhangangabe 44 verwiesen.

Sämtliche überfälligen Forderungen, die nicht einzeln wertberichtigt werden, unterliegen einer pauschalierten Einzelwertberichtigung auf Basis erwarteter Kreditverluste.

Zum 31. Dezember stellt sich die Altersstruktur der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nach Berücksichtigung der vorgenannten Wertberichtigungen wie folgt dar:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, netto		
0 - 5 Tage	206.065	198.501
6 - 15 Tage	4.942	4.105
16 - 30 Tage	3.025	3.414
31 - 180 Tage	12.889	16.402
181 - 365 Tage	5.461	5.674
> 365 Tage	55	165
SUMME	232.437	228.261

18. Vertragsvermögenswerte

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 betragen die netto Vertragsvermögenswerte 761.842 T€ (Vorjahr: 671.858 T€) und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Vertragsvermögenswerte, brutto	819.710	718.841
Abzüglich		
Wertberichtigungen	-57.868	-46.983
VERTRAGSVERMÖGENSWERTE, NETTO	761.842	671.858
davon Vertragsvermögenswerte - kurzfristig	565.793	498.111
davon Vertragsvermögenswerte - langfristig	196.049	173.747

Die Entwicklung des Wertberichtigungskontos stellt sich wie folgt dar:

	2020 T€	2019 T€
Stand 1. Januar	46.983	33.083
Aufwandswirksame Zuführungen	33.049	28.493
Inanspruchnahme	-22.164	-14.593
STAND 31. DEZEMBER	57.868	46.983

19. Forderungen gegen nahestehende Unternehmen

Die Forderungen gegen nahestehende Unternehmen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 400.885 T€ (Vorjahr: 215.329 T€) und betreffen Konzerngesellschaften der United Internet Gruppe, die nicht dem Konsolidierungskreis des Konzerns angehören. Bezüglich der Forderungen gegen nahestehende Unternehmen wird auf Anhangangabe 43 verwiesen.

20. Vorräte

Das Vorratsvermögen besteht aus folgenden Posten:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Handelswaren (Brutto)		
- Mobilfunk / Mobile Internet	75.151	72.327
- Breitband-Hardware	6.277	8.408
- SIM - Karten	4.680	3.323
- Sonstige	3.509	1.224
	89.617	85.282
Abzüglich		
Wertberichtigungen	-6.525	-8.157
VORRÄTE, NETTO	83.092	77.125
Geleistete Anzahlungen	2.274	2.102
VORRÄTE	85.366	79.227

Die Wertberichtigungen entfallen wie im Vorjahr ausschließlich auf Mobilfunk / Mobile Internet.

Der im Geschäftsjahr 2020 aus dem Absatz von Vorräten unter den Umsatzkosten als Materialaufwand erfasste Wareneinsatz beläuft sich auf 753.189 T€ (Vorjahr: 701.418 T€).

21. Kurzfristige abgegrenzte Aufwendungen

Die kurzfristigen abgegrenzten Aufwendungen in Höhe von 187.081 T€ (Vorjahr: 211.745 T€) beinhalten im Wesentlichen die Kosten der Vertragsanbahnung in Höhe von 88.013 T€ (Vorjahr: 88.942 T€), Kosten der Vertragserfüllung in Höhe von 55.441 T€ (Vorjahr: 60.747 T€) sowie die Vorauszahlungen für Vorleistungsentgelte in Höhe von 43.627 T€ (Vorjahr: 62.056 T€), die auf Basis des zugrunde liegenden Vertragszeitraums abgegrenzt und periodengerecht als Aufwand erfasst werden.

In der Berichtsperiode hat der Konzern Aufwendungen aus abgegrenzten Vertragskosten in Höhe von 173.564 T€ (Vorjahr: 186.083 T€) erfasst. Hiervon entfallen 105.403 T€ (Vorjahr: 101.199 T€) auf Vertragsanbahnungskosten und 68.161 T€ (Vorjahr: 84.884 T€) auf Vertragserfüllungskosten.

22. Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte

Die sonstigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Forderungen Werbekostenzuschüsse	14.591	11.939
Debitorische Kreditoren	4.748	8.227
Rückforderungsanspruch aus Unternehmenserwerben aus Vorjahren	3.082	8.062
Sonstiges	1.218	695
SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE	23.639	28.923

23. Sonstige kurzfristige nicht-finanzielle Vermögenswerte

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Gewerbesteuer	33.419	1.295
Umsatzsteuer	5.600	7.952
Rückforderungsansprüche aus Hardwarerückgabe	4.410	3.825
Körperschaftsteuer	10.307	2.772
SONSTIGE NICHT-FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE	53.736	15.844

Die Veränderung ergibt sich insbesondere aus dem Erstattungsanspruch für das Geschäftsjahr 2020 als Saldo von Ertragsteuervorauszahlungen und tatsächlicher Steuerbelastung.

24. Sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte

Die Zusammensetzung der sonstigen langfristigen finanziellen Vermögenswerte ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Beteiligungen	1.259	904
Sonstige Ausleihungen	733	774
GESAMT	1.992	1.678

25. Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen zum Bilanzstichtag 31. Dezember teilt sich wie folgt auf:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Anschaffungskosten		
Grundstücke und Bauten	302	302
Nutzungsrechte an Grundstücken und Bauten	100.733	50.344
Nutzungsrechte an Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.167	3.807
Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.869	27.822
Geleistete Anzahlungen	6.011	2.478
	154.082	84.753
Abzüglich		
Aufgelaufene Abschreibungen	-31.282	-20.257
SACHANLAGEN, NETTO	122.800	64.496

Eine alternative Darstellung der Entwicklung der Sachanlagen in den Geschäftsjahren 2020 und 2019 wird in der Anlage zum Konzernanhang gezeigt (Konzern-Anlagenspiegel).

Zum Bilanzstichtag bestehen Abnahmeverpflichtungen für Vermögenswerte des Sachanlagevermögens in Höhe von 55.399 T€ (Vorjahr: 64.164 T€).

Der Anstieg der Nutzungsrechte ergibt sich im Wesentlichen durch den Abschluss neuer langfristiger Mietverträge am Standort Karlsruhe.

Für weiterführende Angaben zu Nutzungsrechten an Grundstücken und Bauten sowie an Betriebs- und Geschäftsausstattungen wird auf die Anhangangabe 46 verwiesen.

26. Immaterielle Vermögenswerte (ohne Firmenwerte)

Die immateriellen Vermögenswerte ohne Firmenwerte zum 31. Dezember setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Anschaffungskosten		
Funktspektrum	1.070.187	1.070.187
Kundenstamm	776.975	776.975
Konzessionsähnliche Rechte	165.000	0
Zugekaufte Software und Lizenzen	138.536	158.772
Marke	56.300	56.300
Selbsterstellte Software	18.262	8.369
Nutzungsrechte an Lizenzen	9.281	0
Geleistete Anzahlungen	3.136	3.228
	2.237.677	2.073.831
Abzüglich		
Aufgelaufene Abschreibungen	-497.086	-387.803
IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE, NETTO	1.740.591	1.686.027

Eine alternative Darstellung der Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte in den Geschäftsjahren 2020 und 2019 wird in der Anlage zum Konzernanhang gezeigt (Konzern-Anlagenspiegel).

Die konzessionsähnlichen Rechte resultieren aus einer Einmalzahlung im Zuge der Ausübung der ersten Verlängerungsoption des MBA MVNO-Vertrags zur Sicherung des unmittelbaren Zugangs zur 5G-Technologie sowie als notwendiger Baustein zum Aufbau des eigenen Mobilfunknetzes.

Bei den Nutzungsrechten für Lizenzen handelt es sich um die in 2020 abgeschlossene Frequenzüberlassungsvereinbarung mit Telefónica. 1&1 Drillisch hat Frequenzen für den Aufbau eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes bei Telefónica angemietet. Die Vereinbarung bezieht sich auf zwei Frequenzblöcke von jeweils 10 MHz im Bereich 2,6 GHz. Die beiden Frequenzblöcke stehen 1&1 Drillisch bis zum 31. Dezember 2025 zur Verfügung.

Für weiterführende Angaben zu Nutzungsrechten an immateriellen Vermögenswerten wird auf die Anhangangabe 46 verwiesen.

Die Anschaffungskosten der Kundenbeziehungen in Höhe von 776.975 T€ (Vorjahr: 776.975 T€) betreffen den im Rahmen von Unternehmenserwerben aktivierten Kundenstamm.

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, die einer unbestimmten Nutzungsdauer unterliegen (Markenrechte) betragen 56.300 T€ (Vorjahr: 56.300 T€). Die Nutzungsdauer der Markenrechte wird als unbestimmt eingestuft, da keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Nutzenzufluss zukünftig endet.

Die Werthaltigkeitsüberprüfung der immateriellen Vermögenswerte, die einer unbestimmten Nutzungsdauer unterliegen, wurde zum Bilanzstichtag auf Ebene der Zahlungsmittelgenerierenden Einheiten vorgenommen. Daraus ergab sich im Geschäftsjahr wie auch im Vorjahr keine Wertminderung.

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die Markenrechte, die der CGU der 1&1 Drillisch AG zugeordnet sind:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
yourfone	16.600	16.600
smartmobil.de	15.000	15.000
WinSim	9.800	9.800
simply	5.200	5.200
DeutschlandSIM	4.400	4.400
maXXim	2.700	2.700
PremiumSIM	2.200	2.200
BildConnect	200	200
Tecol	200	200
GESAMT	56.300	56.300

Zum Bilanzstichtag bestehen Abnahmeverpflichtungen für immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 7 T€ (Vorjahr: 165.256 T€).

Funkspektrum

1&1 Drillisch hat an der am 12. Juni 2019 beendeten 5G-Frequenzauktion teilgenommen und zwei Frequenzblöcke à 2 x 5 MHz im Bereich 2 GHz und fünf Frequenzblöcke à 10 MHz im Bereich 3,6 GHz, jeweils bis zum 31. Dezember 2040 befristet nutzbar, ersteigert. Dabei stehen die Frequenzblöcke im Bereich 3,6 GHz ab sofort und die Frequenzblöcke im Bereich 2 GHz ab dem 1. Januar 2026 zur Verfügung.

Die aus dem Erwerb resultierenden immateriellen Vermögenswerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt. Zum 31. Dezember 2020 setzen sich die Buchwerte der Frequenzblöcke, unverändert zum Vorjahr, wie folgt zusammen:

Frequenzblock	Betrag in T€
3,6 GHz	735.190
2 GHz	334.997
GESAMT	1.070.187

Im Geschäftsjahr 2020 erfolgten keine Abschreibungen. Die Abschreibung der erworbenen Frequenzblöcke erfolgt erst mit dem tatsächlichen Netzbetrieb, wenn das Spektrum eingesetzt wird. Die Werthaltigkeitsüberprüfung wurde zum Bilanzstichtag auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheit „5G“ vorgenommen. Daraus ergab sich im Geschäftsjahr keine Wertminderung.

Selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte

Die selbstgestellten immateriellen Vermögenswerte beinhalten im Wesentlichen aktivierte Entwicklungskosten für zur Administration unserer Kunden genutzte Software.

27. Firmenwert und Wertminderung des Firmenwertes und der immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer sowie derzeit noch nicht nutzbare immaterielle Vermögenswerte (Funkspektrum)

Der Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden mindestens einmal jährlich einem Impairment-Test unterzogen. In Anlehnung an den unternehmensinternen Budgetierungsprozess hat der Konzern das letzte Quartal des Geschäftsjahres für die Durchführung des jährlich geforderten Impairment-Tests festgelegt.

Die im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworbenen Firmenwerte wurden für Zwecke der Werthaltigkeitsprüfung zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet.

Nach Abschluss umfangreicher Integrationsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2018 wurden die beiden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten 1&1 Drillisch und 1&1 Telecom zu einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit 1&1 Drillisch zusammengelegt. Die Integrationsmaßnahmen und die damit verbundenen Interdependenzen in der strategischen Ausrichtung haben dazu geführt, dass die zahlungsmittelgenerierende Einheit 1&1 Drillisch den kleinsten Bereich darstellt, für den das Management den Geschäfts- oder Fir-

menwert überwacht. Die Werthaltigkeitsprüfung des Firmenwertes 1&1 Drillisch erfolgt auf Ebene des Berichtssegments „Access“.

Sofern sich aus den Impairment-Tests Wertminderungsaufwendungen ergeben, werden diese in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Konzernanlagespiegel grundsätzlich gesondert ausgewiesen.

Der Firmenwert entfällt vollständig auf die zahlungsmittelgenerierende Einheit 1&1 Drillisch.

Im Geschäftsjahr 2020 sowie im Vorjahr lagen keine Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor.

Planmäßiger Werthaltigkeitstest zum 31. Dezember 2020

Der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit 1&1 Drillisch wird auf Basis der Berechnung von beizulegendem Zeitwert abzüglich Kosten des Abgangs unter Verwendung von Cashflow-Prognosen ermittelt. Die Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Kosten des Abgangs im Sinne von IFRS 13 wird bei diesem Wertminderungstest als Level 3 eingestuft.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Kosten des Abgangs wurden Abgangskosten in Höhe von rund 0,2 Prozent angenommen (Vorjahr: 0,2 Prozent).

Aus dem Wertminderungstest für Firmenwerte der 1&1 Drillisch ergab sich im Geschäftsjahr 2020 wie im Vorjahr kein Wertminderungsaufwand.

Die folgende Tabelle zeigt die grundlegenden Annahmen, die bei der Wertminderungsüberprüfung der zahlungsmittelgenerierenden Einheit 1&1 Drillisch, zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Kosten des Abgangs, herangezogen worden sind:

	Berichtsjahr	Anteil Firmenwert gesamt	Langfristige Wachstums- rate	Abzinsungs- faktor nach Steuern	Umsatz- wachstums- rate*
1&1 Drillisch	2020	100%	0,0%	4,3%	1,1%
	2019	100%	0,1%	3,8%	2,1%

* Ende Detailplanungszeitraum 2026

Die Cashflow-Prognosen basieren auf einer Budgetrechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2021 sowie einer Planungsrechnung für die Geschäftsjahre 2022 bis 2026. Diese Planungsrechnungen wurden vom Management auf Basis von externen Marktstudien sowie internen Annahmen für die zahlungsmittelgenerierende Einheit erstellt. Da zum Ende des Detailplanungszeitraums (2026) erwartet wird, dass noch kein nachhaltiges Umsatz- und Ergebnisniveau erreicht ist, wurde der Detailplanungszeitraum um eine Interimsphase für die Jahre 2027 bis einschließlich 2031 erweitert, bis ein nachhaltiges Umsatz- und Ergebnisniveau erreicht werden soll.

Die Cashflow-Prognosen hängen wesentlich von der Schätzung zukünftiger Umsatzerlöse ab. Den Werten der Umsatzerlöse im Detailplanungszeitraum der zahlungsmittelgenerierenden Einheit liegen durchschnittliche jährliche Wachstumsraten von 1,1

Prozent (Vorjahr: 2,1 Prozent) zugrunde. Eine weitere wesentliche Grundannahme für die Planung der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten sind die Teilnehmerzahlen, die auf diesen Teilnehmerzahlen und auf Erfahrungswerten basierende Rohertragsplanung sowie zugrunde gelegte Diskontierungssätze. Für die künftigen Jahre werden steigende Teilnehmerzahlen und leicht rückläufige Roherträge erwartet.

Der beizulegende Zeitwert abzüglich Kosten des Abgangs wird hauptsächlich durch den Barwert der ewigen Rente bestimmt, der besonders sensitiv auf Veränderungen der Annahmen zur langfristigen Wachstumsrate und zum Abzinsungssatz reagiert. Für den Zeitraum der ewigen Rente unterstellt das Management einen jährlichen Anstieg der Cashflows um 0,0 Prozent (Vorjahr: 0,1 Prozent). Diese Wachstumsrate entspricht der langfristigen durchschnittlichen Wachstumsrate der Branche. Die im Geschäftsjahr für die Cashflow-Prognose verwendeten Abzinsungssätze nach Steuern liegen bei 4,3 Prozent (Vorjahr: 3,8 Prozent).

Die bilanzierten Markenrechte resultieren aus dem Erwerb der Drillisch-Gruppe und wurden im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses zu ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich Kosten des Abgangs unter Anwendung geeigneter Bewertungsverfahren (Lizenzpreisanalogiemethode) bewertet und zum Bilanzstichtag auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Hierbei wurden die markenrelevanten Cashflows mit den markenrelevanten Lizenzsätzen multipliziert. Diese liegen zwischen 0,25 Prozent und 0,5 Prozent (Vorjahr: zwischen 0,25 Prozent und 0,5 Prozent). Bei der Prognose der markenrelevanten Cashflows wurden dieselben Annahmen bezüglich der Marktentwicklung und der Abzinsungssätze zugrunde gelegt, die bereits in die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der zahlungsmittelgenerierenden Einheit eingeflossen sind.

Im Geschäftsjahr lag für keine Marke ein Wertminderungsbedarf vor.

Sensitivität der getroffenen Annahmen

Die Sensitivität der getroffenen Annahmen in Bezug auf eine Wertminderung der Firmenwerte bzw. der Markenwerte ist abhängig von den Grundannahmen für die jeweilige zahlungsmittelgenerierende Einheit.

Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen für die zahlungsmittelgenerierende Einheit 1&1 Drillisch wurde eine Erhöhung des Abzinsungssatzes (nach Steuern) um 1 Prozentpunkt und ein Rückgang der langfristigen Wachstumsrate in der ewigen Rente um 0,1 Prozentpunkte angenommen. Aus diesen Annahmen würden sich keine Änderungen auf den Impairment-Test ergeben.

Die Unternehmensleitung ist wie im Vorjahr der Auffassung, dass keine nach vernünftigen Ermessen grundsätzlich mögliche Änderung einer der zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Kosten des Abgangs einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit getroffenen Grundannahmen dazu führen könnte, dass der Buchwert den erzielbaren Betrag wesentlich übersteigt.

Noch nicht nutzbare immaterielle Vermögenswerte (Funkspektrum)

Das bilanzierte 5G-Funkspektrum resultiert aus der 5G-Frequenzauktion von 2019. 1&1 Drillisch hat zwei Frequenzblöcke à 2 x 5 MHz im Bereich 2 GHz und fünf Frequenzblö-

cke à 10 MHz im Bereich 3,6 GHz, jeweils bis zum 31. Dezember 2040 befristet nutzbar, ersteigert. Dabei stehen die Frequenzblöcke im Bereich 3,6 GHz ab sofort und die Frequenzblöcke im Bereich 2 GHz ab dem 1. Januar 2026 zur Verfügung. Das Spektrum ist noch nicht nutzbar, solange der Konzern über kein eigenes Netz verfügt und wurde deshalb im Geschäftsjahr 2020 einem Impairment-Test auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheit „5G“ im Segment „5G“ unterzogen.

Der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit „5G“ wird auf Basis der Berechnung von beizulegendem Zeitwert abzüglich Kosten des Abgangs unter Verwendung von Cashflow-Prognosen ermittelt. Die Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Kosten des Abgangs im Sinne von IFRS 13 wird bei diesem Wertminderungstest als Level 3 eingestuft.

Die dem Impairment-Test zugrunde liegende Planungsrechnung beinhaltet eine GuV-Planung und eine Investitionsplanung für die Geschäftsjahre 2021 bis 2040. Da das Spektrum bis 2040 läuft, erfolgte die Bewertung über den Zeitraum 2021 bis 2040. Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Kosten des Abgangs wurden unverändert zum Vorjahr Abgangskosten in Höhe von rund 3 Prozent angenommen. Der im Geschäftsjahr für die Cashflow-Prognose verwendete Abzinsungssatz nach Steuern liegt bei 3 Prozent. Es lag im Geschäftsjahr kein Wertminderungsbedarf vor. Dies spiegelt auch qualitativ (es liegen weder interne noch externe Hinweise auf eine Wertminderung vor) die Erwartung des Vorstands aufgrund der hohen strategischen Bedeutung wider.

28. Langfristige abgegrenzte Aufwendungen

Die langfristigen abgegrenzten Aufwendungen in Höhe von 142.665 T€ (Vorjahr: 293.827 T€) beinhalten im Wesentlichen die Kosten der Vertragsanbahnung in Höhe von 81.624 T€ (Vorjahr: 81.985 T€), Kosten der Vertragserfüllung in Höhe von 37.985 T€ (Vorjahr: 43.584 T€) sowie die geleisteten Vorauszahlungen im Rahmen langfristiger Einkaufsverträge in Höhe von 23.055 T€ (Vorjahr: 168.259 T€).

Im Vorjahr resultierten die langfristigen abgegrenzten Aufwendungen in Höhe von 136.444 T€ im Wesentlichen aus geleisteten Vorauszahlungen für VDSL-Vorleistungsentgelte. Der bisher zwischen 1&1 Drillisch und der Deutschen Telekom bestehende reine VDSL-Vorleistungsvertrag wurde angesichts der Vorteile der neuen kombinierten VDSL-/FTTH-Vereinbarung im Einvernehmen der Parteien vorzeitig aufgehoben. Dies führte zur Ausbuchung der langfristigen abgegrenzten Aufwendungen.

29. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen belaufen sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 auf 319.866 T€ (Vorjahr: 266.369 T€). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen umfassen sämtliche Lieferantenverbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Dienstleistungserbringungen durch Dritte.

30. Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen betragen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 55.800 T€ (Vorjahr: 79.294 T€) und betreffen Konzerngesellschaften der United Internet Gruppe, die nicht zum Konsolidierungskreis des Konzerns gehören.

Bezüglich der Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen wird auf Anhangangabe 43 verwiesen.

31. Vertragsverbindlichkeiten

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Vertragsverbindlichkeiten	51.027	45.274
- davon kurzfristig	44.110	40.314
- davon langfristig	6.917	4.960
GESAMT	51.027	45.274

Die Vertragsverbindlichkeiten beinhalten Verbindlichkeiten aus Rückerstattungsverpflichtungen von Einmalgebühren für widerrufenen Verträge sowie abzugrenzende Erträge aus Einmalgebühren, die erfolgswirksam fortgeschrieben werden.

32. Ertragsteuerschulden

Die Ertragsteuerschulden i.H.v. 25.933 T€ (Vorjahr: 24.469 T€) betreffen wie im Vorjahr Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden in Deutschland.

33. Sonstige Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

	Aktienbasierte Vergütung	Restrukturierung	Prozessrisiken	Kündigungs- entgelte	Sonstige	Gesamt
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
1. JANUAR 2020	265	1.200	3.454	45.319	1.991	52.229
Verbrauch	0	720	154	8.872	1.640	11.386
Auflösung	35	0	2.300	0	86	2.421
Zuführung	363	0	1.677	9.721	1.560	13.321
31. DEZEMBER 2020	593	480	2.677	46.168	1.825	51.743

Bezüglich der Rückstellung für aktienbasierte Vergütungen wird auf die Ausführungen unter Anhangangabe 38 Aktienbasierte Vergütung verwiesen.

Die Prozessrisiken setzen sich aus diversen Rechtsstreitigkeiten bei unterschiedlichen Gesellschaften des Konzerns zusammen.

Die Rückstellung für Kündigungsentgelte betrifft die an die Netzbetreiber zu leistenden Zahlungen im Falle einer Kündigung eines Anschlusses.

Die Rückstellung für Restrukturierung betreffen die Kosten im Zusammenhang mit der Veräußerung der yourfone Shop GmbH.

Bei den übrigen Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um Gewährleistungsrückstellungen.

Rückstellungen in Höhe von 46.444 T€ (Vorjahr: 45.670 T€) haben eine Laufzeit von ein bis fünf Jahren. Rückstellungen mit einer Laufzeit von über fünf Jahren bestehen wie im Vorjahr nicht.

34. Sonstige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten

Die sonstigen kurzfristigen finanziellen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Sonstige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten		
Frequenzverbindlichkeiten	61.266	61.266
Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen	12.477	7.573
Verbindlichkeiten aus Gehalt / Personal	11.252	11.188
Marketing- und Vertriebskosten / Vertriebsprovisionen	8.842	12.168
Kreditorische Debitoren	5.880	3.401
Rechts- und Beratungskosten, Abschlusskosten	1.126	1.945
Sonstiges	5.440	5.093
GESAMT	106.283	102.634

Bezüglich der Frequenzverbindlichkeiten wird auf Anhangangabe 44 verwiesen.

35. Sonstige kurzfristige nicht-finanzielle Verbindlichkeiten

Die sonstigen kurzfristigen nicht-finanziellen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Sonstige kurzfristige nicht-finanzielle Verbindlichkeiten		
Umsatzsteuer	14.910	27.012
Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	2.359	2.244
GESAMT	17.269	29.256

36. Sonstige langfristige finanzielle Verbindlichkeiten

Die sonstigen langfristigen finanziellen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Sonstige langfristige finanzielle Verbindlichkeiten		
Frequenzverbindlichkeiten	886.389	947.655
Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen	85.702	40.215
Sonstiges	2.560	3.955
GESAMT	974.651	991.825

Bezüglich der Frequenzverbindlichkeiten wird auf Anhangangabe 44 verwiesen.

37. Fristigkeiten der Verbindlichkeiten

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

Die Frequenzverbindlichkeiten, die unter den sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten ausgewiesen sind, haben eine Laufzeit bis zum Jahr 2030.

	Bis 1 Jahr T€	1 bis 5 Jahre T€	über 5 Jahre T€	Summe T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	319.866	0	0	319.866
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	55.800	0	0	55.800
Vertragsverbindlichkeiten	44.110	6.917	0	51.027
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	106.283	350.395	624.256	1.080.934
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	17.269	0	0	17.269
Sonstige Rückstellungen	5.299	46.444	0	51.743
Ertragsteuerschulden	25.933	0	0	25.933
GESAMT	574.560	403.756	624.256	1.602.572

Die Verbindlichkeiten wiesen im Vorjahr folgende Fristigkeiten auf:

	Bis 1 Jahr T€	1 bis 5 Jahre T€	über 5 Jahre T€	Summe T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	266.369	0	0	266.369
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehende Unternehmen	79.294	0	0	79.294
Vertragsverbindlichkeiten	40.314	4.960	0	45.274
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	102.634	328.667	663.158	1.094.459
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	29.256	0	0	29.256
Sonstige Rückstellungen	6.559	45.670	0	52.229
Ertragsteuerschulden	24.469	0	0	24.469
GESAMT	548.895	379.297	663.158	1.591.350

38. Aktienbasierte Vergütung

Im Berichtsjahr 2020 existieren zwei unterschiedliche Mitarbeiterbeteiligungsprogramme. Ein neues, langfristig orientiertes Mitarbeiterbeteiligungsmodell, das sog. Stock Appreciation Rights Drillisch (SAR Drillisch Programm) wurde im Berichtsjahr 2020 aufgelegt. Das Modell richtet sich an die Gruppe der Führungskräfte bzw. leitenden Mitarbeitern der 1&1 Drillisch Gruppe und basiert auf virtuellen Aktienoptionen der 1&1 Drillisch AG. Das im Jahr 2018 initiierte Mitarbeiterprogramm wurde zuvor beendet.

Stock Appreciation Rights (SAR United Internet)

Ein älteres Mitarbeiterbeteiligungsmodell, das sog. Stock Appreciation Rights (SAR)-Programm, richtet sich an langjährige Führungskräfte bzw. leitende Mitarbeiter und basiert auf virtuellen Aktienoptionen der United Internet AG. Aus Sicht des Konzerns ist diese aktienbasierte Vergütung als anteilsbasierte Vergütung mit Barausgleich („Cash-Settled“) abzubilden. Die Verpflichtung des Konzerns 1&1 Drillisch AG wird entsprechend den Vorschriften des IFRS 2 als Rückstellung abgebildet. Im Geschäftsjahr 2020 ergab sich in diesem Zusammenhang ein Aufwand in Höhe von 328 T€ (Vorjahr: Ertrag in Höhe von 356 T€). Zum 31. Dezember 2020 beträgt der Buchwert der Rückstellungen aus anteilsbasierten Vergütungen 593 T€ (Vorjahr: 265 T€). Zum 31. Dezember 2020 stehen 175.000 virtuelle Aktienoption (Vorjahr: 200.000 Stück) zu einem durchschnittlichen Ausübungspreis von 36,93 € aus (Vorjahr: 36,41 €). Die Bandbreite der Ausübungspreise für die zum Abschlussstichtag ausstehenden Aktienoptionen liegt unverändert zwischen 31,15 € und 41,26 €.

Stock Appreciation Rights Drillisch (SAR Drillisch)

Aktienoptionsprogramm bis 17.04.2020

Das alte Programm, das Stock Appreciation Rights Drillisch (SAR Drillisch), das in der 1. Jahreshälfte 2018 eingeführt wurde, richtete sich an Führungskräfte und Mitarbeiter in Schlüsselpositionen und basierte auf virtuellen Aktienoptionen der 1&1 Drillisch AG.

Ein SAR Drillisch umfasste die Zusage der 1&1 Drillisch AG (oder eines ihrer Tochterunternehmen) dem Optionsberechtigten Leistungen zu erbringen, deren Höhe sich nach der Entwicklung des Aktienkurses und des operativen Ergebnisses (EBIT) der 1&1 Drillisch AG (konsolidiert) ergab. Im Rahmen des SAR Programms wurden den Teilnehmern sogenannte SARs zugewiesen, die über einen Erdienungszeitraum zugeteilt wurden. Ein SAR entsprach einem virtuellen Bezugsrecht auf eine Aktie der 1&1 Drillisch AG, war aber kein Anteilsrecht und somit keine (echte) Option auf den Erwerb von Aktien der 1&1 Drillisch AG. Der Anspruch, der sich aus einem SAR ergab, war von der Entwicklung des Aktienkurses und des EBIT abhängig.

Unter Verwendung eines Optionspreismodells auf Basis einer sogenannten Monte-Carlo-Simulation in Übereinstimmung mit IFRS 2 wurde im Vorjahr der Zeitwert der ausgegebenen Optionen wie folgt ermittelt:

Bewertungsparameter im Geschäftsjahr 2019

Ausgabestichtag	01.01.2019	01.01.2019	01.10.2019
Zeitwert	196 T€	434 T€	3.252 T€
Anzahl SAR	4.500	8.600	64.300
Anfangskurs	44,10 €	45,00 €	45,00 €
Stichtagskurs	44,50 €	43,60 €	43,60 €
Dividendenrendite	3,7 %	3,7 %	3,7 %
Volatilität der Aktie	37,8 %	32,6 %	32,6 %
Erwartete Dauer (Jahre)	5	5	5
Ausübungshürde (EBIT-Faktor)	80,0 %	80,0 %	80,0 %
CAP (EBIT-Faktor)	120,0 %	120,0 %	120,0 %

Die für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zugrunde gelegte Volatilität wurde auf Basis der historischen Volatilität für die letzten 12 Monate vor dem Bewertungsstichtag ermittelt. Der Ausübungspreis wurde auf Basis des durchschnittlichen Aktienkurses der letzten 10 Tage vor dem Ausgabestichtag berechnet.

Das alte SAR Drillisch Programm wurde im Laufe des Geschäftsjahres annulliert. Zum Zeitpunkt der Annullierung standen 77.400 Aktienoptionen aus, die durch neue Eigenkapitalinstrumente ersetzt wurden.

Der bisher erfasste kumulierte Aufwand aus dem in der ersten Jahreshälfte ersetzten Programm belief sich bis zum Ersatz durch das neue Programm auf 1.735 T€ (Vorjahr: 1.436 T€). Im Geschäftsjahr 2020 wurden für dieses Programm Aufwendungen in Höhe von 299 T€ (Vorjahr: 79 T€) erfasst.

Neues Aktienoptionsprogramm ab 17.04.2020

Ein SAR Drillisch umfasst die Zusage der 1&1 Drillisch AG (oder eines ihrer Tochterunternehmen), dem Optionsberechtigten Leistungen zu erbringen, deren Höhe sich aus der Differenz des Ausübungspreises (festgelegt zum Ausgabezeitpunkt) und dem Börsenkurs einer 1&1 Drillisch Aktie bei Ausübung ergibt. Ein SAR entspricht einem virtuellen Bezugsrecht auf eine Aktie der 1&1 Drillisch AG, ist aber kein Anteilsrecht und somit keine (echte) Option auf den Erwerb von Aktien der 1&1 Drillisch AG.

Die Ausübungshürde liegt bei 120 Prozent des Börsenkurses bei Ausgabe. Der Börsenkurs bei Ausgabe wird als Mittelwert der Schlusskurse im XETRA-Handel für die Aktie der 1&1 Drillisch AG an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten 10 Börsentage vor dem Zeitpunkt der Ausgabe der Option berechnet. Die Zahlung des Wertzuwachses für den Berechtigten ist gleichzeitig auf 100 Prozent des ermittelten Börsenkurses zum Ausgabezeitpunkt begrenzt (CAP).

Zur Ausübung steht den Optionsberechtigten ein Ausübungsfenster von 10 Tagen zur Verfügung. Dieses beginnt jeweils am 3. Tag nach der Hauptversammlung bzw. nach der Veröffentlichung des 9-Monatsberichts.

Die Sperrfrist für die Ausübung beträgt zwei Jahre. Die virtuellen Aktienoptionen können in Teilbeträgen von bis zu 25 Prozent frühestens nach Ablauf von 24 Monaten seit dem Zeitpunkt der Ausgabe der Option, maximal zu 50 Prozent nach Ablauf von 36 Monaten seit dem Zeitpunkt der Ausgabe der Option, maximal zu 75 Prozent nach Ablauf von 48 Monaten seit dem Zeitpunkt der Ausgabe der Option und zu 100 Prozent nach 60 Monaten seit dem Zeitpunkt der Ausgabe der Option ausgeübt werden.

Tranchen, die im zur Verfügung stehenden Ausübungsfenster aufgrund des Nichterreichens der Ausübungshürde nicht ausgeübt werden können, sind im nächsten regulären Ausübungszeitfenster der Tranche ausübbar.

Das SAR Drillisch Programm sieht einen Ausgleich mittels Barzahlung vor. Entsprechend den Bedingungen des SAR Drillisch Programms behält sich die 1&1 Drillisch AG jedoch das Recht vor, ihre Verpflichtung (bzw. die Verpflichtung der Tochtergesellschaften) zur Auszahlung des SAR in bar nach freiem Ermessen auch durch die Übertragung von Aktien der 1&1 Drillisch AG aus dem Bestand eigener Aktien an die Berechtigten zu erfüllen. Da beabsichtigt ist, die Auszahlung durch Übertragung von Aktien zu leisten, wird die Zusage als anteilsbasierte Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente („Equity-Settled“) bilanziert.

Bei drei Zusagen handelt es sich gem. IFRS 2.28 (c) um einen Ersatz des alten SAR Programms. Für die Bewertung der Ersatzprogramme wurde der zusätzliche beizulegende Zeitwert ermittelt. Dieser ergibt sich aus der Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert der als Ersatz bestimmten Eigenkapitalinstrumente und dem beizulegenden Nettozeitwert der annullierten Eigenkapitalinstrumente am Tag der Gewährung der Ersatzinstrumente.

Die zusätzlichen Aufwendungen, die sich aus der Zuteilung neuer Eigenkapitalinstrumente ergeben, werden gem. IFRS 2 über den Erdienungszeitraum verteilt.

Unter Verwendung eines Optionspreismodells auf Basis des sogenannten Black-Scholes Bewertungsmodells in Übereinstimmung mit IFRS 2 wurde der Zeitwert der ausgegebenen Optionen wie folgt ermittelt:

Bewertungsparameter im Geschäftsjahr 2020

Ausgabestichtag	17.04.2020	01.06.2020	01.10.2020
Zeitwert	6.930	1.111	1.042
Anzahl SAR	1.904.600	270.000	314.000
Optionswert	3,64 €	4,12 €	3,32 €
Aktienkurs	19,84 €	22,95 €	18,95 €
Ausübungspreis	19,07 €	23,20 €	19,80 €
Ausübungspreis 200%	38,14 €	46,40 €	39,60 €
Ausübungshürde	20,0 %	20,0 %	20,0 %
Ausübungshürde	22,88 €	27,84 €	23,76 €
Dividende pro Aktie	0,05 €	0,05 €	0,05 €
Dividendenrendite	0,25 %	0,22 %	0,26 %
Volatilität der Aktie	55,34 %	53,95 %	58,43 %
Laufzeit (Jahre)	6	6	6

Der Ausübungspreis wird auf Basis des durchschnittlichen Aktienkurses der letzten 10 Tage vor dem Ausgabestichtag berechnet. Die Volatilitäten der 1&1 Drillisch Aktie entsprechen den Volatilitäten für die jeweiligen bewertungsrelevanten Stichtage.

Im Geschäftsjahr 2020 beläuft sich der Gesamtaufwand aus dem neuen Mitarbeiterbeteiligungsprogramm auf 9.083 T€. Der bisher erfasste kumulierte Aufwand zum 31. Dezember 2020 für die zum Bilanzstichtag noch nicht ausgeübten SARs beträgt 1.879 T€. Auf künftige Jahre entfallen somit Aufwendungen in Höhe von 7.204 T€.

Der durchschnittliche gewichtete Ausübungspreis für die zum 31. Dezember 2020 ausgegebenen Aktienoptionen beläuft sich auf 19,61 €.

Die Veränderungen in den ausgegebenen bzw. ausstehenden virtuellen Aktienoptionen ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

	Anzahl
AUSSTEHEND AM 01. JANUAR 2019	180.000
verfallen/verwirkt	-180.000
Neuvergabe	64.300
Neuvergabe	4.500
Neuvergabe	8.600
AUSSTEHEND AM 31. DEZEMBER 2019	77.400
verfallen/verwirkt	-77.400
Ersatz	534.800
Neuvergabe	1.369.800
Neuvergabe	270.000
Neuvergabe	314.000
AUSSTEHEND AM 31. DEZEMBER 2020	2.488.600

39. Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert 193,9 Millionen Euro. Das Grundkapital ist eingeteilt in 176.764.649 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 1,10 Euro und entspricht dem Grundkapital der 1&1 Drillisch AG. In den Geschäftsjahren 2018 und 2019 wurden insgesamt 500.000 1&1 Drillisch AG Aktien im Rahmen des Aktienrückkaufprogramms erworben. Dadurch reduzierte sich die Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien auf 176.264.649 Aktien.

Genehmigtes Kapital 2018

Der Vorstand wurde durch die außerordentliche Hauptversammlung am 12. Januar 2018 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 11. Januar 2023 mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder in Teilbeträgen um insgesamt bis zu 97.220.556,40 € durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2018).

Bei Bareinlagen können die neuen Aktien vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats auch von einem oder mehreren Kreditinstituten bzw. einem anderen die Voraussetzungen des § 186 Abs. 5 Satz 1 AktG erfüllenden Unternehmen mit der Verpflichtung übernommen werden, sie ausschließlich den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Grundsätzlich ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen,

- » um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- » wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen erfolgt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrages, die möglichst zeitnah zur Platzierung der Aktien erfolgen soll, nicht wesentlich unterschreitet. Die Anzahl der unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen Aktien darf insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Zahl sind Aktien anzurechnen, die aufgrund Options- oder Wandelschuldverschreibungen ausgegeben werden oder auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben werden; ferner sind auf diese Zahl Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden;
- » soweit es erforderlich ist, um Inhabern bzw. Gläubigern von Options- und/oder Wandlungsrechten bzw. entsprechender Options- und/oder Wandlungspflichten aus Schuldverschreibungen, die von der Gesellschaft und/oder durch von der Gesellschaft abhängige oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Gesellschaften ausgegeben wurden oder werden, ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung ihres Options- und/oder Wandlungsrechts bzw. nach Erfüllung der Options- und/oder Wandlungspflicht zustünde;

- » wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen erfolgt zur Gewährung von Aktien im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen an Unternehmen oder sonstigen Vermögensgegenständen;
- » um neue Aktien bis zu einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt 9.722.055,20 € als Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer der Gesellschaft oder verbundener Unternehmen i.S.d. §§ 15 ff. AktG auszugeben.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2018 oder nach Ablauf der Ermächtigungsfrist zu ändern.

Bedingtes Kapital 2018

Das Grundkapital ist um bis zu 96.800.000,00 € durch Ausgabe von bis zu 88.000.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2018). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber bzw. Gläubiger von Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen (oder Kombinationen dieser Instrumente) mit Options- und/oder Wandlungsrechten bzw. Options- und/oder Wandlungspflichten oder Andienungsrechten der Gesellschaft, die die Gesellschaft oder von der Gesellschaft abhängige oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Gesellschaften aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der außerordentlichen Hauptversammlung vom 12. Januar 2018 bis zum 11. Januar 2023 ausgegeben haben, von ihren Options- bzw. Wandlungsrechten aus diesen Schuldverschreibungen Gebrauch machen oder ihre Pflicht zur Optionsausübung- bzw. Wandlung erfüllen oder, soweit die Gesellschaft ein Wahlrecht ausübt, ganz oder teilweise anstelle der Zahlung des fälligen Geldbetrags Stückaktien der Gesellschaft zu gewähren und soweit jeweils nicht ein Barausgleich gewährt oder eigene Aktien oder Aktien einer anderen börsennotierten Gesellschaft zur Bedienung eingesetzt werden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem nach Maßgabe des vorstehend bezeichneten Ermächtigungsbeschlusses jeweils zu bestimmenden Options- bzw. Wandlungspreis. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie entstehen, am Gewinn teil; soweit rechtlich zulässig, kann der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Gewinnbeteiligung neuer Aktien hiervon und auch von § 60 Abs. 2 AktG abweichend, auch für ein bereits abgelaufenes Geschäftsjahr, festlegen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

40. Kapitalrücklage und sonstiges Eigenkapital

Die Kapitalrücklage betrug zum 31. Dezember 2020 2.432.054 T€ (Vorjahr: 2.429.876 T€). Der Anstieg der Kapitalrücklage resultiert aus der Zuführung von 2.178 T€ im Rahmen von Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen.

Das sonstige Eigenkapital zum Bilanzstichtag setzt sich wie folgt zusammen:

	2020 T€	2019 T€
Beteiligungen:		
- PipesBox GmbH, Rostock	-411	-411
- POSpulse GmbH, Berlin	-317	-292
Sonstiges	-292	-273
GESAMT	-1.020	-976

Das sonstige Eigenkapital in Höhe von 1.020 T€ (Vorjahr: 976 T€) beinhaltet das Ergebnis aus Kategorien, die nicht anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umklassifiziert werden und resultiert im Wesentlichen aus der Anwendung der IFRS 9 Regelungen im Zusammenhang mit der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Hierbei werden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser finanziellen Vermögenswerte erfolgsneutral im sonstigen Eigenkapital erfasst.

1&1 Drillisch hielt 15 Prozent der Anteile an der PipesBox GmbH, Rostock. Im Berichtsjahr wurde über das Vermögen der Gesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet und die Gesellschaft wurde aufgelöst. Der bereits zum 31. Dezember 2019 vollständig abgewertete Buchwert der Beteiligung wurde damit ausgebucht.

41. Eigene Aktien

Der Vorstand der 1&1 Drillisch AG wurde durch die außerordentliche Hauptversammlung vom 12. Januar 2018 ermächtigt, bis zum 11. Januar 2023 eigene Aktien der Gesellschaft im Umfang bis zu insgesamt 10 Prozent des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung oder – falls dieser Wert geringer ist – des zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Auf die gemäß dieser Ermächtigung erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach den §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 Prozent des Grundkapitals entfallen.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke unmittelbar durch die Gesellschaft oder auch durch von der Gesellschaft abhängige oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Gesellschaften oder durch von der Gesellschaft oder von der Gesellschaft abhängige oder in ihrem unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz stehende Gesellschaften beauftragte Dritte ausgeübt werden.

Der Erwerb kann nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels einer öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots erfolgen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre im Verhältnis ihrer Beteiligungsquoten zu veräußern. Darüber hinaus dürfen Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden

zu allen weiteren gesetzlich zulässigen Zwecken, insbesondere auch zu den folgenden Zwecken verwendet werden:

- » Die Aktien können an Dritte gegen Barzahlung zu einem Preis veräußert werden, der den Börsenkurs von Aktien gleicher Ausstattung zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. In diesem Fall darf die Anzahl der zu veräußernden Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung oder – falls dieser Betrag geringer ist – 10 Prozent des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Veräußerung der Aktien der Gesellschaft nicht überschreiten. Auf diese Begrenzung von 10 Prozent des Grundkapitals sind diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ferner sind auf diese Begrenzung auf 10 Prozent des Grundkapitals diejenigen Aktien anzurechnen, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben wurden.
- » Die Aktien können zur Erfüllung von Verpflichtungen aus Schuldverschreibungen mit Options- und/oder Wandlungsrecht bzw. Options- und/oder Wandlungspflicht genutzt werden, die von der Gesellschaft oder durch von der Gesellschaft abhängige oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Gesellschaften begeben werden.
- » Die Aktien können gegen Vermögensgegenstände einschließlich Forderungen gegen die Gesellschaft ausgegeben werden, insbesondere im Zusammenhang mit dem Erwerb von Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder Teilen von Unternehmen oder Unternehmenszusammenschlüssen.
- » Die Aktien können im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungs- bzw. Belegschaftsaktienprogrammen der Gesellschaft oder mit ihr verbundener Unternehmen verwendet und Personen, die in einem Arbeitsverhältnis zu der Gesellschaft oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen stehen oder standen, sowie an Organmitglieder von mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen angeboten und übertragen werden.
- » Die Aktien können eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Der Vorstand kann bestimmen, dass das Grundkapital bei der Einziehung herabgesetzt wird; in diesem Fall ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital um den auf die eingezogenen Aktien entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals herabzusetzen und die Angabe der Zahl der Aktien und das Grundkapital in der Satzung entsprechend anzupassen. Der Vorstand kann auch bestimmen, dass das Grundkapital bei der Einziehung unverändert bleibt und sich stattdessen durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand ist in diesem Fall auch ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien den Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft in Erfüllung jeweils geltender Vergütungsvereinbarungen zu übertragen.

Das Bezugsrecht der Aktionäre wird insoweit ausgeschlossen, als eigene Aktien gemäß den vorstehenden Ermächtigungen verwendet werden. Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener eigener Aktien durch Angebot an die Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats den Inhabern bzw. Gläubigern von Schuldverschreibungen mit Options- und/oder Wandlungsrechten bzw. entsprechenden Options- und/oder Wandlungspflichten, die von der Gesellschaft oder durch von der Gesellschaft abhängige oder im unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Gesellschaften ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, in dem es ihnen nach Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts bzw. Erfüllung der Options- oder Wandlungspflicht zustünde; in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Im Geschäftsjahr 2020 wurde von dem Rückkaufsrecht kein Gebrauch gemacht. Im Geschäftsjahr 2019 wurden 99.296 Aktien zu einem durchschnittlichen Kurs von 38,71 € über die Börse erworben. Durch diesen Rückkauf hat sich das Grundkapital der Gesellschaft um 109.225,60 € vermindert. Dies entspricht rund 0,06 Prozent des Grundkapitals der 1&1 Drillisch AG. Vom Kaufpreis je Aktie wurden 1,10 € im gezeichneten Kapital abgesetzt. Zum 31. Dezember 2020 hält die 1&1 Drillisch AG wie im Vorjahr 500.000 eigene Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von 550.000 € bzw. 0,28 Prozent.

42. Zusätzliche Angaben zu den Finanzinstrumenten

Die folgende Tabelle weist die Buchwerte jeder Kategorie von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2020 aus:

	Bewertungs- kategorie nach IFRS 9	Buchwert per 31.12.2020 T€	Fortgeführte Anschaffungs- kosten T€	Fair Value über das sonstige Ergebnis ohne nachträgliche Umklassifizierung in die Gewinn- und Verlustrechnung T€	Wertansatz nach IFRS 16 T€	Fair Value per 31.12.2020 T€
Finanzielle Vermögenswerte						
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	ac	4.360	4.360			4.360
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	ac	232.437	232.437			232.437
Forderungen gegen nahestehende Unternehmen	ac	400.885	400.885			400.885
Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	ac	23.639	23.639			23.639
Sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte						
- Beteiligungen	fvoci	1.259		1.259		1.259
- Übrige	ac	733	733			733
Finanzielle Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	ac	-319.866	-319.866			-319.866
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	ac	-55.800	-55.800			-55.800
Sonstige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten	ac/n/a					
- Leasingverpflichtungen	n/a	-12.477			-12.477	
- Übrige	ac	-93.806	-93.806			-93.806
Sonstige langfristige finanzielle Verbindlichkeiten	ac/n/a					
- Leasingverpflichtungen	n/a	-85.702			-85.702	
- Übrige	ac	-888.949	-888.949			-888.949
Davon aggregiert nach Bewertungskategorien:						
- Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten (At Amortized Cost)	ac	662.054	662.054			662.054
- Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value über das sonstige Ergebnis ohne nachträgliche Umklassifizierung in die Gewinn- und Verlustrechnung (At Fair Value through Other Comprehensive Income without Recycling to Profit and Loss)	fvoci	1.259		1.259		1.259
- Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten (At Amortized Cost)	ac	-1.358.421	-1.358.421			-1.358.421
Leasingverpflichtungen	n/a	-98.179			-98.179	

Für die einzelnen Kategorien von Finanzinstrumenten nach IFRS 9 wurden im Geschäftsjahr 2020 folgende Nettoergebnisse ausgewiesen:

Nettogewinne und -verluste aus der Folgebewertung					
2020	Bewertungs- kategorie nach IFRS 9	aus Zinsen und Dividenden	Währungs- umrechnung	Wertbe- richtigung	Netto- ergebnis
Nettoergebnis nach Bewertungskategorien		T€	T€	T€	T€
Finanzielle Vermögenswerte bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten	ac	1.110	190	-49.325	-48.025
Finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert (erfolgsneutral)	fvoci	0	0	-44	-44
Finanzielle Verbindlichkeiten bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten	ac	-1.604	-81	0	-1.685
GESAMT		-494	109	-49.369	-49.754

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen gegen nahestehende Unternehmen sowie sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte haben kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert.

Beteiligungen werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Für die übrigen sonstigen langfristigen Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, wird unterstellt, dass ihr Buchwert dem beizulegenden Zeitwert entspricht.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen sowie sonstige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten haben kurze Restlaufzeiten; die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar.

Für die übrigen sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, wird unterstellt, dass ihr Buchwert dem beizulegenden Zeitwert entspricht.

Der Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte liegen geeignete Bewertungsverfahren zugrunde. Sofern verfügbar, werden Börsenpreise auf aktiven Märkten verwendet. Für die Bewertung der Kaufpreisverbindlichkeiten werden vorwiegend Optionspreismodelle verwendet.

Die folgende Tabelle weist die Buchwerte und Fair Values jeder Kategorie von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2019 aus:

	Bewertungs- kategorie nach IFRS 9	Buchwert per 31.12.2019	Fortgeführte Anschaffungs- kosten	Fair Value über das sonstige Ergebnis ohne nachträgliche Umklassifizierung in die Gewinn- und Verlustrechnung	Wertansatz nach IFRS 16	Fair Value per 31.12.2019
		T€	T€	T€	T€	T€
Finanzielle Vermögenswerte						
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	ac	31.785	31.785			31.785
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	ac	228.261	228.261			228.261
Forderungen gegen nahestehende Unternehmen	ac	215.328	215.328			215.328
Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	ac	28.923	28.923			28.923
Sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte						
- Beteiligungen	fvoci	904		904		904
- Übrige	ac	774	774			774
Finanzielle Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	ac	-266.369	-266.369			-266.369
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	ac	-79.294	-79.294			-79.294
Sonstige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten	ac/n/a					
- Leasingverpflichtungen	n/a	-7.573			-7.573	
- Übrige	ac	-95.061	-95.061			-95.061
Sonstige langfristige finanzielle Verbindlichkeiten	ac/n/a					
- Leasingverpflichtungen	n/a	-40.215			-40.215	
- Übrige	ac	-951.610	-951.610			-951.610
Davon aggregiert nach Bewertungskategorien:						
- Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten (At Amortized Cost)	ac	505.071	505.071			505.071
- Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value über das sonstige Ergebnis ohne nachträgliche Umklassifizierung in die Gewinn- und Verlustrechnung (At Fair Value through Other Comprehensive Income without Recycling to Profit and Loss)	fvoci	904		904		904
- Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten (At Amortized Cost)	ac	-1.392.334	-1.392.334			-1.392.334
Leasingverpflichtungen	n/a	-47.788			-47.788	

Für die einzelnen Kategorien von Finanzinstrumenten nach IFRS 9 wurden im Geschäftsjahr 2019 folgende Nettoergebnisse ausgewiesen:

2019	Bewertungs- kategorie nach IFRS 9	aus Zinsen und Dividenden	Währungs- umrechnung	Wertbe- richtigung	Netto- ergebnis
Nettoergebnis nach Bewertungskategorien		T€	T€	T€	T€
Finanzielle Vermögenswerte bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten	ac	1.213	274	-56.761	-55.274
Finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert (erfolgsneutral)	fvoci	0	0	-272	-272
Finanzielle Verbindlichkeiten bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten	ac	-7.262	-117	0	-7.379
GESAMT		-6.049	157	-57.033	-62.925

Hierarchie beizulegender Zeitwerte

Der Konzern verwendet folgende Hierarchie zur Bestimmung und zum Ausweis beizulegender Zeitwerte von Finanzinstrumenten je Bewertungsverfahren:

Stufe 1: Notierte (unangepasste) Preise auf aktiven Märkten für gleichartige Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten.

Stufe 2: Verfahren, bei denen sämtliche Input-Parameter, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken, entweder direkt oder indirekt beobachtbar sind.

Stufe 3: Verfahren, die Input-Parameter verwenden, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken und nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Die langfristigen finanziellen Vermögenswerte enthalten Beteiligungen in Höhe von 1.259 T€, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden (Level 3).

Während der Berichtsperiode gab es, wie im Vorjahr, keine Umbuchungen zwischen den Bewertungsstufen.

43. Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Als nahestehende Unternehmen und Personen im Sinne von IAS 24 gelten Personen und Unternehmen, wenn eine der Parteien über die Möglichkeit verfügt, die andere Partei zu beherrschen oder einen maßgeblichen Einfluss auszuüben. Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen des Konzerns zählten neben Vorstand und Aufsichtsrat der 1&1 Drillisch AG auch die Konzernunternehmen der United Internet Gruppe, die nicht

Bestandteil des Konsolidierungskreises des Konzerns sind. Ferner werden Beteiligungen, auf die die Gesellschaften des Konzerns einen maßgeblichen Einfluss ausüben können (assoziierte Unternehmen), als nahestehende Unternehmen eingeordnet. Darüber hinaus wird Herr Ralph Dommermuth als wesentlicher Aktionär der United Internet AG als nahestehende Person (und oberstes beherrschendes Unternehmen im Sinne des IAS 24.13) eingestuft.

Aufsichtsrat

Michael Scheeren,

Bankkaufmann, Frankfurt am Main

– Vorsitzender – (Aufsichtsratsmitglied und Vorsitzender bis zum 23. Februar 2021)

Mitglied in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

- » United Internet AG, Montabaur
 - Aufsichtsratsmitglied und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bis zum 20. Mai 2020
 - Aufsichtsratsmitglied seit dem 24. Juli 2020 (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender seit dem 12. August 2020)
- » 1&1 Telecommunication SE, Montabaur (Aufsichtsratsvorsitzender)
- » 1&1 Mail & Media Applications SE, Montabaur (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender seit dem 1. Oktober 2020)
- » 1&1 IONOS Holding SE, Montabaur
- » Tele Columbus AG, Berlin

Kai-Uwe Ricke,

Unternehmer, Stallikon/Schweiz

– Stellvertretender Vorsitzender –

Mitglied in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

- » United Internet AG, Montabaur (bis zum 20. Mai 2020)
- » 1&1 Telecommunication SE, Montabaur
- » 1&1 Mail & Media Applications SE, Montabaur (Aufsichtsratsvorsitzender (bis zum 30. September 2020)
- » Delta Partners, Dubai/ Emirat Dubai (bis zum 1. Juli 2020)
- » Delta Partners Capital Limited, Dubai/ Emirat Dubai (bis zum 28. Januar 2021)
- » Delta Partners Growth Fund II GP Limited, Cayman Islands

- » Delta Partners Growth Fund II (Carry) General Partner Limited, Cayman Islands
- » EUNetworks Group Limited, London/ UK
- » Virgin Mobile CEE B.V., Amsterdam/ Niederlande (bis zum 13. Januar 2021)
- » Virgin Mobile Polska sp.z.o.o, Warschau/ Polen (Vorsitzender des Verwaltungsrats)
(bis zum 23. Juli 2020)
- » Cash Credit Limited, Cayman Islands

Kurt Dobitsch,

Unternehmer, Markt Schwaben

– Vorsitzender – (seit dem 16. März 2021)

Mitglied in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

- » United Internet AG, Montabaur (Aufsichtsratsvorsitzender)
- » 1&1 Telecommunication SE, Montabaur (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender)
(bis zum 30. September 2020)
- » 1&1 Mail & Media Applications SE, Montabaur
(Aufsichtsratsvorsitzender seit dem 1. Oktober 2020)
- » 1&1 IONOS Holding SE, Montabaur
- » Nemetschek SE, München (Aufsichtsratsvorsitzender)
- » Bechtle AG, Gaildorf
- » Graphisoft S.E., Budapest/ Ungarn
- » Singhammer IT Consulting AG, München
- » Vectorworks Inc., Columbia/ USA

Norbert Lang,

Kaufmann, Waldbrunn

Mitglied in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

- » Rocket Internet SE, Berlin
- » 1&1 Telecommunication SE, Montabaur

Vlasios Choulidis,

Unternehmer, Gelnhausen

Mitglied in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

- » 1&1 Telecommunication SE, Montabaur

Dr. Claudia Borgas-Herold,

Unternehmerin, Kilchberg/ Schweiz

Mitglied in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

- » 1&1 Telecommunication SE, Montabaur
- » United Internet AG, Montabaur (seit dem 20. Mai 2020)

Vorstand

Ralph Dommermuth,

Vorstandsvorsitzender, Montabaur

Mitglied in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

- » 1&1 Versatel GmbH, Düsseldorf
(Vorsitzender des Beirats)
- » 1&1 IONOS Holding SE, Montabaur
(stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender) (bis zum 3. Dezember 2020)
- » Drillisch Netz AG, Düsseldorf (vormals Drillisch Netz AG, Krefeld)
(seit dem 1. Januar 2020, Aufsichtsratsvorsitzender seit dem 16. Januar 2020)
- » 1&1 Mail und Media Applications SE, Montabaur
(seit dem 1. Oktober 2020 bis zum 7. Dezember 2020)

Markus Huhn,

Vorstand, Neuerkirch

Mitglied in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

- » Drillisch Netz AG, Düsseldorf (vormals Drillisch Netz AG, Krefeld)
(bis zum 21. Januar 2021) (Aufsichtsratsvorsitzender bis zum 16. Januar 2020)
- » 1&1 Versatel Deutschland GmbH, Düsseldorf
- » 1&1 Versatel GmbH, Düsseldorf
- » IQ-optimize Software AG, Maintal (seit dem 1. Januar 2020)
(stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender vom 16. Januar 2020
bis zum 11. Januar 2021)

Alessandro Nava,
Vorstand, Essen

Mitglied in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

- » IQ-optimize Software AG, Maintal
(Aufsichtsratsvorsitzender bis zum 11. Januar 2021,
danach stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender)
- » Drillisch Netz AG, Düsseldorf (vormals Drillisch Netz AG, Krefeld)
(stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender)

Bezüge des Managements in Schlüsselpositionen und des Aufsichtsrats

Die Bezüge der Vorstandsmitglieder betrugen in 2020 insgesamt 4.637 T€, davon variabel 3.743 T€ (Vorjahr: 1.716 T€, davon variabel 700 T€).

Die Vorstandsmitglieder erhalten ihre Vergütung teilweise in Form von virtuellen Aktienoptionen. Im Geschäftsjahr 2020 wurden 960.000 Aktienoptionen mit einem Zeitwert in Höhe von 3.493 T€ an die Vorstandsmitglieder ausgegeben.

Die Aufsichtsratsvergütungen betrugen 2020 insgesamt 304 T€ (Vorjahr: 322 T€).

Die Beschreibung des Vergütungssystems und die individualisierten Angaben zu den Bezügen der Organe der 1&1 Drillisch AG erfolgt im Vergütungsbericht, der Bestandteil des Berichts über die Lage der Gesellschaft sowie des Konzerns ist.

Directors' Holdings

Die Vorstandsmitglieder hielten zum 31. Dezember 2020 folgende Anteile an der 1&1 Drillisch AG: Die United Internet AG, Montabaur, ist zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit 75,10 Prozent an der 1&1 Drillisch AG beteiligt. Herr Ralph Dommermuth hält wiederum bezogen auf das um eigene Anteile der United Internet AG reduzierte Grundkapital mittelbar über Beteiligungsgesellschaften zum 31. Dezember 2020 über 43 Prozent des Grundkapitals der United Internet AG.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats hielten zum 31. Dezember 2020 folgende Anteile an der 1&1 Drillisch AG: Aufsichtsratsmitglied Vlasios Choulidis 273.333 Stückaktien (davon 65.000 Aktien über MV Beteiligungs GmbH), insgesamt 0,16 Prozent der Aktien der 1&1 Drillisch AG.

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen

Es wurden sämtliche in den Konzernabschluss der United Internet AG einbezogenen Gesellschaften, die nicht in den Konsolidierungskreis des Konzerns 1&1 Drillisch AG einbezogen werden, sowie assoziierte Unternehmen der United Internet AG als nahestehende Unternehmen des Konzerns identifiziert.

Die kurzfristigen Forderungen gegen nahestehende Unternehmen teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
United Internet AG	399.602	209.646
United Internet Services Holding GmbH	0	2.087
1&1 IONOS Gruppe	592	1.792
Sonstige	691	1.804
GESAMT	400.885	215.329

Die kurzfristigen Forderungen resultieren grundsätzlich aus der kurzfristigen Anlage liquider Mittel sowie aus Lieferungen und Leistungen. Von den ausgewiesenen Forderungen betreffen 399.602 T€ (Vorjahr: 209.646 T€) Forderungen gegen Mutterunternehmen (United Internet AG).

Die zum Geschäftsjahresende bestehenden offenen Salden sind unbesichert, unverzinslich und werden durch Barzahlung beglichen. Für Forderungen gegen nahestehende Unternehmen bestehen keine Garantien. Forderungen gegen nahestehende Unternehmen und Personen wurden im Geschäftsjahr 2020 nicht wertberichtigt. Ein Werthaltigkeitstest wird jährlich durchgeführt. Dieser beinhaltet eine Beurteilung der Finanzlage des nahestehenden Unternehmens sowie die Entwicklung des Markts, in dem dieses tätig ist. Sämtliche Forderungen sind, wie im Vorjahr, innerhalb eines Jahres fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Versatel Gruppe	41.130	56.466
United Internet Corporate Services GmbH	4.887	8.190
1&1 Mail & Media GmbH	5.032	4.990
A1 Marketing, Kommunikation und neue Medien GmbH	2.311	3.422
1&1 IONOS Gruppe	1.421	1.585
Sonstige	1.019	4.641
GESAMT	55.800	79.294

Die Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen resultieren vor allem aus Lieferungen und Leistungen. Die zum Geschäftsjahresende bestehenden offenen Salden sind unbesichert.

Der 1&1 Drillisch AG steht eine von der Muttergesellschaft, United Internet AG, eingeräumte Kreditlinie mit einer unbestimmten Laufzeit über insgesamt 200 Mio. € zur Verfügung. Zum Bilanzstichtag wurden keine Kredite in Anspruch genommen.

Die Verbindlichkeiten sind innerhalb eines Jahres fällig.

Die folgende Tabelle stellt die Gesamthöhe der Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen dar:

Käufe / Dienstleistungen von nahestehenden Unternehmen/ Personen	Verkäufe / Dienstleistungen an nahestehende Unternehmen/ Personen	Käufe / Dienstleistungen von nahestehenden Unternehmen/ Personen	Verkäufe / Dienstleistungen an nahestehende Unternehmen/ Personen
2020 T€	2020 T€	2019 T€	2019 T€
172.822	29.315	163.514	29.264

Bei den Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Sachverhalte aus der internen Leistungsverrechnung.

Von den ausgewiesenen Aufwendungen betreffen 191 T€ (Vorjahr: 89 T€) solche gegenüber dem Mutterunternehmen, United Internet AG.

Daneben bestehen noch Transaktionen mit nahestehenden Personen, bei denen es sich um reine Kostenweiterbelastungen ohne Gewinnaufschlag handelt. Überwiegend erfolgen diese Geschäftsvorfälle zur Bündelung von Einkaufsvolumina.

Die Geschäftsräume in Montabaur und Karlsruhe werden von Herrn Ralph Dommermuth an 1&1 Drillisch vermietet. Die daraus entstehenden Zahlungsverpflichtungen liegen auf ortüblichem Niveau.

Die Mietverträge für Bürogebäude, die von mehreren Tochtergesellschaften des 1&1 Drillisch Konzerns genutzt werden, sind so ausgestaltet, dass alle nutzenden Gesellschaften gleichberechtigte Mieter der Gebäude sind.

Die Mieter bilden in den Mietverträgen eine gemeinschaftliche Tätigkeit gemäß IFRS 11 ‚Gemeinsame Vereinbarungen‘. Die Mietverträge begründen ein Leasingverhältnis, das sie dazu berechtigen, die Nutzung der Bürogebäude während der Vertragslaufzeit zu kontrollieren. Die betreffenden Tochtergesellschaften bilanzieren ihren jeweiligen Anteil an den Nutzungsrechten und den Leasingverbindlichkeiten sowie die dazugehörigen Abschreibungen und Zinsen.

Der Buchwert des Nutzungsrechts beträgt zum 31. Dezember 2020 61.549 T€ (Vorjahr: 22.586 T€) und der Leasingverbindlichkeiten 61.970 T€ (Vorjahr: 22.646 T€). Die Abschreibungen betrugen im Geschäftsjahr 2020 4.408 T€ (Vorjahr: 1.301 T€) und die Zinsaufwendungen 806 T€ (Vorjahr: 148 T€). Im Berichtszeitraum entstanden Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 5.131 T€ (Vorjahr: 4.888 T€). Die Zugänge betreffen insbesondere langfristige Mietverträge für Bürogebäude am Standort Karlsruhe und belaufen sich auf 39.308 T€.

Die Gesellschaft VPM Immobilien Verwaltungs GmbH, Maintal, (Gesellschafter der VPM und Mitglied im Aufsichtsrat der 1&1 Drillisch AG – Herr Vlasios Choulidis) hat 1&1 Drillisch Büroräume in Maintal vermietet. Die daraus entstehenden Zahlungsverpflichtungen liegen auf ortüblichem Niveau. Der Buchwert des Nutzungsrechts beträgt zum 31. Dezember 2020 864 T€ (Vorjahr: 1.037 T€) und der Leasingverbindlichkeiten 872 T€ (Vorjahr: 1.042 T€). Die Abschreibungen betrugen im Geschäftsjahr 2020 173 T€ (Vorjahr: 173 T€) und die Zinsaufwendungen 10 T€ (Vorjahr: 11 T€). Im Berichtszeitraum entstanden hieraus Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 179 T€ (Vorjahr: 179 T€).

Zum 31. Dezember 2020 bestehen keine Forderungen oder Verbindlichkeiten aus den genannten Mietverhältnissen mit nahestehenden Personen.

In der nachfolgenden Tabelle werden die Zinsaufwendungen und Zinserträge (ohne oben beschriebenen Zinseffekte aus IFRS 16 Bilanzierung) mit nahestehenden Unternehmen im jeweiligen Geschäftsjahr dargestellt:

Zinserträge	Zinsaufwendungen	Zinserträge	Zinsaufwendungen
2020 T€	2020 T€	2019 T€	2019 T€
543	0	242	265

Die Zinserträge betreffen vor allem die Verzinsung aus der Anlage freier liquider Mittel bei der United Internet AG.

44. Zielsetzung und Methoden des Finanzrisikomanagements

Grundsätze des Risikomanagements

Die Systematik des Risikomanagementsystems der 1&1 Drillisch wird im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns ausführlich beschrieben. Die Grundzüge der Finanzpolitik werden vom Vorstand festgelegt und vom Aufsichtsrat überwacht. Bestimmte Transaktionen bedürfen der vorherigen Zustimmung durch den Aufsichtsrat.

Die wesentlichen durch den Konzern verwendeten finanziellen Verbindlichkeiten umfassen Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten. Der Konzern verfügt über verschiedene finanzielle Vermögenswerte, die unmittelbar aus seiner Geschäftstätigkeit resultieren. Sie umfassen im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und kurzfristige Forderungen gegen nahestehende Unternehmen. Der Konzern verfügt zum Bilanzstichtag ausschließlich über originäre Finanzinstrumente.

Ziel des finanziellen Risikomanagements ist es, diese Risiken durch die laufenden operativen und finanzorientierten Aktivitäten zu begrenzen. Dabei unterliegt der Konzern hinsichtlich seiner Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und geplanten Transaktionen insbesondere Liquiditätsrisiken sowie Marktrisiken, die im Folgenden dargestellt werden.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko stellt das Risiko dar, dass ein Unternehmen Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen hat, die sich aus seinen finanziellen Verbindlichkeiten ergeben. Für 1&1 Drillisch besteht das Liquiditätsrisiko grundsätzlich und damit unverändert zum Vorjahr darin, dass die Gesellschaften möglicherweise ihren laufenden finanziellen Verpflichtungen nicht fristgerecht nachkommen können. Um jederzeit die Zahlungsfähigkeit sowie die finanzielle Flexibilität der 1&1 Drillisch Gruppe sicherstellen zu können, wird neben einer kurzfristigen Liquiditätsvorschau auch eine längerfristige Finanzplanung vorgenommen.

Die 1&1 Drillisch hat zur Steuerung ihrer Bankkonten und der internen Verrechnungskonten sowie zur Durchführung automatisierter Zahlungsvorgänge standardisierte Prozesse und Systeme etabliert. Neben der operativen Liquidität unterhält der Konzern auch weitere Liquiditätsreserven, die kurzfristig verfügbar sind.

Bei dem Konzern besteht keine wesentliche Liquiditätsrisikokonzentration.

Die folgende Tabelle stellt die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten entsprechend den abgeschlossenen Verträgen zwischen dem Konzern und fremden Dritten bzw. nahestehenden Unternehmen zum 31. Dezember 2020 und zum 31. Dezember 2019 dar. Innerhalb der Tabelle sind in den einzelnen Jahresspalten die Tilgung zzgl. der vertraglich festgelegten Mindestzinszahlung vermerkt.

	Buchwert		Liquiditätsabfluss von Tilgung und Zinsen im Geschäftsjahr				
	31.12.2020 T€	2021 T€	2022 T€	2023 T€	2024 T€	> 2024 T€	Gesamt T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	319.866	319.866					319.866
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	55.800	55.800					55.800
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1.080.934	106.283	70.557	70.983	70.854	762.257	1.080.934

Die Zahlungen aus sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten umfassen im Wesentlichen die Zahlungen für Funkspektrum. 1&1 Drillisch hat am 5. September 2019 eine Vereinbarung mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) sowie dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) über den Bau von Mobilfunkstandorten in sogenannten „weißen Flecken“ geschlossen. Damit hilft 1&1 Drillisch, bestehende Versorgungslücken zu schließen, und leistet mit dem Bau der Antennenstandorte einen Beitrag zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung in ländlichen Regionen. Im Gegenzug profitiert 1&1 Drillisch durch die Vereinbarung von Ratenzahlungen für die Kosten der erworbenen 5G-Frequenzen. Damit dürfen die ursprünglich in 2019 und 2024 zu zahlenden Lizenzkosten nun in Raten bis 2030 verteilt an den Bund überwiesen werden. Die Zahlungsverpflichtungen an den Bund haben keinen linearen Verlauf und steigen ab dem Geschäftsjahr 2025 von 61 Mio. € auf 128 Mio. €.

	Buchwert		Liquiditätsabfluss von Tilgung und Zinsen im Geschäftsjahr				
	31.12.2019 T€	2020 T€	2021 T€	2022 T€	2023 T€	> 2023 T€	Gesamt T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	266.369	266.369					266.369
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	79.294	79.294					79.294
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1.094.459	102.634	68.179	67.028	66.771	789.847	1.094.459

Marktrisiko

Marktrisiko ist das Risiko, dass der beizulegende Zeitwert oder künftige Cashflows eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Marktpreise schwanken. Das Marktrisiko beinhaltet drei Risikoarten: Zinsrisiko, Währungsrisiko und sonstige Preisrisiken wie das Aktienkursrisiko. Dem Marktrisiko ausgesetzte Finanzinstrumente umfassen u. a. verzinsliche Darlehen, Einlagen, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und derivative Finanzinstrumente.

Innerhalb des Konzerns gibt es kein wesentliches Währungsrisiko oder sonstiges Preisrisiko.

Zinsrisiko

Zinsrisiko ist das Risiko, dass der beizulegende Zeitwert oder künftige Cashflows eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Marktzinssätze schwanken.

Der Konzern ist grundsätzlich Zinsänderungsrisiken ausgesetzt. Die variable Verzinsung basiert auf dem EURIBOR. Es wird auf die Ausführungen unter Anhangangabe 43. „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“ verwiesen.

Aufgrund der anhaltend expansiven Zinspolitik der Europäischen Zentralbank ist der relevante EURIBOR Zinssatz zum Stichtag negativ. Die 1&1 Drillisch erwartet in absehbarer Zeit keine wesentliche Änderung in den Risikoaufschlägen.

Aus anderen Sachverhalten ist der Konzern keinen wesentlichen Zinsrisiken ausgesetzt. Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Ausfallrisiko

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Ausfallrisiko ist das Risiko, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen im Rahmen eines Finanzinstruments oder Kunden(rahmen)vertrags nicht nachkommt und dies zu einem finanziellen Verlust führt. Der Konzern ist im Rahmen seiner operativen Geschäftstätigkeit Ausfallrisiken (insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen) sowie im Rahmen der Finanztätigkeit, einschließlich aus Einlagen bei Banken und Finanzinstituten, ausgesetzt.

Dementsprechend ist ein aufwendiges auch bereits präventiv wirkendes Fraud-Management-System etabliert worden, das permanent weiterentwickelt wird. Weiterhin werden die Außenstände bereichsbezogen, also dezentral fortlaufend überwacht. Ausfallrisiken werden mittels Einzelwertberichtigungen und pauschalierten Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Die Berechnung basiert auf tatsächlich entstandenen historischen Daten. Gegenüber dem Vorjahr sieht der Konzern einen leichten Rückgang des Ausfallrisikos.

Im Massenkundengeschäft der 1&1 Drillisch wird ein vorvertraglicher Fraud-Check durchgeführt sowie das Forderungsmanagement unter Inanspruchnahme von Inkasobüros abgewickelt. Die Einzelwertberichtigung überfälliger Forderungen erfolgt im

Wesentlichen in Abhängigkeit der Altersstruktur der Forderungen mit unterschiedlichen Bewertungsabschlägen, die im Wesentlichen aus den Erfolgsquoten der mit dem Einzug überfälliger Forderungen beauftragten Inkassobüros abgeleitet werden. Forderungen, die mehr als 365 Tage überfällig sind, werden zu 97,5 Prozent bis 100 Prozent einzelwertberichtigt.

Hinsichtlich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen besteht das maximale Kreditrisiko im Bruttobetrag der bilanzierten Forderung vor Wertberichtigungen, aber nach Saldierung sofern eine Aufrechnungslage gegeben ist. Bezüglich der überfälligen, aber nicht wertgeminderten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird auf die Angaben unter Anhangangabe 17 verwiesen.

Forderungen gegen und Ausleihungen an nahestehende Unternehmen

Die Forderungen gegen und Ausleihungen an nahestehende Unternehmen werden laufend von der Geschäftsführung überwacht. Es wird auf jährlicher Basis ein Wertminderungstest durchgeführt. Dieser beinhaltet eine Beurteilung der Finanzlage des nahestehenden Unternehmens sowie die Entwicklung des Markts, in dem dieses tätig ist.

Durch die anhaltende Corona-Pandemie ergab sich keine Verschlechterung des Ausfallrisikos für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen oder Forderungen gegen und Ausleihungen an nahestehende Unternehmen.

Kapitalsteuerung

Die 1&1 Drillisch AG unterliegt über die aktienrechtlichen Bestimmungen hinaus keinen weitergehenden satzungsmäßigen oder vertraglichen Verpflichtungen zum Kapitalerhalt. Die im Rahmen der Unternehmenssteuerung von der Gesellschaft herangezogenen Finanzkennzahlen sind überwiegend erfolgsorientiert. Ziele, Methoden und Prozesse des Kapitalmanagements sind den erfolgsorientierten Finanzkennzahlen untergeordnet.

Zur Aufrechterhaltung oder Anpassung der Kapitalstruktur kann die Gesellschaft Anpassungen der Dividendenzahlungen an die Anteilseigner oder eine Kapitalrückzahlung an die Anteilseigner vornehmen, eigene Anteile erwerben und bei Bedarf wieder platzieren oder auch neue Anteile ausgeben. Es wird diesbezüglich auf die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung verwiesen. Zum 31. Dezember 2020 bzw. 31. Dezember 2019 wurden keine Änderungen der Ziele, Richtlinien und Verfahren vorgenommen.

45. Erfolgsunsicherheiten und andere Verpflichtungen

Eventualschulden

Eventualschulden stellen eine mögliche Verpflichtung dar, deren Existenz vom Eintreten einer oder mehrerer unsicherer zukünftiger Ereignisse abhängt, oder eine gegenwärtige Verpflichtung, deren Zahlung nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Unverändert zum Vorjahr haben Vorleister Ansprüche im niedrigen dreistelligen Millionenbereich angemeldet. Die 1&1 Drillisch AG sieht die Ansprüche der jeweiligen Gegenpartei als unbegründet an und hält für diese Eventualschulden einen Ressourcenabfluss für nicht wahrscheinlich.

Rechtsstreitigkeiten

Bei den Rechtsstreitigkeiten handelt es sich im Wesentlichen um diverse Rechtsstreitigkeiten des Konzerns. Für etwaige Verpflichtungen aus diesen Rechtsstreitigkeiten wurden Rückstellungen für Prozessrisiken gebildet (siehe Anhangangabe 33).

Garantien

Der Konzern hat zum Bilanzstichtag keine Garantien abgegeben.

46. Angaben zu Leasingverhältnissen, sonstige finanzielle Verpflichtungen, Haftungsverhältnisse und Eventualschulden

Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen

Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung von Januar bis Dezember 2020 stellen sich wie folgt dar:

	2020 T€	2019 T€
Abschreibungen auf Nutzungsrechte		
- Grundstücken und Bauten	8.811	5.267
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.364	1.525
- Lizenzen	1.326	0
Summe Abschreibungen auf Nutzungsrechte	11.501	6.792
Zinsaufwendungen aus Leasing-Verbindlichkeiten	1.145	387
Aufwand für kurzfristige Leasingverhältnisse	81	272
Aufwand für Leasingverhältnisse über einen Vermögenswert von geringem Wert	17	15

Im Zusammenhang mit Leasingverpflichtungen erfolgten im Berichtszeitraum Zahlungsmittelabflüsse in Höhe von 10.666 T€ (Vorjahr: 6.418 T€).

Bei den Nutzungsrechten für Lizenzen handelt es sich um die in 2020 abgeschlossene Frequenzüberlassungsvereinbarung mit Telefónica. 1&1 Drillisch hat Frequenzen für den Aufbau eines eigenen 5G-Mobilfunknetzes bei Telefónica angemietet. Die Vereinbarung bezieht sich auf zwei Frequenzblöcke von jeweils 10 MHz im Bereich 2,6 GHz. Die beiden Frequenzblöcke stehen 1&1 Drillisch bis zum 31. Dezember 2025 zur Verfügung.

Zum 31. Dezember 2020 ergeben sich folgende Buchwerte der Nutzungsrechte nach Klassen zugrunde liegender Vermögenswerte:

	Buchwert zum 31.12.2020 T€	Buchwert zum 31.12.2019 T€
Grundstücken und Bauten	86.968	45.104
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.572	2.577
Lizenzen	7.956	0

Die Zugänge zu den Nutzungsrechten für das Geschäftsjahr 2020 stellen sich wie folgt dar:

	Zugänge nach IFRS 16
Grundstücken und Bauten	51.181
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.359
Lizenzen	9.282

Zum 31. Dezember 2020 bestehende Leasingverpflichtungen führen in folgenden Jahren zu Auszahlungen:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Bis 1 Jahr	12.477	7.573
1 bis 5 Jahre	38.333	22.320
Über 5 Jahre	47.369	19.160
GESAMT	98.179	49.053

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31. Dezember bestanden folgende künftige Zahlungsverpflichtungen:

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€
Andere sonstige Verpflichtungen	476.150	257.229

Der Konzern nimmt die im Standard IFRS 16 vorgesehenen Befreiungen für Leasingverträge, deren Laufzeit innerhalb von 12 Monaten ab dem Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung endet sowie die Befreiung für Leasingverträge, bei denen der zugrunde liegende Vermögenswert von geringem Wert ist, in Anspruch. Die Leasingverpflichtungen die durch Anwendungserleichterungen nicht in der Bilanz angesetzt wurden, betrugen zum 31. Dezember 2020 155 T€ (Vorjahr: 48 T€).

1&1 Drillisch hat im Rahmen der MBA MVNO-Vereinbarung mit Telefónica verbindlich für die Grundlaufzeit des Vertrages (Juli 2015 bis Juni 2020) Netzkapazität bestehend aus Datenvolumen sowie Voice- und SMS-Kontingenten erworben. Die erste Option zur Verlängerung des bis zum 30. Juni 2020 mit Telefónica laufenden MBA MVNO-Vertrages wurde am 30. Dezember 2019 ausgeübt, sodass der Vertrag bis zum 30. Juni 2025 weiterläuft. Die abzunehmende Kapazität beträgt 20 bis 30 Prozent der genutzten Kapazität des Telefónica Netzes. Zusätzlich hat Drillisch die Verpflichtung, für die Bestandskunden

unabhängig von der Netznutzung ein festes Kontingent abzunehmen. Die Zahlungen für die Dienstleistungskomponenten des Vertrages während des ersten Verlängerungszeitraumes belaufen sich jährlich auf einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag. Ein genauer Betrag kann nicht bestimmt werden, da die Zahlungen abhängig von verschiedenen vertraglichen Variablen sind. Unter anderem ist die Zahlungsverpflichtung abhängig von der künftigen tatsächlichen Nutzung aller Teilnehmer auf dem Telefónica Netz.

1&1 Drillisch hat am 5. September 2019 eine Vereinbarung mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) sowie dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) über den Bau von Mobilfunkstandorten in sogenannten „weißen Flecken“ geschlossen. Damit hilft 1&1 Drillisch, bestehende Versorgungslücken zu schließen, und leistet mit dem Bau der Antennenstandorte einen Beitrag zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung in ländlichen Regionen. Zum Bilanzstichtag bestehen somit vertragliche Verpflichtungen, die zu Investitionsausgaben in Folgejahren führen.

Investitionsausgaben, für die zum Bilanzstichtag vertragliche Verpflichtungen in Folgejahren bestehen, betragen 55.406 T€ (Vorjahr: 229.420 T€). Diese bestehen für Vermögenswerte des Sachanlagevermögens in Höhe von 55.399 T€ (Vorjahr: 64.164 T€) sowie für immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 7 T€ (Vorjahr: 165.256 T€). Zahlungsabflüsse werden im Wesentlichen in den Geschäftsjahren 2021 und 2022 erwartet.

Daneben resultieren aus einem Einkaufsvertrag Abnahmeverpflichtungen bis zum 31. Dezember 2022 in einer voraussichtlichen Bandbreite von 337,9 Mio. € und 349,4 Mio. €. Von diesen Abnahmeverpflichtungen werden Beträge in einer voraussichtlichen Bandbreite von 135,6 Mio. € bis 140,2 Mio. € bis zum 31. Dezember 2021 fällig.

Im Geschäftsjahr 2020 bestehen zusätzlich sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Liefer- und Leistungsbeziehungen in Höhe von ca. 82,7 Mio. € (Vorjahr: 27,8 Mio. €). Diese Verpflichtungen betreffen mit ca. 79,7 Mio. € Verpflichtungen aus Werbeverträgen, die bis zum Jahr 2025 in voraussichtlich gleichbleibenden Beträgen fällig werden.

47. Konzern-Kapitalflussrechnung

In den Nettoeinzahlungen der betrieblichen Tätigkeit sind im Geschäftsjahr 2020 Zinssauszahlungen in Höhe von 90 T€ (Vorjahr: 9.739 T€) und Zinseinzahlungen in Höhe von 1.125 T€ (Vorjahr: 842 T€) enthalten.

Bei den sonstigen nicht zahlungswirksamen Positionen handelt es sich im Wesentlichen um die außerplanmäßige Auflösung von abgegrenzten Vorauszahlungen für einen Vorleistungsvertrag in Höhe von 129,9 Mio. €.

Die Steuerauszahlungen für das Geschäftsjahr 2020 in Höhe von 150.755 T€ (Vorjahr: 187.973 T€) betreffen die laufende Körperschaftsteuer inklusive Solidaritätszuschlag sowie laufende Gewerbesteuer. Die Einzahlungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belaufen sich auf 23.445 T€ (Vorjahr: 33.253 T€).

Die Ersterfassung des 5G-Funkspektrums erfolgte im Vorjahr vor dem Hintergrund der Stundungs- und Ratenzahlung mit dem Bund bilanzverlängernd und somit zahlungsmittelneutral. Die für das Geschäftsjahr 2020 zu leistende Ratenzahlung in Höhe von 61.266

T€ (Vorjahr: 61.266 T€) wurde im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ausgewiesen. Die Bilanzierung von Leasingverhältnissen erfolgt bei Ersterfassung grundsätzlich zahlungsmittelneutral. Laufende Zahlungen beinhalten Zins- und Tilgungskomponenten. Letztere werden im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen.

Die Zahlungsausgänge im Zusammenhang mit Dividendenzahlungen belaufen sich wie im Vorjahr auf 8,8 Mio. € und werden im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen.

Hinsichtlich der Veränderung der Forderungen/Verbindlichkeiten mit nahestehenden Unternehmen sind Auszahlungen aus der kurzfristigen Anlage liquider Mittel in Höhe von 190 Mio. € (Vorjahr: 210 Mio. €) im Cashflow aus dem Investitionsbereich enthalten. Im Vorjahr enthielt der Cashflow aus dem Finanzierungsbereich die Auszahlungen aus der Darlehensrückzahlung in Höhe von 32 Mio. €. Hinsichtlich der Veränderung der sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten sind Auszahlungen in Höhe von 72 Mio. € (Vorjahr: 73 Mio. €) im Cashflow aus dem Finanzierungsbereich enthalten. Im Wesentlichen betreffen diese im Berichtsjahr 2020 die Auszahlungen für die Verbindlichkeiten aus 5G-Funkspektrum.

Die Zusammensetzung des Finanzmittelfonds entspricht dem Posten „Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente“ aus der Bilanz.

Die Veränderung der Verbindlichkeiten aus Finanzierungstätigkeit für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 stellt sich wie folgt dar:

	Frequenzen T€	Leasing/ Nutzungsrechte T€	Darlehen T€	Gesamt T€
Stand 1. Januar 2019	0	5.267	32.000	37.267
Erwerb Frequenzen	1.070.187	0	0	1.070.187
Tilgung (zahlungswirksam)	-61.266	-11.418	-32.000	-104.684
nicht zahlungswirksame Veränderungen	0	53.939	0	53.939
Stand 31. Dezember 2019	1.008.921	47.788	0	1.056.709

	Frequenzen T€	Leasing T€	Darlehen T€	Gesamt T€
Stand 1. Januar 2020	1.008.921	47.788	0	1.056.709
Tilgung (zahlungswirksam)	-61.266	-10.666	0	-71.932
nicht zahlungswirksame Veränderungen	0	61.056	0	61.056
Stand 31. Dezember 2020	947.655	98.178	0	1.045.833

48. Honorare des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr 2020 wurden im Konzernabschluss Honorare des Abschlussprüfers in Höhe von 1.269 T€ berechnet. Diese beziehen sich mit 1.068 T€ auf Abschlussprüfungen, mit 60 T€ auf andere Bestätigungsleistungen sowie mit 141 T€ auf Steuerberatungsleistungen. Die Abschlussprüfungsleistungen umfassen ausschließlich gesetzliche Pflichtprüfungen.

49. Ergebnis je Aktie

Zur Ermittlung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie gemäß IAS 33.9 ff. wird das Konzernergebnis durch den gewichteten Durchschnitt der im Umlauf befindlichen Stammaktien dividiert.

Zur Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie gemäß IAS 33.30 ff. wird das um die Nachsteuerwirkungen der in der Periode erfassten Zinsen im Zusammenhang mit potentiellen Stammaktien bereinigte Konzernergebnis durch den gewichteten Durchschnitt der im Umlauf befindlichen Stammaktien zuzüglich der gewichteten Anzahl an Stammaktien, welche nach der Umwandlung aller potentiellen Stammaktien mit Verwässerungseffekten in Stammaktien ausgegeben würden, dividiert.

50. Dividende je Aktie

Die Hauptversammlung der 1&1 Drillisch AG hat am 19. Mai 2020 dem Beschlussvorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat über die Zahlung einer Dividende in Höhe von 0,05 € je Aktie zugestimmt. Die Dividendenzahlung in einer Gesamthöhe von 8,8 Mio. € erfolgte am 20. Mai 2020.

Über die Verwendung eines Bilanzgewinns beschließt nach § 21 der Satzung der 1&1 Drillisch AG die Hauptversammlung. Für das Geschäftsjahr 2020 schlägt der Vorstand dem Aufsichtsrat eine Dividende wie folgt vor:

- » Zahlung einer Dividende von 0,05 € je Aktie. Dieser Vorschlag orientiert sich an der in § 254 Abs. 1 AktG vorgesehenen Mindestdividende. Ausgehend von 176,3 Mio. dividendenberechtigten Aktien ergäbe sich für das Geschäftsjahr 2020 damit eine Ausschüttungssumme von 8,8 Mio. €.

Über diesen Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 2020 beraten Vorstand und Aufsichtsrat in der Aufsichtsratssitzung am 24. März 2021.

Aus eigenen Aktien stehen der Gesellschaft gemäß § 71b AktG keine Rechte und damit auch keine anteilige Ausschüttung zu. Zum Datum der Unterzeichnung des Konzernabschlusses hält die 1&1 Drillisch Gruppe 500.000 Stück (Vorjahr: 500.000 Stück) eigene Aktien.

51. Erklärung nach § 161 AktG

Am 16. Dezember 2020 haben Vorstand und Aufsichtsrat der 1&1 Drillisch AG die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung abgegeben und auf der Website unter www.1und1-drillisch.de dauerhaft zugänglich gemacht.

52. Befreiung von der Pflicht zur Offenlegung der Jahresabschlüsse nach § 264 Abs. 3 HGB

Nachfolgende inländische Tochtergesellschaften in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft haben im Geschäftsjahr 2020 die gemäß § 264 Abs. 3 HGB erforderlichen Bedingungen für die Inanspruchnahme der Befreiungsvorschriften erfüllt:

- » 1&1 Telecommunication SE, Montabaur
- » 1&1 Telecom Holding GmbH, Montabaur
- » 1&1 Telecom Sales GmbH, Montabaur
- » 1&1 Telecom Service Montabaur GmbH, Montabaur
- » 1&1 Telecom Service Zweibrücken GmbH, Zweibrücken
- » 1&1 Logistik GmbH, Montabaur
- » 1&1 Telecom GmbH, Montabaur
- » Drillisch Online GmbH, Maintal
- » IQ-optimize Software AG, Maintal
- » Drillisch Netz AG, Düsseldorf
- » Blitz 17-665 SE, Maintal
- » Blitz 17-666 SE, Maintal

53. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

In 2021 wurde eine Rahmenvereinbarung mit der 1&1 Versatel über den Bezug von FTTH-/VDSL-Vorleistungen geschlossen. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit von zehn Jahren und soll die Zahl der für 1&1 Drillisch zugänglichen FTTH-Anschlüsse deutlich erhöhen.

Am 15. Februar 2021 hat 1&1 Drillisch das von der Telefónica unterbreitete verbesserte Angebot zum National Roaming angenommen. Das Angebot hat ebenfalls Wirkung auf die unter dem MBA MVNO-Vertrag berechneten Preise seit Juli 2020, wodurch sich im Geschäftsjahr 2021 voraussichtlich ein periodenfremder Ertrag in Höhe von ca. 34,4 Mio. € ergeben wird.

Maintal, den 19. März 2021

1&1 Drillisch Aktiengesellschaft



Ralph Dommermuth



Markus Huhn



Alessandro Nava

ENTWICKLUNG DER IMMATERIELLEN VERMÖGENSWERTE UND SACHANLAGEN

im Geschäftsjahr 2020 und 2019 in T€

2020

Anschaffungs- und Herstellungskosten

	01.01.2020 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	Abgänge aus Konzernkreis- veränderung €	31.12.2020 €
Immaterielle Vermögenswerte						
zugekaufte Software und Lizenzen	158.772	8.267	30.523	2.020	0	138.536
Konzessionsähnliche Rechte	0	165.000	0	0	0	165.000
Selbsterstellte Software	8.369	9.893	0	0	0	18.262
Funkspektrum	1.070.187	0	0	0	0	1.070.187
Marke	56.300	0	0	0	0	56.300
Kundenstamm	776.975	0	0	0	0	776.975
Lizenzen Leasing IFRS 16	0	9.282	0	0	0	9.282
Geleistete Anzahlungen	3.228	1.976	0	-2.068	0	3.136
Firmenwerte	2.932.943	0	0	0	0	2.932.943
Summe (I)	5.006.774	194.418	30.523	-48	0	5.170.621
Sachanlagen						
Grundstücke und Bauten	302	0	0	0	0	302
Grundstücke aus Leasing IFRS 16	54.151	52.540	792	0	0	105.899
Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.822	16.800	4.265	1.825	312	41.870
Geleistete Anzahlungen	2.478	5.310	0	-1.777	0	6.011
Summe (II)	84.753	74.650	5.057	48	312	154.082
SUMME TOTAL	5.091.527	269.068	35.580	0	312	5.324.703

2019

Anschaffungs- und Herstellungskosten

	01.01.2019 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	Abgänge aus Konzernkreis- veränderung €	31.12.2019 €
Immaterielle Vermögenswerte						
zugekaufte Software und Lizenzen	152.749	5.101	4	926	0	158.772
Selbsterstellte Software	3.094	5.275	0	0	0	8.369
Funkspektrum	0	1.070.187	0	0	0	1.070.187
Marke	56.300	0	0	0	0	56.300
Kundenstamm	776.975	0	0	0	0	776.975
Geleistete Anzahlungen	1.789	2.557	192	-926	0	3.228
Firmenwerte	2.932.943	0	0	0	0	2.932.943
Summe (I)	3.923.850	1.083.120	196	0	0	5.006.774
Sachanlagen						
Grundstücke und Bauten	111	185	0	6	0	302
Nutzungsrechte	0	55.188	1.037	0	0	54.151
Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.414	5.111	1.859	156	0	27.822
Geleistete Anzahlungen	417	2.223	0	-162	0	2.478
Summe (II)	24.942	62.707	2.896	0	0	84.753
SUMME TOTAL	3.948.792	1.145.827	3.092	0	0	5.091.527

	Aufgelaufene Abschreibungen					Nettobuchwerte		
	01.01.2020 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	Abgänge aus Konzernkreis- veränderung €	31.12.2020 €	31.12.2019 €	31.12.2020 €
	129.171	24.080	30.523	0	0	122.728	29.601	15.808
	0	16.500	0	0	0	16.500	0	148.500
	1.652	2.158	0	0	0	3.810	6.717	14.452
	0	0	0	0	0	0	1.070.187	1.070.187
	0	0	0	0	0	0	56.300	56.300
	256.968	95.742	0	0	0	352.710	520.007	424.265
	0	1.326	0	0	0	1.326	0	7.956
	13	0	0	0	0	13	3.215	3.123
	0	0	0	0	0	0	2.932.943	2.932.943
	387.803	139.806	30.523	0	0	497.086	4.618.970	4.673.534
	95	17	0	0	0	111	207	191
	6.470	10.176	286	0	0	16.360	47.681	89.539
	13.692	5.397	4.124	0	154	14.811	14.130	27.059
	0	0	0	0	0	0	2.478	6.011
	20.257	15.590	4.410	0	154	31.282	64.496	122.800
	408.060	155.395	34.933	0	154	528.368	4.683.466	4.796.334

	Aufgelaufene Abschreibungen					Nettobuchwerte		
	01.01.2019 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	Abgänge aus Konzernkreis- veränderung €	31.12.2019 €	31.12.2018 €	31.12.2019 €
	82.536	46.640	0	-5	0	129.171	70.214	29.601
	322	1.330	0	0	0	1.652	2.772	6.717
	0	0	0	0	0	0	0	1.070.187
	0	0	0	0	0	0	56.300	56.300
	161.226	95.742	0	0	0	256.968	615.749	520.007
	8	0	0	5	0	13	1.781	3.215
	0	0	0	0	0	0	2.932.943	2.932.943
	244.091	143.712	0	0	0	387.803	3.679.759	4.618.970
	86	9	0	0	0	95	25	207
	0	6.525	55	0	0	6.470	0	47.681
	10.597	4.769	1.674	0	0	13.692	13.817	14.130
	0	0	0	0	0	0	417	2.478
	10.683	11.303	1.729	0	0	20.257	14.259	64.496
	254.774	155.014	1.729	0	0	408.060	3.694.019	4.683.466

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER (BILANZEID)

- 186 Versicherung der gesetzlichen Vertreter (Bilanzzeit)
- 187 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER (BILANZEID)

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Bericht über die Lage der Gesellschaft sowie des Konzerns der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Maintal, den 19. März 2021

Der Vorstand



Ralph Dommermuth



Markus Huhn



Alessandro Nava

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die 1&1 Drillisch Aktiengesellschaft

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der 1&1 Drillisch Aktiengesellschaft, Maintal, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2020, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns der 1&1 Drillisch Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft. Die auf der im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns angegebenen Internetseite veröffentlichte Konzernerklärung zur Unternehmensführung, die Bestandteil des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- » entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- » vermittelt der beigefügte Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Werthaltigkeit der Firmenwerte

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die im Konzernabschluss der 1&1 Drillisch Aktiengesellschaft ausgewiesenen Firmenwerte belaufen sich auf 44 % der Bilanzsumme. Ein Werthaltigkeitstest (Impairment Test) der Firmenwerte erfolgt mindestens einmal im Geschäftsjahr. Der Werthaltigkeitstest umfasst eine Bewertung der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, der der jeweilige Firmenwert zuzuordnen ist, und basiert regelmäßig auf einem Barwert künftiger Zahlungsströme der zahlungsmittelgenerierenden Einheit. Die Zahlungsströme basieren auf Budgets der Gesellschaft für das kommende Geschäftsjahr, welche von der Ge-

sellschaft auf Basis von internen Annahmen sowie externen Marktstudien extrapoliert und nach dem Detailplanungszeitraum sowie einer anschließenden Interimsphase mit einer langfristigen Wachstumsrate fortgeschrieben werden. Vor dem Hintergrund der Größenordnung der Firmenwerte, der zugrundeliegenden Komplexität der Bewertung sowie der im Rahmen der Bewertung vorhandenen Ermessensspielräume war der Wertminderungstest für Firmenwerte im Rahmen unserer Prüfung einer der bedeutsamsten Prüfungssachverhalte.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben die Bewertungen des von den gesetzlichen Vertretern hinzugezogenen externen Gutachters auf Basis der konzeptionellen Anforderungen des IAS 36 sowie die Berechnungen in dem zugrundeliegenden Bewertungsmodell methodisch und mathematisch nachvollzogen. In diesem Zusammenhang haben wir auch die Kompetenz, Fähigkeiten und Objektivität des Gutachters beurteilt, uns ein Verständnis von der Tätigkeit des Gutachters verschafft und die Eignung des Gutachtens, welches zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte in Auftrag gegeben wurde, gewürdigt. Der Schwerpunkt unserer Prüfung lag auf der Auseinandersetzung mit den bei der Bewertung zugrunde gelegten zentralen Annahmen, wie Planungsprämissen und Diskontierungssätzen.

Wir haben die Finanzplanungen unter Berücksichtigung der Planungstreue vergangener Planungsrechnungen gewürdigt und nachvollzogen, dass die zentralen Annahmen plausibel abgeleitet wurden. Annahmen zu den zukünftigen Zahlungsströmen wurden durch die Einholung von unterstützenden Nachweisen sowie durch Befragungen im Hinblick auf die wesentlichen Annahmen zu Wachstum und Geschäftsverlauf beurteilt. Die sonstigen wesentlichen Annahmen, wie z. B. der Diskontierungssatz und die langfristige Wachstumsrate wurden unter Einbindung von internen Bewertungsexperten und auf Basis eigener Analysen der allgemeinen Marktindikatoren beurteilt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Werthaltigkeitsbeurteilung der Firmenwerte durch die gesetzlichen Vertreter ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben der Gesellschaft zu der Werthaltigkeit der Firmenwerte sind in Textziffer 27 „Firmenwert und Wertminderung des Firmenwertes und der immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer sowie derzeit noch nicht nutzbare immaterielle Vermögenswerte (Funkspektrum)“ des Konzernanhangs enthalten.

2. Umsatzrealisierung

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Erfassung und Abgrenzung der Umsatzerlöse im Massenkundengeschäft der Konzerngesellschaften erfolgt weitestgehend automatisiert und einheitlich durch die Verwendung spezieller auf die Umsatzrealisierung zugeschnittener IT-Systeme, die aufgrund der weitreichenden Verzweigungen und Abhängigkeiten untereinander im Aufbau eine hohe Komplexität aufweisen. Aufgrund der in den IT-Systemen implementierten Logiken haben Anpassungen, bspw. aufgrund von Tarifänderungen oder der Implementierung neuer Produkte, die in einzelnen IT-Systemen vorgenommen werden, eine unmittelbare Auswirkung auf den gesamten Prozess der Umsatzrealisierung. Zusätzlich werden manuelle Buchungen vorgenommen, welche mit einem höheren inhärenten Fehlerrisiko versehen sind. Im Zuge der Umsatzrealisierung nach IFRS 15 werden Annahmen getroffen und Schätzungen insbesondere im Zusammenhang mit der Bestimmung der Einzelveräußerungspreise für die Hardware vorgenommen, sodass die Umsatzrealisierung im Rahmen unserer Prüfung einer der bedeutsamsten Prüfungssachverhalte war.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfungshandlungen haben wir unter Einbindung von internen IT Spezialisten den Aufbau und die Wirksamkeit des vom Konzern eingerichteten Kontrollsystems bezüglich der für die Umsatzrealisierung relevanten IT-Systeme beurteilt. Dabei wurden IT-Systeme und Schnittstellen getestet sowie die Abbildung und Verarbeitung der Geschäftsprozesse nachvollzogen. Entsprechende generelle IT Kontrollen sowie relevante IT-Applikationskontrollen sowie manuelle Kontrollen wurden getestet. Insbesondere die Aufteilung des Transaktionsentgelts auf einzelne Leistungsverpflichtungen auf Basis der relativen Einzelveräußerungspreise, haben wir anhand von Marktdaten nachvollzogen. Im Rahmen der Neuanlage und Änderung von Tarifen und Produkten haben wir den Prozess zur Bestimmung der Einzelveräußerungspreise für die Hardware und den Service sowie die damit verbundenen Ermessensentscheidungen der gesetzlichen Vertreter im Hinblick auf die Vorgaben nach IFRS 15 beurteilt. Das Fehlerrisiko aus der Vornahme manueller Buchungen wurde darüber hinaus durch aussagebezogene, insbesondere analytische Prüfungshandlungen unter Verwendung von internen Datenanalysetools berücksichtigt. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die Entwicklung der Umsatzerlöse im Jahresverlauf, die zugrundeliegenden Buchungsmuster, die Buchungsverantwortlichen sowie das Verhältnis der Umsatzerlöse zu ausgewählten Konten (z.B. Materialaufwand) sowie nichtfinanziellen Größen (z.B. Vertragsabschlüsse und Kündigungen) analysiert.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Umsatzrealisierung ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben der Gesellschaft zu den Umsatzerlösen sind in Textziffer 4 „Umsatzerlöse/ Segmentberichterstattung“ sowie in Textziffer 2.1 „Erläuterung wesentlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Konzernanhangs enthalten.

3. Erfassung von Vertragsanbahnungs- und Vertragserfüllungskosten**Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt**

Sind die Ansatzvoraussetzungen erfüllt, werden Vertragskosten aktiviert und über die geschätzte Nutzungsdauer amortisiert. Für die Ermittlung und Fortschreibung der zu aktivierenden Kosten sowie die Beurteilung der Werthaltigkeit bestehen entsprechende Buchungslogiken und Prozesse. Zudem werden bezüglich der Amortisationsdauern Annahmen getroffen und Schätzungen vorgenommen, sodass die Erfassung von Vertragsanbahnungs- und Vertragserfüllungskosten im Rahmen unserer Prüfung einer der bedeutsamsten Prüfungssachverhalte war.

Prüferisches Vorgehen

Ausgehend von der Kostenerfassung haben wir den Prozess zur Identifizierung der zu aktivierenden Kosten sowie die Weiterverarbeitung der entsprechenden Daten gewürdigt. Zudem haben wir auf Basis von Stichproben beurteilt, ob die Kriterien nach IFRS 15 für die Aktivierung von Vertragsanbahnungs- und Vertragserfüllungskosten erfüllt sind, insbesondere ob die aktivierten Vertragsanbahnungskosten inkrementellen Charakter haben. Ferner haben wir stichprobenhaft die Bewertung der Vertragskosten durch Abgleich mit den zugrundeliegenden Abrechnungen nachvollzogen. Die Aktivierung und die Fortschreibung der Vertragsanbahnungs- und Vertragserfüllungskosten im Zeitablauf haben wir zudem anhand analytischer Prüfungshandlungen beurteilt. Zugrunde liegende Annahmen und Schätzungen zur Amortisationsdauer haben wir anhand von historischen Kundendaten gewürdigt. Darüber hinaus haben wir die Logik des in Bezug auf die aktivierten Vertragsanbahnungs- und Vertragserfüllungskosten durchgeführten Werthaltigkeitstests auf Basis der Vorgaben nach IFRS 15 gewürdigt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Erfassung von Vertragsanbahnungs- und Vertragserfüllungskosten ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben der Gesellschaft zu den Vertragsanbahnungs- und Vertragserfüllungskosten sind in Textziffer 21 „Kurzfristige abgegrenzte Aufwendungen“ und Textziffer 28 „Langfristige abgegrenzte Aufwendungen“ sowie in Textziffer 2.1 „Erläuterung wesentlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Konzernanhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die oben genannte Erklärung zur Unternehmensführung, ferner folgende weitere, für den Geschäftsbericht vorgesehene Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben, insbesondere:

- » den „Bilanzeid“ gemäß § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB und die „Versicherung nach § 315 Abs. 1 Satz 5 HGB zum Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns“,
- » den Bericht des Aufsichtsrats nach § 171 Abs. 2 AktG,
- » den Corporate Governance-Bericht nach Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex,
- » den Abschnitt „Brief an die Aktionäre“,
- » den nichtfinanziellen Konzernbericht,

aber nicht den Konzernabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Angaben des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- » wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- » anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- » identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- » gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben;
- » beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;

- » ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- » beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt;
- » holen wir ausreichende, geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile;
- » beurteilen wir den Einklang des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns;
- » führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns nach § 317 Abs. 3b HGB

Prüfungsurteil

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3b HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der beigefügten Datei 5299003VKVDCUPSS5X23-2020-12-31.zip enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen. Nach diesen Vorschriften erstreckt sich unsere Prüfung zudem nicht auf die von der Gesellschaft freiwillig vorgenommenen Auszeichnungen der einzelnen Konzernanhangangaben.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten beigefügten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung

des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Konzernabschluss und zum beigefügten Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab. Wir geben zudem kein Prüfungsurteil zu den von der Gesellschaft freiwillig vorgenommenen Auszeichnungen der einzelnen Konzernanhangangaben ab.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten beigefügten Datei enthaltenen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3b HGB unter Beachtung des Entwurfs des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3b HGB (IDW EPS 410) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt „Verantwortung des Konzernabschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen“ weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen an das Qualitätssicherungssystem des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) angewendet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB und für die Auszeichnung des Konzernabschlusses nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 2 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind zudem verantwortlich für die Einreichung der ESEF-Unterlagen zusammen mit dem Bestätigungsvermerk und dem beigefügten geprüften Konzernabschluss und geprüften Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie weiteren offenzulegenden Unterlagen beim Betreiber des Bundesanzeigers.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- » identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen;
- » gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben;
- » beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d.h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt;
- » beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Konzernabschlusses und des geprüften Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns ermöglichen;
- » beurteilen wir, ob die Auszeichnung der ESEF-Unterlagen mit Inline XBRL-Technologie (iXBRL) eine angemessene und vollständige maschinenlesbare XBRL-Kopie der XHTML-Wiedergabe ermöglicht.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 19. Mai 2020 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 13. August 2020 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2018 als Konzernabschlussprüfer der 1&1 Drillisch Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Jens Kemmerich

Eschborn / Frankfurt am Main, 23. März 2021

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Kemmerich
Wirtschaftsprüfer

Eichenauer
Wirtschaftsprüfer

INVESTOR RELATIONS CORNER

202	Investor Relations
202	Kursentwicklung
203	Aktuelle Analysen
203	Aktionärsstruktur

INVESTOR RELATIONS, KURSENTWICKLUNG

1. Investor Relations

Die Kapitalmarktkommunikation der 1&1 Drillisch AG folgt dem Fair Disclosure, d. h. alle Aktionäre und Interessenten werden über alle wichtigen Entwicklungen gleichzeitig und gleichwertig informiert. Die kontinuierliche Arbeit lässt sich für alle Anlegergruppen gleichermaßen auf unserer Investor Relations Homepage nachvollziehen, auf der alle relevanten Berichte und Publikationen eingesehen werden können. Viele Interessenten nutzen zudem auch die persönliche Kontaktaufnahme via Mail und/oder Telefon.

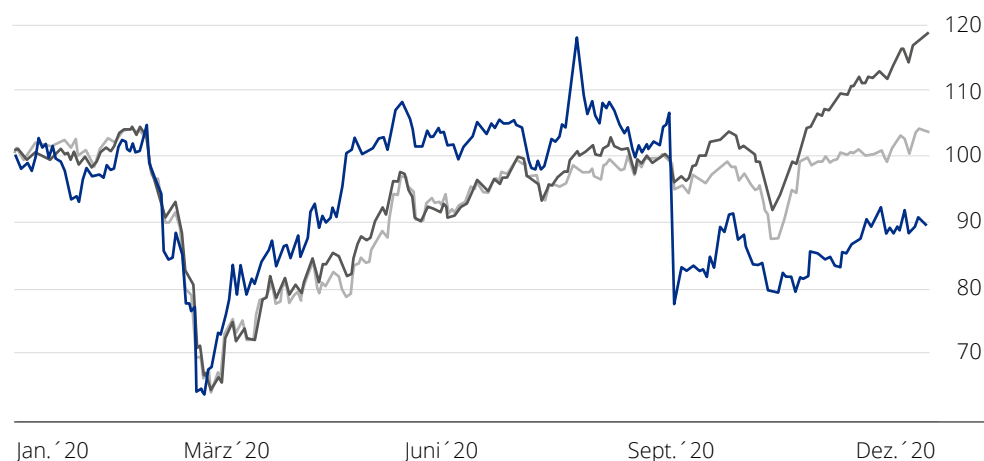
2. Kursentwicklung an der Börse

	Jahresschluss 2019	Jahresschluss 2020	Veränderung in %
1&1 Drillisch	€22,88	€20,44	- 10,66
DAX	13.249,01	13.718,78	+ 3,55
MDAX	28.312,80	30.796,26	+ 8,77
SDAX	12.511,89	14.764,89	+ 18,01
TecDAX	3.014,94	3.212,77	+ 6,56

Wertentwicklung der 1&1 Drillisch Aktie im Vergleich zum DAX und SDAX*

■ 1&1 Drillisch
■ SDAX
■ DAX

Entwicklung des Aktienkurses 2020, indexiert



* Indizes und 1&1 Drillisch-Aktie zeigen hier die um Dividenden bereinigte Performance

AKTUELLE ANALYSEN, AKTIONÄRSSTRUKTUR

3. Aktuelle Analysteneinschätzungen (Stand 02. März 2021)

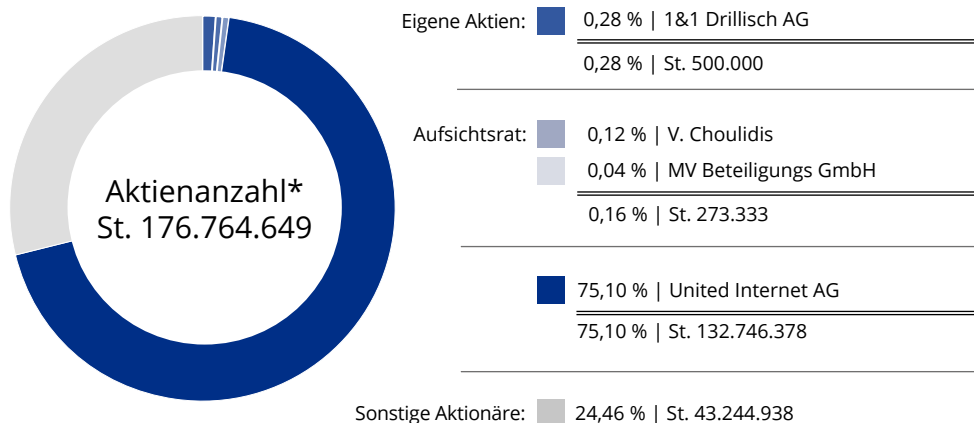
Mit einer guten strategischen Positionierung am deutschen Telekommunikationsmarkt wird die 1&1 Drillisch-Aktie am Kapitalmarkt insgesamt als aussichtsreich beurteilt.

Analyse	Votum	Kursziel	Datum
Warburg	Kaufen	€44,00	23. Februar 2021
Kepler	Halten	€24,00	22. Februar 2021
Barclays	Kaufen	€29,00	16. Februar 2021
Berenberg	Kaufen	€40,00	16. Februar 2021
Newstreet	Kaufen	€29,00	16. Februar 2021
Warburg	Kaufen	€39,00	16. Februar 2021

Einen aktuellen Überblick über die Empfehlungen der Analysten findet man auf der IR-Homepage der 1&1 Drillisch AG.

www.1und1-drillisch.de/investor-relations/analysen

4. Aktionärsstruktur (Stand 02. März 2021)



Streubesitz gem. Regelwerk Dt. Börse 24,62 %.

* Gemäß zuletzt veröffentlichten Stimmrechtsmeldungen

Quelle: www.1und1-drillisch.de/investor-relations/aktionarsstruktur

SONSTIGES

206	Glossar
210	Veröffentlichungen
210	Informations- und Bestellservice
210	Finanzkalender
210	Ansprechpartner
211	Impressum
212	Marken der 1&1 Drillisch AG

GLOSSAR

3G

Kurzbezeichnung für den Mobilfunkstandard der dritten Generation oder auch → UMTS. Als erste Generation werden die analogen A-, B- und C-Netze (bis Ende 2000) bezeichnet; der ab 1992 eingeführte, digitale GSM-Standard gilt als die 2. Generation. Die Abschaltung der 3G-Netze ist teils bereits für 2021 vorgesehen, um Platz für schnellere Technologien zu schaffen.

4G

4G - Nachfolger von → UMTS. (siehe auch → LTE)

5G

Mobilfunkstandard der fünften Generation, der als Nachfolger von → 4G seit 2020 in ausgewählten Großstädten verfügbar ist und Datenübertragungsraten von bis zu 10 GBit/s ermöglicht.

5G-Antenne

Vorrichtung zum Senden und Empfangen von 5G-Frequenzen. Sie befindet sich in einem Gehäuse am Sendemast und besteht aus bis zu 64 einzelnen Antennen (sogenannten Multibeam), die individuell zu steuern sind und so sehr hohe Übertragungsleistungen bieten. Diese Technik nennt sich „Massive Multiple Input, Multiple Output“, kurz „Massive MIMO“.

ADSL (=Asymmetric Digital Subscriber Line)

ADSL ist die in Deutschland am weitesten verbreitete DSL-Variante und wird landläufig als DSL bezeichnet. ADSL wird über die bestehende Telefonleitung (Teilnehmeranschlussleitung) realisiert.

Aktiengesetz

Das Aktiengesetz (AktG) regelt die Gestaltung und die Organe von Aktiengesellschaften wie zum Beispiel Aufsichtsrat, Vorstand sowie Aktionärsrechte.

Aktienindex

Der Aktienindex bietet umfassende Informationen über die Kursentwicklung an den Aktienmärkten. Ein Beispiel für den deutschen Aktienmarkt ist der Deutsche Aktienindex (DAX), in dessen Berechnung Kursveränderungen und auch Dividendenzahlungen einfließen.

Apps

Das Schlagwort Apps (von Application = Anwendung, auch: mobile App) bezeichnet kleine Software-Programme für mobile Endgeräte, wie → Smartphones oder → Tablet-Computer. Das Angebot reicht von einfachsten Werkzeugen und Spaßanwendungen mit nur einer Funktion bis hin zu Programmpaketen mit umfangreicher Funktionalität.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat ist für die Überwachung der Geschäftsführung der Kapitalgesellschaft zuständig und besteht in Aktiengesellschaften aus mindestens drei Mitgliedern, die nicht dem Vorstand angehören dürfen. Er wird von der Hauptversammlung gewählt.

ARPU

(Abk. für Average Revenue per User) Gibt den durchschnittlichen Umsatz pro Kunde an.

Bandbreite

Die Bandbreite ist der Frequenzbereich, in dem elektrische Signale übertragen werden. Jeder Übertragungskanal besitzt eine untere (1) und eine obere (2) Grenzfrequenz. Die Einheit der Bandbreite ($B = 2 \cdot 1$) ist die der Frequenz in Hertz (Hz). Je höher die Bandbreite, desto mehr Daten können parallel übertragen werden. BNetzA (Abk. für Bundesnetzagentur) Oberste deutsche Regulierungsbehörde – zuständig für den Wettbewerb auf den fünf Netzmärkten Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnverkehr. Neben der Moderation von Schlichtungsverfahren zählt auch die Vergabe von Mobilfunkfrequenzen zu ihren Aufgaben.

Campusnetz

Exklusives Mobilfunknetz für ein definiertes lokales Firmengelände. Die Bundesnetzagentur vergibt für den Aufbau von Campusnetzen eigene 5G-Frequenzen an Industrieunternehmen.

Cash Flow

(engl. Geldfluss, Kassenzufluss) Nettozufluss aller liquiden Mittel, die aus der Umsatztätigkeit und sonstigen laufenden Tätigkeiten während einer Periode erzielt wurden.

Cloud

(engl. Wolke) Ein Netzwerk aus einer Vielzahl an Servern, die global miteinander verbunden sind. Dient unter anderem dazu, Daten zu speichern oder zu verwalten. Statt auf Daten und Dateien auf einem lokalen Computer zuzugreifen, können Inhalte in der Cloud von jedem internetfähigen Endgerät aus erreicht werden. So hat man beispielsweise auch mobil Zugriff auf seine Daten.

Cloud Computing

Internetbasierter Service, welcher die Auslagerung von IT Infrastruktur und Dienstleistungen zu externen Anbietern ermöglicht. Diese werden nicht mehr lokal vorgehalten, sondern angemietet. Die Dienste können somit jederzeit und überall genutzt werden.

Corporate Governance

(engl. Corporate: gemeinschaftlich; Governance: regieren, führen) Bezeichnet Leitlinien (Verhaltenskodex) für eine gute Unternehmensführung.

Credit-Kunde

Kunde mit einem von 1&1 Drillisch gestalteten Tarif, der einmal monatlich im eigenen Billingsystem abgerechnet wird.

Debit-Kunde

Kunde, der gemäß einem Netzbetreiber-Prepaid-Tarif im Netzbetreiber-System abgerechnet wird, was ein dort zuvor aufgeladenes Guthaben voraussetzt.

Directors' Dealings

Von Vorstand oder Aufsichtsrat getätigte Aktientransaktionen bzw. entsprechende Bestandsmeldungen.

DCF

(Abk. für Discounted Cash Flow) Eine DCF-Analyse basiert auf der Summe aller für die Zukunft prognostizierten → Cash Flows und diskontiert diese auf den Gegenwartswert ab.

Dividende

Die Dividende ist der Gewinn, der anteilig für eine Aktie von der Aktiengesellschaft ausgeschüttet wird. Über die Dividendenhöhe und ihre Auszahlung entscheidet die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft.

EBIT

(Abk. für Earnings before Interest and Taxes) Bezeichnet das Ergebnis vor Zinsen und Steuern.

EBITDA

(Abk. für Earnings before Interest, Taxes, Depreciation and Amortisation) Wichtigste Kenngröße, die das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen angibt.

EDGE

(Abk. für Enhanced Data Rates for GSM Evolution) Durch dieses spezielle Modulationsverfahren wird die Übertragungsgeschwindigkeit in → GSM-Mobilfunknetzen auf bis zu 473 kbit/s erhöht (zum Vergleich: GPRS 171,2 kbit/s).

E-Health

(Abk. für Electronic Health) Sammelbegriff für den Einsatz digitaler Technologien im Gesundheitswesen. Hier kommen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zum Einsatz, die der Vorbeugung, Diagnose, Behandlung, Überwachung und Verwaltung dienen. 5G gilt als Treiber dieser Entwicklungen.

EPG

Electronic Program Guide

Emittent

Ein Emittent ist der Herausgeber von Wertpapieren.

Ergebnis pro Aktie

Diese Kennzahl gibt den Teil des erwirtschafteten Konzernüberschusses bzw. -Fehlbetrages an, der auf eine einzelne Aktie entfällt. Die Kennzahl wird errechnet, indem man das Jahresergebnis (Konzern-Überschuss/-Fehlbetrag) durch den gewichteten Durchschnitt der emittierten Aktienzahl teilt.

Free Float

(engl. freier Fluss, dt. Streubesitz) Anzahl oder Anteil der Aktien, die sich nicht im Besitz strategischer Investoren befinden, sondern an der Börse frei handelbar sind.

Frequenz

Anzahl an Wiederholungen pro Zeiteinheit bei einem periodischen Vorgang. In der Telekommunikationstechnik finden diese Wiederholungen in Form von Funkwellen statt und werden in der Einheit Hertz (Hz) gemessen.

Frequenzauktion

Verfahren, über das die Bundesnetzagentur die Lizenzen für die Nutzung von Frequenzbereichen an Mobilfunkanbieter vergibt. Die Versteigerung der Frequenzen endet mit dem letzten Gebot der teilnehmenden Unternehmen. Die 5G-Auktion 2019 dauerte historisch lange drei Monate und spielte dem Staat insgesamt 6,5 Mrd. Euro ein.

Frequenzspektrum

Die Gesamtheit verschiedener Frequenzen innerhalb eines Signals.

Funkzelle

Eine Funkzelle ist der Bereich, in dem das von einer Sendeeinrichtung eines Mobilfunknetzes gesendete Signal empfangen und fehlerfrei decodiert werden kann.

GHz

(Abk. für Gigahertz) Mit Hertz wird die Anzahl sich wiederholender Vorgänge pro Sekunde in einem periodischen Signal angegeben. Ein Kilohertz (kHz) entspricht 1.000 Hertz, ein Megahertz (MHz) 1.000.000 Hertz und ein Gigahertz 1.000.000.000 Hertz. Die Frequenzen, die für 5G genutzt werden und 2019 in der Frequenzauktion versteigert wurden, liegen im Bereich 3,6 GHz.

Glasfaser / FTTH (Fiber-to-the-Home)

Die Anbindung an Glasfaser bietet die aktuell höchsten Übertragungsraten von bis zu 100 GBit/s und ist somit die Grundlage für den Erfolg des neuen Mobilfunkstandards 5G. Die Daten werden mittels Lichtteilchen (Photonen) übertragen. Im Gegensatz zu Kupferkabeln, die elektrische Impulse zur Datenübertragung benötigen, gibt es keine entfernungs- oder witterungsbedingten Signalverluste.

g-paid

Virtuelles Cash-Karten-System, das eine sichere Verteilung von Freischaltcodes für das Aufladen von → Prepaid-Karten (z.B. im Mobilfunk, für Online-Bezahlungssysteme) gewährleistet.

GPRS

(Abk. für General Packet Radio Service) Technik für höhere Datenübertragungsraten in GSM-Netzen (bis zu 171,2 kbit/s).

GSM

(Abk. für Global System for Mobile Communications) Pan-europäischer Standard im 900- und 1.800-MHz-Bereich für digitalen Mobilfunk.

HSDPA

(Abk. für Highspeed Downlink Packet Access) Innerhalb des Mobilfunkstandards → UMTS ermöglicht dieses spezielle Übertragungsverfahren die Datenrate zwischen Telekommunikationsnetz und Endgerät (Downlink) auf bis zu 7,2 Mbit/s zu erhöhen.

HSUPA

(Abk. für Highspeed Uplink Packet Access) Innerhalb des Mobilfunkstandards UMTS ermöglicht dieses Übertragungsverfahren die Datenrate zwischen Endgerät und Telekommunikationsnetz (Uplink) auf bis zu 5,8 Mbit/s zu erhöhen.

IFRS

(Abk. für International Financial Reporting Standards) Sammlung internationaler Regelungen für die Rechnungslegung.

IoT

(Abk. für Internet of Things) Sammelbegriff für die zunehmende physische und virtuelle Vernetzung von Gegenständen mit dem Internet. Alltagsgegenstände, Objekte oder Maschinen werden mit Prozessoren und Sensoren ausgestattet und können so via IP-Netz miteinander kommunizieren. Insbesondere in der Industrie ist die Vernetzung intelligenter Maschinen ein essentieller Treiber der digitalen Transformation (Industrie 4.0). 5G gilt als Schlüssel zu den Zukunftstechnologien im Bereich IoT.

IPTV

(Abk. für International Protocol Television) Übertragung von Fernsehprogrammen über eine Internetverbindung.

Konzern-Kapitalflussrechnung
(auch Cashflow-Rechnung)

Die Konzern-Kapitalflussrechnung ist der liquiditätsorientierte Teil des Rechnungswesens. Es handelt sich hierbei um die wertmäßige Ermittlung von Zahlungsströmen innerhalb eines Geschäftsjahres, untergliedert in Bestandteile aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitions- sowie Finanzierungstätigkeit. Hierzu werden Einzahlungen und Auszahlungen in der jeweiligen Berichtsperiode einander gegenübergestellt und damit die Veränderung des Bestands an liquiden Mitteln hergeleitet und erklärt.

Latenz

Verweildauer von Daten innerhalb eines Netzwerks – die Zeit, die ein Datenpaket benötigt, um vom Sender bis zum Empfänger zu gelangen. Während 4G eine Latenz von ca. 60 Millisekunden hat, bietet 5G eine Latenzzeit von unter einer Millisekunde.

LTE

Der Begriff LTE (Long Term Evolution) steht für die international abgestimmte Weiterentwicklung der bestehenden Mobilfunktechnik und bietet höhere Datenraten als GSM oder UMTS. LTE wird dabei noch der 3. Mobilfunkgeneration zugeordnet und hat die chronologische Bezeichnung 3.9G. Erst die Weiterentwicklung LTE-Advanced wird mit 4G bezeichnet. Ähnlich wie bei den anderen Mobilfunkgenerationen sind zum Betrieb ein Netz aus Basisstationen, die eine bestimmte Fläche versorgen, sowie entsprechend kompatible Endgeräte notwendig.

(Quelle: http://emf2.bundesnetzagentur.de/tech_lte.html)

MBA MVNO

(Abk. für Mobile Bitstream Access Mobile Virtual Network operator) Ein MBA MVNO ist eine Telefongesellschaft vergleichbar einem MVNO (siehe MVNO), hat aber im Unterschied zu einem MVNO eine Verpflichtung zur Abnahme von Netzkapazität (%-Anteil der genutzten Netzkapazität eines Netzbetreibers) vereinbart. Ein MBA MVNO agiert auf Augenhöhe mit dem Netzbetreiber und hat den unbegrenzten Zugriff auf alle gegenwärtigen und zukünftigen Technologien.

MIMO

(Abk. für Multiple Input, Multiple Output) Übertragungsverfahren für die Kommunikation mehrerer Antennen bei Sendern und Empfängern. MIMO setzt eine intelligente Antennentechnik ein, die verfügbare Antennen kombiniert, um potenzielle Fehler bei Datenübertragungen zu minimieren und die Übertragungsgeschwindigkeiten zu optimieren. 5G verwendet Massive MIMO, das den Anbietern hilft, ihre Netzwerke auf die Unterstützung höherer Datenmengen vorzubereiten.

Mobilfunk-Discounter

Anbieter von sehr günstigen Mobilfunktarifen ohne Gerätesubventionen zu transparenten Konditionen. In der Regel ohne Grundgebühr, Mindestumsatz und Vertragslaufzeit.

Mobilfunk-Service-Provider (MSP)

Private Telefongesellschaft ohne eigenes Mobilfunk-Netz, die in eigenem Namen und auf eigene Rechnung Mobilfunk-Dienstleistungen, → SIM-Karten und Mobilfunk-Endgeräte sowie Mehrwertdienste (z.B. → SMS, SMS Premium, → MMS) vertreibt.

Mobile Payment

Beim mobilen Bezahlen (auch: M-Payment) erfolgt zumindest auf der Seite des Zahlungspflichtigen die Initiierung, Autorisierung oder Realisierung der Zahlung durch ein mobiles elektronisches Kommunikationsmittel, z.B. Cash-Kartenkauf per → g~paid, Parkuhr bezahlen mit dem Handy oder auch Banküberweisungen per SMS.

MVNO

(Abk. für Mobile Virtual Network Operator) Private Telefongesellschaft ohne eigenes Mobilfunk-Netz, die in eigenem Namen und auf eigene Rechnung Mobilfunk-Dienstleistungen, → SIM-Karten und Mobilfunk-Endgeräte sowie Mehrwertdienste (z.B. → SMS, Premium-SMS, MMS) vertreibt. Die Grundlage dieser Dienstleistungen sind auf der Einkaufsseite standardisierte, entbündelte Vorleistungen. Damit hat ein MVNO gegenüber einem MSP auf der Produkt- und der Vertriebsseite einen deutlich größeren Handlungsspielraum.

National Roaming Vereinbarung

Verhandlungen über den bundesweiten Zugang zu Netzen der etablierten Netzbetreiber während der Aufbauphase einer neuen Netzinfrastruktur durch einen Neueinsteiger.

Near Field Communication (NFC)

Near Field Communication, kurz NFC, ermöglicht den kontaktlosen Austausch von Daten über kurze Distanzen von wenigen Zentimetern per elektromagnetischer Induktion. Die Technik wird beispielsweise für bargeldlose Zahlungen oder den Kauf von Tickets verwendet.

(Quelle: www.elektronik-kompodium.de/sites/kom/1107181.htm)

Network Slicing

Bezeichnet die Aufteilung einer physischen Netzwerkinfrastruktur in diverse virtuelle Netzwerkelemente. Diese Technik dient der Flexibilisierung der Netzwerke, in denen dadurch anwendungsspezifisch spezielle Funktionen angeboten werden können.

No frills-Anbieter

(engl. „ohne Schnickschnack“) Gemeint sind Produkte, die vergleichsweise günstig und mit wenig Extras angeboten werden. Im Mobilfunkmarkt werden die Discounter häufig auch als „No frills-Anbieter“ bezeichnet.

PIN

(Abk. für Persönliche Identifikationsnummer) Auf einem Datenträger gespeicherte, meist vierstellige Ziffernfolge, mit der man sich gegenüber einer Maschine authentisiert. Die bekanntesten Beispiele sind Bankkarte und Geldautomat oder → SIM-Karte in einem Handy. Ist aufgrund mehrmaliger Falscheingabe keine Authentifizierung möglich, so wird die Karte gesperrt. Eine weitere Nutzung ist dann nur nach Eingabe der → PUK möglich

Postpaid

(engl. nachträglich bezahlt) Abrechnungsmodell, bei dem der Kunde die in Anspruch genommene Leistung erst am Ende des Abrechnungszeitraumes per Rechnung bezahlt.

Prepaid

(engl. vorher bezahlt) Abrechnungsmodell, bei dem der Kunde Leistungen erst dann nutzen kann, wenn ein entsprechendes Guthaben auf ein (Prepaid-)Konto eingezahlt wurde.

PUK

(Abk. für Personal Unblocking Key) Bezeichnet eine meist 8-stellige Ziffernfolge, durch die eine gesperrte → PIN entsperrt werden kann (auch Super-PIN genannt).

RAN / Open RAN

(Abkürzung steht für Radio-Access-Network). Im Mobilfunk kommunizieren Basisstationen unter Benutzung bestimmter Übertragungstechnologien wie LTE oder UMTS über Funksignale mit Endgeräten. Das Bindeglied zwischen Endgeräten und Kernnetz wird mit weiterer Technik insgesamt als Funkzugangsnetz bezeichnet – RAN. Open RAN-Ansatz: Im Gegensatz zu einem traditionellen geschlossenen RAN, wird bei Open RAN zwischen Hardware, Software und Antenne getrennt. Der Vorteil ist, dass dies herstellergemischte Netze ermöglicht. Dies bedeutet, dass die genannten Netzwerkkomponenten von verschiedenen Herstellern miteinander kombinierbar sind und somit ermöglichen, immer die besten Lösungen zu nutzen. Des Weiteren werden aufwendige Umrüstungen an Basisstationen zukünftig nicht mehr nötig sein, da ein Austausch der Software ausreicht.

Roaming

(engl. herumstreuen) Ermöglicht Telefonate über Netze verschiedener Netzbetreiber, wie zum Beispiel beim internationalen Roaming im paneuropäischen GSM-System.

SIM

(Abk. für Subscriber Identity Module) Chip-Karte, die in ein Handy oder ein sonstiges mobiles Endgerät eingelegt wird. Sie ordnet das Gerät dem Nutzer zu, authentifiziert ihn durch eine → PIN und berechtigt zur Nutzung der angebotenen Leistung (z.B. Mobilfunkdienste). Neben den netzbezogenen Daten können auf einer SIM-Karte auch Daten wie Adressbucheinträge oder SMS gespeichert werden.

Smart City

Entwicklungskonzepte, die darauf abzielen, Städte mit technischen Innovationen effizienter und digitaler zu machen. Auch hier soll 5G als Schlüssel zu zahlreichen Anwendungen dienen.

Smartphone

Mobiltelefon, das mehr Computerfunktionalität und -konnektivität als ein herkömmliches Mobiltelefon beinhaltet. Ausgestattet mit einem hochauflösenden, berührungsempfindlichen Bildschirm und Internetanbindung per mobilem Breitband oder WLAN ermöglichen Smartphones u.a. Internetseiten darzustellen sowie E-Mails zu empfangen und zu versenden.

SMS

(Abk. für Short Message Service) Digitale Kurzmitteilung, z.B. Texte, via Mobilfunk-Endgerät.

Tablet-Computer

Ein Tablet-Computer oder auch Tablet-PC ist ein tragbarer, flacher Computer in besonders leichter Ausführung, der nur mit einem berührungsempfindlichen Bildschirm, ohne mechanische Tastatur, ausgestattet ist. Wie bei einem → Smartphone erfolgt die Internetanbindung über mobiles Breitband oder Wireless LAN. Tablet-Computer werden insbesondere als mobiler Medienbetrachter, E-Book und für das mobile Internet genutzt.

TecDAX

Am 24.03.03 eingeführter Börsenindex, in dem die 30 wichtigsten deutschen Technologiewerte zusammengefasst sind. Er ist der Nachfolger des Nemax50.

UMTS

(Abk. für Universal Telecommunications Systems) Internationaler Mobilfunk-Standard der dritten Generation

Value Added Services (VAS)

Englische Bezeichnung für Mehrwertdienste, wie zum Beispiel Klingeltöne für das Handy.

VDSL

(Abk. für Very High Speed Digital Subscriber Line). VDSL ist eine DSL-Technik, die höhere Datenübertragungsraten über Telefonleitungen bietet wie beispielsweise ADSL.

Video-on-Demand (VoD)

(engl. Video auf Abruf) Möglichkeit, digitale Videos auf Anfrage von einer Online-Plattform herunterzuladen oder direkt per Streaming anzusehen.

Wertpapierkennnummer (WKN)

Die in Deutschland verwendete sechsstellige Ziffern- und Buchstabenkombination identifiziert jedes Wertpapier eindeutig.

Workflow-Management-System

Automatisierung von Produktions- und Geschäftsprozessen mittels IT-Systemen und spezieller Software.

VERÖFFENTLICHUNGEN, INFORMATIONEN- UND BESTELLSERVICE

Der vorliegende Geschäftsbericht 2020 ist auch in einer englischen Fassung erhältlich.

Sie können unsere Geschäfts- und Quartalsberichte, Ad-hoc und Pressemitteilungen sowie weitere Veröffentlichungen auf der 1&1 Drillisch AG Homepage unter www.1und1-drillisch.de → Investor Relations einsehen.

Bitte nutzen Sie unseren Online-Bestellservice auf unserer Webseite unter www.1und1-drillisch.de

Selbstverständlich übersenden wir Ihnen gern die gewünschten Informationen auch per Post oder E-Mail. Für persönliche Fragen stehen wir Ihnen darüber hinaus auch gern am Telefon zur Verfügung.

FINANZKALENDER*

25. März 2021	Geschäftsbericht 2020
11. Mai 2021	Quartalsmitteilung Q1 2021
26. Mai 2021	Hauptversammlung
05. August 2021	Halbjahresfinanzbericht Q2 2021
09. November 2021	Quartalsmitteilung Q3 2021

* Die Termine sind vorläufig und können sich ändern.

ANSPRECHPARTNER

Bei Fragen zum Geschäftsbericht und zur 1&1 Drillisch AG steht Ihnen unsere Investor Relations / Presse-Abteilung gern zur Verfügung:

Investor Relations

Wilhelm-Röntgen-Straße 1-5
D – 63477 Maintal
Telefon: +49 (0) 6181 / 412 200
Fax: +49 (0) 6181 / 412 183
E-Mail: ir@1und1-drillisch.de

Presse (Fachpresse)

Wilhelm-Röntgen-Straße 1-5
D – 63477 Maintal
Telefon: +49 (0) 6181 / 412 620
Fax: +49 (0) 6181 / 412 183
E-Mail: presse@1und1-drillisch.de

IMPRESSUM

Die 1&1 Drillisch AG ist ein Mitglied der United Internet Gruppe.

Sitz der Gesellschaft:

Wilhelm-Röntgen-Straße 1-5
63477 Maintal
Telefon: +49 (0) 6181 / 412 3
Fax: +49 (0) 6181 / 412 183

Verantwortlich:

1&1 Drillisch AG

Investor Relations-Kontakt:

Telefon: +49 (0) 6181 / 412 200
Fax: +49 (0) 6181 / 412 183
E-Mail: ir@1und1-drillisch.de

Handelsregistereintrag:

HRB 7384 Hanau
Umsatzsteuer-IdNr.: DE 812458592
Steuernr.: 03522506037
Finanzamt Offenbach-Stadt

Vorstand:

- » Ralph Dommermuth
(Vorstandsvorsitzender)
- » Markus Huhn
- » Alessandro Nava

Aufsichtsrat:

- » Michael Scheeren
(Vorsitzender des Aufsichtsrats
bis zum 23. Februar 2021)
- » Kai-Uwe Ricke
(Stellvertretender
Aufsichtsratsvorsitzender)
- » Dr. Claudia Borgas-Herold
- » Vlasios Choulidis
- » Kurt Dobitsch
(Vorsitzender des Aufsichtsrats
seit dem 16. März 2021)
- » Norbert Lang

Hinweis:

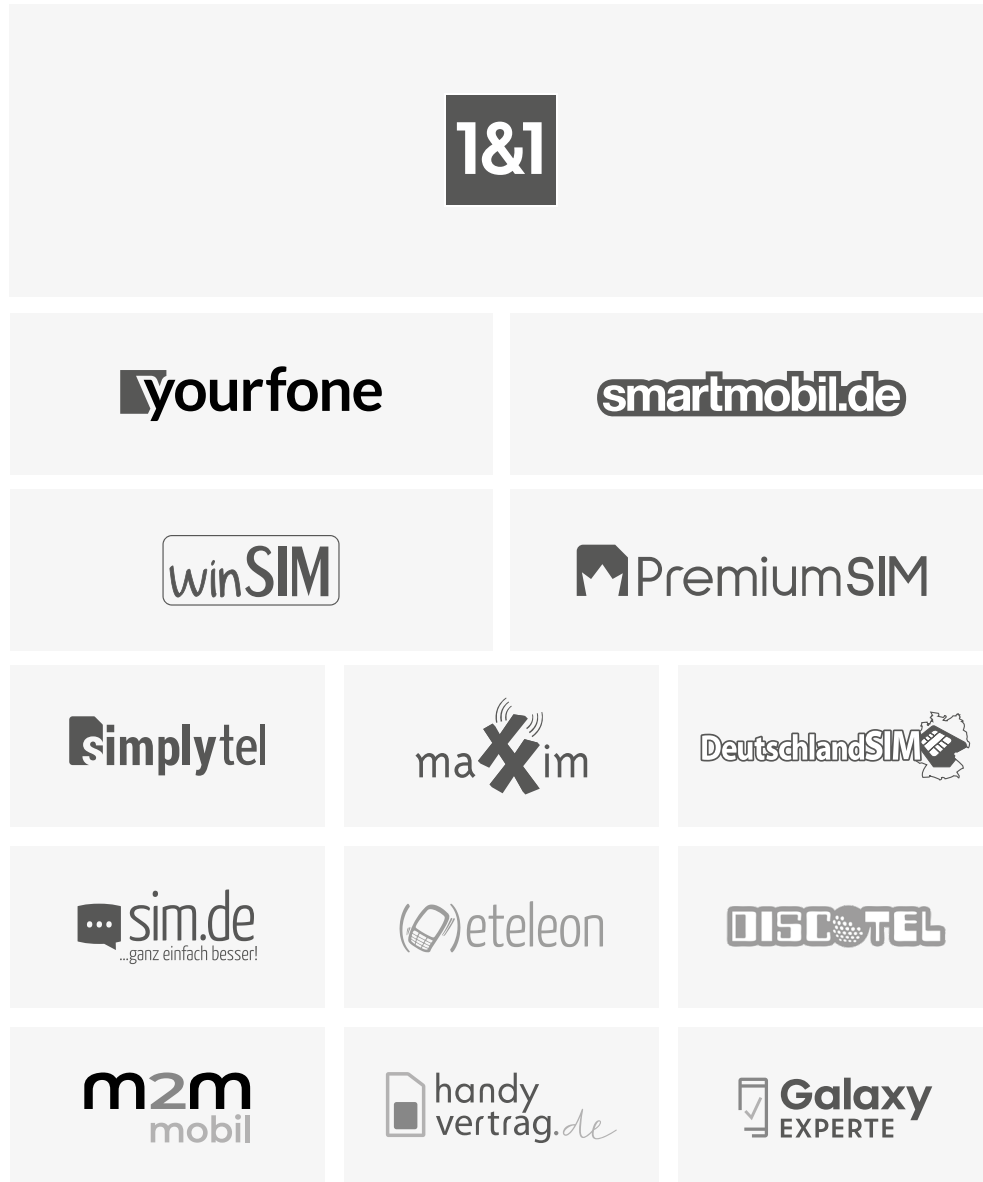
Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht auf die zusätzliche Formulierung der weiblichen Form verzichtet. 1&1 Drillisch weist darauf hin, dass die Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig zu verstehen ist. Dieser Bericht liegt in deutscher und englischer Sprache vor. Beide Fassungen stehen auch im Internet unter www.1und1-drillisch.de → Investor Relations → Berichte zum Download bereit. Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich.

Haftungsausschluss:

Dieser Bericht enthält zukunftsbezogene Aussagen, welche die gegenwärtigen Ansichten des Vorstands von 1&1 Drillisch hinsichtlich zukünftiger Ereignisse widerspiegeln. Diese zukunftsbezogenen Aussagen basieren auf unseren derzeit gültigen Plänen, Einschätzungen und Erwartungen. Zukunftsbezogene Aussagen entsprechen nur dem Sachstand zu dem Zeitpunkt, in dem sie getroffen werden. Diese Aussagen sind abhängig von Risiken und Unsicherheiten sowie sonstigen Faktoren, auf die 1&1 Drillisch vielfach keinen Einfluss hat und die zu erheblichen Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse von diesen Aussagen führen können. Diese Risiken und Unsicherheiten sowie sonstigen Faktoren werden im Rahmen unserer Risikoberichterstattung in den Geschäftsberichten der 1&1 Drillisch AG ausführlich beschrieben. Die 1&1 Drillisch AG hat nicht die Absicht, solche vorausschauenden Aussagen zu aktualisieren.

MARKEN DER 1&1 DRILLISCH AG



Weitere Informationen wie Kontaktdaten finden Sie unter:

www.1und1-drillisch.de/kontakt



1&1 DRILLISCH AG

Wilhelm-Röntgen-Str. 1-5
63477 Maintal
Deutschland

www.1und1-drillisch.de